

Az. - 30 -
57-93

14

Stadt Sankt Augustin

Archiv

REGIS - Archivmappe, patentamtlich geschützt.

Interessengemeinschaft
Beuel - Großenbusch
Stilllegung der Industrie-
Bahn Beuel - Großenbusch

74

1964-66

ME 1485

Nr.: _____

Az. 30-

Interessengemeinschaft

Beuel-Großenbusch

„Stilllegung der Industrie-
bahn Beuel-Großenbusch

1964-66



Az. - 30 -

Interessengemeinschaft

Besel-Großenbusch

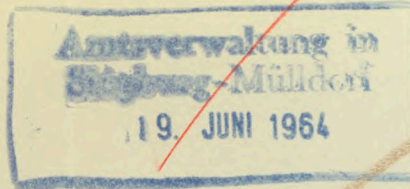
„Stilllegung der Industrie-
bahn Besel-Großenbusch

1964-66

DER AMTSBÜRGERMEISTER
DES AMTES MENDEN

KOHLKAUL, DEN 16. Juni 1964
Ha/Sz

Herrn
Amtdirektor Minz
Siegburg-Mülldorf



60"

Betr.: Stilllegung der Industriebahn Beuel-Großenbusch

Sehr geehrter Herr Minz !

Als Anlage überreiche ich Ihnen die Kopie meines heutigen Schreibens an den Herrn Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr mit der Bitte, sich ebenfalls in der Angelegenheit zu bemühen, damit die Industriebahn auf jeden Fall erhalten bleibt.

Mit freundlichen Grüßen

Lager

Herrn HD nach Rückkehr aus Urlaub vorlegen.

E. 23/6.

Anlage

[Faint, illegible handwritten text, likely bleed-through from the reverse side of the page. The text is mirrored across the page.]

DER AMTSBÜRGERMEISTER
DES AMTES MENDEN

KOHLKAUL, DEN 16. Juni 1964
Ha/Sz

Herrn Minister
für Wirtschaft, Mittelstand
und Verkehr

4 D ü s s e l d o r f

Betr.: Stilllegung der Industriebahn Beuel-Großenbusch

Sehr geehrter Herr Minister !

Vor einigen Tagen wurde uns telefonisch die Information durchgegeben, daß die Industriebahn GmbH., Frankfurt/M., die Absicht und bereits den Antrag gestellt hat, die Strecke Beuel-Großenbusch zu Ende dieses Jahres oder Anfang des letzten Quartals 1964 stillzulegen. Als Begründung wird Unwirtschaftlichkeit der Strecke angegeben.

Die Erhaltung der Industriebahn ist für den hiesigen Raum, sowohl für Beuel als auch die Gemeinden innerhalb des Amtes Menden, von grundsätzlicher Bedeutung. Die Bebauungs- und Strukturplanung im gesamten Gebiet richtet sich weitgehend danach, daß die Industriebahn vorhanden ist und immer existiert hat. Es wurden in der neuen Strukturplanung erhebliche Flächen an Industriegebiet zu beiden Seiten der Bahn ausgewiesen. Diese Planungen erfolgten im Einvernehmen mit der Landesplanungsstelle Rheinland in Düsseldorf. Die Struktur im gesamten Gebiet würde sich in den kommenden Jahren erheblich verändern, wenn die Stilllegung der Bahnstrecke Tatsache würde. Hierfür kann wohl niemand die Verantwortung übernehmen, der in etwa Einfluß auf die Weiterführung der Strecke ausüben kann.

Die bereits heute an der Strecke gelegenen Betriebe haben sich schon immer weitgehend, was Versand und ankommende Güter betrifft, auf die Industriebahn eingestellt. Verschiedene Firmen haben noch in jüngster Zeit nicht unerhebliche Kosten für Verlade-Einrichtungen investiert (Firmen Franz Rübenach, Beuel, und Kautex-Werke, Hangelar).

Sollte sich im Verlaufe der Prüfung des Antrages der Industriebahn GmbH., Frankfurt, ergeben, daß diesem Privatunternehmen die Unterhaltung der Strecke nicht länger zugemutet werden kann, so sollte von dort aus möglichst bald die Untersuchung in die Wege geleitet werden, ob nicht die Bundesbahn die Strecke übernehmen kann. Dem Bahnhof Beuel dürfte es keine erhebliche zusätzliche Belastung bringen, die bereits ansässigen und noch entstehenden Industriebetriebe von dort aus zu betreuen.

- 2 -

Ich bitte um wohlwollende Behandlung der Angelegenheit im Sinne der betroffenen Gemeinden und der hier ansässigen Industriebetriebe.

Mit vorzüglicher Hochachtung



Amtsbürgermeister

Ø Herren Hans Günter Hardt MdL
H. Pahlenberg MdL
Amtsdirektor Minz
Stadtdirektor Brock
Industrie- und Handelskammer Bonn



JEIN



DER AMTSBÜRGERMEISTER
DES AMTES MENDEN

KOHLKAUL, DEN 24. Juni 1964

Herrn Bürgermeister Andreas Schmitz, Niederpleis, Siebengebirgsstr. 27
" " Josef Menne, Hangelar, Bonner Str. 20

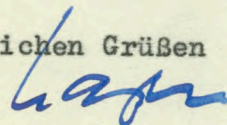
Betr.: Stilllegung der Industriebahn Beuel-Großenbusch

Sehr geehrter Herr Menne!

In obiger Angelegenheit übermittele ich Ihnen als Anlage Durchschrift meiner Eingabe an den Herrn Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr in Düsseldorf vom 16.6.1964.

Wir vereinbarten, daß Sie sich als Gemeinde ebenfalls einschalten, damit möglichst viele Eingaben in Düsseldorf vorliegen.

Mit freundlichen Grüßen



Anlage

- KLINGHART III KOMERTURM

DER AMTSBÜRGERMEISTER
DES AMTES MENDEN

Kohlkaul, den

16. Juni 1964
Ha/Sz

Herrn Minister
für Wirtschaft, Mittelstand
und Verkehr

4 Düsseldorf

Betr.: Stilllegung der Industriebahn Beuel-Großenbusch

Sehr geehrter Herr Minister !

Vor einigen Tagen wurde uns telefonisch die Information durchgegeben, daß die Industriebahn GmbH., Frankfurt/M., die Absicht und bereits den Antrag gestellt hat, die Strecke Beuel-Großenbusch zu Ende dieses Jahres oder Anfang des letzten Quartals 1964 stillzulegen. Als Begründung wird Unwirtschaftlichkeit der Strecke angegeben.

Die Erhaltung der Industriebahn ist für den hiesigen Raum, sowohl für Beuel als auch die Gemeinden innerhalb des Amtes Menden, von grundsätzlicher Bedeutung. Die Bebauungs- und Strukturplanung im gesamten Gebiet richtet sich weitgehend danach, daß die Industriebahn vorhanden ist und immer existiert hat. Es wurden in der neuen Strukturplanung erhebliche Flächen an Industriegebiet zu beiden Seiten der Bahn ausgewiesen. Diese Planungen erfolgten im Einvernehmen mit der Landesplanungsstelle Rheinland in Düsseldorf. Die Struktur im gesamten Gebiet würde sich in den kommenden Jahren erheblich verändern, wenn die Stilllegung der Bahnstrecke Tatsache würde. Hierfür kann wohl niemand die Verantwortung übernehmen, der in etwa Einfluß auf die Weiterführung der Strecke ausüben kann.

Die bereits heute an der Strecke gelegenen Betriebe haben sich schon immer weitgehend, was Versand und ankommende Güter betrifft, auf die Industriebahn eingestellt. Verschiedene Firmen haben noch in jüngster Zeit nicht unerhebliche Kosten für Verlade-Einrichtungen investiert (Firmen Franz Rübenach, Beuel, und Kautex-Werke, Hangelar).

Sollte sich im Verlaufe der Prüfung des Antrages der Industriebahn GmbH., Frankfurt, ergeben, daß diesem Privatunternehmen die Unterhaltung der Strecke nicht länger zugemutet werden kann, so sollte von dort aus möglichst bald die Untersuchung in die Wege geleitet werden, ob nicht die Bundesbahn die Strecke übernehmen kann. Dem Bahnhof Beuel dürfte es keine erhebliche zusätzliche Belastung bringen, die bereits ansässigen und noch entstehenden Industriebetriebe von dort aus zu betreuen.



- 2 -

Ich bitte um wohlwollende Behandlung der Angelegenheit im Sinne der betroffenen Gemeinden und der hier ansässigen Industriebetriebe.

Mit vorzüglicher Hochachtung

24

Amtsbürgermeister

Ø Herren Hans Günter Hardt MdL
H. Fahlenberg MdL
Amtsdirektor Minz
Stadtdirektor Brock
Industrie- und Handelskammer Bonn

Herrn Jelitto

Der Regierungspräsident

53. 8. - 940 -

Im Antwortschreiben bitte dieses Geschäftszeichen angeben

Sprechzeiten: dienstags und donnerstags von 8.30-12.30 Uhr
Wiedergutmachungsdezernat nur dienstags von 8-17 Uhr

Köln, den 15. Juni 1964

Zeughausstraße 4

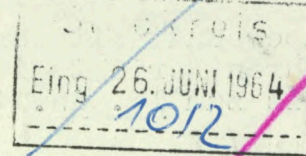
Postanschrift: 5 Köln 1 · Postfach 1448

Fernruf 2671 · Nebenstelle:

Fernschreiber 8/881 451

An den
Oberkreisdirektor

52 Siegburg



entf. 29.
6. h.

Betr.: Kleinbahn Beuel - Großenbusch

hier: Entbindung der Industriebahn-Aktiengesellschaft
in Frankfurt von der Betriebspflicht im Eisen-
bahnverkehr

Anlage: Abschrift des Antrages vom 8.5.1964

Den in Abschrift beigefügten Antrag der Industriebahn-
Aktiengesellschaft sende ich mit der Bitte um Stellungnahme
zu, ob Ihrerseits Bedenken gegen die Genehmigung des Antrages
bestehen.

Im Auftrage:
gez. Dr. Mirgeler



Beglaubigt

Seppman

Reg.-Angestellte

✓
S i e g k r e i s
Der Oberkreisdirektor
- 10/2 - 16 B -

Siegburg, den 6. Juli 1964 /M.

Urschriftl.g.R. mit 1 Anlage

~~Ell senri~~

dem
Herrn Amtsdirektor

Amtsverwaltung in
Siegburg-Mülldorf
- 8. JULI 1964

in Siegburg-Mülldorf

übersandt mit der Bitte um Kenntnis- und Stellungnahme.
Ihren Bericht bitte ich mir in doppelter Ausfertigung
bis zum 15. ds.Mts. vorzulegen.

Im Auftrage:

Müller

Abschrift!

Industriebahn-Aktiengesellschaft
Frankfurt (Main), Moselstraße 2

Frankfurt/Main, den 8. Mai 1964

Tgb.Nr. 132 b 2 /V

Herrn
Minister für Wirtschaft,
Mittelstand und Verkehr
des Landes Nordrhein-Westfalen

4 Düsseldorf
Haroldstraße 4

Betr.: Kleinbahn Beuel-Großenbusch;
hier: Antrag auf Entbindung von der Betriebspflicht

Die Kleinbahn Beuel-Großenbusch verzeichnet seit dem Jahre 1956 einen ständigen Rückgang des Verkehrsaufkommens. Während im Jahre 1956 noch rd 56 000 t aufkamen, betrug die Summe der im Versand und im Empfang behandelten Güter im Jahre 1963 nur noch rd 25 000 t.

Diese Entwicklung ist darauf zurückzuführen, daß einerseits - ebenso wie bei den Eisenbahnen im allgemeinen - Transporte durch Abwanderung auf andere Verkehrsträger, durch Veränderungen des Produktionsablaufs oder der Organisation bei den Verkehrskunden (Umstellung Kohle/Heizöl) usw.verloren gingen, andererseits aber - im Gegensatz zu den Eisenbahnen im allgemeinen - diese Verkehrsverluste auch nicht teilweise durch Produktionsausweitung vorhandener Betriebe oder durch zusätzlichen Verkehr als Folge Ansiedlung neuer Betriebe im Verkehrsbereich der Bahn kompensiert werden konnten; darüberhinaus gingen der Kleinbahn Beuel-Großenbusch als Folge der teilweisen Einstellung des Betriebes der Rhein-Sieg Eisenbahn im Jahre 1962 die bis dahin aufgekommenen Durchgangstransporte verloren.

Unsere Bemühungen, zusätzlichen Verkehr zu werben, haben diese Entwicklung nicht aufzuhalten vermocht.

1950

Industrie- und Handelskammer
Frankfurt (Main), 1. September 1950

Frankfurt/Main, den 8. Mai 1954

T. 11. 112 p. 2 V

Herrn

Minister für Wirtschaft,
Land und Verkehr

des Landes Nordrhein-Westfalen

A. D. 11. 112

11. 11. 112 p. 2 V

Herrn: Minister für Wirtschaft, Land und Verkehr

Frankfurt/Main, den 8. Mai 1954

Die Industrie- und Handelskammer Frankfurt (Main) hat am 1. April 1950

einen Antrag auf Erlassung von Verordnungen gestellt. Wie Sie im Jahre

1950 bereits 25 000 t unterschätzte, so wird die Summe der im Vergleich

und im Vergleich berechneten Güter im Jahre 1953 nur noch 10 000 t

betragen.

Diese Unterschiede im Vergleich mit den tatsächlichen Zahlen sind durch

den Umstand zu erklären, dass die Industrie- und Handelskammer

Abweichungen bei anderen Verordnungen, denen Verordnungen des

Produktionsministeriums über die Erzeugung von Gütern im Vergleich

(Landwirtschaft, Industrie, Bauwesen, Handel, Verkehr, Energie, etc.)

- in Betracht zu ziehen sind, im Vergleich mit den tatsächlichen

Verhältnissen nicht übereinstimmen. Diese Unterschiede sind durch

vorhandene Unterschiede oder durch andere Verhältnisse zu erklären.

Anschließend werden die Güter im Vergleich mit den tatsächlichen

Verhältnissen, die im Vergleich mit den tatsächlichen Verhältnissen

bestehen, als Folge der Unterschiede im Vergleich mit den tatsächlichen

Verhältnissen, die im Vergleich mit den tatsächlichen Verhältnissen

bestehen, als Folge der Unterschiede im Vergleich mit den tatsächlichen

Verhältnissen, die im Vergleich mit den tatsächlichen Verhältnissen

bestehen, als Folge der Unterschiede im Vergleich mit den tatsächlichen

- 2 -

Auch die zwischenzeitlich eingetretenen Erhöhungen der Gütertarife konnten die finanziellen Auswirkungen dieses Verkehrsrückganges nicht einmal wesentlich mildern, da in den vergangenen Jahren - trotz strengster Rationalisierung - die Betriebskosten ständig stiegen. So sind trotz Rationalisierung^{und}/infolge Verkehrsrückgangs verminderter Leistungen die Betriebsausgaben von rd 149 000 DM im Jahre 1956 auf rd 158 000 DM im Jahre 1963 gestiegen.

Während bis zum Jahre 1960 die Betriebseinnahmen und Betriebsausgaben im wesentlichen ausgeglichen waren und in den meisten Jahren auch noch ein bescheidener Betriebsüberschuß erzielt werden konnte, mußte die Kleinbahn Beuel-Großenbusch seit 1961 ständig Betriebsverluste in Kauf nehmen.

Diese betrugen im Jahre 1961 rd 19 600 DM, 1962 rd 17 200 DM und 1963 rd 12 000 DM; nach dem Wirtschaftsvoranschlag für 1964 wird sich ein Betriebsverlust von rd 31 000 DM ergeben.

Da wir weder Möglichkeiten sehen, das Verkehrsaufkommen in absehbarer Zeit wesentlich zu steigern noch irgendwelche nennenswerten Einsparungen auf der Kostenseite möglich erscheinen und außerdem wegen des baulichen Zustandes der Bahn erhebliche zusätzliche Aufwendungen erforderlich wären, wenn der Betrieb auf längere Zeit weiter aufrechterhalten werden sollte, bitten wir, die Kleinbahn Beuel-Großenbusch zum nächstmöglichen Termin von der Verpflichtung zur Aufrechterhaltung des Betriebes zu entbinden.

Industriebahn-Aktiengesellschaft
gez. Unterschriften



S. S. S. S.
beglaubigt
Seemann
Reg.-Angestellte

15. 7. 1964

130-11

ab a 16. 7. 64

1.) An den
Herrn Oberkreisdirektor

in Siegburg

Betr.: Kleinbahn Beuel - Großenbusch;
hier: Entbindung der Industriebahn-Aktiengesellschaft
in Frankfurt von der Betriebspflicht im Eisenbahn-
verkehr.

Bezug: Verfügung vom 6.7.1964 - 10/2 - 16 B --.

Die Abgabe einer Stellungnahme in der vorbezeichneten Angelegenheit
ist mir erst nach Vorliegen entsprechender Beschlüsse der
Gemeindevertretungen der Gemeinden Hangelar und Holzlar möglich.
Ich muß daher um Terminausstand bis zum 15. 8. 1964 bitten.

In Vertretung:

-//-

-//-

2.) Wvl. in 14 Tagen.

he

*ist die Vorlage an die Bgm. von
Hangelar u. Holzlar verschickt?*

U 16/7.

2. Juli 1964

Herrn
Amtsbürgermeister Hagen
5204 Hangelar/Siegburg

Haller am 17.7.64
lg.

Dez. III R1/fa I/8/3

Betr.: Stilllegung der Industriebahn Beuel - Großenbusch

Sehr geehrter Herr Amtsbürgermeister!

Wir erlauben uns, Ihnen Abzug unseres Schreibens an die Anlieger der Industriebahn Beuel - Großenbusch mit der Bitte um Kenntnis zu übersenden. In der hierin erwähnten Besprechung ist die Frage aufgeworfen worden, ob das Amt Menden, das aus strukturpolitischen Gründen an einer Aufrechterhaltung des Betriebes interessiert sein müßte, sich an einer evtl. Frachtgarantie der Industriebahn AG, Frankfurt, gegenüber im Sinne unserer Ausführungen unter Ziffer 2 des beiliegenden Schreibens finanziell beteiligen kann. Wir wären Ihnen für eine Überprüfung und Bekanntgabe des Ergebnisses möglichst bis zum 15.d.M. dankbar.

Sollten zur Zeit konkrete Verhandlungen mit Firmen geführt werden, die den Wunsch haben, sich im Einzugsbereich der Industriebahn niederzulassen oder sollten solche Gespräche bereits abgeschlossen sein, so bitten wir um Bekanntgabe der Anschriften dieser Unternehmen. Auf Wunsch sind wir gerne bereit, eine vertrauliche Behandlung zuzusichern.

Mit vorzüglicher Hochachtung
Industrie- und Handelskammer Bonn
Die Geschäftsführung

H.
(Ritter)

afbr

afbr

afbr

afbr

afbr

afbr

afbr

afbr

afbr

afbr

Industrie- und Handelskammer Bonn

|— Industrie- und Handelskammer, 53 Bonn · Postschließfach 338 —|

53 BONN, den 2. Juli 1964
Bonner Talweg 17

Ihr Zeichen

Ihre Nachricht vom

Unsere Nachricht vom

Unsere Zeichen

Dez. III Ri/fa I/8/3

Betr.: Stilllegung der Industriebahn Beuel - Großenbusch

Sehr geehrte Herren!

Die Industriebahn AG, Frankfurt, hat bei dem Herrn Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr von Nordrhein-Westfalen beantragt, die Kleinbahn Beuel - Großenbusch zum nächstmöglichen Termin von der Verpflichtung zur Aufrechterhaltung des Betriebes wegen Unrentabilität zu entbinden. Zur Begründung ist auf den ständigen Rückgang des Verkehrsaufkommens von rund 56 000 t im Jahre 1956 auf rund 25 000 t im Jahre 1963 und auf die Erhöhung der Betriebsausgaben von ca. 149 000,-- DM auf 158 000,-- DM im gleichen Zeitraum trotz aller Rationalisierungsmaßnahmen hingewiesen worden. Diese Entwicklung hat nach den Angaben der Gesellschaft dazu geführt, daß seit 1961 ständig Betriebsverluste hingenommen werden mußten. Die Kammer ist durch den Herrn Regierungspräsidenten Köln um eine gutachtliche Stellungnahme zu dem Stilllegungsantrag gebeten worden.

Gelegentlich einer am 1.7.d.J. in Anwesenheit von Vertretern der Industriebahn AG, der Deutschen Bundesbahn und der Stadt Beuel durchgeführten Besprechung ist von allen Anliegern der Bahn das Interesse hervorgehoben worden, das an der Aufrechterhaltung des Eisenbahnbetriebes aus betriebswirtschaftlichen und strukturellen politischen Gründen besteht. In der Aussprache ist die Möglichkeit

der Aufrechterhaltung des Betriebes unter gewissen Voraussetzungen angedeutet worden.

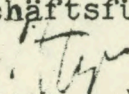
Der Vertreter der Industriebahn AG erklärte, daß die Rentabilität wieder hergestellt werden könne, wenn sich das Frachtaufkommen auf den Teilstücken Beuel - Limperich und Limperich - Großenbusch um je rund 10 000 t pro Jahr (= 30 000,-- DM Frachteinnahme) erhöhe. Unter dieser Voraussetzung könne der Stilllegungsantrag zurückgezogen werden. Entsprechend der getroffenen Absprache bitten wir deshalb um die Beantwortung folgender Fragen.

1. Ist Ihr Unternehmen in der Lage, der Industriebahn Beuel - Großenbusch in Zukunft ein größeres Güteraufkommen als im Jahre 1963 zuzusichern? Zutreffendenfalls bitten wir um Bekanntgabe des geschätzten Mehraufkommens pro Jahr unter Angabe des Gutes, unterteilt nach Stückgut und Wagenladung einerseits sowie nach Versand und Empfang andererseits.
2. Ist Ihr Unternehmen grundsätzlich bereit, sich an einer der Industriebahn gegenüber abzugebenden Frachtgarantie aller Bahnanlieger zu beteiligen? Hierbei wird davon ausgegangen, daß eine evtl. Differenz zwischen dem tatsächlich erzielten zusätzlichen Jahresfrachtaufkommen und dem zur Herstellung der Rentabilität erforderlichen Mehraufkommen (s. Absatz 3) durch die Bahnanlieger anteilig abgegolten wird. Gegebenenfalls ~~müsse~~ der Verteilerschlüssel noch vereinbart werden. Sollten Sie nicht in der Lage sein, eine generelle Erklärung über die Zahlung eines anteiligen im voraus nicht feststellbaren Betrages zur Abgeltung einer evtl. Frachtdifferenz abzugeben, könnte auch an die Nennung eines Höchstbetrages gedacht werden, der für Sie unter Anwendung kaufmännischer Gesichtspunkte tragbar ist.

Die Herren Amtsbürgermeister Hagen, Kohlkaul, und Stadtdirektor Brock, Beuel, haben einen Abzug dieses Schreibens mit der Bitte um Prüfung erhalten, ob von Amts wegen eine Beteiligung an der evtl. aufzubringenden Frachtgarantie möglich ist.

Wir wären Ihnen für eine Stellungnahme nach Möglichkeit bis zum 15.d.M. dankbar.

Mit vorzüglicher Hochachtung
Industrie- und Handelskammer Bonn
Die Geschäftsführung

()
(Ritter)

Stadt BEUEL a./Rhein



DER STADTDIREKTOR

5302 BEUEL, den 17. Juli 1964

Ruf: 4 32 51 NSt. *17/7 64*

Postfach 50

Zeichen 20/1

An den
Herrn Amtsdirektor

in Siegburg-Mülldorf

Betr.: Stilllegung der Industriebahn Beuel - Großenbusch

Sehr geehrter Herr Amtsdirektor Minz!

Aufgrund der heute mit Ihnen geführten telefonischen Unterredung überreiche ich in der Anlage je eine Abschrift des Schreibens der Stadt Beuel an die Industrie- und Handelskammer und eine Fotokopie eines Berichtes der Industriebahn über die Einstellung der Bahn zur gefl. Bedienung.

Mit vorzüglicher Hochachtung

2 Anlagen

Brock
(B r o c k)

Stadtrat der Stadt Sankt Augustin



Stadtrat der Stadt Sankt Augustin

Am 12. März 1984

Stadtrat

Stadtrat

Stadtrat

Stadtrat

Stadtrat

Stadtrat

Stadtrat

Stadtrat

Stadtrat

Stadtrat

Stadtrat

Stadtrat

Stadtrat

Stadtrat

A b s c h r i f t

STADT BEUEL a./RHEIN
Der Stadtdirektor
20/1

5302 Beuel, den 17. Juli 1964

An die
Industrie- und
Handelskammer

B o n n

Postschließfach 338

Betr.: Stilllegung der Industriebahn Beuel - Großenbusch

Bezug: Ihr Schreiben vom 2. 7. 1964

Sehr geehrte Herren !

Ich habe den Hauptausschuß in seiner Sitzung am 15. 7. 1964 darüber unterrichtet, daß die Industriebahn A.G. Frankfurt beabsichtigt, wegen Unrentabilität die Kleinbahn Beuel - Großenbusch stillzulegen. Das Besprechungsergebnis vom 1. 7. ds. Jrs. habe ich dem Ausschuß ebenfalls mitgeteilt. Wie in der mündlichen Besprechung schon dargelegt, ist die Stadt grundsätzlich an der Erhaltung der Industriebahn interessiert. Der Hauptausschuß erklärte sich zu einer befristeten Hilfe bereit. Über die Höhe und den Umfang soll jedoch erst Beschluß gefaßt werden, wenn die anliegenden Industriebetriebe ebenfalls abschließend Stellung genommen haben. Der Hauptausschuß ist der Meinung, daß auch mit der Bundesbahn eingehende Besprechungen bezüglich der Übernahme geführt werden sollten.

Mit vorzüglicher Hochachtung

gez. Brock

(B r o c k)

132 b 2 / Vt 3

Frankfurt (Main), den 26. 6. 1964

82-742

Betr.: Kleinbahn Beuel - Großenbusch;
hier: Einstellung des Betriebes der Bahn

Die Kleinbahn Beuel-Großenbusch verzeichnet seit dem Jahre 1956 einen ständigen Rückgang des Verkehrsaufkommens. Es wurden befördert:

<u>in den Jahren</u>	<u>Menge (t)</u>		
1956	56.300 t	=	100 %
1958	49.169 t	=	87 %
1960	46.666 t	=	83 %
1962	33.029 t	=	59 %
1963	25.289 t	=	45 %

3,9 km

112 Ausschüsse

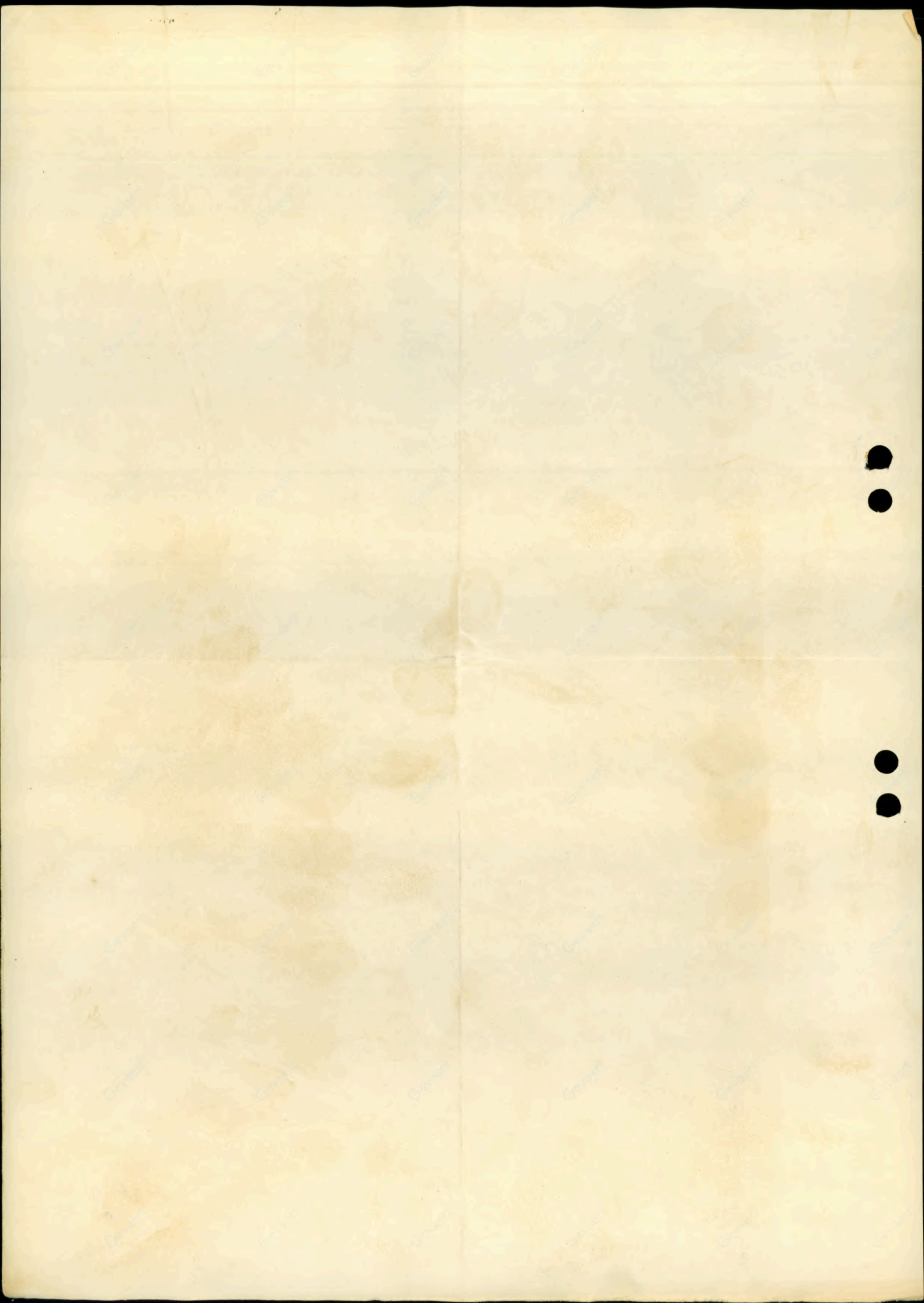
Diese Entwicklung ist darauf zurückzuführen, daß einmal die Transporte zumeist durch Abwanderung auf den Lkw verloren gingen und zum anderen zugleich mit der teilweisen Einstellung des Betriebes der Rhein-Sieg-Eisenbahn im Jahre 1962, die bis zu diesem Zeitpunkt aufgekommenen Durchgangstransporte entfielen. Die Verladerschaft ist in den vergangenen Jahren wiederholt auf die evtl. nachteiligen Folgen bei dieser rückläufigen Tendenz hingewiesen worden. Trotz aller Werbebemühungen haben die Mehrzahl der Anschließer bei der Wahl des Beförderungsmittels anderen Verkehrsträgern den Vorzug gegeben.

So stehen den verminderten Einnahmen - ein Ausgleich konnte durch die zwischenzeitlich eingetretenen Erhöhungen der Gütertarife nicht erzielt werden - ständig steigende Kosten entgegen und die Betriebsrechnung kann nicht ausgeglichen werden. Die Kostensteigerung wird veranschaulicht durch den Umfang der Erhöhungen bei den Personalkosten (seit 1951 + 136 %) und bei den für den Eisenbahnbetrieb erforderlichen Stoffen - Schwellen, Schienen und Kohlen - (seit 1951 + 160 %). Hinzu kommt, daß sowohl beim Oberbau als auch bei den Betriebsmitteln ein großer Nachholbedarf besteht. Bei der jetzigen Auslastung der Güterwagen müßte in den nächsten 5 Jahren ein Streckenabschnitt von 3,9 km mit einem stärkeren Schienenprofil erneuert werden, wofür rd 360.000,-- DM aufzuwenden wären. Es soll nicht unerwähnt bleiben, daß die Eisenbahn im Gegensatz zu dem Nutzer der Straße ihren Schienenweg auf ihre Kosten herzustellen und zu unterhalten hat. Bei den Betriebskosten könnten Ersparnisse erzielt werden, wenn die vorhandenen Dampflok, durch eine Diesellok ersetzt würden. Die Beschaffung erfordert aber auch einige Hunderttausend DM. Die notwendigen Mittel stehen nicht zur Verfügung. Mit einer finanziellen Hilfe des Bundes oder des Landes Nordrhein-Westfalen kann die Bahn auch nicht rechnen, so daß sich die Industriebahn Aktiengesellschaft als Eigentümerin der Kleinbahn Beuel-Großenbusch genötigt sah, einen Antrag auf Entbindung von der Betriebspflicht zu stellen.

- 2 -

Eine Fortführung des Betriebes der Bahn wäre nur dann möglich, wenn sich durch entsprechende Steigerung der Verfrachtungen die Einnahmen in einem solchen Umfang erhöhen würden, daß auf die Dauer gesehen, ein ausgeglichenes Ergebnis erzielt wird.

Wei/Go



Siegburg-Mülldorf, den 19. Juli 1964

- 1.) Die Verhandlungen der Industrie- und Handelskammer Bonn hinsichtlich der Stilllegung der Industriebahn Beuel - Großenbusch sind für das Amt Menden von dem Amtsbürgermeister und nicht von der Verwaltung geführt worden. Ich habe mich deshalb nach Rückkehr aus dem Urlaub veranlaßt gesehen, die Industrie- und Handelskammer Bonn zu bitten, Durchschriften der bisherigen Schreiben in dieser Angelegenheit nach hier zur Verwaltung zu geben.

Auch habe ich mit dem Stadtdirektor Brock aus Beuel in dieser Angelegenheit Verhandlungen geführt. Eine Abschrift seines Schreibens an die Industrie- und Handelskammer in Bonn auf Grund des Beschlusses des Hauptausschusses der Stadt Beuel liegt den Vorgängen bei.

Ich halte für erforderlich, daß zunächst die betroffenen Unternehmen angesprochen werden. Sie sollen angeben, ob sie eine Garantieverpflichtung für die Beförderung von Gütern abgeben wollen oder ob sie bereit sind, einen sonstigen finanziellen Beitrag zu leisten.

Die Angelegenheit steht in der Sitzung der Gemeindevertretung von Hangelar am 20. Juli 1964 zur Beratung an. Eine Sitzung in Holzlar ist noch nicht vorgesehen.

Nach stattgefundener Sitzung in Hangelar sind die weiteren Verhandlungen durch die Verwaltung zu führen.

//

//

- 2.) Den Herren a) Beig. Luhmer, *E. 1972.*
b) AOI. Stahl,
c) AOI. Röttgen, zur Kenntnis.

//

//

- 3.) Das Anschreiben an die Bürgermeister in Hangelar und Holzlar liegt den Vorgängen nicht bei. Es ist noch beizufügen.

//

//

- 4.) Zur Sitzung der Gemeindevertretung Hangelar am 20.7.1964.
Anlagen.

g.

20. 7. 1964

ab 28.7.64

130-11

- 1.) An die
Herren Bürgermeister

in Hangelar u. Holzlar

Als Anlage überreiche ich die Abschriften eines Antrages der Industriebahn Beuel-Großenbusch auf Entbindung von der Betriebspflicht im Eisenbahnverkehr für die Kleinbahn Beuel-Großenbusch vom 8. 5. 1964 sowie einer Verfügung des Herrn Regierungspräsidenten in Köln vom 15. 6. 1964 - 53. 8. - 940 - und einer Verfügung des Herrn Oberkreisdirektors vom 6. 7. 1964 - 10/2 - 16 B - mit der Bitte um Beratung und Beschlußfassung in der nächsten Sitzung der Gemeindevertretung.

-//-

-//-

- 2.) Zur nächsten Sitzung der Gemeindevertretung der Gemeinde Hangelar u. Holzlar.

-//-

-//-

- 3.) Wvl. nach Vorliegen eines Beschlusses

Ag.

ha

H. A. Polier

A u s s a g e

aus der Niederschrift über die öffentliche Sitzung der Gemeindevertretung der Gemeinde Hangelar am 20. Juli 1964.

- - - - -

Zu 3): Stilllegung der Industriebahn Beuel-Großenbusch.

Der Amtsdirektor teilte mit, daß die Industriebahn Beuel-Großenbusch einen Antrag auf Entbindung von der Betriebspflicht im Eisenbahnverkehr für die Kleinbahn Beuel-Großenbusch gestellt hat und die Regierung in Köln das nun dazu erforderliche Anhörungsverfahren durchführt.

Nach Auffassung des Amtsdirektors sollte sich die Gemeinde auf jeden Fall für die weitere Unterhaltung der Industriebahn einsetzen, selbst dann, wenn sich dies nur durch eine finanzielle Unterstützung durch die anliegenden Gemeinden ermöglichen läßt; die Stadt Beuel vertritt ebenfalls diese Auffassung.

Gemeindevertreter Bellinghausen vertrat hingegen den Standpunkt, nicht unbedingt für den Erhalt der Bahnlinie einzutreten, sondern nur dann, wenn keine finanziellen Belastungen für die Gemeinde dadurch entstehen. Sofern die Unterhaltung mit Belastungen verbunden sei, wäre es nach seiner Auffassung besser, die Linie stilllegen zu lassen.

Nach einer längeren Diskussion über das Für und Wider verwies die Gemeindevertretung die Frage zur weiteren eingehenden Behandlung an den Planungsausschuß. Zuvor sind jedoch noch entsprechende Verhandlungen mit der Industrie- und Handelskammer und der Stadt Beuel durch den Amtsdirektor zu führen. einstimmig.

Beschluß:
A 77/1964

20. 7. 1964

130-11

1.) An die
Herren Bürgermeister

in Hangelar u. Holzlar

Als Anlage überreiche ich die Abschriften eines Antrages der Industriebahn Beuel-Großenbusch auf Entbindung von der Betriebspflicht im Eisenbahnverkehr für die Kleinbahn Beuel-Großenbusch vom 8. 5. 1964 sowie einer Verfügung des Herrn Regierungspräsidenten in Köln vom 15. 6. 1964 - 53. 8. - 940 - und einer Verfügung des Herrn Oberkreisdirektors vom 6. 7. 1964 - 10/2 - 16 B - mit der Bitte um Beratung und Beschlußfassung in der nächsten Sitzung der Gemeindevertretung.

-//-

-//-

2.) Zur nächsten Sitzung der Gemeindevertretung der Gemeinde
Hangelar u. Holzlar.

Ag.

hs

Ord. A-1

A u s s a g e

aus der Niederschrift über die öffentliche Sitzung der Gemeindevertretung der Gemeinde Hangelar am 20. Juli 1964.

- - - - -

Zu 3): Stilllegung der Industriebahn Beuel-Großenbusch.

Der Amtsdirektor teilte mit, daß die Industriebahn Beuel-Großenbusch einen Antrag auf Entbindung von der Betriebspflicht im Eisenbahnverkehr für die Kleinbahn Beuel-Großenbusch gestellt hat und die Regierung in Köln das nun dazu erforderliche Anhörungsverfahren durchführt.

Nach Auffassung des Amtsdirektors sollte sich die Gemeinde auf jeden Fall für die weitere Unterhaltung der Industriebahn einsetzen, selbst dann, wenn sich dies nur durch eine finanzielle Unterstützung durch die anliegenden Gemeinden ermöglichen läßt; die Stadt Beuel vertritt ebenfalls diese Auffassung.

Gemeindevertreter Dellinghausen vertrat hingegen den Standpunkt, nicht unbedingt für den Erhalt der Bahnlinie einzutreten, sondern nur dann, wenn keine finanziellen Belastungen für die Gemeinde dadurch entstehen. Sofern die Unterhaltung mit Belastungen verbunden sei, wäre es nach seiner Auffassung besser, die Linie stilllegen zu lassen.

Nach einer längeren Diskussion über das Für und Wider verwies die Gemeindevertretung die Frage zur weiteren eingehenden Behandlung an den Planungsausschuß. Zuvor sind jedoch noch entsprechende Verhandlungen mit der Industrie- und Handelskammer und der Stadt Beuel durch den Amtsdirektor zu führen. einstimmig.

Beschluß:
A 77/1964

20. 7. 1964

130-11

zu 6.)

1.) An die
Herren Bürgermeister

in Hangelar u. Holzlar

Als Anlage überreiche ich die Abschriften eines Antrages der Industriebahn Beuel-Großenbusch auf Entbindung von der Betriebspflicht im Eisenbahnverkehr für die Kleinbahn Beuel-Großenbusch vom 8. 5. 1964 sowie einer Verfügung des Herrn Regierungspräsidenten in Köln vom 15. 6. 1964 - 53. 8. - 940 - und einer Verfügung des Herrn Oberkreisdirektors vom 6. 7. 1964 - 10/2 - 16 B - mit der Bitte um Beratung und Beschlußfassung in der nächsten Sitzung der Gemeindevertretung.

-//-

-//-

2.) Zur nächsten Sitzung der Gemeindevertretung der Gemeinde Hangelar u. Holzlar.

Ag.

ha

Industrie- und Handelskammer Bonn

Industrie- und Handelskammer, 53 Bonn · Postschließfach 338

Herrn
Amtsdirektor Minz
5201 Siegburg-Mülldorf

53 BONN, den 23. Juli 1964
Bonner Talweg 17

Amtsverwaltung in
Siegburg-Mülldorf
24. JULI 1964

Ihr Zeichen

Ihre Nachricht vom

Unsere Nachricht vom

Unsere Zeichen

Dez. III Ri/fa I/8/3

Betr.: Stilllegung der Industriebahn Beuel - Großenbusch

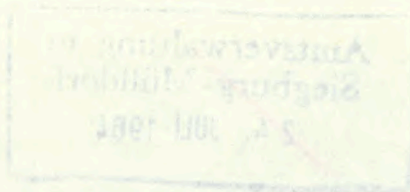
Sehr geehrter Herr Amtsdirektor!

Unter Bezugnahme auf unsere Vorkorrespondenz erlauben wir uns, Ihnen anliegend eine an die Anlieger der Industriebahn Beuel - Großenbusch gerichtete Einladung zu übersenden. Wir würden es begrüßen, wenn Sie an der Besprechung teilnehmen könnten.

Mit vorzüglicher Hochachtung
Industrie- und Handelskammer Bonn
Die Geschäftsführung

Anlage

(Ritter)



Industrie- und Handelskammer Bonn

Industrie- und Handelskammer, 53 Bonn · Postschließfach 338

53 BONN, den 23. Juli 1964
Bonner Talweg 17

Ihr Zeichen

Ihre Nachricht vom

Unsere Nachricht vom

Unsere Zeichen

Dez. III Ri/fa I/8/3

Betr.: Stilllegung der Industriebahn Beuel - Großenbusch

Sehr geehrte Herren!

Die bisher vorliegenden Stellungnahmen zu unserem Schreiben vom 2.d.M. lassen noch nicht erkennen, ob die dargelegten Voraussetzungen zur Zurückziehung des Antrages der Industriebahn AG, Frankfurt, auf Stillung der vorstehenden Bahn geschaffen werden können. Um hierüber einen endgültigen Überblick zu gewinnen, halten wir eine nochmalige Aussprache für erforderlich. Wir gestatten uns daher, Sie hierzu auf

Mittwoch, den 29.7.d.J. - 18.00 Uhr -
in das Sitzungszimmer der Firma Rhein.
Schmirlgelwerke GmbH, Beuel, Königs-
winterer Str. 115,

einzuladen. Die Stadtverwaltung Beuel und die Amtsverwaltung Menden sind gleichfalls um Teilnahme gebeten worden. Diejenigen Firmen, die unser Schreiben vom 2.d.M. noch nicht beantwortet haben, bitten wir, dies umgehend nachzuholen.

Mit vorzüglicher Hochachtung
Industrie- und Handelskammer Bonn
Die Geschäftsführung

(Ritter)

Telefon Nr. 31845-49

Telegramm-Anschrift: Kammer, Bonn

Bankkonten: Städt. Sparkasse Bonn 120 / Deutsche Bank AG., Filiale Bonn 35350 / Postscheckkonto Köln 152078

1485

Den 11. 12. 1893

Sehr geehrte Herren

Die hiesigen Vorstände des Vereins zur Förderung der Industrie und Gewerbe

haben die Ehre, Ihnen hiermit zu berichten, dass der Verein zur Förderung der Industrie und Gewerbe in der letzten Versammlung am 10. d. M. beschlossen hat, die Tätigkeit des Vereins in der nächsten Zukunft auf die Förderung der Industrie und Gewerbe zu beschränken und die Tätigkeit des Vereins in der nächsten Zukunft auf die Förderung der Industrie und Gewerbe zu beschränken.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. phil. h. c. h. Dr. phil. h. c. h.

Dr. phil. h. c. h. Dr. phil. h. c. h.

Dr. phil. h. c. h. Dr. phil. h. c. h.

Dr. phil. h. c. h.

Die hiesigen Vorstände des Vereins zur Förderung der Industrie und Gewerbe haben die Ehre, Ihnen hiermit zu berichten, dass der Verein zur Förderung der Industrie und Gewerbe in der letzten Versammlung am 10. d. M. beschlossen hat, die Tätigkeit des Vereins in der nächsten Zukunft auf die Förderung der Industrie und Gewerbe zu beschränken und die Tätigkeit des Vereins in der nächsten Zukunft auf die Förderung der Industrie und Gewerbe zu beschränken.

Dr. phil. h. c. h. Dr. phil. h. c. h.

Ausschnitt

aus dem General-Anzeiger - Stadt-Anzeiger der Rundschaue - Siegburger Zeitung

vom 23. 7. 64

Hangelar möchte Industriebahn bewahren

Künftige Industrie soll gutes Transportmittel vorfinden — Bahn hat Defizit

-am- Die Industriebahn zwischen dem Beueler Bundesbahnhof und Hangelar-Großenbusch, die seit Jahrzehnten „hinter den Dörfern“ herzuckelt und im vergangenen Jahr Schrecken auslöste, als sie mit einem vollbesetzten Linienbus bei Bechlinghoven zusammenstieß, soll verschwinden. So möchte es ihr Besitzer, die Industriebahngesellschaft in Frankfurt, die einen entsprechenden Antrag an das Verkehrsministerium gerichtet hat. Damit sind aber weder Beuel noch Holzlar und Hangelar einverstanden. Auch die Industrie- und Handelskammer Bonn ist um eine Stellungnahme gebeten worden.

Die Industriebahn arbeitet seit Jahren mit Defizit. Das Transportvolumen auf der eingleisigen Normalspurstrecke ist zu gering, obschon Betriebe in Holzlar und Hangelar diese Transportmöglichkeiten für Teile der Produktion und Belieferung immer noch benutzen. An ihren Endpunkt in Großenbusch kommt die Bahn aber nur noch selten. Man kann es begreifen, daß die Gesellschaft des-

halb an einer Aufrechterhaltung des Betriebs nicht mehr interessiert ist, zumal die Anlieferer der Bahn auch den Transport mit Kraftfahrzeugen mehr und mehr vorziehen. Aber der Hangelarer Gemeinderat, der als erstes um eine Stellungnahme gebetene Gremium darüber beriet, war keineswegs damit einverstanden, daß die Bahn stillgelegt wird. Amtsdirektor Minz erklärte: „Die Stadt Beuel und unsere beiden Gemeinden Hangelar und Holzlar sind an der Aufrechterhaltung des Bahnbetriebs interessiert. Wenn auch das Interesse Hangelars nicht mehr so groß ist wie früher, so sollte man sich doch für die Erhaltung der Bahn einsetzen. Wie man das tun kann, ist noch eine Frage. Für ein künftiges Industriegebiet ist die Bahn wichtig. Wenn die Bahn heute auch keine Überschüsse mehr erzielt, so ist damit noch nicht gesagt, daß sie das in Zukunft nicht doch tun könnte.“ Minz schlug vor, mit der Bundesbahn zu verhandeln, ob sie diese Privatbahn nicht übernehmen könne. Man könnte sich unter Umständen auch noch

über einen Beitrag der Gemeinde einigen, zumal Hangelar Industrieansiedlungen erwartet. Gemeindevertreter Bellinghausen warnte vor einer für die Erhaltung der Bahn aufzunehmenden Belastung. Das könne weitgehende Folgen haben. Schließlich bekam Amtsdirektor Minz den Auftrag, weitere Verhandlungen auch mit der Bundesbahn zu führen und die Angelegenheit dann noch einmal dem Planungs-Ausschuß vorzulegen.

1.) Herrn

Amtsbürgermeister H a g e n

in H o l z l a r.

24.Juli 1964

130-11

Betr.: Stilllegung der Industriebahn Beuel - Großenbusch.

Sehr geehrter Herr H a g e n!

Die Industrie- und Handelskammer in Bonn hat in der vorbezeichneten Angelegenheit zu einer Besprechung auf Mittwoch, den 29.Juli 1964, eingeladen.

Eine Photokopie dieser Einladung lasse ich Ihnen hiermit zugehen. Ich werde an dieser Besprechung teilnehmen.

Eine gleiche Einladung wird Ihnen auch in Ihrer Eigenschaft als Inhaber der Kautexwerke zugegangen sein.

Mit freundlichen Grüßen bin ich

Ihr

1 Anl.

2.) Herrn AOI.Stahl zur Kenntnis.

3.) W.Vorlage zum Termin am 29.7.1964 bestimmt. (Termin notieren)

29. Juli 1964

130-11

Betr.: Stilllegung der Industriebahn Beuel - Großenbusch.

1.) An der heutigen Sitzung der Industrie- und Handelskammer Bonn in der vorbezeichneten Angelegenheit habe ich teilgenommen. Es waren die verschiedensten interessierten Industriebetriebe vertreten. Die Vertreter der Stadt Beuel hatten sich entschuldigt, da zu dem gleichen Zeitpunkt eine Sitzung des Stadtrates durchgeführt wurde. Das Ergebnis der Sitzung ist wie folgt festzuhalten:

Die Befragung der einzelnen Industriebetriebe hat ergeben, daß 1965 ein Mehrfrachtaufkommen von etwa 35 000,- DM garantiert werden kann. Damit wird den besonderen Anforderungen der Industriebahn keinesfalls Rechnung getragen. Aus diesem Grunde wird sowohl der Stadt Beuel als auch dem Amt Menden für die Gemeinden Hangelar und Holzlar empfohlen, einen finanziellen Beitrag zu leisten.

Herr Ritter von der Industrie- und Handelskammer Bonn sagte zu, sowohl mit der Bundesbahn als auch mit der Industriebahn zu verhandeln mit dem Ziel, bei einem Mehrfrachtaufkommen von etwa 40 000,- DM den Antrag auf Stilllegung zurückzuziehen. Das Ergebnis dieser Verhandlungen wird in einer weiteren demnächstigen Besprechung den Beteiligten mitgeteilt. Bis dahin soll aber auch eine Entscheidung der Stadt Beuel und des Amtes Menden vorliegen.

//

//

2.) Herrn Amtsbürgermeister H a g e n

in H o l z l a r.

Sehr geehrter Herr H a g e n!

Vorstehenden Aktenvermerk übersende ich zur gefl. Kenntnis. Ich halte für erforderlich, die Gemeindevertretungen von Hangelar und Holzlar, sowie die Amtsvertretung zu veranlassen, über einen finanziellen Beitrag eine Entscheidung zu treffen.

Mit freundlichen Grüßen bin ich

Ihr

2.)

ab 31.7.64

3.) Herrn AOI. Stahl zur Kenntnis.

Hand, 3/7.

//

//

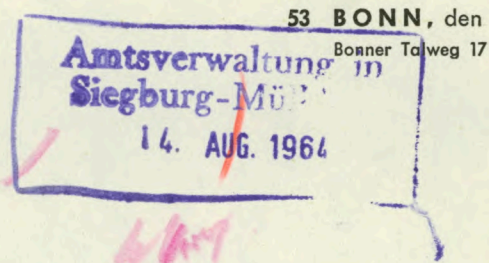
4.) Nach zwei Wochen.

eg.

Industrie- und Handelskammer Bonn

Industrie- und Handelskammer, 53 Bonn · Postschließfach 338

Herrn
 Amtsdirektor Minz
5201 Siegburg-Mülldorf



53 BONN, den 12. Aug. 1964

Ihr Zeichen

Ihre Nachricht vom

Unsere Nachricht vom

Unsere Zeichen

Dez. III Ri/fa I/8/3

Betr.: Stillegung der Industriebahn Beuel - Großenbusch

Sehr geehrter Herr Amtsdirektor!

Wir erlauben uns, Ihnen Abdruck eines Schreibens, das wir heute an die Anlieger der Industriebahn Beuel - Großenbusch versandt haben, zu übersenden. Der hierin erwähnte Zwischenbescheid der Industriebahn AG, Frankfurt/M., ist gleichfalls in Abdruck beigefügt.

Mit vorzüglicher Hochachtung
 Industrie- und Handelskammer Bonn
 Die Geschäftsführung

Anlagen

(Ritter)

- 1.) *Lehrstuhlinhaber Jagau ist als Anlieger der Industriebahn Beuel - Großenbusch das Schreiben der Industrie- u. Handelskammer vom 12/8.64. gleichfalls eingegangen.*
- 2.) *Weitere Mitteilung ist abzuwarten.*
- 3.) *Tats. Vorliegen einer Mitteilung, ebt.*

*L. No. vom 17/8.64
 des Amtsdirektor*

Industrie- und Handelskammer Bonn

22. April 1925
Bonn, den 22. April 1925
Herrn
Königliche Regierung
Bonn
11. April 1925

Bonn, den 22. April 1925
Herrn
Königliche Regierung
Bonn

Bonn, den 22. April 1925

Betreff: Beteiligung der Industriellen an der Industrie- und Handelskammer Bonn

Herrn
Königliche Regierung
Bonn

Wir erlauben uns Ihnen hiermit einen Bericht zu erstatten, der die Tätigkeit der Industriellen an der Industrie- und Handelskammer Bonn darstellt. Der Bericht ist in drei Teilen gegliedert: I. Die Tätigkeit der Industriellen an der Industrie- und Handelskammer Bonn. II. Die Tätigkeit der Industriellen an der Industrie- und Handelskammer Bonn. III. Die Tätigkeit der Industriellen an der Industrie- und Handelskammer Bonn.

Die vorstehenden II. und III. Teile des Berichts sind in der Anlage beigefügt. Die Anlage ist in drei Teilen gegliedert: I. Die Tätigkeit der Industriellen an der Industrie- und Handelskammer Bonn. II. Die Tätigkeit der Industriellen an der Industrie- und Handelskammer Bonn. III. Die Tätigkeit der Industriellen an der Industrie- und Handelskammer Bonn.

(Anlage)

Die Anlage ist in drei Teilen gegliedert: I. Die Tätigkeit der Industriellen an der Industrie- und Handelskammer Bonn. II. Die Tätigkeit der Industriellen an der Industrie- und Handelskammer Bonn. III. Die Tätigkeit der Industriellen an der Industrie- und Handelskammer Bonn.

Industrie- und Handelskammer Bonn

Industrie- und Handelskammer, 53 Bonn · Postschließfach 338

53 BONN, den 12. Aug. 1964
Bonner Talweg 17

Ihr Zeichen

Ihre Nachricht vom

Unsere Nachricht vom

Unsere Zeichen

Dez. III Ri/fa I/8/3

Betr.: Stilllegung der Industriebahn Beuel - Großenbusch

Sehr geehrte Herren!

Aufgrund des Ergebnisses der Besprechung am 29.7.d.J. hatten wir der Industriebahn AG, Frankfurt/M., am 30.7.d.J. auftragsgemäß mitgeteilt, daß im Interesse der Aufrechterhaltung des Betriebes der Kleinbahn Beuel - Großenbusch lediglich eine Erhöhung der Frachteinnahmen bis zu DM 40 000,-- zunächst für die Jahre 1965 und 1966 bzw. eine entsprechende Garantie an Stelle der geforderten DM 60 000,-- in Aussicht gestellt werden könne. Wir hatten hierbei auf die noch vorhandenen Rationalisierungsmöglichkeiten hingewiesen, deren Ausnutzung nach unserer Auffassung die Wiederherstellung der Rentabilität des Bahnbetriebes zusammen mit der zu erwartenden Erhöhung der Frachteinnahme ermögliche.

Das heute hier eingegangene und als Zwischenbescheid zu wertende / Antwortschreiben ist zu Ihrer Kenntnis in Abschrift beigelegt. Über das Ergebnis unserer weiteren Bemühungen werden wir Sie zur gegebenen Zeit unterrichten.

Mit vorzüglicher Hochachtung
Industrie- und Handelskammer Bonn
Die Geschäftsführung

Telefon Nr. 31845-49

Telegramm-Adresse: IK Bonn

Bankkonten: Städt. Sparkasse Bonn 120 / Deutsche Bank AG., Filiale Bonn 35350 / Postscheckkonto Köln 152078

A b s c h r i f t

Industriebahn-Aktiengesellschaft
Frankfurt/Main, Moselstraße 2

Frankfurt/Main, den 10. Aug. 1964
Moselstr. 2
132 b 2/Vt 6

An

Industrie- und Handelskammer Bonn

53 B o n n

Postfach 338

Betr.: Kleinbahn Beuel-Großenbusch;
hier: Antrag auf Entbindung von der Betriebspflicht

Sehr geehrte Herren!

Ihr Schreiben vom 30.7.64 ist uns zugegangen, und wir haben gern davon Kenntnis genommen, daß Ihre Verhandlungen mit den Anliegern zu einer Garantie für die Erhöhung der Frachteinnahmen geführt haben. Dies gilt unsomehr, als damit unsere Auffassung bestätigt wird, daß an der Aufrechterhaltung des Betriebes der Kleinbahn Beuel-Großenbusch ein nicht unerhebliches allgemeines Interesse besteht; denn unsere Bemühungen in den vergangenen Jahren, trotz sich ständig verschlechternder Betriebsergebnisse, die Kleinbahn Beuel-Großenbusch zu erhalten, waren praktisch ausschließlich von derartigen Erwägungen bestimmt.

Wie aber bereits unser Vertreter anlässlich der Besprechung am 1.7.64 erwähnte, ist nach den s.Z. hier angestellten - überschlägigen - Berechnungen die Rentabilität des Bahnbetriebes nur wieder herzustellen, wenn sich das Jahresfrachtaufkommen um rd. 60 000,-- DM erhöht, da mit Rücksicht auf die schlechte Ertragslage in den vergangenen Jahren bei der Kleinbahn Beuel-Großenbusch auch noch ein gewisser Unterhaltungsrückstand besteht und die Betriebskosten - hier besonders die Personalkosten - auch in diesem Jahre wieder steigen werden. Gleichwohl dürfen Sie gewiß sein, daß auch unser Streben im Prinzip dahingeht, den Betrieb der Kleinbahn Beuel-Großenbusch aufrechtzuerhalten. Wir werden dementsprechend die Sachlage unter Berücksichtigung der mit Ihrem Schreiben vom 30.7.64 mitgeteilten Garantie für ein Mehrfrachtaufkommen (40 000,-- DM/Jahr) erneut überprüfen und Ihnen nach Abschluß unserer erneuten Untersuchungen Mitteilung machen, ob bei dieser Sachlage die Fortführung des Betriebes der Kleinbahn Beuel-Großenbusch möglich erscheint, was jedoch zweifelhaft ist. Inzwischen verbleiben wir

mit vorzüglicher Hochachtung
Industriebahn-Aktiengesellschaft
gez. Dr. Sommer gez. Unterschrift
unleserlich

25. 8. 1964

130-11

An den
1.) Herrn Oberkreisdirektor

in Siegburg

Betr.: Kleinbahn Beuel-Großenbusch;
hier: Entbindung der Industriebahn-Aktiengesellschaft
in Frankfurt von der Betriebspflicht im Eisen-
bahnverkehr.

Bezug: Verfügung vom 6. 7. 1964 - 10/2-16 B -;
Bericht vom 15. 7. 1964 - 130-11 -.

Die oben genannte Angelegenheit liegt den Gemeindever-
tretungen der betroffenen Gemeinden Hangelar und Holzlar
vor.

Da die Gemeindevertretungen der genannten Gemeinden noch
nicht in dieser Angelegenheit beraten und beschlossen
haben, bitte ich um weiteren Terminausstand bis zum
1. 10. 1964.

In Vertretung:

-//-

-//-

2.) Wvl. nach Beschlußfassung.

St
My

Ordnungsamt

A u s z u g

aus der Niederschrift über die öffentliche Sitzung der Gemeindevertretung der Gemeinde Holzlar am 9. September 1964.

- - - - -

Zu 6): Stilllegung der Industriebahn Beuel-Großenbusch.

Der Amtsdirektor teilte mit, daß die Industriebahn Beuel-Großenbusch einen Antrag auf Entbindung von der Betriebspflicht im Eisenbahnverkehr für die Kleinbahn Beuel-Großenbusch gestellt hat. Er legte der Gemeindevertretung nahe, diesem Antrag auf jeden Fall zu widersprechen. Nach eingehender Aussprache über das Für und Wider nahmen die Mitglieder die Anregung des Amtsdirektors auf und widersprachen einstimmig dem vorgenannten Antrag.

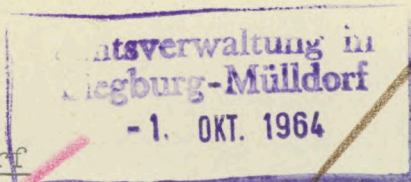
Die Verhandlungen mit den ebenfalls betroffenen Gemeinden sollen im Beisein des Bürgermeisters und eines weiteren Mitgliedes der Gemeindevertretung von der Verwaltung fortgesetzt werden. Über die Gewährung eines Beitrages durch die Gemeinde Holzlar soll nach Vorlage der Besprechungsergebnisse erneut beraten und beschlossen werden.
einstimmig.

Schluß:
A 127/1964

Industrie- und Handelskammer Bonn

Industrie- und Handelskammer, 53 Bonn · Postschließfach 338

Herrn
Amtsdirektor Minz
5201 Siegburg-Mülldorf



53 BONN, den 29. Sept. 1964
Bonner Talweg 17

Ihr Zeichen

Ihre Nachricht vom

Unsere Nachricht vom

Unsere Zeichen

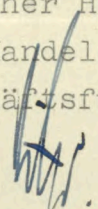
Dez. III Ri/fa I/8/3

Betr.: Stillegung der Industriebahn Beuel - Großenbusch

Sehr geehrter Herr Amtsdirektor!

Im Anschluß an unser Schreiben vom 12.8.d.J. übersenden wir
/ Ihnen Abschrift eines weiteren Zwischenbescheides der Deutschen
Eisenbahn-Gesellschaft mbH, Frankfurt/M., vom 22.9.d.J., der
auf Anmahnung am 28.9.d.J. bei uns eingegangen ist. Wir bitten
um gefällige Kenntnis.

Mit vorzüglicher Hochachtung
Industrie- und Handelskammer Bonn
Die Geschäftsführung


(Ritter)

Industrie- und Handelskammer Bonn

1901

1. 10. 1901

(10. 10.)

A b s c h r i f t

Deutsche Eisenbahn-Gesellschaft mbH.
6 Frankfurt(Main) 1, Moselstraße 2

Frankfurt, den 22. Sept. 1964
132 b 2/Vt 6

An die
Industrie- und Handelskammer

53 B o n n
Bonner Talweg 17

Betr.: Kleinbahn Beuel - Großenbusch;
hier: Entbindung von der Betriebspflicht

Sehr geehrte Herren!

Zu unserem außerordentlichen Bedauern ist es uns bisher nicht möglich gewesen, unsere Überprüfung der im Betreff genannten Angelegenheit abzuschließen. Dies ist einerseits darauf zurückzuführen, daß uns Ihr Angebot gerade während der Haupturlaubsperiode zuging, andererseits bitten wir Sie höflichst, zu bedenken, daß wir bei der gegebenen Sachlage mit äußerster Genauigkeit vorgehen müssen.

Die sich nach Ihrem Angebot ergebende Lage ist für uns - wie wir bereits mit unserem Schreiben vom 10.8.64 erkennen ließen - nicht ohne weiteres eindeutig zu überblicken. Im Gegensatz zur Lage, wie sie sich vor Ihrem Angebot darstellte, kann einerseits nicht ohne eingehende Untersuchungen gesagt werden, daß der Bahnbetrieb danach ein Verlustunternehmen bleiben würde; andererseits aber erreicht der Einnahmezuwachs nicht eine Höhe, die auf den ersten Blick Verluste mit einiger Sicherheit ausschließt. Dieser Umstand macht eine äußerst sorgfältige und spitze Kalkulation erforderlich, die bedauerlicherweise auch mit erheblichem Zeitaufwand verbunden ist.

Wir hoffen jedoch, daß wir unsere Arbeiten bis Mitte nächsten Monats werden abschließen können. Danach werden wir Ihnen unverzüglich endgültigen Bescheid zugehen lassen.

Mit vorzüglicher Hochachtung
Deutsche Eisenbahn-Gesellschaft
m.b.H.

ppa. gez. Schönijahn gez. Unterschrift
unleserlich

2. 10. 1964

130-11

An den
Herrn Oberkreisdirektor

in Siegburg

Betr.: Kleinbahn Beuel-Großenbusch;
hier: Entbindung der Industriebahn-Aktiengesellschaft in
Frankfurt von der Betriebspflicht im Eisenbahnverkehr.

Bezug: Verfügung vom 6. 7. 1964 - 10/2 - 16 B -.

Die Gemeindevertretungen der Gemeinden Hangelar und Holzlar haben sich eingehend mit dem Antrag der Industriebahn-Aktiengesellschaft in Frankfurt/Main auf Entbindung der Betriebspflicht für die Kleinbahn Beuel-Großenbusch befaßt und mich nach ausführlichen Beratungen beauftragt, dem vorbezeichneten Antrag mit aller Entschiedenheit zu widersprechen.

Das Amt Menden liegt im Ballungsraum Bonn-Siegburg-Troisdorf, der bekannterweise einer ständigen starken Aufwärtsentwicklung unterworfen ist.

In diesem Gebiet ist mit einem außerordentlich großen Bevölkerungszuwachs und somit zwangsläufig auch mit einer Aufwärtsentwicklung der Industrie zu rechnen. Laut der durch den Städteplaner Dr. Orth, Bensberg, durchgeführten Strukturanalyse für das Gebiet des Amtes Menden ist in 10 bis 15 Jahren mit einer Bevölkerungszahl von ca. 70.000 bis 80.000 Einwohnern zu rechnen.

Im Flächennutzungsplan des Amtes Menden, dem grundsätzlich die raumplanerische Strukturuntersuchung des Städteplaners Dr. Orth zugrunde liegt, ist aufgrund des Vorhandenseins der Kleinbahn Beuel-Großenbusch ein großer Teil des Gebiets entlang dieser Bahn als Industriegebiet ausgewiesen.

In weiten Teilen des ausgewiesenen Industriegebiets ist bereits Industrie angesiedelt.

Die Gemeinden Hangelar und Holzlar sind z.Zt. intensiv bemüht, weitere Möglichkeiten zur Industrieansiedlung im Einflußgebiet der Industriebahn Beuel-Großenbusch zu schaffen, um damit eine Steigerung des Gewerbesteueraufkommens als Haupteinnahmequellen der Gemeinden zu erzielen.

Für die bereits anliegenden Industriebetriebe und für die in naher Zukunft zu erwartenden Betriebe in diesem Gebiet, ist der weitere Betrieb der Kleinbahn lebenswichtig.

Die Einstellung des Betriebes der Kleinbahn würde für die betroffenen Betriebe und damit für das Amt Menden, in Sonderheit aber für die Gemeinden Hangelar und Holzlar, unübersehbare Folgen haben.

- 2 -

Zur Zeit werden für die Gemeinden Hangelar und Holzlar umfangreiche Verhandlungen mit den übrigen von der Angelegenheit betroffenen Gemeinden sowie der Industrie- und Handelskammer~~n~~ und den betroffenen Industriebetrieben über eine mögliche Garantieübernahme für die Rentabilität der Kleinbahn geführt, da nach der zu erwartenden industriellen Entwicklung in dem in Frage stehenden Raum eine wesentliche Steigerung des Verkehrsaufkommens der Kleinbahn Beuel-Großenbusch für die Zukunft als gegeben angesehen werden kann.

Die Industriebahn-Aktiengesellschaft in Frankfurt hat mitgeteilt, daß sie im Hinblick auf die auch von ihr vertretene Auffassung, daß der Weiterbetrieb der Kleinbahn von erheblichem allgemeinem Interesse ist, erneute Rentabilitätsberechnungen unter Berücksichtigung einer garantierten erhöhten Frachteinnahme anstellt.

Nach Abschluß der vorbezeichneten Verhandlungen ergeht unverzüglich weiterer Bericht.

Ich bitte, eine Entscheidung in der Angelegenheit bis dahin zurückzustellen.

2/2. Vorg.

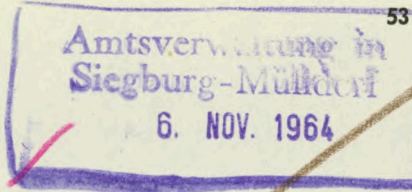
g

he

Industrie- und Handelskammer Bonn

Industrie- und Handelskammer, 53 Bonn · Postschließfach 338

Herrn
 Amtsdirektor Minz
 5201 Siegburg-Mülldorf



53 BONN, den 5. Nov. 1964
 Bonner Talweg 17

Ihr Zeichen

Ihre Nachricht vom

Unsere Nachricht vom

Unsere Zeichen

Dez. III Ri/fa I/8/3

Betr.: Stilllegung der Industriebahn Beuel - Großenbusch

Sehr geehrter Herr Minz!

Unter Bezugnahme auf unser gestriges Gespräch übersenden wir / Ihnen Abdruck eines Schreibens, das wir an die Anlieger der Industriebahn Beuel - Großenbusch gerichtet haben, aus dem sich der derzeitige Stand unserer Verhandlungen im einzelnen ergibt.

Zu unserem Bedauern haben wir davon Kenntnis nehmen müssen, daß es Ihnen persönlich nicht möglich ist, an der für den 10.d.M. in Beuel vorgesehenen Aussprache teilzunehmen. Wir wären Ihnen jedoch sehr dankbar, wenn Sie einen Vertreter, der über das zur Diskussion stehende Thema unterrichtet ist, entsenden könnten. Vielleicht ist es Ihnen möglich, bis zu dem genannten Termin zu klären, ob und gegebenenfalls in welcher Höhe Ihre Amtsverwaltung sich an der Frachtgarantie bzw. den Ausbaukosten der Bahn beteiligen kann.

Mit vorzüglicher Hochachtung
 Industrie- und Handelskammer Bonn
 Die Geschäftsführung

(Ritter)

Telefon Nr. 31845-49

Telegramm-Anschrift: Kammer, Bonn

Bankkonten: Städt. Sparkasse Bonn 120 / Deutsche Bank AG., Filiale Bonn 35350 / Postscheckkonto Köln 152078

Industrie- und Handelskammer Bonn

22.10.1922

()

Industrie- und Handelskammer Bonn

| Industrie- und Handelskammer, 53 Bonn · Postschließfach 338 |

53 BONN, den 4. Nov. 1964
Bonner Talweg 17

Ihr Zeichen

Ihre Nachricht vom

Unsere Nachricht vom

Unsere Zeichen

Dez. III Ri/fa I/8/3

Betr.: Stilllegung der Industriebahn Beuel - Großenbusch

Sehr geehrte Herren!

Der aufgrund des Ergebnisses der Besprechung am 29.7.d.J. in Beuel der Industriebahn AG, Frankfurt, zur Abwendung der beantragten Stilllegung der Industriebahn Beuel - Großenbusch auftragsgemäß unterbreitete Vorschlag ist vor einigen Tagen in Anwesenheit eines Vertreters der Bundesbahn eingehend besprochen worden. Die Industriebahn AG hat hierbei erklärt, daß die ihr von der Deutschen Bundesbahn nunmehr zugesagte Unterstützung weitere Rationalisierungsmaßnahmen betrieblicher und abfertigungstechnischer Art ermögliche. Hierdurch werde sie in die Lage versetzt, auf das von der Kammer unterbreitete Angebot einzugehen, d.h., sie könne sich zur Wiederherstellung der Rentabilität der Industriebahn mit einer Erhöhung des jährlichen Frachtaufkommens ab 1.1.1965 um 13 500 t (= DM 40 000,--) auf Basis des Jahres 1963 (Gesamtaufkommen 1963 = 23 587 t) statt der ursprünglich geforderten 20 000 t (= DM 60 000,--) begnügen.

Es wurde vorgeschlagen, daß jede Firma eine nach der im Jahre 1963 verladenen Gütermenge gestaffelte Frachtgarantie übernimmt. Diese soll nach einem festen Jahresbetrag (insgesamt DM 14 500,--) und einer Garantie je Tonne (insgesamt DM 25 500,--) unterteilt

1900

1900

1900

1900

1900

1900

1900

1900

1900

1900

1900

1900

1900

1900

1900

1900

1900

1900

1900

1900

1900

1900

1900

1900

1900

1900

1900

- 2 -

werden. Für jede über die Jahresmenge 1963 hinaus verladene Tonne soll den Verladern am Jahresschluß DM 1,11 pro Tonne gutgeschrieben werden. Sofern die Jahresmenge 1963 in Einzelfällen nicht erreicht werden sollte, soll am Jahresende eine entsprechende Nachbelastung erfolgen. Darüber hinaus soll sich die Frachtgarantie im gleichen Verhältnis ändern wie die Bezüge eines verheirateten Eisenbahn-Sekretärs nach dem Stand vom 1.1.1965 Bundesbesoldung Gehaltsgruppe A 6, Stufe 7, Ortsklasse S mit zwei Kindern über 6 Jahre.

Eine weitere Voraussetzung zur Aufrechterhaltung des Bahnbetriebes ist außerdem, daß die Bahnanlieger für den aus Betriebssicherheitsgründen sofort erforderlich werdenden Aus- und Umbau der Gleiskurve bei Limperich, dessen Gesamtkosten mit DM 40 000,-- bis DM 45 000,-- veranschlagt worden sind, einen einmaligen Zuschuß von DM 20 000,-- bis Ende dieses Jahres leisten. Sollte sich das Frachtaufkommen in den Jahren 1965 und 1966 um mehr als 13 5000 t jährlich erhöhen, wird dieser Betrag ganz oder teilweise auf Basis 1 t = DM 3,-- zurückerstattet.

Findet dieser Vorschlag die Zustimmung der Bahnanlieger, ist die Industriebahn AG bereit, den Bahnbetrieb auf dem Abschnitt Beuel - Hangelar zunächst bis Ende 1966 aufrechtzuerhalten und den Stillegungsantrag bis dahin zurückzustellen. Sie hat wegen der am 19.11.d.J. stattfindenden Hauptversammlung ihrer Gesellschaft um eine möglichst kurzfristige Entscheidung gebeten.

Im Falle der Zustimmung ist über die anteilmäßige Aufteilung der Frachtgarantie und des Zuschusses zu den Umbaukosten zu entscheiden. Da die Industriebahn AG außerdem Wert darauf legt, daß die Abrechnung über eine Stelle erfolgt, erscheint eventuell die Gründung einer Interessengemeinschaft zweckmäßig. Wir gestatten uns deshalb, Sie zu einer Aussprache über den vorstehend dargelegten Vorschlag auf

- 3 -

Dienstag, den 10.11.d.J. - 18.00 Uhr -
in das Sitzungszimmer der Firma Rhein.
Schmirgelwerke GmbH, Beuel, Königs-
winterer Str. 115,

einzuladen. Wegen der Wichtigkeit der Aussprache bitten wir
dringend um die Teilnahme Ihres Firmeninhabers oder eines
bevollmächtigten Vertreters. Wir werden versuchen, noch vor
dem Termin die Höhe der bereits in Aussicht gestellten Zu-
schüsse der Stadt Beuel und des Amtes Menden zu erfahren.

Mit vorzüglicher Hochachtung
Industrie- und Handelskammer Bonn
Die Geschäftsführung


(Ritter)

1000

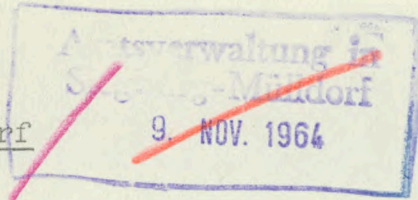
1. The first step is to identify the problem or question that needs to be answered. This involves understanding the context and the specific requirements of the task.

Journal of Management Studies, 19(6), 701-718.

Industrie- und Handelskammer Bonn

Industrie- und Handelskammer, 53 Bonn · Postschließfach 338

Herrn
Amtsleiter Minz
5201 Siegburg-Mülldorf



53 BONN, den 6. Nov. 1964
Bonner Talweg 17

Ihr Zeichen

Ihre Nachricht vom

Unsere Nachricht vom

Unsere Zeichen

Dez. III Ri/fa I/8/3

Betr.: Stilllegung der Industriebahn Beuel - Großenbusch

Sehr geehrter Herr Minz!

Unter Bezugnahme auf unser Schreiben vom 5.d.M. teilen wir Ihnen mit, daß die für den 10.d.M. in Aussicht genommene Besprechung auf zwingenden Gründen auf

Montag, den 16.11.d.J. - 18.00 Uhr -

verlegt werden mußte. Die Aussprache findet - wie vorgesehen - im Sitzungszimmer der Firma Rhein. Schmirgelwerke GmbH, Beuel, Königswinterer Str. 115, statt.

Wir würden es begrüßen, wenn diese Terminverschiebung es Ihnen ermöglichen würde, an der Besprechung persönlich teilzunehmen.

Mit vorzüglicher Hochachtung
Industrie- und Handelskammer Bonn
Die Geschäftsführung


(Ritter)

Bauabteilung
60. Lu/St.

Siegburg-Mülldorf, den 17. Nov. 1964.

V e r m e r k !

1.) An der Sitzung der Industrie- und Handelskammer Bonn am 16.11. habe ich teilgenommen.

Die Stadt Beuel war vom Beigeordneten Büchel vertreten. Von den eingeladenen interessierten Industriebetrieben fehlten Vertreter der Chamotte- und Steinindustrie und der Firma Rudolf Althoff.

Als Ergebnis dieser Besprechung ist festzuhalten:

Die Industriebahn AG hat ihre Forderung auf eine Frachtgarantie von ursprünglich 20.000 Tonnen = 60.000,-- DM auf 13.500 Tonnen = 40.000,-- DM ermäßigt. Voraussetzung für die Aufrechterhaltung des Bahnbetriebes ist also, daß die Erhöhung des jährlichen Frachtaufkommens ab 1.1.1965 um 13.500 Tonnen = 40.000,-- DM garantiert wird. Eine weitere Forderung des Bahnbetriebes geht dahin, daß zu den Aus- und Umbaukosten der Gleiskurve bei Limperich, dessen Gesamtbaukosten mit 40.000,-- DM bis 45.000,-- DM veranschlagt sind, ein einmaliger Zuschuß von 20.000,--DM gewährt wird, wobei für jede über 13.500 Tonnen hinausgehende Tonne 3,-- DM je Tonne erstattet werden.

Sofern diese beiden Voraussetzungen erfüllt sind, ist die Industriebahn bereit, den Bahnbetrieb bis Ende 1966 aufrecht zu erhalten.

In der Besprechung wandte sich der Geschäftsführer Ritter von der IHK zunächst an die Vertreter der Stadt Beuel und des Amtes Menden mit der Bitte, sich zu der Frage der Übernahme des Zuschusses von 20.000,-- DM zu äußern. Beigeordneter Büchel erklärte hierzu, daß die Stadt Beuel grundsätzlich an der Aufrechterhaltung des Bahnbetriebes interessiert sei, daß er aber von sich aus über eine Beteiligung der Stadt Beuel an dem einmaligen Zuschuß von 20.000,-- DM keine verbindliche Zusage machen könne, sondern hierüber zumindest zunächst eine Entscheidung des Hauptausschusses der Stadt Beuel getroffen werden müsse.

Für die Gemeinden Hangelar und Holzlar habe ich erklärt, daß in früheren Sitzungen die Gemeinden Hangelar und Holzlar ihr

- 2 -

Interesse an der Beibehaltung des Bahnbetriebes zu erkennen gegeben hätten. Während bisher von den Gemeinden eine Frachtgarantie gefordert worden wäre, verlange die Industriebahn AG nunmehr einen einmaligen Zuschuß. Dies sei eine neue Situation. Es müsse daher zunächst den Gemeinden Hangelar und Holzlar Vorlage gemacht werden, um zu klären, ob und ggfls. in welcher Höhe die Gemeinden bereit wären, sich an den Kosten von 20.000,-- DM zu beteiligen. Als Termin für eine endgültige Stellungnahme der kommunalen Vertretungen wurde sowohl von dem Vertreter der Stadt Beuel als auch von mir Mitte bis Ende Januar 1965 genannt.

Im weiteren Verlauf der Besprechung unterhielten sich die Vertreter der Industriebetriebe über die Aufteilung der zu übernehmenden Frachtgarantie. Hierzu wurde auch von der IHK bereits ein Vorschlag ausgehändigt, der aber nicht die einstimmige Billigung der erschienenen Industrievertreter fand. Es wurde daher beschlossen, eine Arbeitsgemeinschaft zu bilden, der außer den Industriebetrieben auch ein Vertreter der Stadt Beuel und des Amtes Menden sowie der IHK angehören soll. Geschäftsführer Ritter erklärte sich bereit, eine Satzung zu entwerfen und diese in der nächsten Besprechung, die etwa Mitte Januar nächsten Jahres stattfinden soll, vorzulegen.

-//-

-//-

2.) Zur nächsten Sitzung der Gemeindevertretung von Hangelar und Holzlar.

-//-

-//-

3.) Dem Herrn Amtsdirektor zur gefl. Kenntnisnahme vorgelegt.

ab 23./11. 4.) Durchschrift erhält Amtsbürgermeister Gatzweiler zur Kenntnis.

Prof. Dr. 18.11.64.

E.

Betr.: Kleinbahn Beuel - Großenbusch;
hier: Verteilung einer jährlichen Frachtgarantie von
 DM 40 000,-- für die Jahre 1965/66

1	2	3	4
V e r f r a c h t e r	fester Jahres- betrag	Garantie je t	insgesamt jährlich (Sp. 2 + 3)
	DM	DM	DM
1. Kalthoff KG	400,-- x 550,-	150,-- ✓	670 550,--
2. A.W. Andernach KG	1 200,-- 1.650,-	1 600,-- ✓	2 800,--
3. Lorenz Schwind	200,-- x -	20,-- -	220,--
4. Bruno Berthold KG	600,-- x -	390,-- bedingt	990,--
5. Johann & Konen	600,-- x 750,-	420,-- ✓	1 020,--
6. Franz Rübenach	2 400,-- 2.150,-	6 500,-- ✓	8 900,--
7. Novaktin GmbH	600,-- 1.150,-	360,-- ✓	960,--
8. Bernd Schwegmann	500,-- x 650,-	200,-- ✓	700,--
9. Thomas-Eisenhandel	1 500 -- 2.150,-	3 500,-- ✓	5 000,--
10. Deutsche Vialit GmbH	2 400,-- 2.150,-	6 100,-- ✓	8 500,--
11. Rudolf Althoff	600,-- 750,-	240,-- fehlt	840,--
12. Kautex-Werk	1 000,-- 450,-	1 000,-- ✓	2 000,--
13. Schamotte- u. Steinindust.	1 200,-- 2.220,-	2 420,-- f.	3 620,--
14. Linco GmbH	1 300,-- 3.490,-	2 600,-- ✓	3 900,--
	14 500,--	25 500,--	40 000,-- +)
	20.170	77.830 1565 = 1,11	40.000

+) Dieser Betrag ändert sich in dem gleichen Verhältnis wie die Bezüge eines verheirateten Eisenbahn-Sekretärs (Bundesbesoldung: Gehaltsgruppe A 6, Stufe 7, Ortsklasse S mit 2 Kindern über 6 Jahre) gegenüber der Basis vom 1.1.1965.

Für jede über die Jahresmenge 1963 hinaus verfrachtete Tonne werden den Firmen DM 1,11/t bis zum Betrag plus/minus Null der anteiligen Frachtgarantie (Jahresbetrag + Garantie je t) gutgeschrieben. Sofern die Jahresmenge 1963 nicht erreicht werden sollte, erfolgt eine entsprechende Nachbelastung.

Industrie- und Handelskammer Bonn

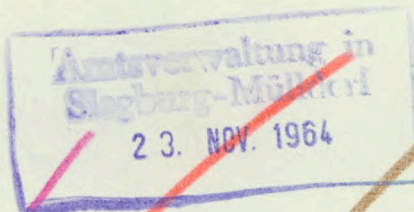
Industrie- und Handelskammer, 53 Bonn · Postschließfach 338

53 **BONN**, den 19. Nov. 1964
Bonner Talweg 17

Herrn

Amtsleiter Minz
Amt Menden

5201 Siegburg-Müllendorf



Ihr Zeichen

Ihre Nachricht vom

Unsere Nachricht vom

Unsere Zeichen

Dez. III Ri/fa I/8/3

Betr.: Stilllegung der Kleinbahn Beuel - Großenbusch

Sehr geehrter Herr Amtsdirektor!

Wir übersenden Ihnen je eine Niederschrift über Besprechungen, die in der vorstehenden Angelegenheit am 16.11.d.J. in Beuel und am 17.11.d.J. in unserem Hause stattgefunden haben.

Wie Sie von Ihrem Vertreter, der an der Besprechung am 16.11.d.J. teilgenommen hat, erfahren haben werden, ist von den Anliegern der Kleinbahn Beuel - Großenbusch der Wunsch geäußert worden, die Stadt Beuel und das Amt Menden möchten den von der Deutschen Eisenbahn-Gesellschaft mbH, Frankfurt, geforderten einmaligen Kostenzuschuß zu dem aus Betriebssicherheitsgründen sofort erforderlichen Aus- und Umbau der Gleiskurve bei Limperich in Höhe von DM 20 000,-- übernehmen. Die Anlieger der Kleinbahn haben sich im Interesse der Wiederherstellung der Rentabilität des Bahnbetriebes und zur Abwendung der beantragten Stilllegung zur Zahlung einer jährlichen Garantie von DM 40 000,-- bereit erklärt. In Anbetracht der Dringlichkeit des Anliegens dürfen wir bitten, sich für eine möglichst umgehende wohlwollende Entscheidung der hierfür zuständigen Gremien einzusetzen. Wir gehen wohl nicht fehl in der Annahme, daß sowohl die Stadt Beuel als auch das Amt Menden aus strukturpolitischen Gründen und im Interesse einer weiteren Industrieansiedlung an der Aufrechterhaltung des Bahnbetriebes ebenso interessiert sind wie die Bahn-anlieger. Hinzu kommt, daß einige Verloader zwingend auf einen Bahnan-

-/2

Industrie- und Handelskammer Bonn

Bonn, den 14. April 1924

Herrn
Kommunikationsminister
Berlin

Sehr geehrter Herr Minister!

Ich habe die Ehre, Ihnen

hiermit zu berichten, dass die

Industrie- und Handelskammer Bonn

am 11. April 1924 eine Sitzung abgehalten hat, in der über die Angelegenheiten der

Industrie- und Handelskammer Bonn, die am 11. April 1924 eine Sitzung abgehalten hat, in der über die Angelegenheiten der

Industrie- und Handelskammer Bonn, die am 11. April 1924 eine Sitzung abgehalten hat, in der über die Angelegenheiten der

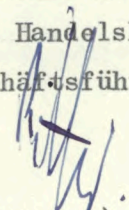
Industrie- und Handelskammer Bonn, die am 11. April 1924 eine Sitzung abgehalten hat, in der über die Angelegenheiten der

- 2 -

schluß angewiesen sind. Im Falle der Stilllegung der Kleinbahn besteht die akute Gefahr von Betriebsschließungen bzw. -verlegungen.

Schließlich dürfen wir die weitere Bitte an Sie richten zu prüfen, ob die Wahrnehmung der Belange Ihrer Verwaltung in der zu gründenden Interessengemeinschaft durch Sie persönlich oder einen Vertreter erfolgen kann (s. Ergebnisniederschrift über die Besprechung am 16.11.d.J., Ziff. 4).

Mit vorzüglicher Hochachtung
Industrie- und Handelskammer Bonn
Die Geschäftsführung


(Ritter)

Ergebnisniederschrift

über die Besprechung am 16.11.1964 - 18.00 Uhr im Sitzungszimmer der Firma Rhein. Schmirgelwerke GmbH, Beuel, betreffend Stilllegung der Kleinbahn Beuel - Großenbusch

Teilnehmer siehe anliegende Anwesenheitsliste.

Unter Vorsitz von Herrn Vizepräsident Jürges wurden die mit der Deutschen Eisenbahn-Gesellschaft mbH, Frankfurt, ausgehandelten Vorschläge besprochen, die zur Wiederherstellung der Rentabilität der Kleinbahn Beuel - Großenbusch und damit zur Rücknahme des Stilllegungsantrages führen sollen. Die Vorschläge sind allen Bahnanliegern sowie der Stadtverwaltung Beuel und der Amtsverwaltung Menden mit Schreiben der IHK Bonn vom 4.11.d.J. bekanntgegeben worden. Die Aussprache hatte folgende Ergebnisse.

1. Die Verlader stimmten darin überein, daß die Stadt Beuel und das Amt Menden den von der Deutschen Eisenbahn-Gesellschaft mbH geforderten einmaligen Kostenzuschuß von DM 20 000,-- zu dem aus Sicherheitsgründen sofort erforderlichen Aus- und Umbau der Gleiskurve bei Limperich übernehmen möchten. Die Gemeinden könnten hierdurch einen echten Beitrag zur Gewerbe- und Strukturförderung leisten. Die anwesenden Vertreter der Gemeinden sagten eine beschleunigte wohlwollende Prüfung zu. Da sich mit dieser Frage jedoch verschiedene Beschlußgremien zu befassen haben, ist eine Entscheidung voraussichtlich nicht vor Mitte Januar 1965 zu erwarten. Es bestand weiter Übereinstimmung, daß es sich bei diesem Zuschuß nur um eine einmalige Leistung handeln kann. Eventuellen späteren weiteren Forderungen der Deutschen Eisenbahn-Gesellschaft soll nicht stattgegeben werden.
2. Die anwesenden Verlader bestätigten erneut ihr Interesse an der Aufrechterhaltung des Betriebes der Kleinbahn. Sie sind bereit, gemeinsam eine Frachtgarantie von jährlich DM 40 000,-- zunächst für die Jahre 1965 und 1966 zu den im Schreiben der IHK Bonn vom 4.11.d.J. aufgeführten Bedingungen zu übernehmen. Lediglich der Vertreter der Firma Bruno Berthold KG behielt sich eine Entscheidung vor. Herr Andernach teilte mit, daß die

Verordnung über die Verwaltung der öffentlichen Angelegenheiten

Die Verwaltung der öffentlichen Angelegenheiten der Gemeinde Sankt Augustin wird durch die Verwaltungskommission geregelt. Diese Kommission besteht aus den Mitgliedern der Gemeindevertretung und dem Bürgermeister.

Die Verwaltungskommission hat die Aufgabe, die öffentlichen Angelegenheiten der Gemeinde zu verwalten und die Gemeindevertretung zu beraten.

Die Verwaltungskommission ist für die Verwaltung der öffentlichen Angelegenheiten der Gemeinde verantwortlich.

Die Verwaltungskommission hat die Aufgabe, die öffentlichen Angelegenheiten der Gemeinde zu verwalten und die Gemeindevertretung zu beraten.

Die Verwaltungskommission ist für die Verwaltung der öffentlichen Angelegenheiten der Gemeinde verantwortlich.

Die Verwaltungskommission hat die Aufgabe, die öffentlichen Angelegenheiten der Gemeinde zu verwalten und die Gemeindevertretung zu beraten.

Die Verwaltungskommission ist für die Verwaltung der öffentlichen Angelegenheiten der Gemeinde verantwortlich.

Die Verwaltungskommission hat die Aufgabe, die öffentlichen Angelegenheiten der Gemeinde zu verwalten und die Gemeindevertretung zu beraten.

Die Verwaltungskommission ist für die Verwaltung der öffentlichen Angelegenheiten der Gemeinde verantwortlich.

Die Verwaltungskommission hat die Aufgabe, die öffentlichen Angelegenheiten der Gemeinde zu verwalten und die Gemeindevertretung zu beraten.

Die Verwaltungskommission ist für die Verwaltung der öffentlichen Angelegenheiten der Gemeinde verantwortlich.

Die Verwaltungskommission hat die Aufgabe, die öffentlichen Angelegenheiten der Gemeinde zu verwalten und die Gemeindevertretung zu beraten.

Die Verwaltungskommission ist für die Verwaltung der öffentlichen Angelegenheiten der Gemeinde verantwortlich.

Die Verwaltungskommission hat die Aufgabe, die öffentlichen Angelegenheiten der Gemeinde zu verwalten und die Gemeindevertretung zu beraten.

Die Verwaltungskommission ist für die Verwaltung der öffentlichen Angelegenheiten der Gemeinde verantwortlich.

Die Verwaltungskommission hat die Aufgabe, die öffentlichen Angelegenheiten der Gemeinde zu verwalten und die Gemeindevertretung zu beraten.

Die Verwaltungskommission ist für die Verwaltung der öffentlichen Angelegenheiten der Gemeinde verantwortlich.

Die Verwaltungskommission hat die Aufgabe, die öffentlichen Angelegenheiten der Gemeinde zu verwalten und die Gemeindevertretung zu beraten.

Die Verwaltungskommission ist für die Verwaltung der öffentlichen Angelegenheiten der Gemeinde verantwortlich.

Die Verwaltungskommission hat die Aufgabe, die öffentlichen Angelegenheiten der Gemeinde zu verwalten und die Gemeindevertretung zu beraten.

- 2 -

am Verkehrsaufkommen nur gering beteiligte Firma Lorenz Schwind als Kostenträger ausscheide. (Verladungen erfolgen über den Anschluß der Firma Andernach.) Die ^{nicht} anwesende Firma Chamotte- und Steinindustrie hat nachträglich telefonisch eine Kostenbeteiligung zugesagt. Die Firma Rudolf Althoff hat eine Beteiligung zunächst noch abgelehnt.

Der Vorschlag der Deutschen Eisenbahn-Gesellschaft, die Frachtgarantie nach einem sofort zahlbaren festen Jahresbetrag (DM 14 500,--) und einer Garantie je Tonne (DM 25 500,--), die jeweils nach Ablauf eines Jahres unter Verrechnung von Gutschriften bzw. Belastungen für Mehr- bzw. Minderverladungen auf Basis des Güteraufkommens 1963 zu zahlen ist, zu unterteilen, wurde angenommen. Das gleiche gilt für die vorgeschlagene Preisgleitklausel.

3. Der von der Kammer als Diskussionsgrundlage ausgearbeitete Vorschlag zur Aufteilung der jährlichen Frachtgarantie auf die einzelnen Verlader (der für Firmen, die an der Besprechung nicht teilgenommen haben, beigelegt ist) wurde ohne abschließendes Ergebnis besprochen. Über die Anregung, den festen Jahresbeitrag der Garantie mit je DM 1 000,-- gleichmäßig auf alle Firmen zu verteilen, wurde abgestimmt. Die anwesenden Verlader stimmten diesem Vorschlag mit Ausnahme der Vertreter der Firmen Kalthoff KG, Johann & Konen und Bernd Schwegmann zu. Der Vertreter der Firma Bruno Berthold KG enthielt sich der Stimme.
4. Es wurde beschlossen, eine Interessengemeinschaft zu gründen, der möglichst alle Verlader sowie je ein Vertreter der Stadt Beuel und des Amtes Menden angehören sollen. Die Kammer wurde gebeten, einen Satzungsentwurf auszuarbeiten und anschließend zu einer Gründungsversammlung einzuladen. (Aufgaben der Interessengemeinschaft: Übernahme und Aufteilung der Frachtgarantie, Abrechnung mit Verladern der Deutschen Eisenbahn-

Die Verhandlung wurde durch den Vorsitzenden des Ausschusses
für die Angelegenheiten der Stadtverwaltung eröffnet und
der Vorsitzende des Ausschusses für die Angelegenheiten
der Stadtverwaltung hat die Verhandlung eröffnet und
die Verhandlung wurde durch den Vorsitzenden des Ausschusses
für die Angelegenheiten der Stadtverwaltung eröffnet und

Der Vorsitzende des Ausschusses für die Angelegenheiten
der Stadtverwaltung hat die Verhandlung eröffnet und
die Verhandlung wurde durch den Vorsitzenden des Ausschusses
für die Angelegenheiten der Stadtverwaltung eröffnet und
die Verhandlung wurde durch den Vorsitzenden des Ausschusses
für die Angelegenheiten der Stadtverwaltung eröffnet und

Die Verhandlung wurde durch den Vorsitzenden des Ausschusses
für die Angelegenheiten der Stadtverwaltung eröffnet und
die Verhandlung wurde durch den Vorsitzenden des Ausschusses
für die Angelegenheiten der Stadtverwaltung eröffnet und
die Verhandlung wurde durch den Vorsitzenden des Ausschusses
für die Angelegenheiten der Stadtverwaltung eröffnet und

Die Verhandlung wurde durch den Vorsitzenden des Ausschusses
für die Angelegenheiten der Stadtverwaltung eröffnet und
die Verhandlung wurde durch den Vorsitzenden des Ausschusses
für die Angelegenheiten der Stadtverwaltung eröffnet und
die Verhandlung wurde durch den Vorsitzenden des Ausschusses
für die Angelegenheiten der Stadtverwaltung eröffnet und

- 3 -

Gesellschaft.) Die Herren Rübenach, Dr. Rathgeber, Schulze und Linden (Vertreter) wurden gebeten, an den vorbereitenden Arbeiten mitzuwirken und an der am 17.11.d.J. bei der IHK Bonn stattfindenden Besprechung mit Vertretern der Deutschen Eisenbahn-Gesellschaft teilzunehmen. Sie erklärten sich hierzu bereit.

Schluß der Besprechung gegen 20.30 Uhr.

Bonn, den 19. November 1964

gez. Ritter

N i e d e r s c h r i f t

über die Besprechung am 17.11.1964 - 10.00 Uhr - im kleinen
Sitzungszimmer der IHK Bonn betreffend Stilllegung der Klein-
bahn Beuel - Großenbusch

Anwesend die Herren:

Schöniahn, Deutsche Eisenbahn-Gesellschaft mbH, Frankfurt,
Weidner, Deutsche Eisenbahn-Gesellschaft mbH, Frankfurt,
Bundesbahnoberrat Hüttig, Bundesbahnverkehrsamt, Köln
Rübenach, Fa. Beueler Eisengießerei u. Maschinenfabrik
Franz Rübenach, Beuel,
Dr. Rathgeber, Deutsche Vialit GmbH, Beuel,
Linden, Linco GmbH, Hangelar,
Ritter, IHK Bonn.

Die Herren der Deutschen Eisenbahn-Gesellschaft wurden über die
unter Ziffer 1 und 2 der Ergebnisniederschrift über die Besprechung
vom 16.11.d.J. dargelegten Diskussionsergebnisse unterrichtet.
Sie zeigten Verständnis für die sich aus den notwendigen parla-
mentarischen Verhandlungen ergebende Verzögerung der Entscheidung
über die Trägerschaft des Kostenzuschusses von DM 20 000,--.
Vorbehaltlich der Zustimmung der Hauptversammlung der Deutschen
Eisenbahn-Gesellschaft wurde zugesagt, mit dem Ausbau der Gleis-
kurve bei Limperich zu beginnen und den Kostenzuschuß vorzulegen.
Der Antrag auf Stilllegung der ^{u.}Kleinbahn Beuel - Großenbusch wird
- unter dem gleichen Vorbehalt nachdem die Garantiezusage erteilt
wurde - nur für den Abschnitt Hangelar - Großenbusch aufrechter-
halten und im übrigen bis Ende 1966 zurückgestellt. Im Hinblick
auf das im Abschnitt Hangelar - Großenbusch ausgewiesene, jedoch
noch nicht von Eisenbahnverladern in Anspruch genommene Industrie-
gebiet, wurde empfohlen, diesen Streckenabschnitt nicht abzubauen,
so daß er im Bedarfsfalle wieder benutzt werden kann.

- 2 -

Von den Vertretern der Deutschen Eisenbahn-Gesellschaft wurde bestätigt, daß nicht daran gedacht ist, von den interessierten Gemeinden oder Verladern weitere Zuschüsse zu späteren Aus- oder Umbaukosten zu fordern. In diesem Zusammenhang wurde ein Mißverständnis dahingehend berichtigt, daß der einmalige Kostenzuschuß von DM 20 000,-- bei einem zusätzlichen jährlichen Ladeaufkommen von mehr als 13 500 t (Basis 1963) nicht mit DM 3,--, sondern mit DM 1,-- pro überschießende Tonne bis zur vollen Höhe des Zuschusses zurückerstattet werden soll. Die Deutsche Eisenbahn-Gesellschaft wurde gebeten, die Rückerstattung wenigstens auf DM 1,50 pro Tonne festzusetzen. Die Entscheidung wird die Hauptversammlung der Gesellschaft treffen. Die Beschränkung des Erstattungszeitraumes auf zwei Jahre wurde dagegen fallengelassen, so daß Erstattungen auch in den Jahren nach 1966 durchgeführt werden, falls die Voraussetzung hierzu vorliegt.

Die Deutsche Eisenbahn-Gesellschaft hatte schriftlich und mündlich erklärt, daß eine "entsprechende" Nachbelastung erfolgen müsse, falls die Jahresmenge 1963 in den Jahren 1965 und 1966 nicht erreicht würde. Dies war bisher so ausgelegt worden, daß in diesem Fall unabhängig von der gesamten Frachtgarantie von DM 40 000,-- für jede Frachttonne, die unter dem Jahresergebnis 1963 liegt, eine zusätzliche Belastung von DM 1,11 vorgenommen werden sollte. Hinzu kommt jedoch nach den jetzt gegebenen Erklärungen noch ein weiterer Betrag - als Ersatz für den Frachtausfall - von DM 3,--, so daß die Gesamtbelastung für die Gütermenge, die unter dem Jahresergebnis 1963 liegt, DM 4,11 pro Tonne beträgt. Es wird jedoch erwartet, daß das Frachtaufkommen in den nächsten Jahren steigt, zumal eine größere Firma sich im Bereich der Kleinbahn niederlassen und etwa ab Sommer 1965 über einen Gleisanschluß größere Gütermengen beziehen wird. Bisher hat das Frachtaufkommen 1964 in etwa dem des Jahres 1963 entsprochen. Die Deutsche Eisenbahn-Gesellschaft wird die genauen Zahlen, die allerdings erst für den Zeitraum Januar bis August 1964 vorliegen, zur Verfügung stellen.

- 3 -

Auf Anfrage wurde erklärt, daß für die Deutsche Eisenbahn-Gesellschaft ebenso wie für alle übrigen Eisenbahnunternehmen in der Bundesrepublik Betriebspflicht besteht, von der sie nur vom Landesverkehrsminister entbunden werden kann. Es müsse geprüft werden, ob die Anschließerverträge mit der Interessengemeinschaft nach deren Konstituierung als eingetragener Verein abgeschlossen werden können.

Die Vertreter der Deutschen Eisenbahn-Gesellschaft hoben besonders hervor, daß es ihrer Gesellschaft nicht auf Garantiezahlungen, sondern auf zusätzliche Verladungen ankommt.

Schluß der Besprechung gegen 11.30 Uhr.

Bonn, den 19. November 1964

gez. Ritter

Anwesenheitsliste

1. Vizepräsident Wilhelm Jürges, i.Fa. Rhein. Schmirgelwerke GmbH, Beuel, Königswinterer Str. 115 (Vorsitz)
2. Gert Andernach jr. i.Fa. Aug. Wilhelm Andernach KG, Beuel, Maarstr. 48
3. Krasky, i.Fa. Aug. Wilhelm Andernach KG, Beuel, Maarstr. 48
4. Raack, i.Fa. Bruno Berthold KG, Beuel, Königswinterer Str. 38
5. Rübenach, i.Fa. Beueler Eisengießerei u. Maschinenfabrik Franz Rübenach, Beuel, Broichstr. 78-90
6. Dr. Rathgeber, i.Fa. Deutsche Vialit-Ges. mbH, Beuel, Maarstr. 100
7. Klein, i.Fa. Deutsche Vialit-Ges. mbH, Beuel, Maarstr. 100
8. Kootz, i.Fa. Johann & Konen, Beuel-Limperich, Königswinterer Str. 160
9. Heß, i.Fa. F. Kalthoff KG, Glasmanufaktur, Beuel, Königswinterer Str. 54-82
10. Schulze, i.Fa. Kautex-Werke Reinold Hagen, Hangelar
11. Linden, i.Fa. Linco GmbH, Hangelar, Postfach 33
12. Klever, i.Fa. Linco GmbH, Hangelar, Postfach 33
13. Schrank, i.Fa. Novaktinchemie GmbH, Beuel, Broichstr. 76
14. Schwegmann, i.Fa. Bernd Schwegmann KG, Beuel, Buchenweg 1
15. Thomas, i.Fa. Thomas Eisenhandel GmbH, Beuel, Broichstr. 74
16. Jakobi, i.Fa. Thomas Eisenhandel GmbH, Beuel, Broichstr. 74
17. Erhard Schuler, Industrie-Verein, Beuel (zeitweise)
18. Beigeordneter Bücher, Stadtverwaltung Beuel
19. Beigeordneter Luhmer, Amt Menden
20. Ritter, Industrie- und Handelskammer Bonn

Amt M e n d e n (Rhld.)
Der Amtsdirektor
60. Lu/St.

Siegburg-Mülldorf, den 26.11.1964.

Betr.: Kleinbahn Beuel - Großenbusch;
hier: Antrag der Industriebahn A.G. auf Stilllegung.

- 1.) Geschäftsführer Ritter von der Industrie- und Handelskammer teilte telefonisch mit, daß entgegen der in der Sitzung am 16.11.1964 von ihm mitgeteilten Regelung die Industriebahn A.G. den Erstattungsbetrag für jede über 13.500 Tonnen hinausgehende Tonne nicht auf 3,-- DM, sondern auf 1,-- DM festgesetzt hat.

-//-

-//-

- 2.) Zur nächsten Sitzung der Gemeindevertretung von Hangelar und Holzlar.

-//-

-//-

- 4.) Herrn
Amtsbürgermeister Gatzweiler

in St. Augustin

Vorstehenden Vermerk übersende ich zur gefl. Kenntnisnahme.

In Vertretung:

- 5.) Dem Herrn Amtsdirektor zur gefl. Kenntnisnahme.
- 6.) Zum Vorgang.

H. Gatzweiler
29/11

gest. by
29/11

E.

Ausschnitt

aus dem General-Anzeiger - Stadt-Anzeiger - der Rundschau - Siegburger Zeitung
vom 24. 7. 64

Industriebahn bewahren

Hangelar. Der Gemeinderat hat sich gegen den Antrag der Industriebahngesellschaft in Frankfurt ausgesprochen, die Industriebahn Beuel-Grossenbusch stillzulegen. Die Industriebahn arbeitet seit Jahren mit Defizit. Das Transportvolumen auf der eingleisigen Normalspurstrecke ist zu gering. Die Stadt Beuel und die beiden Gemeinden Hangelar und Holzlar sind an der Aufrechterhaltung des Bahnbetriebs interessiert, zumal Hangelar Industrieansiedlungen erwartet.

Z. zum Vorgang. 27. 8.

2. 10. 1964

130-11

ab 3
10

An den
Herrn Oberkreisdirektor
in Siegburg

Betr.: Kleinbahn Beuel-Großenbusch;
hier: Entbindung der Industriebahn-Aktiengesellschaft in
Frankfurt von der Betriebspflicht im Eisenbahnverkehr.

Bezug: Verfügung vom 6. 7. 1964 - 10/2 - 16 B --.

Die Gemeindevertretungen der Gemeinden Hangelar und Holzlar haben sich eingehend mit dem Antrag der Industriebahn-Aktiengesellschaft in Frankfurt/Main auf Entbindung von der Betriebspflicht für die Kleinbahn Beuel-Großenbusch befaßt und sich nach ausführlichen Beratungen beauftragt, dem vorbezeichneten Antrag mit aller Entschiedenheit zu widersprechen.

Das Amt Menden liegt im Ballungsraum Bonn-Siegburg-Troisdorf, der bekannterweise einer ständigen starken Aufwärtsentwicklung unterworfen ist.

In diesem Gebiet ist mit einem außerordentlich großen Bevölkerungszuwachs und somit zwangsläufig auch mit einer Aufwärtsentwicklung der Industrie zu rechnen. Laut der durch den Städteplaner Dr. Orth, Bensberg, durchgeführten Strukturanalyse für das Gebiet des Amtes Menden ist in 10 bis 15 Jahren mit einer Bevölkerungszahl von ca. 70.000 bis 80.000 Einwohnern zu rechnen.

Im Flächennutzungsplan des Amtes Menden, dem grundsätzlich die raumplanerische Strukturuntersuchung des Städteplaners Dr. Orth zugrunde liegt, ist aufgrund des Vorhandenseins der Kleinbahn Beuel-Großenbusch ein großer Teil des Gebiets entlang dieser Bahn als Industriegebiet ausgewiesen.

In weiten Teilen des ausgewiesenen Industriegebiets ist bereits Industrie angesiedelt.

Die Gemeinden Hangelar und Holzlar sind z.Zt. intensiv bemüht, weitere Möglichkeiten zur Industrieansiedlung im Einflußgebiet der Industriebahn Beuel-Großenbusch zu schaffen, um damit eine Steigerung des Gewerbesteueraufkommens als Haupteinnahmequellen der Gemeinden zu erzielen.

Für die bereits anliegenden Industriebetriebe und für die in naher Zukunft zu erwartenden Betriebe in diesem Gebiet, ist der weitere Betrieb der Kleinbahn lebenswichtig.

Die Einstellung des Betriebes der Kleinbahn würde für die betroffenen Betriebe und damit für das Amt Menden, in Sonderheit aber für die Gemeinden Hangelar und Holzlar, unüberschbare Folgen haben.

1



- 2 -

Zur Zeit werden für die Gemeinden Hangelar und Holzlar umfangreiche Verhandlungen mit den übrigen von der Angelegenheit betroffenen Gemeinden sowie der Industrie- und Handelskammer und den betroffenen Industriebetrieben über eine mögliche Garantiefübernahme für die Rentabilität der Kleinbahn geführt, da nach der zu erwartenden industriellen Entwicklung in dem in Frage stehenden Raum eine wesentliche Steigerung des Verkehrsaufkommens der Kleinbahn Beuel-Großenbusch für die Zukunft als gegeben angesehen werden kann.

Die Industriebahn-Aktiengesellschaft in Frankfurt hat mitgeteilt, daß sie im Hinblick auf die auch von ihr vertretene Auffassung, daß der Weiterbetrieb der Kleinbahn von erheblichem allgemeinem Interesse ist, erneute Rentabilitätsberechnungen unter Berücksichtigung einer garantierten erhöhten Frachteinnahme anstellt.

Nach Abschluß der vorbezeichneten Verhandlungen ergeht unverzüglich weiterer Bericht.

Ich bitte, eine Entscheidung in der Angelegenheit bis dahin zurückzustellen.

2/

[Handwritten signature]

[Handwritten signature]

Amt M e n d e n (Rhld.)
Der Amtsdirektor
60, Lu/St.

Siegburg-Mülldorf, den 26.11.1964.

Betr.: Kleinbahn Beuel - Großenbusch;
hier: Antrag der Industriebahn A.G. auf Stilllegung.

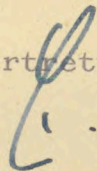
- 1.) Geschäftsführer Ritter von der Industrie- und Handelskammer teilte telefonisch mit, daß entgegen der in der Sitzung am 16.11.1964 von ihm mitgeteilten Regelung die Industriebahn A.G. den Erstattungsbetrag für jede über 13.500 Tonnen hinausgehende Tonne nicht auf 3,-- DM, sondern auf 1,-- DM festgesetzt hat.

-//-

-//-

- 2.) Zur nächsten Sitzung der Gemeindevertretung von Hangelar und Holzlar.

In Vertretung:



Industrie- und Handelskammer Bonn

Industrie- und Handelskammer, 53 Bonn · Postschließfach 338

Herrn

Amtsdirektor Minz
Amt Menden

5201 Siegburg-Mülldorf

Amtsverwaltung in
Siegburg-Mülldorf
14. DEZ. 1964

53 BONN, den 11. Dez. 1964
Bonner Talweg 17

A.D. v. v. leg. 15.12.64

Ihr Zeichen

Ihre Nachricht vom

Unsere Nachricht vom

Unsere Zeichen

Dez. III Ri/fa I/8/3

Betr.: Stilllegung der Kleinbahn Beuel - Großenbusch

Sehr geehrter Herr Amtsdirektor!

Wir erlauben uns, Ihnen anliegend Abdruck eines an die Verlader der Kleinbahn Beuel - Großenbusch gerichteten Schreibens mit Entwürfen einer Satzung und einer Beitragsordnung für die zu gründende Interessengemeinschaft Beuel - Großenbusch mit der Bitte um gefällige Kenntnissnahme zu übersenden. Wir würden es begrüßen, wenn Sie an der für den 8.1.1965 in Aussicht genommenen Gründungsversammlung der Interessengemeinschaft Kleinbahn Beuel-Großenbusch e.V. teilnehmen und evtl. Ihren Beitritt erklären könnten. Vielleicht ist bis zu diesem Zeitpunkt auch die Entscheidung gefallen, ob Sie sich an dem in der vorhergehenden Sitzung besprochenen Zuschuß zu den Kosten des Umbaus einer Gleiskurve bei Limperich beteiligen können.

Mit vorzüglicher Hochachtung
Industrie- und Handelskammer Bonn
Die Geschäftsführung

[Signature]
(Ritter)

Anlagen

2) Zum Zwecke der Vorlage der die fern. Verträge
habe ich heute drei weitere ausdrücklich angefordert.
Die sofortige Übersendung würde mir sehr ergehen.

#

#

2) 10. Teil mit allen weiteren Vorgehen aus nach.

18/12 14

E n t w u r f

Beitragsordnung der Interessengemeinschaft Kleinbahn
Beuel - Großenbusch e.V.

Die Gründungsversammlung der Interessengemeinschaft Kleinbahn Beuel - Großenbusch e.V., Beuel, hat am 8. Januar 1965 folgende Beitragsordnung beschlossen.

§ 1

(1) Die Vereinsmitglieder zahlen entsprechend der 1963 mit der Kleinbahn Beuel - Großenbusch verladenen Gütermenge

a) einen festen Jahresbeitrag nach folgender Staffel

bis	200 t	DM	500,--
bis	500 t	DM	700,--
bis	1 000 t	DM	1 100,--
bis	2 000 t	DM	1 300,--
bis	3 000 t	DM	1 600,--
bis	5 000 t	DM	1 800,--
über	5 000 t	DM	2 000,--

b) einen Jahresbeitrag je t von DM 1,11. Der Beitrag wird auf DM 0,10 aufgerundet.

(2) Der Beitrag gemäß Ziffer 1a ist bis zum 31.1. eines jeden Jahres, gemäß Ziffer 1b zu je 50 % bis zum 30.6. und 31.12. eines jeden Jahres der Interessengemeinschaft Beuel - Großenbusch e.V. zu überweisen.

- 2 -

§ 2

Für jede über die Jahresmenge 1963 hinaus verladene Tonne wird dem Vereinsmitglied, das eine größere Frachtmenge verladet, bis zur Höhe des Jahresbeitrages je t DM 1,11 je Tonne gutgeschrieben. Für jede weniger als 1963 verladene Tonne wird das Vereinsmitglied, das die Jahresmenge 1963 nicht erreicht, mit DM 4,11 je Tonne belastet. Die Verrechnung erfolgt mit der ersten Halbjahresrate des Jahresbeitrages gemäß § 1 Ziffer 1b des folgenden Vereinsjahres.

§ 3

Die Beiträge (fester Jahresbeitrag und Jahresbeitrag je t) gemäß § 1 sowie die Gutschriften und Belastungen gemäß § 2 ändern sich im gleichen Verhältnis wie die Bezüge eines verheirateten Eisenbahnsekretärs (Bundesbesoldung: Gehaltsgruppe A 6, Stufe 7, Ortsklasse S mit 2 Kindern über 6 Jahre) nach dem Stand vom 1.1.1965.

§ 4

Tritt ein Gewerbebetrieb dem Verein als Mitglied bei, der 1963 noch nicht mit der Kleinbahn Beuel - Großenbusch verladen hat, ist der Vorstand beauftragt, für diesen im beiderseitigen Einvernehmen einen angemessenen festen Jahresbeitrag für das erste Jahr der Vereinszugehörigkeit festzusetzen. Die Beitragsleistung des neuen Mitgliedes wird den Vereinsmitgliedern auf den festen Jahresbeitrag des folgenden Vereinsjahres prozentual angerechnet. Durch die Güterverladungen des neuen Mitgliedes werden zunächst eventuelle Minderverladungen im jeweiligen Vereinsjahr im Ver-

Die erste der beiden Seiten des Briefes ist mit einer handschriftlichen Notiz versehen, die den Namen des Adressaten enthält. Die zweite Seite ist ebenfalls handschriftlich beschriftet und enthält eine kurze Mitteilung. Der Brief ist in zwei Abschnitte unterteilt, die durch eine handschriftliche Trennung markiert sind. Der erste Abschnitt enthält eine Begrüßung und eine kurze Mitteilung, während der zweite Abschnitt eine längere Mitteilung enthält. Der Brief ist in deutscher Sprache verfasst und ist in einer handschriftlichen Schrift verfasst. Die Handschrift ist in einer klaren, leserlichen Schrift verfasst und ist in einer handschriftlichen Schrift verfasst. Der Brief ist in zwei Abschnitte unterteilt, die durch eine handschriftliche Trennung markiert sind. Der erste Abschnitt enthält eine Begrüßung und eine kurze Mitteilung, während der zweite Abschnitt eine längere Mitteilung enthält. Der Brief ist in deutscher Sprache verfasst und ist in einer handschriftlichen Schrift verfasst. Die Handschrift ist in einer klaren, leserlichen Schrift verfasst und ist in einer handschriftlichen Schrift verfasst.

Der Brief ist in zwei Abschnitte unterteilt, die durch eine handschriftliche Trennung markiert sind. Der erste Abschnitt enthält eine Begrüßung und eine kurze Mitteilung, während der zweite Abschnitt eine längere Mitteilung enthält. Der Brief ist in deutscher Sprache verfasst und ist in einer handschriftlichen Schrift verfasst. Die Handschrift ist in einer klaren, leserlichen Schrift verfasst und ist in einer handschriftlichen Schrift verfasst. Der Brief ist in zwei Abschnitte unterteilt, die durch eine handschriftliche Trennung markiert sind. Der erste Abschnitt enthält eine Begrüßung und eine kurze Mitteilung, während der zweite Abschnitt eine längere Mitteilung enthält. Der Brief ist in deutscher Sprache verfasst und ist in einer handschriftlichen Schrift verfasst. Die Handschrift ist in einer klaren, leserlichen Schrift verfasst und ist in einer handschriftlichen Schrift verfasst.

Der Brief ist in zwei Abschnitte unterteilt, die durch eine handschriftliche Trennung markiert sind. Der erste Abschnitt enthält eine Begrüßung und eine kurze Mitteilung, während der zweite Abschnitt eine längere Mitteilung enthält. Der Brief ist in deutscher Sprache verfasst und ist in einer handschriftlichen Schrift verfasst. Die Handschrift ist in einer klaren, leserlichen Schrift verfasst und ist in einer handschriftlichen Schrift verfasst. Der Brief ist in zwei Abschnitte unterteilt, die durch eine handschriftliche Trennung markiert sind. Der erste Abschnitt enthält eine Begrüßung und eine kurze Mitteilung, während der zweite Abschnitt eine längere Mitteilung enthält. Der Brief ist in deutscher Sprache verfasst und ist in einer handschriftlichen Schrift verfasst. Die Handschrift ist in einer klaren, leserlichen Schrift verfasst und ist in einer handschriftlichen Schrift verfasst.

- 3 -

gleich zu 1963 (§ 2, Satz 2) ausgeglichen bzw. den Vereinsmitgliedern prozentual gutgeschrieben, die hieran beteiligt sind. Darüber hinausgehende Gütermengen werden zur Erhöhung des Vergütungssatzes für Mehrverladungen gegenüber 1963 (§ 2, Satz 1) für alle Vereinsmitglieder verwandt.

§ 5

Diese Beitragsordnung gilt für das Vereinsjahr 1965. Sie bleibt auch für die folgenden Jahre in Kraft, solange sie nicht durch eine von der ordentlichen Mitgliederversammlung beschlossene neue Beitragsordnung ersetzt wird.

Am 15. März 1914 wurde die
Kommune Sankt Augustin
in die Provinz Preußen
eingegliedert.

Die Gemeinde Sankt Augustin
hat eine Fläche von
1.200 Hektar und eine
Bevölkerung von 1.500
Einwohnern.

Die Gemeinde Sankt Augustin
hat eine Fläche von
1.200 Hektar und eine
Bevölkerung von 1.500
Einwohnern.

Die Gemeinde Sankt Augustin
hat eine Fläche von
1.200 Hektar und eine
Bevölkerung von 1.500
Einwohnern.

Die Gemeinde Sankt Augustin
hat eine Fläche von
1.200 Hektar und eine
Bevölkerung von 1.500
Einwohnern.

Industrie- und Handelskammer Bonn

Industrie- und Handelskammer, 53 Bonn · Postschließfach 338

11. Dez. 1964
53 BONN, den
Bonner Talweg 17

Ihr Zeichen

Ihre Nachricht vom

Unsere Nachricht vom

Dez. III ^{Unsere Zeichen} Ri/ra I/8/3

Betr.: Stilllegung der Kleinbahn Beuel - Großenbusch

Sehr geehrte Herren!

Gelegentlich der Besprechung am 16.11.d.J. ist beschlossen worden, eine Interessengemeinschaft zu gründen, für die die Kammer einen Satzungsentwurf ausarbeiten sollte (s. Ergebnisniederschrift / Ziff. 4). Wir erlauben uns, Ihnen anliegend diesen Entwurf zusammen mit dem Entwurf einer Beitragsordnung zu überreichen. Gleichzeitig laden wir Sie zur Gründungsversammlung der Interessengemeinschaft am

Freitag, den 8. Januar 1965, 18.00 Uhr,

in das kleine Sitzungszimmer der Firma Rheinische Schmirgelwerke GmbH, Beuel, Königswinterer Str. 115, ein. Sollte Ihr Firmeninhaber nicht teilnehmen können, bitten wir um Delegation eines mit einer schriftlichen Vollmacht ausgestatteten Vertreters. / Ihre Zusage erbitten wir mit der beigefügten Antwortkarte.

Tagesordnung:

1. Erörterung des Satzungsentwurfs der Interessengemeinschaft
2. Erörterung des Entwurfs der Beitragsordnung

-/2

Die ...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

- 2 -

3. Gründung der Interessengemeinschaft Beuel - Großenbusch e.V.
4. Bestellung des Vorstandsvorsitzenden und seiner Stellvertreter gemäß § 19 der Satzung.

Um Ihnen die Errechnung des auf Ihre Firma nach dem Entwurf der Beitragsordnung entfallenden Jahresbeitrages (fester Jahresbeitrag und Jahresbeitrag je t) zu erleichtern, teilen wir mit, daß Ihre Firma nach den Angaben der Deutschen Eisenbahn-Gesellschaft mbH, Frankfurt, 1963 insgesamt t Frachtgut verladen hat.

Dem gesamten Beitragsaufkommen ist eine Beteiligung von 12 Firmen zugrunde gelegt (zwei kleinere Verloader haben es abgelehnt, sich an der Frachtgarantie zu beteiligen). Sollte wider Erwarten die eine oder andere Firma entgegen der bisherigen Zusage es ablehnen, der Interessengemeinschaft beizutreten, würden sich hierdurch die Beiträge gemäß § 1 Abs. 1a und b des Entwurfs der Beitragsordnung entsprechend erhöhen.

Mit vorzüglicher Hochachtung
Industrie- und Handelskammer Bonn
Die Geschäftsführung

(Ritter')

E n t w u r f

Satzung der Interessengemeinschaft Kleinbahn Beuel - Großenbusch e.V.

I. Allgemeine Bestimmungen

§ 1

Name, Sitz, Vereinsjahr

- (1) Der Verein führt den Namen: "Interessengemeinschaft Kleinbahn Beuel - Großenbusch e.V."
- (2) der Sitz des Vereins ist Beuel
- (3) Das Vereinsjahr entspricht dem Kalenderjahr

§ 2

Aufgaben und Zweck des Vereins

- (1) Aufgabe des Vereins ist die Übernahme von Frachtgarantien gegenüber der Deutschen Eisenbahn-Gesellschaft mbH, Frankfurt, die Aufteilung der Frachtgarantien auf die Verloader sowie die Abrechnung mit den Verladern und der Deutschen Eisenbahn-Gesellschaft mbH.

II. Rechtsverhältnis des Vereins und seiner Mitglieder

§ 3

Rechtliche Natur des Vereins

Der Verein muß in das Vereinsregister eingetragen werden und dauernd eingetragen bleiben.



Die Unterzeichneten, Herr ...
...

...

...

...

...

...

...

...

...

- 2 -

§ 4

Erwerb der Mitgliedschaft

(1) Mitglieder des Vereins können Gewerbebetriebe werden, die Frachtgut mit der Kleinbahn Beuel - Großenbusch verladen oder dies beabsichtigen.

(2) Neben den Mitgliedern gemäß Abs. 1 können auch an der Aufrechterhaltung der Kleinbahn interessierte Gemeinden, Zweckverbände oder sonstige öffentlich rechtliche Körperschaften Mitglieder des Vereins werden.

§ 5

Austritt aus dem Verein

(1) Der Austritt eines Mitgliedes aus dem Verein ist nur nach vorausgegangener 6-monatiger Kündigung für den Schluß eines Vereinsjahres zulässig. Die Austrittserklärung ist dem Vorstand durch eingeschriebenen Brief zu übermitteln.

(2) Sofern das Mitglied auch nach dem Austritt Frachtgut mit der Kleinbahn Beuel - Großenbusch verladen will, ist der Austritt nur unter der Auflage zulässig, daß es sich verpflichtet, die auf ihn entfallenden Beiträge entsprechend der Beitragsordnung auch weiterhin zu zahlen.

§ 6

Beiträge

(1) Die Vereinsmitglieder haben die Verpflichtung, jährliche Beiträge in Höhe der gegenüber der Deutschen Eisenbahn-Gesellschaft mbH übernommenen Frachtgarantie zu leisten unter Berücksichtigung der mit dieser Gesellschaft getroffenen Vereinbarungen bezüglich eines festen Jahresbeitrages und eines Beitrages je Tonne. Außerdem haben die Vereinsmitglieder die durch



1. Die...
2. Die...
3. Die...
4. Die...
5. Die...
6. Die...
7. Die...
8. Die...
9. Die...
10. Die...

11. Die...
12. Die...
13. Die...
14. Die...
15. Die...
16. Die...
17. Die...
18. Die...
19. Die...
20. Die...

21. Die...
22. Die...
23. Die...
24. Die...
25. Die...
26. Die...
27. Die...
28. Die...
29. Die...
30. Die...

- 3 -

die Geschäftsführung entstehenden Kosten in gleichen Anteilen im Umlageverfahren zu tragen. Die Beitragshöhe soll in angemessener Weise das Interesse der Vereinsmitglieder an der Aufrechterhaltung der Kleinbahn Beuel - Großenbusch und das Frachtaufkommen der einzelnen Vereinsmitglieder berücksichtigen. Die Berechnung der Beiträge erfolgt entsprechend der in der Gründungsversammlung beschlossenen Beitragsordnung. Änderungen der Beitragsordnung erfolgen durch die ordentliche Mitgliederversammlung.

(2) Vereinsmitglieder gemäß § 4 Abs. 2 sind von der Zahlung von Beiträgen und der Kosten der Geschäftsführung befreit.

III. Verfassung des Vereins

1. Vorstand

§ 7

Zahl und Wahl der Mitglieder des Vorstandes

(1) Der Vorstand besteht aus drei Personen.

(2) Der Vorstandsvorsitzende und die beiden anderen Vorstandmitglieder werden von der ordentlichen Mitgliederversammlung gewählt. Die Wahl erfolgt für die Dauer von zwei Jahren. Das Vereinsjahr der Wahl wird hierbei nicht mitgerechnet. Der Vorstand bleibt bis zu seiner Neuwahl im Amt.

(3) Eine juristische Person kann nicht in den Vorstand gewählt werden.

§ 8

Vertretung des Vereins

Der Vorsitzende des Vorstandes vertritt in Gemeinschaft mit einem anderen Mitglied des Vorstandes den Verein. Im Falle der Verhinderung des Vorsitzenden wird dieser durch das an Jahren älteste Mitglied des Vorstandes vertreten.

- 4 -

§ 9

Geschäftsordnung

(1) Der Vorstand faßt seine Beschlüsse mit der Mehrheit der abgegebenen Stimmen. Jedes Mitglied des Vorstands hat eine Stimme. Bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme des Vorsitzenden.

(2) Im übrigen kann der Vorstand seine Geschäftsordnung selbst festsetzen.

§ 10

Aufgaben des Vorstands

(1) Der Vorstand hat die Geschäfte des Vereins so zu führen, wie die ordnungsgemäße Erfüllung der Vereinsaufgaben es erfordert. Er hat bei seiner Geschäftsführung die Beschränkungen einzuhalten, die durch die Satzung und die Beschlüsse der Mitgliederversammlung festgesetzt sind.

(2) Dem Vorstand obliegt auch die Buch- und Kassenführung des Vereins. Er hat in den ersten drei Monaten des Vereinsjahres für das vergangene Vereinsjahr den Jahresabschluß und den Geschäftsbericht aufzustellen und der Mitgliederversammlung vorzulegen.

2. Mitgliederversammlung

§ 11

Einberufung

(1) Die Mitgliederversammlung wird durch den Vorstand einberufen, wenn es erforderlich erscheint oder wenn mindestens

- 5 -

1/5 der Mitglieder des Vereins es verlangt. Die Einberufung muß Zeit und Ort der Sitzung angeben. Die Einberufung hat mindestens zwei Wochen vor dem Tage der Sitzung schriftlich zu erfolgen. Der Tag der Einberufung und der Tag der Versammlung sind hierbei nicht mitzurechnen.

(2) Der Zweck der Sitzung soll bei der Einberufung mitgeteilt werden.

§ 12

Ordentliche und außerordentliche Mitgliederversammlungen

(1) Jährlich innerhalb der ersten drei Monate des Vereinsjahres findet die ordentliche Mitgliederversammlung statt. Der Vorstand hat ihr einen Bericht über das abgelaufene Vereinsjahr zu erstatten. Die Versammlung beschließt alsdann über die Entlastung des Vorstands. Außerdem obliegt ihr die Festsetzung der Beiträge.

(2) Der Vorstand kann weitere außerordentliche Mitgliederversammlungen nach seinem Ermessen einberufen.

§ 13

Vertretung in der Mitgliederversammlung

Jedes Mitglied kann sich in der Mitgliederversammlung durch einen mit schriftlicher Vollmacht versehenen Bevollmächtigten vertreten lassen.

§ 14

Vorsitz in der Mitgliederversammlung

Den Vorsitz in der Mitgliederversammlung führt der Vorsitzende des Vorstands, bei seiner Verhinderung das an Jahren älteste

- 6 -

der sonstigen Vorstandsmitglieder. Der Vorsitzende leitet die Versammlung, bestimmt die Reihenfolge der Verhandlungsgegenstände sowie die Art und Form der Abstimmung.

§ 15

Beschlußfassung in besonderen Fällen

(1) Zu einer Beschlußfassung über eine Änderung der Vereinssatzung oder die Auflösung des Vereins ist erforderlich, daß in der Mitgliederversammlung mindestens die Hälfte der Vereinsmitglieder erschienen oder vertreten ist. Ist diese Voraussetzung nicht erfüllt, so kann eine zweite Mitgliederversammlung, die frühestens ein Monat nach der ersten einzuberufen ist, ohne Rücksicht auf die Anzahl der erschienenen oder vertretenen Vereinsmitglieder über eine Änderung der Vereinssatzung oder die Auflösung des Vereins beschließen. Bei der Einberufung ist hierauf besonders hinzuweisen.

(2) In jedem Falle ist zu einer Beschlußfassung über eine Änderung der Vereinssatzung oder die Auflösung des Vereins eine Mehrheit von drei Vierteln der abgegebenen Stimmen erforderlich.

§ 16

Niederschriften über die Beschlüsse der Mitgliederversammlung

Über die in der Mitgliederversammlung gefaßten Beschlüsse ist eine Niederschrift anzufertigen, die vom Vorsitzenden der Versammlung (§ 14) zu unterschreiben und von einem Vereinsmitglied gegenzuzeichnen ist.

IV. Schlußbestimmungen

§ 17

Vermögensverteilung bei Auflösung des Vereins

Bei Auflösung oder Aufhebung des Vereins fällt das Vermögen des

- 7 -

Vereins den Vereinsmitgliedern zu. Die Anteile werden entsprechend der Staffel für den festen Jahresbeitrag (Beitragsordnung § 1 (1) a) im letzten Vereinsjahr errechnet.

§ 18

Satzungsänderung auf Anordnung des Registergerichts

Änderungen der Satzung, die das Registergericht zum Zwecke der Eintragung des Vereins in das Vereinsregister verlangen sollte, kann der Vorstand vornehmen.

§ 19

Bestellung des ersten Vorstandsvorsitzenden und seiner Stellvertreter

Abweichend von den Bestimmungen in § 7 Abs. 2 werden der erste Vorsitzende des Vorstands sowie die beiden weiteren Vorstandsmitglieder von den Gründern bestellt. Die Bestellung erfolgt für die Zeit bis zur Beendigung der ordentlichen Mitgliederversammlung, die über die Entlastung des Vorstandes für das erste Vereinsjahr beschließt.

Beuel, den 8. Januar 1965

Die Stadt Sankt Augustin hat sich im Jahre 1975 zur
Stadt erhoben und ist seitdem eine kreisangehörige
Stadt.

Die Stadt Sankt Augustin hat sich im Jahre 1975 zur Stadt erhoben und ist seitdem eine kreisangehörige Stadt.

Die Stadt Sankt Augustin hat sich im Jahre 1975 zur
Stadt erhoben und ist seitdem eine kreisangehörige
Stadt.

Die Stadt Sankt Augustin hat sich im Jahre 1975 zur Stadt erhoben und ist seitdem eine kreisangehörige Stadt.

Die Stadt Sankt Augustin hat sich im Jahre 1975 zur
Stadt erhoben und ist seitdem eine kreisangehörige
Stadt.

Die Stadt Sankt Augustin hat sich im Jahre 1975 zur
Stadt erhoben und ist seitdem eine kreisangehörige
Stadt.

Die Stadt Sankt Augustin hat sich im Jahre 1975 zur
Stadt erhoben und ist seitdem eine kreisangehörige
Stadt.

to Mrs. W. L. W. W. W.
by 181264.

Industrie- und Handelskammer Bonn

Industrie- und Handelskammer, 53 Bonn · Postschließfach 338

53 **BONN**, den 18. Dez. 1964
Bonner Talweg 17 *19/12*

Herrn

Amtsdirektor Minz
Amtsverwaltung Menden

5201 Siegburg-Mülldorf

Ihr Zeichen

Ihre Nachricht vom

Unsere Nachricht vom

Unsere Zeichen

Dez. III -/fa I/8/3

Betr.: Stilllegung der Kleinbahn Beuel - Großenbusch

Sehr geehrter Herr Amtsdirektor!

Unter Bezugnahme auf Ihren heutigen Anruf übersenden
wir Ihnen die gewünschten Unterlagen in dreifacher
Ausfertigung.

Mit vorzüglicher Hochachtung
Industrie- und Handelskammer Bonn
Die Geschäftsführung

Anlagen

[Signature]
(Dipl.Volksw. Müller)

DEUTSCHE BUNDESBAHN

Allgemeine Bedingungen für Privatgleisanschlüsse

(PAB)

Vom 1. Januar 1955

Diese Bedingungen bilden die Grundlage für die Rechtsverhältnisse zwischen der Deutschen Bundesbahn (Bundesbahn) und den Inhabern von Privatgleisanschlüssen (Anschließer). Sie sollen als Bestandteil der Gleisanschlußverträge vereinbart werden.

§ 1 Zweck, Umfang und Art des Privatgleisanschlusses

- (1) Auf dem Privatgleisanschluß (Anschluß) werden im Übergang von der Bundesbahn und zu ihr in der Regel Güter befördert, die für den Anschließer bestimmt sind oder von ihm versandt werden.
- (2) Der Anschluß umfaßt ab Anschlußgrenze zur Bundesbahn alle Gleise des Anschließers mit den dazugehörigen Einrichtungen, soweit sie nach dem Gleisanschlußvertrag mit Eisenbahnfahrzeugen des öffentlichen Verkehrs befahren werden dürfen (Anschlußanlagen).
- (3) Die Anschlußgrenze zur Bundesbahn bildet der in Richtung zum Anschluß liegende Schienenstoß am Ende der Anschlußweiche.
Ist keine Anschlußweiche vorhanden, so wird die Grenze vereinbart.
- (4) Die Grenzen des Anschlusses sind vom Anschließer örtlich zu kennzeichnen.
- (5) Der Umfang des Anschlusses ist im Vertragsplan farbig darzustellen.
- (6) Ob der Anschluß nach der Eisenbahn-Bau- und Betriebsordnung ein „Bahnhofsanschluß“ oder ein „Anschluß auf freier Strecke“ ist, wird im Gleisanschlußvertrag festgelegt.

§ 2 Stückgut- und Tierverkehr, öffentlicher Ladeverkehr

- (1) Die Beförderung von Stückgütern und von lebenden Tieren auf dem Anschluß ist nur zulässig, wenn sie zwischen Bundesbahn und Anschließer oder Mitbenutzer besonders vereinbart ist; für die Stückgutbeförderung gelten die „Bestimmungen über den Stückgutverkehr auf Privatgleisanschlüssen (St AB)“.
- (2) Einen beschränkten öffentlichen Ladeverkehr auf dem Anschluß darf die Bundesbahn nur nach vorheriger Zustimmung des Anschließers einrichten.

§ 3 Werkeisenbahnverkehr

- (1) Werkeisenbahnverkehr im Sinne dieser Bestimmungen ist die Beförderung von Gütern mit Eisenbahnfahrzeugen, die nicht dem öffentlichen Verkehr zu dienen bestimmt sind, auf den Gleisen eines Anschließers oder zwischen den Gleisen mehrerer Anschließer, wenn hierzu Gleise der Bundesbahn nicht in Anspruch genommen werden.
Zu den Gleisen des Anschließers gehören die Anschlußanlagen und alle anderen mit ihnen verbundenen Gleise des Anschließers und der Mitbenutzer.

- (2) Der Werkeisenbahnverkehr auf den Gleisen eines Anschließers ist unbeschränkt zulässig.
- (3) Hat ein Anschließer mehrere Anschlüsse an die Bundesbahn, so ist der Werkeisenbahnverkehr auf seinen gesamten Gleisen unbeschränkt zulässig, soweit
 - a) die Gleise am 1. Oktober 1954 miteinander verbunden und Eigentum des Anschließers waren oder
 - b) der Werkeisenbahnverkehr für Betriebe durchgeführt wird, zwischen denen enge örtliche und produktionstechnische Zusammenhänge bestehen.

Diese Bestimmungen gelten auch, wenn mehrere Anschließer am 1. Oktober 1954 ihren Werkeisenbahnverkehr durch einen Betriebsunternehmer gemeinsam ausgeführt haben.

- (4) Gegen jeden nach (3) nicht zulässigen Werkeisenbahnverkehr und gegen den von den Gleisen eines Anschließers nach denen eines anderen kann die Bundesbahn Einspruch erheben. Der Einspruch ist jedoch nur zulässig, wenn den Anschließern nach den örtlichen und betrieblichen Gegebenheiten sowie den produktionstechnischen Erfordernissen ihrer Betriebe unter Berücksichtigung der Belange des öffentlichen Verkehrs zuzumuten ist, die Güter im öffentlichen Eisenbahnverkehr befördern zu lassen. Hat der Werkeisenbahnverkehr am 1. Oktober 1954 bereits bestanden, so kann die Bundesbahn nur dagegen Einspruch erheben, daß andere Güter befördert oder neue Verkehrsbeziehungen aufgenommen werden sollen.

Die Anschließer haben der Bundesbahn rechtzeitig schriftlich mitzuteilen, daß sie beabsichtigen, einen Werkeisenbahnverkehr einzurichten oder — bei Verkehren, die am 1. Oktober 1954 schon bestanden — gegenüber dem Zustand an diesem Stichtag andere Güter zu befördern oder neue Verkehrsbeziehungen aufzunehmen. Das Einspruchsrecht erlischt, wenn die Bundesbahn den Einspruch nicht binnen drei Monaten nach Eingang dieser Mitteilung geltend macht.

Einigen sich die Beteiligten nicht, so entscheidet die oberste Landesverkehrsbehörde nach den Vorschriften über die Bestimmung einer Leistung durch einen Dritten (BGB §§ 317—319); vorher darf mit dem Bau einer Verbindungsbahn nicht begonnen oder die Güterbeförderung nicht aufgenommen werden.

§ 4 Mitbenutzung des Anschlusses

- (1) Zur Mitbenutzung des Anschlusses — ohne oder mit Abzweigung von Nebenanschlüssen — durch andere ist die vorherige Zustimmung des Anschliebers und der Bundesbahn notwendig.
Der Anschlieber darf seine Zustimmung nur versagen, wenn sein regelmäßiger Betrieb auf dem Anschluß im bisherigen Umfang durch die Mitbenutzung beeinträchtigt und er dadurch geschädigt wird. Die Mitbenutzung von Anschlußanlagen, die auf dem Werkhof liegen, braucht der Anschlieber nicht zu dulden, wenn hierdurch der Betrieb seines Unternehmens geschädigt wird oder wenn nach den örtlichen Verhältnissen die Mitbenutzung des Anschlusses auch ohne diese Anlagen in wirtschaftlicher Weise möglich ist.
- (2) Auf Verlangen des Anschliebers ist die Mitbenutzung seiner Anlagen zu vergüten. Hierbei sind der Zeitwert der gemeinsam benutzten Anlagen, die Kosten ihrer Unterhaltung, Erneuerung, Bewachung und Bedienung sowie der Umfang der Mitbenutzung und die dem Anschlieber dadurch entstehenden Erschwernisse zu berücksichtigen; es kann auch ein angemessener Betrag als Verdienst- und Risikoprämie eingesetzt werden.
- (3) Wird bei Meinungsverschiedenheiten über die Duldung, den Umfang oder andere Bedingungen der Mitbenutzung, besonders über die Höhe der Vergütungen, ein Vermittlungsvorschlag der Bundesbahn abgelehnt, so entscheidet die örtlich zuständige Industrie- und Handelskammer nach den Vorschriften über die Bestimmung der Leistung durch einen Dritten (BGB §§ 317—319).
Die Betriebsführung auf dem Anschluß bestimmt jedoch der Anschlieber allein.
- (4) Die Bundesbahn darf die Anschlußanlagen in außergewöhnlichen Fällen und für kurze Zeit mitbenutzen, wenn hierdurch der Betrieb auf dem Anschluß nicht wesentlich beeinträchtigt wird. Eine Vergütung ist dafür nicht zu zahlen.
Für eine regelmäßige oder längere Mitbenutzung hat die Bundesbahn die vorherige Zustimmung des Anschliebers einzuholen. Diese Mitbenutzung ist zu vergüten. Der Anschlieber darf seine Zustimmung nicht versagen, wenn die Mitbenutzung durch eine Notlage der Bundesbahn veranlaßt ist.

§ 5 Herstellung der Anschlußanlagen

- (1) Der Anschlieber stellt den Entwurf für die Anschlußanlagen im Einvernehmen mit der Bundesbahn auf. Auf seinen Wunsch bestätigt sie ihr Einverständnis auf dem Entwurf.
Vor Beginn der Bauarbeiten legt er der Bundesbahn die gesetzlich vorgesehene Erlaubnis zum Bau und Betrieb des Anschlusses vor und übergibt ihr die Ausführungszeichnungen in fünffacher Ausfertigung.
- (2) Es stellen her
der Anschlieber
die Anschlußanlagen,
die Bundesbahn
die Änderungen und Erweiterungen der Bundesbahnanlagen, die durch den Anschluß veranlaßt werden.
- (3) Die Stoffe stellen, wenn nichts anderes vereinbart ist,
der Anschlieber
für die Anschlußanlagen,
die Bundesbahn
für die von ihr herzustellenden Anlagen.

§ 6 Fertigstellung der Anschlußanlagen und Aufnahme des Betriebes

- (1) Anschlieber und Bundesbahn haben die von ihnen auszuführenden Bauarbeiten bis zu einem vereinbarten Zeitpunkt fertigzustellen.
- (2) Die Bundesbahn übernimmt die Bedienung des Anschlusses, wenn die fertiggestellten Anschlußanlagen dem vereinbarten Entwurf entsprechen und der Anschlieber die gesetzlich vorgeschriebene Genehmigung zur Aufnahme des Betriebes auf dem Anschluß nachgewiesen hat.
- (3) Der Anschlieber stellt im Benehmen mit der Bundesbahn den Vertragsplan auf und überläßt ihr die benötigten Ausfertigungen.
- (4) Nach Fertigstellung der Anschlußanlagen bedürfen alle Änderungen dieser Anlagen der vorherigen Zustimmung der Bundesbahn. §§ 5 (1) und 6 (2) gelten entsprechend.

§ 7 Herstellungskosten

- (1) Die Kosten für die Herstellung der Anschlußanlagen trägt der Anschlieber. Er erstattet, wenn nichts anderes vereinbart ist, der Bundesbahn die Kosten für Änderungen und Erweiterungen der Bundesbahnanlagen, die durch die Einführung und Bedienung des Anschlusses veranlaßt sind. Zu den Kosten gehören auch die Kosten für verwendete Stoffe.
Soweit jedoch durch den vom Anschlieber gebrachten Verkehrszuwachs weitere Änderungen oder Erweiterungen von Bundesbahnanlagen notwendig werden, trägt die Bundesbahn die hierfür entstehenden Kosten.
- (2) Die in Bundesbahngleisen verlegten Weichen und Kreuzungen werden mit dem Einbau Eigentum der Bundesbahn. Die beim Einbau freigewordenen Oberbaustoffe werden dem Anschlieber unentgeltlich übereignet, wenn er nicht statt dessen die Vergütung des Zeitwertes der Stoffe wünscht.

§ 8 Zahlung der Herstellungskosten

- (1) Übernimmt die Bundesbahn Leistungen, für die der Anschließer nach § 7 (1) die Kosten zu tragen hat, so werden Zahlungsweise und Vorschußleistungen vereinbart. Ein Teilbetrag, mindestens ein Drittel der überschläglich ermittelten Gesamtsumme, ist vor Beginn der Arbeiten zu zahlen.
- (2) Die Bundesbahn hat den Vorschuß, soweit er noch nicht verwendet ist, mit 1 vH über Landeszentralbankdiskont zu verzinsen, wenn sie aus Gründen, die der Anschließer nicht zu vertreten hat, die Arbeiten länger als einen Monat aussetzt und diesen Vorschuß nicht zurückgibt.

§ 9 Änderungen und Erweiterungen der Anschluß- und Bundesbahnanlagen. Kosten

- (1) Die Vertragspartner haben Änderungen oder Erweiterungen ihrer Anschluß- oder Bundesbahnanlagen durchzuführen, die aus baulichen, betrieblichen oder verkehrlichen Gründen des anderen Vertragspartners notwendig werden. Bei der Entscheidung, ob Änderungen oder Erweiterungen notwendig sind und wie sie durchzuführen sind, ist möglichst auf die Belange des anderen Vertragspartners Rücksicht zu nehmen.
Einzelheiten des Planes und der Durchführung sind zu vereinbaren. §§ 5 und 6 gelten entsprechend.
- (2) Jeder Vertragspartner trägt die Kosten für die Änderungen oder Erweiterungen seiner Anlagen. Die Kosten für nötige Änderungen oder Erweiterungen der Anlagen des anderen Vertragspartners trägt jedoch der Anschließer, wenn sie durch Änderungen oder Erweiterungen der Anschlußanlagen, die Bundesbahn, wenn sie durch Änderungen oder Erweiterungen der Bundesbahnanlagen veranlaßt werden.
- (3) Die Verpflichtung zur Übernahme der Kosten beschränkt sich auf die Teile der Anschluß- und Bundesbahnanlagen, die miteinander unmittelbar örtlich zusammenhängen.
Als unmittelbar örtlich zusammenhängend gelten
 - a) bei den Anschlußanlagen
die Anlagen von der Anschlußgrenze bis zur Übergabestelle,
 - b) bei den Bundesbahnanlagen
die Anlagen des Anschlußbahnhofes, die regelmäßig für die Abwicklung des Betriebes mit dem Anschluß benutzt werden, bei den Anschlüssen auf freier Strecke auch das Streckengleis vom Anschlußbahnhof bis zur Anschlußweiche.
- (4) Die Vertragspartner haben keinen Anspruch auf Entschädigung, wenn der Betrieb durch die Änderungs- oder Erweiterungsarbeiten unterbrochen oder gestört wird.

§ 10 Inbetriebhaltung, Unterhaltung und Erneuerung. Kosten

- (1) Es halten in Betrieb, unterhalten und erneuern auf ihre Kosten der Anschließer die Anschlußanlagen, die Bundesbahn ihre Anlagen bis zur Anschlußgrenze.
Um die Anlagen betriebsfähig zu erhalten, sind die Weichen, Gleissperren sowie andere Signal- und Sicherungsanlagen zu schmieren und gangbar zu halten; auch sind diese Einrichtungen — soweit notwendig — zu beleuchten. Ferner sind Schnee, Eis, Pflanzenwuchs und andere Behinderungen zu beseitigen.
Liegen im Anschluß Schutzanlagen (Schutzweichen, Gleissperren usw.), die der Sicherheit des Eisenbahnbetriebes in den Bundesbahnanlagen dienen, so werden die signaltechnischen Einrichtungen dieser Schutzanlagen von der Bundesbahn auf Kosten des Anschließers geschmiert und unterhalten (vgl. Anl. 1).
- (2) Die Anschlußanlagen sind so zu unterhalten und zu erneuern, daß sie betriebssicher befahren werden können.
- (3) Die Bundesbahn unterhält und erneuert die schienengleichen Kreuzungen von Gleisen des Anschlusses mit Bundesbahngleisen und die zugehörigen Signaleinrichtungen. Sie trägt hierfür die Kosten, wenn die Kreuzung bei Bedienung des Anschlusses benutzt wird; ist dies nicht der Fall, so hat ihr der Anschließer die durch die Kreuzung veranlaßten Mehrkosten zu vergüten.

§ 11 Vermietung von Gelände, Stoffen oder Anlagen

Stellt die Bundesbahn für den Anschluß Gelände, Stoffe oder Anlagen zur Verfügung, so ist dafür eine Miete zu zahlen (vgl. Anl. 1). Auch diese Stoffe und Anlagen sind nach § 10 vom Anschließer zu unterhalten und zu erneuern.

§ 12 Fernmeldeverbindungen mit dem Anschluß

Für die Herstellung, Unterhaltung und Erneuerung von Fernmeldeverbindungen der Bundesbahn mit dem Anschluß gelten die Bestimmungen der PAB sinngemäß.

Störungen in der Fernmeldeverbindung von der Sprechstelle der Bundesbahn bis zur ersten Sprechstelle im Anschluß beseitigt die Bundesbahn auf Kosten des Anschließers (vgl. Anl. 1).

§ 13 Anschlüsse an elektrisch betriebene Bundesbahnstrecken

- (1) Verlangt die Bundesbahn, daß ein bestehender Anschluß auf elektrischen Betrieb umgestellt wird, so übernimmt sie die Kosten für die Umstellung bis zur Übergabestelle. Die dabei im Anschluß geschaffenen Fahrleitungsanlagen werden nach 15 Jahren Eigentum des Anschließers.

- (2) Bei elektrisch betriebenen Anschlüssen hat der Anschließer der Bundesbahn die Unterhaltungs- und Erneuerungsarbeiten an den Fahrleitungsanlagen gegen Kostenerstattung zu überlassen.

§ 14 Wagenkippanlagen

Die Einrichtung und Änderung von beweglichen oder ortsfesten Kippanlagen für Eisenbahnfahrzeuge des öffentlichen Verkehrs bedürfen der vorherigen Zustimmung der Bundesbahn.

§ 15 Anwendung technischer Vorschriften der Bundesbahn

Wenn nicht landesgesetzliche Vorschriften entgegenstehen, gelten für die Herstellung, Unterhaltung, Erneuerung und Bedienung der Oberbau-, Brücken-, Signal- und Fernmeldeanlagen und der maschinen-technischen Einrichtungen, für die Herstellung der Starkstromanlagen sowie für den Betriebsdienst die Vorschriften der Bundesbahn, soweit sie den Betrieb führt, in jedem Falle aber für die Anlagen bis zur Übergabestelle.

§ 16 Ausführung von Arbeiten zu Lasten des Anschließers. Umfang der Kosten

- (1) Will die Bundesbahn Arbeiten, für die der Anschließer die Kosten zu tragen hat, selbst ausführen, so erhält der Anschließer auf Wunsch einen unverbindlichen Kostenvoranschlag und später eine aufgliedernde Rechnung.
- (2) Übersteigen die veranschlagten Kosten 2 000,— DM, so bedarf die Bundesbahn der vorherigen Zustimmung des Anschließers, wenn sie die Arbeiten selbst ausführen will.
- (3) Setzt die Bundesbahn Unternehmer ein, so vergibt sie die Aufträge im Einvernehmen mit dem Anschließer in seinem Namen und auf seine Rechnung.
- (4) Die Bundesbahn berechnet nur ihre tatsächlichen Kosten (Selbstkosten), d. s. die unmittelbaren Kosten (z. B. Löhne, Gehälter, Stoffe, Unternehmereinsatz) und die Gemeinkosten (vgl. Anl. 1).

§ 17 Bedienung und Prüfung der Anschlußanlagen

Soweit die Bundesbahn auf dem Anschluß den Betrieb führt, bedient sie die Anschlußanlagen und prüft sie auf ihren betriebssicheren Zustand; sie trägt hierfür auch die Kosten. Die Verantwortung des Anschließers aus § 10 wird hierdurch nicht berührt.

§ 18 Gemeinschaftliche Einrichtungen

- (1) Die Herstellung, Unterhaltung und Erneuerung von Einrichtungen, die Zwecken der Bundesbahn und des Anschließers gemeinsam dienen, liegt der Bundesbahn ob.
- (2) Die Kosten für die Herstellung solcher gemeinschaftlicher Einrichtungen tragen die Vertragspartner nach dem Grade der Veranlassung, die Kosten für die Unterhaltung und Erneuerung nach dem Umfang der Benutzung.
- (3) Die Kosten für die Bedienung gemeinschaftlicher Einrichtungen trägt der Vertragspartner, dessen Belangen sie überwiegend dienen.
Entstehen der Bundesbahn durch die Bedienung gemeinschaftlicher Einrichtungen für Zwecke des Anschließers Mehrkosten, die nicht durch die Zuführung und Abholung der Wagen veranlaßt sind, so vergütet sie der Anschließer. Entstehen dem Anschließer durch die Bedienung solcher Einrichtungen für Zwecke der Bundesbahn Mehrkosten, so trägt sie die Bundesbahn.

§ 19 Zuführung und Abholung der Wagen

- (1) Die Bundesbahn ist zur Zuführung und Abholung verpflichtet.
- (2) Wegen verspäteter Zuführung oder Abholung kann der Anschließer Ansprüche auf Schadenersatz nur nach der Eisenbahn-Verkehrsordnung geltend machen.

§ 20 Ausnahmen von der Pflicht zur Zuführung und Abholung

- (1) Die Bundesbahn ist berechtigt, die Zuführung und Abholung einzuschränken oder einzustellen,
 - a) soweit und solange sie es zur Aufrechterhaltung und Sicherung ihres Eisenbahnbetriebes wegen der Sicherheit ihrer Wagen nach pflichtgemäßem Ermessen für notwendig hält,
 - b) wenn der Anschließer trotz Aufforderung einer anerkannten oder rechtskräftig festgestellten Verpflichtung aus dem Gleisanschlußvertrag nicht nachkommt,
 - c) wenn der Anschließer die Zahlungen eingestellt hat, über sein Vermögen der Konkurs eröffnet ist oder die Zwangsversteigerung oder Zwangsverwaltung des Grundstückes des Anschließers angeordnet wird,
 - d) wenn der Anschließer den Betrieb des angeschlossenen Unternehmens dauernd einstellt.

Vor einer Einschränkung oder Einstellung ist der Anschließer zu benachrichtigen. Ist dies nicht möglich, so ist die Benachrichtigung unverzüglich nachzuholen.
- (2) Hat die Bundesbahn die Zuführung und Abholung eingeschränkt oder eingestellt, so hat der Anschließer einen Anspruch auf Schadenersatz nur, wenn keine der Voraussetzungen nach (1) a) bis d) gegeben war, die Bundesbahn bei ihrer Entscheidung vorsätzlich oder grobfahrlässig gehandelt hat und der Betrieb des Anschließers durch die Einschränkung oder Einstellung schwer geschädigt ist.
Die Höhe des Schadenersatzes ist für jeden Schadenfall auf 10 000,— DM begrenzt.

§ 21 Betriebsführung auf dem Anschluß

- (1) Die Bereiche der Betriebsführung von Bundesbahn und Anschließer werden im Gleisanschlußvertrag festgelegt und im Vertragsplan kenntlich gemacht.

Einzelheiten der Betriebsabwicklung werden in einer besonderen Bedienungsanweisung der Bundesbahn nach Benehmen mit dem Anschließer geregelt.

- (2) Im Gleisanschlußvertrag wird die Übergabestelle (Übergabegleise, Übergabepunkt) bezeichnet, an der die zuzuführenden und abzuholenden Wagen aufzustellen sind.
- (3) Hat die Bundesbahn durch besondere Vereinbarung die Betriebsführung auf dem Anschluß über die Übergabestelle hinaus übernommen, so kann sie jederzeit verlangen, daß diese Betriebsführung nach Ablauf einer angemessenen, mindestens aber dreimonatigen Frist ganz oder teilweise vom Anschließer übernommen wird. Die Frist darf nicht kürzer als 12 Monate sein, wenn der Betrieb mit Maschinenkraft bewirkt werden muß. Unter den gleichen Voraussetzungen kann auch der Anschließer verlangen, daß ihm diese Betriebsführung überlassen wird.

§ 22 Betriebsdienstliche Bestimmungen

- (1) Wenn nichts anderes vereinbart ist, stellt die Bundesbahn die Wagen ungeordnet an der Übergabestelle zu und holt sie von dort ab.
- (2) Bei Mitbenutzung des Anschlusses hat die Bundesbahn die Wagen nach Anschließer und Mitbenutzern geordnet zuzuführen. Die Bundesbahn kann aber aus betrieblichen Gründen verlangen, daß der Anschließer, der eigene Triebfahrzeuge hat, die Wagen für Mitbenutzer selbst ausrangiert. Die Verpflichtung der Bundesbahn, die Wagen nach Anschließer und Mitbenutzern geordnet zuzuführen, besteht jedoch nicht gegenüber einem Anschließer, bei dem nicht die Beförderung seiner Güter (§ 1 (1)), sondern die Beförderung von Gütern der Mitbenutzer Zweck des Anschlußunternehmens ist (z. B. nichtöffentliche Hafenbahnen, Industriebahnen und ähnliche Bahnunternehmen).
- (3) Die planmäßigen Bedienungsfahrten setzt die Bundesbahn — möglichst nach Vereinbarung mit dem Anschließer — fest. Außerplanmäßige Bedienungsfahrten müssen auf Verlangen eines Vertragspartners durchgeführt werden, wenn nicht betriebliche Gründe entgegenstehen.
- (4) Ist der Anschluß überfüllt, so stellt die Bundesbahn die Wagen an geeigneter Stelle ab. Die Zuführung gilt dann mit dem Zeitpunkt als bewirkt, zu dem die Wagen dem Anschluß planmäßig zugeführt worden wären, wenn nicht die Überfüllung des Anschlusses im Betriebe der Bundesbahn selbst — abgesehen von den gewöhnlichen Schwankungen ihres Betriebsablaufes — begründet ist. Die Bundesbahn kann die Wagen nach vorheriger Zustimmung des Anschließers auch auf dem Ladegleis zur Ent- oder Beladung bereitstellen.
- (5) Bei den Bedienungsfahrten soll der Anschließer oder ein von ihm Beauftragter an der Übergabestelle zur Feststellung von Mängeln an den Wagen anwesend sein.
- (6) Bei der Übergabe an den Anschließer hat die Bundesbahn, im übrigen der Anschließer die Wagen vorschriftsmäßig festzulegen. Die hierzu nötigen Sicherungsmittel hat der Anschließer bereitzustellen. Beim Trennen der Wagen sind die Bremsschläuche in die Schlauchhalter einzuhängen.
- (7) Die zur Abholung bereitgestellten Wagen sind vom Anschließer durch Einhängen der Kupplung miteinander zu verbinden. Die Wagen sind vollständig zu kuppeln, wenn es die Betriebssicherheit wegen der örtlichen Verhältnisse erfordert. Lose Wagenbestandteile müssen vollzählig vorhanden und an den vorgeschriebenen Stellen angebracht sein.
- (8) Die Bundesbahn kann verlangen, daß ihr die Wagen nach betrieblichen oder verkehrlichen Bedürfnissen geordnet und zugleich vollständig gekuppelt zurückgegeben werden, wenn der Anschließer bei Berücksichtigung seiner Betriebsverhältnisse dazu in der Lage ist.
- (9) Vor Ausführung von Bauarbeiten, die die Betriebsführung hindern oder unterbrechen, ist der Vertragspartner rechtzeitig zu benachrichtigen. Der Zeitenplan für die Ausführung der Arbeiten wird vereinbart.

§ 23 Verkehrsdienstliche Bestimmungen

- (1) Der Frachtvertrag ist, wenn nichts anderes vereinbart ist, mit der Annahme von Gut und Frachtbrief durch die Güterabfertigung des Anschlußbahnhofs abgeschlossen (§ 61 Eisenbahn-Verkehrsordnung). Für Anschlüsse auf freier Strecke wird die Abfertigungsstelle im Gleisanschlußvertrag bestimmt. Die Bundesbahn übernimmt bereits für die Beförderung von der Übergabestelle zum Anschlußbahnhof die Haftung für gänzlichen oder teilweisen Verlust oder Beschädigungen des Gutes nach der Eisenbahn-Verkehrsordnung.
- (2) Mit der Bereitstellung an der Übergabestelle sind die ankommenden Sendungen abgeliefert. Sie gelten als unbeanstandet abgenommen, wenn der Anschließer oder sein Beauftragter bei der Bereitstellung nicht anwesend war. Hat der Anschließer jedoch unverzüglich nach Entdecken eines Schadens, spätestens aber binnen einer Woche nach Bereitstellung, eine Feststellung des Schadens beantragt, so kann er jederzeit noch nachweisen, daß der Schaden am Gut schon vorher entstanden war. Der Anschließer wird, wenn nichts anderes vereinbart ist, von der Ankunft der Sendungen benachrichtigt.
- (3) Bei Überfüllung des Anschlusses gilt die Sendung als abgeliefert, sobald der Anschließer von ihrem Eingang benachrichtigt ist und nach § 22 (4) die Zuführung als bewirkt gilt. Für Sendungen in Wagen, die nicht auf dem öffentlichen Ladegleis zur Entladung bereitgestellt sind, haftet die Bundesbahn nach BGB § 690.
- (4) Bahneigene Lademittel sind auf dem Güterboden zurückzugeben. Bei Anschlüssen auf freier Strecke können sie auch dem Zugführer des Bedienungszuges übergeben werden. Die zur Befestigung von Gütern verwendeten Bindemittel — besonders Draht — und die in die Wände und Böden der Wagen eingeschlagenen Nägel sind zu entfernen.

- (5) Alte Kreideanschriften und Bezeichnungen — nicht aber Übergangs-, Entseuchungs-, Rot-, Rotpunkt- und Schadezzettel „Brems (Bremsleitung) unbrauchbar“ sowie Zettel mit der Aufschrift „Gesuchter Wagen“ sind vor der Zuführung von der Bundesbahn, vor der Abholung vom Anschließer zu entfernen.
- (6) Dem Anschluß beladen zugeführte Wagen dürfen nur mit vorheriger Zustimmung der Güterabfertigung wieder beladen werden. Für jeden Fall der Zuwiderhandlung kann dem Anschließer je Wagen eine Vertragsstrafe bis zum zehnfachen Betrage des Wagenstandgeldes (1. Tag) auferlegt werden.
- (7) Die Bundesbahn und der Anschließer können den Zeitpunkt vereinbaren, bis zu dem die Frachtbriefe für das aufzuliefernde Gut der Güterabfertigung zu übergeben sind.
- (8) Der Anschließer hat die abzuholenden beladenen Wagen mit dem Bestimmungsbahnhof zu bezeichnen und Gattungszeichen (gedeckt oder offen), Nummer, Eigentumsmerkmal und Ladegewicht der Wagen (bei Privatwagen ein „P“) in die Frachtbriefe einzutragen. Die Gefahrezettel zur Kennzeichnung von Gegenständen, die nach Anlage C der Eisenbahn-Verkehrsordnung nur bedingt zur Beförderung zugelassen sind, müssen vor der Beladung an den Wagen angebracht werden. Die Bundesbahn kann verlangen, daß der Anschließer die Wagen bezettelt und verbleit. Sie übernimmt es, den Anschließer über die hierfür geltenden Vorschriften zu unterrichten.
- (9) Die Ladefristen setzt die Bundesbahn nach Benehmen mit dem Anschließer unter Berücksichtigung der Bedienungszeiten, der besonderen Verhältnisse des Anschlusses und der Verpflichtungen nach § 22 (8) fest. Die Be- oder Entladung während der Nachtzeit bedarf der Vereinbarung.
- (10) Die Ladefrist beginnt mit der Bereitstellung der Wagen an der Übergabestelle. Die Frist ist gewahrt, wenn die Wagen vor Ablauf der festgesetzten Zeit an der Übergabestelle zur Abholung bereitgestellt sind.
- (11) Wird die Ladefrist überschritten, so hat der Anschließer das tarifmäßige Wagenstandgeld zu entrichten, und zwar auch dann, wenn Wagen, die für den Anschluß bestimmt sind, wegen seiner Überfüllung nicht zugeführt werden können. Stellt die Bundesbahn nachträglich fest, daß die Überfüllung des Anschlusses im Betriebe der Bundesbahn selbst begründet war, so wird das Wagenstandgeld erstattet.
- (12) Für leere Wagen, die zur Beladung zugeführt wurden, aber ohne Verschulden der Bundesbahn nicht beladen und deshalb leer zurückgeholt werden, wird neben dem tarifmäßigen Wagenstandgeld die Rückholungsgebühr nach dem Deutschen Eisenbahn-Güter- und Tiertarif Teil II erhoben; für leere, noch nicht zugeführte Wagen, die vor der Bereitstellung wieder abbestellt wurden, ist die tarifmäßige Abbestellgebühr zu zahlen.
- (13) Werden die dem Anschluß zur Be- oder Entladung zugeführten Wagen ohne vorherige Zustimmung der Bundesbahn mit oder ohne Wissen des Anschließers oder Mitbenutzers mißbräuchlich benutzt, besonders zur Beförderung innerhalb des Werkes oder über den Anschluß hinaus, so kann die Bundesbahn dem, der den Verstoß zu vertreten hat, für jeden Fall eine Vertragsstrafe bis 200,— DM für den Wagen auferlegen.

§ 24 Vergütung von Leistungen des Anschließers für die Bundesbahn

Wenn der Anschließer

- a) nach Vereinbarung den Leitungsweg in die Frachtbriefe und Bezeichnungen einträgt und auch die Wagen bezettelt
oder
- b) Wagen, die für Mitbenutzer bestimmt sind, ausrangiert
oder
- c) abzuholende Wagen auf Verlangen der Bundesbahn ordnet
oder
- d) wegen Verschmutzung oder aus anderen Gründen nicht verwendungsfähige Wagen ausrangiert, so werden diese Leistungen von der Bundesbahn vergütet (vgl. Anl. 1).

Die Vergütung zu b) wird jedoch nicht gezahlt, wenn die Bundesbahn nicht verpflichtet ist, Wagen nach Anschließer und Mitbenutzer geordnet zuzuführen (vgl. § 22 (2) Abs. 2).

§ 25 Unfallmeldung

Der Anschließer hat alle Beschädigungen der Anschlußanlagen und solcher Eisenbahnfahrzeuge des öffentlichen Verkehrs, die auf die Bundesbahn übergehen sollen, sowie alle Entgleisungen derartiger Fahrzeuge, auch wenn sie ohne erkennbare Beschädigungen verlaufen sind, mündlich und schriftlich zu melden. Die Meldung ist nicht notwendig, wenn sich die Vorfälle bei der Betriebsführung durch die Bundesbahn ereignet haben und ihr dabei bekanntgeworden sind.

Die Meldung ist unverzüglich, jedenfalls vor der nächsten Anschlußbedienung, dem Vorsteher des Anschlußbahnhofs, bei Anschlüssen auf freier Strecke dem Vorsteher des im Gleisanschlußvertrag bezeichneten Bahnhofs zu erstatten. Unterläßt der Anschließer die Meldung, so kann die Bundesbahn für jeden Einzelfall eine Vertragsstrafe von 200,— DM auferlegen.

§ 26 Haftpflicht

- (1) Für alle durch den Anschlußbetrieb verursachten Personen- oder Sachschäden hat im Verhältnis zwischen Anschließer und Bundesbahn der Anschließer aufzukommen, außer wenn es sich um Schäden handelt, die die Bundesbahn oder einer ihrer Bediensteten verschuldet hat.

Die gesetzlichen Bestimmungen über Schadenausgleich bleiben unberührt.

Führt die Bundesbahn den Betrieb auf dem Anschluß, und erleiden ihre dabei eingesetzten Bediensteten durch Unfall einen Schaden, so hat der Anschließer dafür nur aufzukommen, wenn er den Unfall schuldhaft verursacht hat.

Beide Vertragspartner haben das Verschulden ihrer Leute wie eigenes Verschulden zu vertreten. Verwendet ein Vertragspartner für seine Verrichtungen Leute des anderen, so gelten sie als seine eigenen.

- (2) Haben mehrere Anschließer bei gemeinsamer Benutzung des Anschlusses der Bundesbahn gegenüber für einen Schaden aufzukommen, so haften sie als Gesamtschuldner.
- (3) Ein dem Anschließer etwa zustehendes Rückgriffsrecht gegen Bundesbahnbedienstete übt die Bundesbahn nach ihren Bestimmungen für den Anschließer aus.

§ 27 Haftung für Beschädigungen der Wagen

- (1) Der Anschließer haftet für Beschädigungen der Wagen im Anschluß. Wird eine Beschädigung bei Rückgabe eines Wagens festgestellt, so wird vermutet, daß sie während des Aufenthaltes im Anschluß entstanden ist, sofern der Schaden nicht schon bei oder unverzüglich nach der Übergabe der Bundesbahn gemeldet und von ihr schriftlich oder durch entsprechende Bezeichnung anerkannt worden ist. Der Anschließer haftet nicht, wenn er nachweist, daß der Schaden bereits bei der Zuführung des Wagens bestanden hat oder auf einen Mangel am Wagen zurückzuführen ist, der bei der Zuführung bereits vorhanden war.
- (2) Der Schadenersatz umfaßt neben den Kosten für die Wiederherstellung Lade- und Umladegebühren (nach dem Nebengebührentarif zum Deutschen Eisenbahn-Gütertarif) sowie die Kosten einer Aufgleisung und der Beförderung zur Werkstatt (vgl. Anl. 1).
Wird der Wert eines Wagens durch die Wiederherstellung um mehr als 100,— DM erhöht, so kann der Anschließer einen entsprechenden Ausgleich verlangen.

§ 28 Beförderungskosten für beschädigte Eisenbahnfahrzeuge

Müssen Eisenbahnfahrzeuge lediglich wegen einer Beschädigung auf dem Anschluß einer Werkstätte zugeführt werden, so sind für die Beförderung zu zahlen:

- a) für Schienentriebfahrzeuge oder für Privatgüterwagen auf eigenen Rädern sowie für Schadfahrzeuge, die auf Güterwagen verladen sind,
Frachten nach dem Deutschen Eisenbahn-Gütertarif,
- b) für bahneigene Güterwagen auf eigenen Rädern
Besondere Beförderungsentgelte (vgl. Anl. 1).

§ 29 Befugnisse der Bundesbahn im Anschluß

- (1) Die Bundesbahn ist befugt, den Betriebs- und Verkehrsdienst im Anschluß zu prüfen und sich von dem betriebsfähigen Zustand der Anschlußanlagen zu überzeugen; die Verwendung und den Verbleib von Wagen darf sie auch auf den anderen Gleisen des Anschließers nachprüfen.
Von beabsichtigten Prüfungen ist der Anschließer zu benachrichtigen.
- (2) Bei Bauvorhaben des Anschließers in der Nähe der Anschlußanlagen soll die Bundesbahn wegen möglicher Auswirkungen dieser Bauvorhaben auf die Sicherheit des Betriebes im Anschluß zur Beratung hinzugezogen werden. Ihr Einverständnis vermerkt die Bundesbahn auf dem Antrag an die Baubehörde.

§ 30 Vergütung für die Zuführung oder Abholung der Wagen (Anschlußgebühr)

- (1) Für die Beförderung der Wagen zwischen dem Gütertarifbahnhof und der Übergabestelle wird eine Anschlußgebühr erhoben. Ihre Höhe bemisst sich nach dem bei der Beförderung zurückgelegten Schienenweg und nach dem Umfang des Wagenverkehrs auf dem Anschluß.
- (2) Die Gebühr ändert sich, wenn die Frachtsätze des Deutschen Eisenbahn-Gütertarifs geändert werden, zu demselben Zeitpunkt und — vorbehaltlich der von der Bundesbahn für notwendig gehaltenen Abrundungen — in demselben Umfang wie der Frachtsatz der Hauptklasse F in der ersten Entfernungsstufe. Einer Änderung des Vertrages bedarf es hierzu nicht. Die Bundesbahn stellt dem Anschließer dann eine neue Anschlußgebührentabelle zu.
- (3) Nähere Bestimmungen über die Höhe, Berechnung und Erhebung der Anschlußgebühr sowie auch Hinweise auf andere Gebühren, die für besondere Leistungen bei der Zuführung oder Abholung von Wagen zu zahlen sind, ergeben sich aus Anlage 2.

§ 31 Frachtstundung

Der Anschließer ist verpflichtet, sich dem Bankstundungsverfahren der Deutschen Verkehrs-Kredit-Bank A. G. anzuschließen oder summarische Frachtvorauszahlungen zu leisten.

Über das Frachtstundungskonto des Anschließers dürfen ohne seine Zustimmung nur solche Forderungen der Bundesbahn abgerechnet werden, deren Verrechnung in den Stundungsbedingungen der Deutschen Verkehrs-Kredit-Bank A. G. vorgesehen ist.

§ 32 Kündigung des Gleisanschlußvertrages

- (1) Jeder Vertragspartner kann den Gleisanschluß schriftlich unter Einhaltung einer Frist von sechs Monaten kündigen, besonders dann, wenn ihm bei Fortsetzung des Vertrages finanzielle Belastungen erwachsen, die ihm unter Berücksichtigung seines wirtschaftlichen Interesses am Anschlußverkehr nicht zugemutet werden können.
- (2) Die Bundesbahn kann aus den Gründen in § 20 (1) unter b) bis d) den Gleisanschluß fristlos kündigen.

§ 33 Wegräumen des Anschlusses

- (1) Bei Beendigung des Gleisanschlußvertrages steht es der Bundesbahn frei, den bestehenden Zustand ihrer Bahnanlagen beizubehalten oder den früheren Zustand wiederherzustellen.
Kündigt die Bundesbahn den Gleisanschlußvertrag aus einem der Gründe in § 20 (1) unter b) bis d) oder in § 32 (1) 2. Halbsatz, so trägt der Anschließer die Kosten der Wiederherstellung des früheren Zustandes. Das gleiche gilt, wenn der Anschließer kündigt.
Stellt die Bundesbahn den früheren Zustand wieder her, so überläßt sie dem Anschließer die ausgebauten Stoffe, soweit sie auf Kosten des Anschließers beschafft und noch nicht von der Bundesbahn erneuert worden sind. Behält sie den bestehenden Zustand bei, so vergütet sie den Zeitwert dieser Stoffe. Dabei wird der dem Anschließer nach § 7 (2) gewährte Ausgleich abgezogen.
- (2) Der Anschließer hat die von ihm im Anschluß auf Bundesbahngelände geschaffenen Anlagen auf seine Kosten wegzuräumen und den früheren Zustand wiederherzustellen, wenn nicht die Bundesbahn die Überlassung dieser Anlagen gegen Erstattung des Zeitwertes verlangt.
Kommt der Anschließer diesen Verpflichtungen nicht nach, so ist die Bundesbahn berechtigt, die Arbeiten nach Ablauf einer schriftlich mitgeteilten, angemessenen Frist auf seine Kosten auszuführen. Die Bundesbahn hat wegen der ihr dadurch entstehenden Kosten ein Pfandrecht an den bei der Wegräumung gewonnenen, dem Anschließer gehörenden Stoffen.
- (3) Die von der Bundesbahn zur Miete überlassenen Stoffe, Signal- und Fernmeldeanlagen hat der Anschließer an einem von der Bundesbahn zu bestimmenden Platz des Anschlußbahnhofes geordnet zurückzugeben. Für fehlende oder beim Ausbau beschädigte Stoffe oder Anlagen hat er Ersatz zu leisten. Die Höhe des Ersatzes richtet sich nach deren Wert im Zeitpunkt der Beendigung des Gleisanschlußvertrages.

§ 34 Vorauszahlungen

- (1) Wiederkehrende Vergütungen werden im voraus entrichtet.
- (2) Die Bundesbahn bestimmt die Eisenbahnkasse, bei der der Anschließer seine Zahlungen zu leisten hat.

§ 35 Verjährung

Ansprüche aus dem Gleisanschlußvertrag verjähren in zwei Jahren. Für Rückgriffsansprüche der Bundesbahn aus § 26 gilt jedoch die gesetzliche Verjährung.

§ 36 Gerichtsstand

Gerichtsstand für alle Rechtsstreitigkeiten aus dem Gleisanschlußvertrag ist der Sitz der Bundesbahndirektion, zu deren Geschäftsbereich der Anschluß gehört.

§ 37 Abweichungen von den allgemeinen Bedingungen

Abweichungen wegen besonderer Verhältnisse sind auf Ausnahmen zu beschränken und schriftlich zu vereinbaren.

Zusatzbestimmungen

Zu § 10 (1) Abs. 3:

Der Anschließer hat pauschal 20,00 DM je Einrichtung und Jahr zu zahlen.

Anlage 1

Zu § 11:

A. Vermietung von Gelände

1. Flächenermittlung

- a), Jeder Vertragspartner kann verlangen, daß die Flächen durch Vermessung genau ermittelt werden; er muß dann die dazu nötigen Unterlagen und die Flächenberechnung auf seine Kosten beschaffen.

Für die Ermittlung der Fläche, die ein Gleis in Anspruch nimmt, sind 2,25 m Breite beiderseits der Gleisachse zugrunde zu legen.

- b) wird keine genaue Flächenermittlung verlangt, so ist als Fläche anzusetzen:
- | | |
|---|---|
| bei einfachen Weichen | 110 qm je Weiche, |
| bei Doppelweichen | 150 qm je Doppelweiche, |
| bei Kreuzungsweichen und Kreuzungen | 130 qm je Kreuzungsweiche oder Kreuzung |
- und
- | | |
|-----------------------|---|
| bei Gleisen | 4,50 m mal Länge der Gleise (nicht mit- |
| | zurechnen sind Weichen und Kreuzungen — |
| | gemessen zwischen den Stößen —). |

Bei anderen Anlagen sind die Flächen in einfachster Weise auszumessen.

2. Mietberechnung

- a) Für die Berechnung der Geländemiete bei „Bahnhofsanschlüssen“ gilt die Einteilung der Bahnhöfe in die Mietgruppen S bis D nach der „Lagerplatzvorschrift der Deutschen Bundesbahn“. Die Gruppeneinteilung kann der Anschließer beim Bundesbahn-Betriebsamt einsehen. Bei „Anschlüssen auf freier Strecke“ wird das in Anspruch genommene Gelände von der Bundesbahn nach Benehmen mit dem Anschließer in eine dieser Mietgruppen eingeordnet.

- b) Für das Gelände unter den Anschlußanlagen beträgt die Jahresmiete:
- | | |
|---------------------------|----------------|
| in Mietgruppe S | 0,35 DM/qm, |
| in Mietgruppe A | 0,25 DM/qm, |
| in Mietgruppe B | 0,15 DM/qm, |
| in Mietgruppe C | 0,10 DM/qm und |
| in Mietgruppe D | 0,05 DM/qm. |

Für Gelände, das vom Anschließer für andere Zwecke gebraucht wird, gelten die Mietrichtsätze der Bundesbahn für „Lagerplätze abseits vom Gleis“

B. Vermietung von Stoffen oder Anlagen

1. Die Jahresmiete für Stoffe oder Anlagen beträgt 6 vH ihres Zeitwertes bei der Überlassung.

2. Als Zeitwert sind jeweils zu berechnen:

bei alten Stoffen (außer Schwellen oder Kleiseisen)	60 vH	} des Neuwertes
bei alten Schwellen und bei altem Kleiseisen	50 vH	

Der Zeitwert von Anlagen ist im Einzelfall festzustellen.

3. Werden gemietete bundesbahneigene Stoffe bei der Unterhaltung oder Erneuerung der Anschlußanlagen durch Ausbau frei, so werden sie Eigentum des Anschließers, andererseits werden die dafür eingebauten Stoffe Eigentum der Bundesbahn. Die Höhe der Miete ändert sich dadurch nicht.

Zu § 12 Abs. 2:

Zur pauschalen Abgeltung der von der Bundesbahn übernommenen Verpflichtungen hat der Anschließer jährlich 10,00 DM zu zahlen; daneben werden Einzelkosten nicht berechnet.

Zu § 16 (4):

Die Gemeinkosten sind Bestandteil der von der Bundesbahn bei Leistungen für den Anschließer aufgewendeten Selbstkosten; durch sie werden die mittelbaren Kosten abgegolten. Die Gemeinkosten werden dem Anschließer durch Zuschläge zu den unmittelbaren Kosten in der bei der Bundesbahn üblichen Höhe in Rechnung gestellt. Auf Wunsch gibt das Bundesbahn-Betriebsamt dem Anschließer für den Einzelfall bekannt, wie hoch die Zuschlagsätze sind und welche Arten von mittelbaren Kosten damit erfaßt werden.

Auf die Gemeinkosten zu Personalkosten wird den Anschließern ein Nachlaß von 10 vH gewährt.

Vergibt die Bundesbahn für den Anschließer Aufträge an Unternehmer, so erhebt sie Gemeinkosten nur, wenn dies mit dem Anschließer besonders vereinbart ist, weil der Bundesbahn durch die Entwurfsarbeiten (Vorarbeiten) oder die Vergabe von Leistungen eine besonders große Arbeitsbelastung erwächst.

Zu § 24:

1. Die Bundesbahn vergütet dem Anschließer je Wagen
 - a) wenn er nach Vereinbarung den Leitungsweg in die Frachtbriefe und Bezetzelungen einträgt und auch die Wagen bezettelt 0,20 DM,
 - b) wenn er Wagen ausrangiert, die für Mitbenutzer bestimmt sind 2,00 DM,
 - c) wenn er abzuholende Wagen auf Verlangen der Bundesbahn ordnet 0,50 DM,
 - d) wenn er Wagen ausrangiert, die wegen Verschmutzung oder aus anderen Gründen nicht verwendungsfähig sind 2,00 DM.
2. Wird die Vergütung nur gezahlt, wenn die Leistung des Anschließers mit ihm vereinbart oder von der Bundesbahn verlangt worden ist, so muß die Vereinbarung oder das Verlangen von der Bundesbahn schriftlich bestätigt sein, und zwar im Falle zu 1. a) vom zuständigen Bundesbahn-Verkehrsamt und in den Fällen zu 1. b) und 1. c) vom zuständigen Bundesbahn-Betriebsamt.
3. Eine Vereinbarung nach 1. a) kann nur mit dreimonatiger Frist zum Ende eines Kalendermonats gekündigt werden.
4. Für die Berechnung der Vergütung zu 1. c) ist nur die Zahl der Wagen maßgebend, deren geordnete Rückgabe von der Bundesbahn verlangt worden ist, nicht dagegen die Zahl der übrigen Wagen.
5. Die Rückgabe eines nicht verwendungsfähigen Wagens (1. d) ist rechtzeitig vor der nächsten Abholfahrt der zuständigen Güterabfertigung mitzuteilen.
6. Die Vergütungen werden nach den Aufschreibungen der Bundesbahn abgerechnet. Das Monatsergebnis ist zwischen dem Anschließer und der Bundesbahn abzustimmen.
7. Der Abrechnungszeitraum ist zwischen Anschließer und Bundesbahn zu vereinbaren; er soll, wenn nicht über ein Bankstundungskonto abgerechnet werden kann, mindestens drei Monate betragen.
8. Die Vergütung ist von der Bundesbahn in einer Summe bis zum Ende des Monats zu zahlen, der dem Abrechnungszeitraum folgt.

Zu § 27:

Soweit für die Beseitigung von Wagenschäden nach den Vorschriften der Bundesbahn feste Entschädigungssätze zu erheben sind, gelten sie auch für die Abrechnung des Schadens mit dem Anschließer. Das „Verzeichnis der Entschädigungssätze“ kann bei den Bundesbahn-Maschinenämtern eingesehen werden.

Zu § 28:

1. Für die Beförderung von bahneigenen Güterwagen (beladen oder leer) auf eigenen Rädern sind je Wagen zu zahlen:
 - a) bei Ausbesserung im Bereich des Anschlußbahnhofs . . . 7,50 DM und
 - b) in allen anderen Fällen 0,25 DM je km für die Tarifentfernung vom Anschlußbahnhof bis zum Tarifbahnhof der für den Anschlußbahnhof nächstgelegenen zuständigen Werkstätte, mindestens 10,- DM, höchstens 40,- DM.
2. Diese Beförderungsentgelte werden unabhängig davon erhoben, ob die beschädigten Wagen sofort oder erst nach ihrer Entladung auf dem Bestimmungsbahnhof der Werkstätte zugeführt werden. Wird ein beschädigter Wagen nicht sofort einer Werkstätte zugeführt, so sind für die Berechnung der Beförderungsentgelte die Verhältnisse des Anschlußbahnhofs zugrunde zu legen. Anschlußbahnhof im Sinne dieser Vorschrift ist der Bahnhof, zu dem wagentdienstlich der Anschluß gehört, in dem der Wagen beschädigt vorgefunden wurde.
3. Beförderungsentgelte werden nicht erhoben
 - a) für Wagen mit Rotpunktzetteln, d. s. leicht beschädigte Wagen, die nach den Vorschriften der Bundesbahn für längere Zeit noch im Verkehr belassen werden oder
 - b) für beschädigte Wagen, die ohnehin schon aus anderen Gründen in den nächsten zwei Monaten einer Werkstätte zugeführt werden müßten, z. B. wegen einer fälligen Zwischenbremsuntersuchung.

Änderung der Vergütungssätze

Die Bundesbahn kann die in diesen Zusatzbestimmungen zu §§ 10, 11 A 2, 12, 24 und 28 aufgeführten Beträge ändern, um sie der Bewegung der persönlichen und sächlichen Kosten anzupassen. Die neuen Sätze werden dem Anschließer mitgeteilt und einen Monat nach Bekanntgabe verbindlich.

I Anschlußgebührentabelle

Jährlicher Wagenverkehr								
Entfernung	1-3000		3001-10000		10001-20000		über 20000	
	Verkehrsgruppe I		Verkehrsgruppe II		Verkehrsgruppe III		Verkehrsgruppe IV	
	Kohle	alle übrigen Güter	Kohle	alle übrigen Güter	Kohle	alle übrigen Güter	Kohle	alle übrigen Güter
	DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM
für einen Wagen								
A. Bahnhofsanschlüsse								
bis 1 km	1,35	1,40	1,05	1,10	0,75	0,85	0,65	0,70
über 1 bis 2 km	1,70	1,75	1,35	1,40	1,00	1,05	0,75	0,85
über 2 bis 3 km	2,05	2,10	1,60	1,70	1,20	1,25	1,00	1,05
über 3 bis 4 km	2,30	2,50	1,90	1,95	1,40	1,45	1,10	1,20
über 4 bis 5 km	2,65	2,85	2,10	2,30	1,60	1,70	1,25	1,40
über 5 bis 6 km	3,00	3,20	2,40	2,60	1,80	1,90	1,45	1,55
über 6 bis 7 km	3,35	3,55	2,65	2,85	2,05	2,10	1,60	1,70
über 7 bis 8 km	3,65	3,90	2,95	3,15	2,15	2,40	1,75	1,90
für jeden weiteren km	0,35	0,35	0,30	0,30	0,20	0,20	0,15	0,15
B. Anschlüsse auf freier Strecke								
bis 1 km	2,05	2,10	1,60	1,70	1,20	1,25	1,00	1,05
über 1 bis 2 km	2,65	2,85	2,10	2,30	1,60	1,70	1,25	1,40
über 2 bis 3 km	3,50	3,70	2,80	3,00	2,10	2,25	1,70	1,80
über 3 bis 4 km	4,05	4,35	3,30	3,50	2,45	2,60	1,95	2,10
über 4 bis 5 km	4,70	4,95	3,70	4,00	2,80	3,00	2,25	2,40
über 5 bis 6 km	5,25	5,60	4,20	4,50	3,15	3,35	2,50	2,65
über 6 bis 7 km	5,80	6,25	4,70	4,95	3,50	3,70	2,80	3,00
über 7 bis 8 km	6,35	6,85	5,10	5,45	3,85	4,15	3,10	3,30
für jeden weiteren km	0,55	0,65	0,50	0,50	0,35	0,35	0,30	0,30

II Berechnung und Erhebung der Anschlußgebühr

- (1) Die Entfernung wird von Mitte Bahnhofsgebäude oder, wenn ein solches nicht vorhanden ist, von der Mitte des Bahnhofsgeländes bis zur Mitte der Übergabestelle gemessen.
- (2) Die für die Berechnung der Anschlußgebühren maßgebende Verkehrsgruppe ergibt sich aus dem Umfang des jährlichen Wagenverkehrs des Anschließers.
Der Umfang wird aus den Aufschreibungen der Bundesbahn über die zugeführten und abgeholten anschlußgebührenpflichtigen Wagen ermittelt, und zwar aus den dem 1. November des Bestimmungsjahres vorausgegangenen 12 Monaten.
Die hiernach ermittelte Verkehrsgruppe ist für das folgende Kalenderjahr maßgebend. Wird der Anschließer in eine andere Verkehrsgruppe eingestuft, so ist er schriftlich zu benachrichtigen.
Bei neuen Anschlüssen oder bei einem Wechsel des Anschlußinhabers wird der Umfang des Wagenverkehrs für das erste Jahr nach Fühlung mit dem Anschließer geschätzt.
Die für die Einstufung in die Verkehrsgruppe maßgebenden Aufschreibungen der Bundesbahn können vom Anschließer zur Nachprüfung eingesehen werden. Bei Meinungsverschiedenheiten bleibt es bis zur endgültigen Klärung bei der von der Bundesbahn vorgenommenen Einstufung.
- (3) Die Anschlußgebühr wird erhoben für jede Zuführung oder Abholung
 - a) von beladenen Wagen (Schemel- und Kuppelwagenpaare, die durch die Ladung oder Steifkuppelung verbunden sind, gelten als ein Wagen),
 - b) von Schutz- oder Bremswagen, auch wenn sie unbeladen sind,
 - c) von Eisenbahnfahrzeugen auf eigenen Rädern, die als Beförderungsgut abgefertigt oder abzufertigen sind.
- (4) Bedient die Bundesbahn auf Verlangen des Anschließers den Anschluß außerplanmäßig, so wird die anderthalbfache Anschlußgebühr erhoben.

III Gebühren für Leistungen, die nicht mit der Anschlußgebühr abgegolten sind

Neben der Anschlußgebühr werden erhoben:

- a) Bahnhofs- oder Umstellgebühr nach dem Deutschen Eisenbahn-Güter- und Tiertarif Teil II, wenn ein Wagen auf Antrag des Anschließers zwischen dem Anschluß und dem Anschlußbahnhof oder zwischen zwei Anschlüssen des Anschlußbahnhofs befördert wird,
- b) eine Gebühr in Höhe der Stellgebühr des Deutschen Eisenbahn-Güter- und Tiertarifs Teil II, wenn die Bundesbahn auf Antrag
 1. Wagen in bestimmter Reihenfolge der Übergabestelle zuführt, und zwar für jeden beladenen oder leeren Wagen, der an besonderer Stelle der Bedienungsfahrt eingestellt wird,
 2. Wagen nach anderen Stellen als der Übergabestelle zuführt oder von dort abholt.

Sollen wegen der örtlichen Verhältnisse oder aus anderen Gründen von der Bundesbahn besondere Leistungen übernommen werden, so kann statt dieser Gebühren eine besondere Vergütung vereinbart werden.

ab 21/12.

1.) An die

Herrn Bürgermeister

a) in H a n g e l a r

b) in H o l z l a r.

20. Dezember 1964

c/1

Betr.: Stilllegung der Kleinbahn Beuel - Großenbusch.

Sehr geehrte Herren!

Seitens der Industrie- und Handelskammer in Bonn ist auf Wunsch der interessierten Industrieunternehmen die Bildung einer Interessengemeinschaft vorgesehen.

Die vorbereitete Satzung dieser Interessengemeinschaft Kleinbahn Beuel - Großenbusch sieht im § 4, Abs. 2, vor, daß auch an der Aufrechterhaltung der Kleinbahn interessierte Gemeinden Mitglieder des Vereins werden können.

Diese Vereinsmitglieder sind nach § 6, Abs. 2, der Satzung von der Zahlung von Beiträgen und der Kosten der Geschäftsführung befreit.

Zu Ihrer Unterrichtung übersende ich hiermit eine Durchschrift des Schreibens der Industrie- und Handelskammer in Bonn vom 11. Dezember 1964 mit einem Satzungsentwurf in dieser Angelegenheit.

Die Gemeinden Hangelar und Holzlar sind an der Erhaltung der Kleinbahn Beuel - Großenbusch interessiert. Da aus einer Mitgliedschaft Verpflichtungen auch finanzieller Art für die beteiligten Gemeinden nicht entstehen, bringe ich in Vorschlag, der vorgesehenen Interessengemeinschaft beizutreten.

Die Gründungsversammlung ist für den 8. Januar 1965 vorgesehen. Sollte bis dahin eine Sitzung der dortigen Gemeindevertretung nicht mehr stattfinden, empfehle ich, durch Dringlichkeitsentscheidung nach § 43 CONW. den Beitritt zu der Interessengemeinschaft zu beschließen.

Anlagen.

//

//

2.) Beig. Luhmer ist in Urlaub.

//

//

3.) Herrn AOI. Stahl, zur Kenntnis. *Prand. 23.12.*

//

//

4.) Vorzimmer. Alle Vorgänge sind mir mit diesem Schreiben vorzulegen.

Ag.

A u s z u g

aus der Niederschrift über die öffentliche Sitzung der Gemeindevertretung der Gemeinde Holzlar am 28. Dezember 1964.

- - - - -

Zu 2): Beitritt zur Interessengemeinschaft Kleinbahn Beuel-Grossenbusch e.V.

Durch die Verwaltung wurde mitgeteilt, dass von der Industrie- und Handelskammer in Bonn auf Wunsch interessierter Industrieunternehmen die Bildung einer Interessengemeinschaft Kleinbahn Beuel-Grossenbusch e.V. beabsichtigt sei. Im Satzungsentwurf sei vorgesehen, dass auch Gemeinden Mitglied dieser Interessengemeinschaft werden können, wobei Gemeinden aber von der Zahlung von Beiträgen befreit sind. Nachdem seitens der Verwaltung die Aufgaben und der Zweck des Vereins, die Bestimmungen über den Austritt aus dem Verein und dessen Verfassung entsprechend dem Satzungsentwurf vorgetragen waren, beschloss die Gemeindevertretung einstimmig, der Interessengemeinschaft beizutreten unter der Bedingung, dass § 4 Abs. 2 dahingehend erweitert wird, dass der Gemeinde Holzlar aus dem Beitritt zu dem künftigen Verein keine finanziellen Verpflichtungen entstehen.

Beschluss:
A 5/1964

Ausschnitt aus. - ~~dem Stadt-Anzeiger~~ - ~~dem Generalanzeiger~~ -
der Rundschau - ~~der Siegburger Zeitung~~ vom 8. 1. 1965

Hangelar wird Mitglied

Hangelar. (fs) Wie bereits der Gemeinderat von Holzlar beschloß auch die Gemeindevertretung von Hangelar, Mitglied der von der Industrie- und Handelskammer Bonn angeregten „Interessengemeinschaft Kleinbahn Beuel — Großenbusch“ zu werden. Der Rat tritt für den Fortbestand der Bahn ein. Kosten entstehen der Gemeinde durch den Beitritt zur Interessengemeinschaft nicht. Der Rat erwartet, daß der Landesverkehrsminister in Düsseldorf den Antrag der Eisenbahngesellschaft in Frankfurt auf Stilllegung der Kleinbahn ablehnen wird, nachdem sich die beteiligten Industriebetriebe bereit erklärt haben, eine „Pachtgarantie“ zu übernehmen.

hang

Industrie- und Handelskammer Bonn

Industrie- und Handelskammer, 53 Bonn · Postschließfach 338

11. Dez. 1964
53 BONN, den
Bonner Talweg 17

Ihr Zeichen

Ihre Nachricht vom

Unsere Nachricht vom

Dez. III 11/18/3

Betr.: Stilllegung der Kleinbahn Beuel - Großenbusch

Sehr geehrte Herren!

Gelegentlich der Besprechung am 16.11.d.J. ist beschlossen worden, eine Interessengemeinschaft zu gründen, für die die Kammer einen Satzungsentwurf ausarbeiten sollte (s. Ergebnisniederschrift / Ziff. 4). Wir erlauben uns, Ihnen anliegend diesen Entwurf zusammen mit dem Entwurf einer Beitragsordnung zu überreichen. Gleichzeitig laden wir Sie zur Gründungsversammlung der Interessengemeinschaft am

Freitag, den 8. Januar 1965, 18.00 Uhr,

in das kleine Sitzungszimmer der Firma Rheinische Schmirgelwerke GmbH, Beuel, Königswinterer Str. 115, ein. Sollte Ihr Firmeninhaber nicht teilnehmen können, bitten wir um Delegation eines mit einer schriftlichen Vollmacht ausgestatteten Vertreters. / Ihre Zusage erbitten wir mit der beigefügten Antwortkarte.

Tagesordnung:

1. Erörterung des Satzungsentwurfs der Interessengemeinschaft
2. Erörterung des Entwurfs der Beitragsordnung

-/2

11. Dez. 1944

Se. Maj. d. Königl. Hoheit

Bestätigung der Eintragung des Namens in das

Das Gesetz über die Eintragung des Namens in das
Verzeichnis der Personen, die in der Lage sind,
den öffentlichen Frieden zu gefährden, ist für die
Eintragung des Namens in das Verzeichnis der
Personen, die in der Lage sind, den öffentlichen
Frieden zu gefährden, in Kraft getreten.
Die Eintragung des Namens in das Verzeichnis der
Personen, die in der Lage sind, den öffentlichen
Frieden zu gefährden, ist für die Eintragung
des Namens in das Verzeichnis der Personen,
die in der Lage sind, den öffentlichen Frieden
zu gefährden, in Kraft getreten.

Bestätigung des 8. Januar 1945, 18.00 Uhr

In der Sache des Angeklagten, der für die
Eintragung des Namens in das Verzeichnis der
Personen, die in der Lage sind, den öffentlichen
Frieden zu gefährden, in Kraft getreten,
ist die Eintragung des Namens in das
Verzeichnis der Personen, die in der Lage
sind, den öffentlichen Frieden zu gefährden,
in Kraft getreten.

Bestätigung

Die Eintragung des Namens in das Verzeichnis der
Personen, die in der Lage sind, den öffentlichen
Frieden zu gefährden, ist für die Eintragung
des Namens in das Verzeichnis der Personen,
die in der Lage sind, den öffentlichen Frieden
zu gefährden, in Kraft getreten.

- 2 -

3. Gründung der Interessengemeinschaft Beuel - Großenbusch e.V.
4. Bestellung des Vorstandsvorsitzenden und seiner Stellvertreter gemäß § 19 der Satzung.

Um Ihnen die Errechnung des auf Ihre Firma nach dem Entwurf der Beitragsordnung entfallenden Jahresbeitrages (fester Jahresbeitrag und Jahresbeitrag je t) zu erleichtern, teilen wir mit, daß Ihre Firma nach den Angaben der Deutschen Eisenbahn-Gesellschaft mbH, Frankfurt, 1963 insgesamt t Frachtgut verladen hat.

Dem gesamten Beitragsaufkommen ist eine Beteiligung von 12 Firmen zugrunde gelegt (zwei kleinere Verlader haben es abgelehnt, sich an der Frachtgarantie zu beteiligen). Sollte wider Erwarten die eine oder andere Firma entgegen der bisherigen Zusage es ablehnen, der Interessengemeinschaft beizutreten, würden sich hierdurch die Beiträge gemäß § 1 Abs. 1a und b des Entwurfs der Beitragsordnung entsprechend erhöhen.

Mit vorzüglicher Hochachtung
Industrie- und Handelskammer Bonn
Die Geschäftsführung

(Ritter)

1. Gründung der Interessengemeinschaft Sankt Augustin
2. Bestimmung des Vereinszweckes und anderer wichtiger
3. Statuten des Vereins

Im Sinne der Erhaltung des 1. März als Tag der
Befreiung von der französischen Herrschaft soll der
Tag der Befreiung (1. März) als Tag der
Befreiung (1. März) als Tag der Befreiung
des 1. März nach dem Tode des Kaisers
nochmals mit Feiern verbunden werden.
Laden ist

Der Verein der Befreiungskämpfer hat eine
Festsetzung der Befreiungskämpfer
an der Befreiung zu befehlen. Die Befreiung
eine oder mehrere Tage lang. Die Befreiung
der Befreiungskämpfer befehlen. Die Befreiung
Befreiung des 1. März ist mit dem Befreiung
Laden ist

Als Vorsitzender des Vereins
Laden ist

1. März
434

E n t w u r f

Satzung der Interessengemeinschaft Kleinbahn Beuel - Großenbusch e.V.

I. Allgemeine Bestimmungen

§ 1

Name, Sitz, Vereinsjahr

- (1) Der Verein führt den Namen: "Interessengemeinschaft Kleinbahn Beuel - Großenbusch e.V."
- (2) der Sitz des Vereins ist Beuel
- (3) Das Vereinsjahr entspricht dem Kalenderjahr

§ 2

Aufgaben und Zweck des Vereins

- (1) Aufgabe des Vereins ist die Übernahme von Frachtgarantien gegenüber der Deutschen Eisenbahn-Gesellschaft mbH, Frankfurt, die Aufteilung der Frachtgarantien auf die Verloader sowie die Abrechnung mit den Verladern und der Deutschen Eisenbahn-Gesellschaft mbH.

II. Rechtsverhältnis des Vereins und seiner Mitglieder

§ 3

Rechtliche Natur des Vereins

Der Verein muß in das Vereinsregister eingetragen werden und dauernd eingetragen bleiben.

- 2 -

§ 4

Erwerb der Mitgliedschaft

(1) Mitglieder des Vereins können Gewerbebetriebe werden, die Frachtgut mit der Kleinbahn Beuel - Großenbusch verladen oder dies beabsichtigen.

(2) Neben den Mitgliedern gemäß Abs. 1 können auch an der Aufrechterhaltung der Kleinbahn interessierte Gemeinden, Zweckverbände oder sonstige öffentlich rechtliche Körperschaften Mitglieder des Vereins werden.

§ 5

Austritt aus dem Verein

(1) Der Austritt eines Mitgliedes aus dem Verein ist nur nach vorausgegangener 6-monatiger Kündigung für den Schluß eines Vereinsjahres zulässig. Die Austrittserklärung ist dem Vorstand durch eingeschriebenen Brief zu übermitteln.

(2) Sofern das Mitglied auch nach dem Austritt Frachtgut mit der Kleinbahn Beuel - Großenbusch verladen will, ist der Austritt nur unter der Auflage zulässig, daß es sich verpflichtet, die auf ihn entfallenden Beiträge entsprechend der Beitragsordnung auch weiterhin zu zahlen.

§ 6

Beiträge

(1) Die Vereinsmitglieder haben die Verpflichtung, ~~jährliche~~ Beiträge in Höhe der gegenüber der Deutschen Eisenbahn-Gesellschaft mbH übernommenen Frachtgarantie zu leisten unter Berücksichtigung der mit dieser Gesellschaft getroffenen Vereinbarungen ~~bezüglich eines festen Jahresbeitrages und eines Beitrages je Tonne. Außerdem haben die Vereinsmitglieder die durch~~

gemäss der Beitragsordnung Beiträge zu leisten -/3

Beilage zu Nr. 10

Die Stadt Sankt Augustin hat sich an den 1. April 1900 angeschlossen und ist seitdem ein Teil der Stadt Köln geworden. Die Stadt Sankt Augustin hat sich an den 1. April 1900 angeschlossen und ist seitdem ein Teil der Stadt Köln geworden. Die Stadt Sankt Augustin hat sich an den 1. April 1900 angeschlossen und ist seitdem ein Teil der Stadt Köln geworden.

Beilage zu Nr. 11

Die Stadt Sankt Augustin hat sich an den 1. April 1900 angeschlossen und ist seitdem ein Teil der Stadt Köln geworden. Die Stadt Sankt Augustin hat sich an den 1. April 1900 angeschlossen und ist seitdem ein Teil der Stadt Köln geworden. Die Stadt Sankt Augustin hat sich an den 1. April 1900 angeschlossen und ist seitdem ein Teil der Stadt Köln geworden.

✓
Beilage zu Nr. 12

Die Stadt Sankt Augustin hat sich an den 1. April 1900 angeschlossen und ist seitdem ein Teil der Stadt Köln geworden. Die Stadt Sankt Augustin hat sich an den 1. April 1900 angeschlossen und ist seitdem ein Teil der Stadt Köln geworden. Die Stadt Sankt Augustin hat sich an den 1. April 1900 angeschlossen und ist seitdem ein Teil der Stadt Köln geworden.

- 3 -

Außerdem fallen die Vereinsmitglieder zu
 die Geschäftsführung entstehenden Kosten in gleichen Anteilen
 im Umlageverfahren zu tragen. ~~Die Beitragshöhe soll in ange-~~
~~messener Weise das Interesse der Vereinsmitglieder an der Auf-~~
~~rechterhaltung der Kleinbahn Beuel - Großenbusch und das Fracht-~~
~~aufkommen der einzelnen Vereinsmitglieder berücksichtigen. Die~~
~~Berechnung der Beiträge erfolgt entsprechend der in der Grün-~~
~~ungsversammlung beschlossenen Beitragsordnung. Änderungen der~~
~~Beitragsordnung erfolgen durch die ordentliche Mitgliederver-~~
~~sammlung.~~

durch die ordentliche Mitgliederversammlung
 (2) Vereinsmitglieder gemäß § 4 Abs. 2 sind von der Zahlung von
 Beiträgen und der Kosten der Geschäftsführung befreit.

III. Verfassung des Vereins

1. Vorstand

§ 7

Zahl und Wahl der Mitglieder des Vorstandes

(1) Der Vorstand besteht aus drei Personen.

(2) Der Vorstandsvorsitzende und die beiden anderen vorstands-
 mitglieder werden von der ordentlichen Mitgliederversammlung
 gewählt. Die Wahl erfolgt für die Dauer von zwei Jahren. ~~Das~~
~~Vereinsjahr der Wahl wird hierbei nicht mitgerechnet.~~ Der Vor-
 stand bleibt bis zu seiner Neuwahl im Amt.

(3) Eine juristische Person kann nicht in den Vorstand gewählt
 werden.

§ 8

Vertretung des Vereins

20 Jahre
 Der Vorsitzende des Vorstandes vertritt in Gemeinschaft mit
 einem anderen Mitglied des Vorstandes den Verein. Im Falle
 der Verhinderung des Vorsitzenden wird dieser durch das an
 Jahren älteste Mitglied des Vorstandes vertreten.

- 4 -

§ 9

Geschäftsordnung

(1) Der Vorstand faßt seine Beschlüsse mit der Mehrheit der abgegebenen Stimmen. Jedes Mitglied des Vorstands hat eine Stimme. Bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme des Vorsitzenden.

(2) Im übrigen kann der Vorstand seine Geschäftsordnung selbst festsetzen.

§ 10

Aufgaben des Vorstands

(1) Der Vorstand hat die Geschäfte des Vereins so zu führen, wie die ordnungsgemäße Erfüllung der Vereinsaufgaben es erfordert. Er hat bei seiner Geschäftsführung die Beschränkungen einzuhalten, die durch die Satzung und die Beschlüsse der Mitgliederversammlung festgesetzt sind.

(2) Dem Vorstand obliegt auch die Buch- und Kassenführung des Vereins. Er hat in den ersten drei Monaten des Vereinsjahres für das vergangene Vereinsjahr den Jahresabschluß und den Geschäftsbericht aufzustellen und der Mitgliederversammlung vorzulegen.

(3) *Der Vorstand ist auch die Aufgabe der für die Festlegung der Rechnungslegungsmittel und der Rechnungslegung zu sein.*

2. Mitgliederversammlung

§ 11

Einberufung

(1) Die Mitgliederversammlung wird durch den Vorstand einberufen, wenn es erforderlich erscheint oder wenn mindestens

Sehr geehrte Damen und Herren,

Ich habe Ihre Anfrage vom 15.10.2014 erhalten und danke Sie für die Kontaktaufnahme.

Die angeforderten Unterlagen sind Ihnen per E-Mail am 16.10.2014 zugesandt worden.

Bitte prüfen Sie, ob die Unterlagen vollständig sind. Sollten Sie weitere Fragen haben, wenden Sie sich bitte an mich.

Mit freundlichen Grüßen

(P) ...

Die angeforderten Unterlagen sind Ihnen per E-Mail am 16.10.2014 zugesandt worden.

Bitte prüfen Sie, ob die Unterlagen vollständig sind. Sollten Sie weitere Fragen haben, wenden Sie sich bitte an mich.

Mit freundlichen Grüßen

Mit freundlichen Grüßen

(P) ...

- 5 -

1/5 der Mitglieder des Vereins es verlangt. Die Einberufung muß Zeit und Ort der Sitzung angeben. Die Einberufung hat mindestens zwei Wochen vor dem Tage der Sitzung schriftlich zu erfolgen. Der Tag der Einberufung und der Tag der Versammlung sind hierbei nicht mitzurechnen.

(2) Der Zweck der Sitzung soll bei der Einberufung mitgeteilt werden.

§ 12

Ordentliche und außerordentliche Mitgliederversammlungen

(1) Jährlich innerhalb der ersten drei Monate des Vereinsjahres findet die ordentliche Mitgliederversammlung statt. Der Vorstand hat ihr einen Bericht über das abgelaufene Vereinsjahr zu erstatten. Die Versammlung beschließt alsdann über die Entlastung des Vorstands. Außerdem obliegt ihr die Festsetzung der Beiträge.

(2) Der Vorstand kann weitere außerordentliche Mitgliederversammlungen nach seinem Ermessen einberufen.

§ 13

Vertretung in der Mitgliederversammlung

Jedes Mitglied kann sich in der Mitgliederversammlung durch einen mit schriftlicher Vollmacht versehenen Bevollmächtigten vertreten lassen.

§ 14

Vorsitz in der Mitgliederversammlung

Den Vorsitz in der Mitgliederversammlung führt der Vorsitzende des Vorstands, bei seiner Verhinderung das an Jahren älteste

- 6 -

der sonstigen Vorstandsmitglieder. Der Vorsitzende leitet die Versammlung, bestimmt die Reihenfolge der Verhandlungsgegenstände sowie die Art und Form der Abstimmung.

§ 15

Beschlußfassung in besonderen Fällen

(1) Zu einer Beschlußfassung über eine Änderung der Vereinssatzung oder die Auflösung des Vereins ist erforderlich, daß in der Mitgliederversammlung mindestens die Hälfte der Vereinsmitglieder erschienen oder vertreten ist. Ist diese Voraussetzung nicht erfüllt, so kann eine zweite Mitgliederversammlung, die frühestens ein Monat nach der ersten einzuberufen ist, ohne Rücksicht auf die Anzahl der erschienenen oder vertretenen Vereinsmitglieder über eine Änderung der Vereinssatzung oder die Auflösung des Vereins beschließen. Bei der Einberufung ist hierauf besonders hinzuweisen.

(2) In jedem Falle ist zu einer Beschlußfassung über eine Änderung der Vereinssatzung oder die Auflösung des Vereins eine Mehrheit von drei Vierteln der abgegebenen Stimmen erforderlich.

§ 16

Niederschriften über die Beschlüsse der Mitgliederversammlung

Über die in der Mitgliederversammlung gefaßten Beschlüsse ist eine Niederschrift anzufertigen, die vom Vorsitzenden der Versammlung (§ 14) zu unterschreiben und von einem Vereinsmitglied gegenzuzeichnen ist.

IV. Schlußbestimmungen

§ 17

Vermögensverteilung bei Auflösung des Vereins

Bei Auflösung oder Aufhebung des Vereins fällt das Vermögen des

- 7 -

Vereins den Vereinsmitgliedern zu. Die Anteile werden entsprechend der Staffel für den festen Jahresbeitrag (Beitragsordnung § 1 (1) a) im letzten Vereinsjahr errechnet.

§ 18

Satzungsänderung auf Anordnung des Registergerichts

Änderungen der Satzung, die das Registergericht zum Zwecke der Eintragung des Vereins in das Vereinsregister verlangen sollte, kann der Vorstand vornehmen.

§ 19

Bestellung des ersten Vorstandsvorsitzenden und seiner Stellvertreter

Abweichend von den Bestimmungen in § 7 Abs. 2 werden der erste Vorsitzende des Vorstands sowie die beiden weiteren Vorstandsmitglieder von den Gründern bestellt. Die Bestellung erfolgt für die Zeit bis zur Beendigung der ordentlichen Mitgliederversammlung, die über die Entlastung des Vorstandes für das erste Vereinsjahr beschließt.

Beuel, den 8. Januar 1965

E n t w u r f

Beitragsordnung der Interessengemeinschaft Kleinbahn
Beuel - Großenbusch e.V.

Die Gründungsversammlung der Interessengemeinschaft Kleinbahn Beuel - Großenbusch e.V., Beuel, hat am 8. Januar 1965 folgende Beitragsordnung beschlossen.

§ 1

(1) Die Vereinsmitglieder zahlen entsprechend der 1963 mit der Kleinbahn Beuel - Großenbusch verladenen Gütermenge

a) einen festen Jahresbeitrag nach folgender Staffel

bis	200 t	DM	500,--
bis	500 t	DM	700,--
bis	1 000 t	DM	1 100,--
bis	2 000 t	DM	1 300,--
bis	3 000 t	DM	1 600,--
bis	5 000 t	DM	1 800,--
über	5 000 t	DM	2 000,--

b) einen Jahresbeitrag je t von DM 1,11. Der Beitrag wird auf DM 0,10 aufgerundet.

(2) Der Beitrag gemäß Ziffer 1a ist bis zum 31.1. eines jeden Jahres, gemäß Ziffer 1b zu je 50 % bis zum 30.6. und 31.12. eines jeden Jahres der Interessengemeinschaft Beuel - Großenbusch e.V. zu überweisen.

- 2 -

§ 2

Für jede über die Jahresmenge 1963 hinaus verladene Tonne wird dem Vereinsmitglied, das eine größere Frachtmenge verladet, bis zur Höhe des Jahresbeitrages je t DM 1,11 je Tonne gutgeschrieben. Für jede weniger als 1963 verladene Tonne wird das Vereinsmitglied, das die Jahresmenge 1963 nicht erreicht, mit DM 4,11 je Tonne belastet. Die Verrechnung erfolgt mit der ersten Halbjahresrate des Jahresbeitrages gemäß § 1 Ziffer 1b des folgenden Vereinsjahres.

§ 3

Die Beiträge (fester Jahresbeitrag und Jahresbeitrag je t) gemäß § 1 sowie die Gutschriften und Belastungen gemäß § 2 ändern sich im gleichen Verhältnis wie die Bezüge eines verheirateten Eisenbahnsekretärs (Bundesbesoldung: Gehaltsgruppe A 6, Stufe 7, Ortsklasse S mit 2 Kindern über 6 Jahre) nach dem Stand vom 1.1.1965.

§ 4

Tritt ein Gewerbebetrieb dem Verein als Mitglied bei, der 1963 noch nicht mit der Kleinbahn Beuel - Großenbusch verladen hat, ist der Vorstand beauftragt, für diesen im beiderseitigen Einvernehmen einen angemessenen festen Jahresbeitrag für das erste Jahr der Vereinszugehörigkeit festzusetzen. Die Beitragsleistung des neuen Mitgliedes wird den Vereinsmitgliedern auf den festen Jahresbeitrag des folgenden Vereinsjahres prozentual angerechnet. Durch die Güterverladungen des neuen Mitgliedes werden zunächst eventuelle Minderverladungen im jeweiligen Vereinsjahr im Ver-

Die Stadt Sankt Augustin hat sich in den letzten Jahren
 sehr erfolgreich entwickelt. Die Bevölkerung ist
 in den letzten Jahren um ca. 10% gewachsen.
 Die Stadtverwaltung hat sich bemüht, die
 Infrastruktur zu verbessern und die
 Lebensqualität der Bürger zu erhöhen.
 Die Stadt hat auch in den letzten Jahren
 einige neue Projekte begonnen, die
 die Entwicklung der Stadt fördern sollen.

Die Stadtverwaltung hat sich auch in den letzten Jahren
 bemüht, die Zusammenarbeit mit den
 anderen Kommunen zu verbessern. Die
 Stadt hat auch in den letzten Jahren
 einige neue Projekte begonnen, die
 die Entwicklung der Stadt fördern sollen.

Die Stadtverwaltung hat sich auch in den letzten Jahren
 bemüht, die Zusammenarbeit mit den
 anderen Kommunen zu verbessern. Die
 Stadt hat auch in den letzten Jahren
 einige neue Projekte begonnen, die
 die Entwicklung der Stadt fördern sollen.

- 3 -

gleich zu 1963 (§ 2, Satz 2) ausgeglichen bzw. den Vereinsmitgliedern prozentual gutgeschrieben, die hieran beteiligt sind. Darüber hinausgehende Gütermengen werden zur Erhöhung des Vergütungssatzes für Mehrverladungen gegenüber 1963 (§ 2, Satz 1) für alle Vereinsmitglieder verwandt.

§ 5

Diese Beitragsordnung gilt für das Vereinsjahr 1965. *he bleibt auch nur 1966*
~~Sie bleibt auch für die folgenden Jahre in Kraft, solange sie nicht durch eine von der ordentlichen Mitgliederversammlung beschlossene neue Beitragsordnung ersetzt wird.~~

1. Die Gemeinde Sankt Augustin hat den Antrag
der Gemeinde Sankt Augustin, die Gemeinde Sankt Augustin
zu übernehmen, genehmigt. Die Gemeinde Sankt Augustin
hat die Gemeinde Sankt Augustin zu übernehmen.
Die Gemeinde Sankt Augustin hat die Gemeinde Sankt Augustin
zu übernehmen.

Die Gemeinde Sankt Augustin hat die Gemeinde Sankt Augustin
zu übernehmen.
Die Gemeinde Sankt Augustin hat die Gemeinde Sankt Augustin
zu übernehmen.

~~Herr~~ Amtsdirektor

A u s z u g

aus der Niederschrift über die nichtöffentliche Sitzung der Gemeindevertretung der Gemeinde Holslar am 15. Dezember 1964.

Zu B 4.) der nichtöffentlichen Sitzung.

Kleinbahn Beuel - Großenbusch.

Der Amtsdirektor gab nachstehenden, durch den Beigeordneten Lühmer verfassten Vermerk zur Kenntnis:

"Bauabteilung
60. Lu/St.

Siegburg-Mülldorf, den 17. Nov. 1964

V e r m e r k !

- 1.) An der Sitzung der Industrie- und Handelskammer Bonn am 16. 11. habe ich teilgenommen.

Die Stadt Beuel war vom Beigeordneten Büchel vertreten. Von den eingeladenen interessierten Industriebetrieben fehlten Vertreter der Chamotte- und Steinindustrie und der Firma Rudolf Althoff.

Als Ergebnis dieser Besprechung ist festzuhalten:

Die Industriebahn AG hat ihre Forderung auf eine Frachtkarantie von ursprünglich 20.000 Tonnen = 60.000,-- DM auf 13.500 Tonnen = 40.000,-- DM ermäßigt. Voraussetzung für die Aufrechterhaltung des Bahnbetriebes ist also, daß die Erhöhung des jährlichen Frachtaufkommens ab 1.1.1965 um 13.500 Tonnen = 40.000,-- DM garantiert wird. Eine weitere Forderung des Bahnbetriebes geht dahin, daß zu den Aus- und Umbaukosten der Gleiskurve bei Limperich, dessen Gesamtbaukosten mit 40.000,-- DM bis 45.000,-- DM veranschlagt sind, ein einmaliger Zuschuss von 20.000,-- DM gewährt wird,

wobei für jede über 13.500 Tonnen hinausgehende Tonne 1,-- DM je Tonne erstattet werden.

Sofern diese beiden Voraussetzungen erfüllt sind, ist die Industriebahn bereit, den Bahnbetrieb bis Ende 1966 aufrecht zu erhalten.

aus
tun

In der Besprechung wandte sich der Geschäftsführer Ritter von der IHK zunächst an die Vertreter der Stadt Beuel und des Amtes Menden mit der Bitte, sich zu der Frage der Übernahme des Zuschusses von 20.000,-- DM zu äußern. Beigeordneter Büchel erklärte hierzu, daß die Stadt Beuel grundsätzlich an der Aufrechterhaltung des Bahnbetriebes interessiert sei, daß er aber von sich aus über eine Beteiligung der Stadt Beuel an dem einmaligen Zuschuss von 20.000,-- DM keine verbindliche Zusage machen könne, sondern hierüber zumindest zunächst eine Entscheidung des Hauptausschusses der Stadt Beuel getroffen werden müsse.

vertre-

Für die Gemeinde Hangelar und Holzlar habe ich erklärt, daß in früheren Sitzungen die Gemeinden Hangelar und Holzlar ihr Interesse an der Beibehaltung des Bahnbetriebes zu erkennen gegeben hätten. Während bisher von den Gemeinden eine Frachtgarantie gefordert worden wäre, verlange die Industriebahn AG nunmehr einen einmaligen Zuschuss. Dies sei eine neue Situation. Es müsse daher zunächst den Gemeinden Hangelar und Holzlar Vorlage gemacht werden, um zu klären, ob und ggfls. in welcher Höhe die Gemeinden bereit wären, sich an den Kosten von 20.000,-- DM zu beteiligen. Als Termin für eine endgültige Stellungnahme der kommunalen Vertretungen wurde sowohl von den Vertreter der Stadt Beuel als auch von mir Mitte bis Ende Januar 1965 genannt.

Im weiteren Verlauf der Besprechung unterhielten sich die Vertreter der Industriebetriebe über die Aufteilung der zu übernehmenden Frachtgarantie. Hierzu wurde auch von der IHK bereits ein Vorschlag ausgehändigt, der aber nicht die einstimmige Billigung der erschienenen Industrievertreter fand. Es wurde daher beschlossen, eine Arbeitsgemeinschaft zu bilden, der außer den Industriebetrieben auch ein Vertreter der Stadt Beuel und des Amtes Menden sowie der IHK angehören soll. Geschäftsführer Ritter erklärte sich bereit, eine Satzung zu entwerfen und diese in der nächsten Besprechung, die etwa Mitte Januar nächsten Jahres stattfinden soll, vorzulegen."

Nach eingehender Aussprache beauftragte die Gemeindevertretung einstimmig den Bürgermeister mit den Bürgermeistern der Gemeinden Hangelar und Niederpleis über eine Kostenbeteiligung zu verhandeln, wobei davon auszugehen ist, daß die Gemeinde Holzlar grundsätzlich an der Aufrechterhaltung des Betriebes der Industriebahn interessiert ist. Auf der Basis des zwischen den 3 Gemeinden erzielten Ergebnisses soll sodann mit der Stadt Beuel verhandelt werden. Danach ist dem Haupt- und Finanzausschuss abschließend Vorlage zu machen. Es wurde darauf hingewiesen, daß die Industriebahn über mehrere Grundstücke im Gebiet der Gemeinde Holzlar verfügt, deren Einsatz für die Herstellung der Rentabilität verlangt werden müßte.

Außerdem müsse man anstreben, einen Sitz im Aufsichtsrat der Gesellschaft zu erhalten, falls sich die Gemeinden finanziell beteiligen.

Des weiteren wurde erwähnt, daß die Privatbahnen erhebliche Mittel aus dem Bundeshaushalt für ihre Zwecke erhalten. Es bleibt zu prüfen, wie hoch die der Industriebahn-Aktiengesellschaft in Frankfurt für die Kleinbahn Beuel-Großenbusch gewährten Zuschüsse sind.

Schließlich müsse festgestellt werden, daß nach einmaliger Zustimmung zu einer Subvention der Bahn mit weiteren Forderungen der Industriebahn-Aktiengesellschaft in den nächsten Jahren zu rechnen sein wird.

einstimmig.

Hauptstadt

A u s z u g

aus der Niederschrift über die Sitzung der Gemeindevertretung der Gemeinde Holzlar am 15. 12. 1964.

Zu B 4.) der nichtöffentlichen Sitzung.

Kleinbahn Beuel - Großenbusch.

Der Amtsdirektor gab nachstehenden, durch den Beigeordneten Lühmer verfassten Vermerk zur Kenntnis:

"Bauabteilung
60. Lu/St.

Siegburg-Mülldorf, den 17. Nov. 1964

V e r m e r k !

- 1.) An der Sitzung der Industrie- und Handelskammer Bonn am 16. 11. habe ich teilgenommen.

Die Stadt Beuel war vom Beigeordneten Büchel vertreten. Von den eingeladenen interessierten Industriebetrieben fehlten Vertreter der Charnotte- und Steinindustrie und der Firma Rudolf Althoff.

Als Ergebnis dieser Besprechung ist festzuhalten:

Die Industriebahn AG hat ihre Forderung auf eine Frachtgarantie von ursprünglich 20.000 Tonnen = 60.000,-- DM auf 13.500 Tonnen = 40.000,-- DM ermäßigt. Voraussetzung für die Aufrechterhaltung des Bahnbetriebes ist also, daß die Erhöhung des jährlichen Frachtaufkommens ab 1.1.1965 um 13.500 Tonnen = 40.000,-- DM garantiert wird. Eine weitere Forderung des Bahnbetriebes geht dahin, daß zu den Aus- und Umbaukosten der Gleiskurve bei Limperich, dessen Gesamtbaukosten mit 40.000,-- DM bis 45.000,-- DM veranschlagt sind, ein einmaliger Zuschuss von 20.000,-- DM gewährt wird,

wobei für jede über 13.500 Tonnen hinausgehende Tonne 1,-- DM je Tonne erstattet werden.

Sofern diese beiden Voraussetzungen erfüllt sind, ist die Industriebahn bereit, den Bahnbetrieb bis Ende 1966 aufrecht zu erhalten.

In der Besprechung wandte sich der Geschäftsführer Ritter von der IHK zunächst an die Vertreter der Stadt Beuel und des Amtes Menden mit der Bitte, sich zu der Frage der Übernahme des Zuschusses von 20.000,-- DM zu äußern. Beigeordneter Büchel erklärte hierzu, daß die Stadt Beuel grundsätzlich an der Aufrechterhaltung des Bahnbetriebes interessiert sei, daß er aber von sich aus über eine Beteiligung der Stadt Beuel an dem einmaligen Zuschuss von 20.000,-- DM keine verbindliche Zusage machen könne, sondern hierüber zumindest zunächst eine Entscheidung des Hauptausschusses der Stadt Beuel getroffen werden müsse.

Für die Gemeinde Hangelar und Holzlar habe ich erklärt, daß in früheren Sitzungen die Gemeinden Hangelar und Holzlar ihr Interesse an der Beibehaltung des Bahnbetriebes zu erkennen gegeben hätten. Während bisher von den Gemeinden eine Frachtgarantie gefordert worden wäre, verlange die Industriebahn AG nunmehr einen einmaligen Zuschuss. Dies sei eine neue Situation. Es müsse daher zunächst den Gemeinden Hangelar und Holzlar Vorlage gemacht werden, um zu klären, ob und ggfs. in welcher Höhe die Gemeinden bereit wären, sich an den Kosten von 20.000,-- DM zu beteiligen. Als Termin für eine endgültige Stellungnahme der kommunalen Vertretungen wurde sowohl von dem Vertreter der Stadt Beuel als auch von mir Mitte bis Ende Januar 1965 genannt.

In weiteren Verlauf der Besprechung unterhielten sich die Vertreter der Industriebetriebe über die Aufteilung der zu übernehmenden Frachtgarantie. Hierzu wurde auch von der IHK bereits ein Vorschlag ausgehändigt, der aber nicht die einstimmige Billigung der erschienenen Industrievertreter fand. Es wurde daher beschlossen, eine Arbeitsgemeinschaft zu bilden, der außer den Industriebetrieben auch ein Vertreter der Stadt Beuel und des Amtes Menden sowie der IHK angehören soll. Geschäftsführer Ritter erklärte sich bereit, eine Satzung zu entwerfen und diese in der nächsten Besprechung, die etwa Mitte Januar nächsten Jahres stattfinden soll, vorzulegen."

Nach eingehender Aussprache beauftragte die Gemeindevertretung einstimmig den Bürgermeister mit den Bürgermeistern der Gemeinden Hangelar und Niederpleis über eine Kostenbeteiligung zu verhandeln, wobei davon auszugehen ist, daß die Gemeinde Hangelar grundsätzlich an der Aufrechterhaltung des Betriebes der Industriebahn interessiert ist. Auf der Basis des zwischen den 3 Gemeinden erzielten Ergebnisses soll sodann mit der Stadt Beuel verhandelt werden. Danach ist dem Haupt- und Finanzausschuss abschließend Vorlage zu machen. Es wurde darauf hingewiesen, daß die Industriebahn über mehrere Grundstücke im Gebiet der Gemeinde Hangelar verfügt, deren Einsatz für die Herstellung der Rentabilität verlangt werden müßte.

Außerdem müsse man anstreben, einen Sitz im Aufsichtsrat der Gesellschaft zu erhalten, falls sich die Gemeinden finanziell beteiligen.

Des weiteren wurde erwähnt, daß die Privatbahnen erhebliche Mittel aus dem Bundeshaushalt für ihre Zwecke erhalten. Es bleibt zu prüfen, wie hoch die der Industriebahn-Aktiengesellschaft in Frankfurt für die Kleinbahn Beuel-Großbusch gewährten Zuschüsse sind.

Schließlich müsse festgestellt werden, daß nach einmaliger Zustimmung zu einer Subvention der Bahn mit weiteren Forderungen der Industriebahn-Aktiengesellschaft in den nächsten Jahren zu rechnen sein wird.

Schluss:
174/1964

einstimmig.

Ausschnitt aus - dem Stadtanzeiger - ~~dem Generalanzeiger~~ - der
Rundschau - der Siegburger Zeitung vom 18. 12. 64

Holzlar möchte die Industriebahn behalten

Auch die Industrie- und Handelskammer dafür

Holzlar (mal) — Um die geplante Stilllegung der Industriebahn Beuel—Großenbusch macht man sich im Hangelarer und Holzlarer Gemeindeparlament schon lange Gedanken. Dieses Thema stand auch wieder auf der Tagesordnung der jüngsten Holzlarer Ratssitzung. Die ortsansässigen Firmen würden die Bahn gern für ihre Zwecke behalten. Sie haben sich, wie Gemeindevertreter Schulz mitteilte, bereiterklärt, durch zusätzliche Transporte und eine Garantiezahlung den Betrieb zu erhalten. Bekanntlich hatten die Eigentümer der Bahn bei der Kölner Bezirksregierung einen Antrag auf Stilllegung wegen Unrentabilität gestellt.

Mit allem Nachdruck hat sich die Industrie- und Handelskammer für die Erhaltung der Bahn eingesetzt. Um der finanziellen Misere des Unternehmens beizukommen, hat die Kammer vorgeschlagen, eine jährliche Garantiesumme von 40 000 Mark zu zahlen. Außerdem müßten noch für den notwendigen Gleisusbau etwa 20 000 DM zugeschustert werden. Die Kosten sollen von der Stadt Beuel, von Holzlar und von Hangelar aufgebracht werden. Alle drei Kommunen haben längs des Schienennetzes der Bahn Industriegelände ausgewiesen.

Hoffen auf Beuel

Auf dieser Basis kann Bürgermeister Henseler laut Ratsbeschluß verhandeln. In Holzlar hofft man, daß die Stadt Beuel den Löwenanteil der Kosten trägt. „Schließlich sind da ja zwölf Firmen an dem Unternehmen interessiert. Bei uns sind es nur zwei“, sagte Bürgermeister Henseler. Im übrigen will man versuchen, Zuschüsse vom Bund oder vom Land zu den Ausbaukosten zu bekommen.

Für die Volksbücherei wird ein eigener Raum geschaffen. Die Bibliothek soll im noch zu bauenden Mittelstück zwischen den beiden Schulgebäuden untergebracht werden. Ein Architekt wird mit der Planung beauftragt. Rektor Meyer hat sich bereit erklärt, die Volksbücherei zu leiten.

Zurückgestellt wurde der Ausbau der Kautexstraße. Erst soll das Reststück der Kanalisation vom Finken-

weg bis zur Kreuzung in Kohlkaul fertig gebaut werden. Der Bürgersteig der Hauptstraße in Holzlar bis nach Roleber wird geteert. Den Schulkindern soll wegen des starken Autoverkehrs empfohlen werden, als Schulweg die Paul-Langen-Straße und ihre Verlängerung zu benutzen. Die Hauptstraße sollen sie erst beim Holzlarer Hof überqueren.

Hauptstadt.
Ord. Ht

A u s z u g

aus der Niederschrift über die öffentliche Sitzung der Gemeindevertretung der Gemeinde Hangelar am 5. Januar 1965.

- - - - -

Zu 10): Kleinbahn Beuel - Großenbusch.

Der Amtsdirektor unterrichtete die Ratsmitglieder darüber, daß die Gründung einer Interessengemeinschaft Kleinbahn Beuel-Großenbusch auf Anregung der Industrie- und Handelskammer Bonn beabsichtigt sei. Dieser Interessengemeinschaft sollen neben den interessierten Industrieunternehmen die Gemeinden Holzlar, Hangelar und Beuel angehören. Eine finanzielle Verpflichtung sei mit dem Beitritt zur Interessengemeinschaft nicht verbunden. Die Verwaltung der Kleinbahn wünsche jedoch einen Zuschuß von den bahnanliegenden Gemeinden in Höhe von 20.000,- DM zum Aus- und Umbau der Gleiskurve bei Limperich. Zur Klärung des Anteilverhältnisses der einzelnen Gemeinden müßten sich diese jedoch noch absprechen. Über das Ergebnis dieser Verhandlung werde der Gemeindevertretung erneut Vorlage gemacht.

Die Gemeindevertretung beschloß, der Interessengemeinschaft beizutreten, sofern eine finanzielle Belastung der Gemeinde aus dem Beitritt nicht erfolgt.
einstimmig.

Beschluß:
A 19/1965



SIEGBURG

Der Oberkreisdirektor

Kreisverwaltung: 52 Siegburg - Postfach 209

Dienststelle: -10/2-

An den
Herrn Amtsdirektor

Zimmer Nr.: 30

in Siegburg-Mülldorf

25. JAN. 1965

504 391

SIEGBURG, den 19. Januar 1965/M.

Ihr Zeichen: --

Ihr Schreiben vom: --

Aktenzeichen: - 10/2 - 16 B -
(Bitte bei Antwort angeben)

Betrifft: Antrag der Industriebahn-Aktiengesellschaft in Frankfurt
auf Entbindung von der Betriebspflicht auf dem Streckenab-
schnitt Beuel-Großenbusch.

Bezug: Meine Verfügungen vom 1. und 31. Dezember 1964 - ob.Az. -.

Mit meinen Verfügungen vom 1. und 31. Dezember verg.Jrs. habe ich Sie um Bericht über den Stand der vorgenannten Angelegenheit gebeten. Da mir bislang eine Mitteilung nicht zugegangen ist, bringe ich die Erledigung der Sache nochmals in Erinnerung.

Der Herr Regierungspräsident in Köln hat mich mit Verfügung vom 11. ds.Mts. gebeten, auf eine beschleunigte Abwicklung des Verfahrens hinzuwirken. Ich übersende Ihnen als Anlage Abschrift der Verfügung des Herrn Regierungspräsidenten mit der Bitte um Kenntnissnahme und um umgehende weitere Veranlassung.

Frist: 1. Februar 1965.

Im Auftrage:

[Handwritten signature]

Abschrift

Der Regierungspräsident
53.8.-940

Köln, den 11. Januar 1965

An den
Oberkreisdirektor

52 Siegburg

Betrifft: Kleinbahn Beuel-Großenbusch;

hier: Antrag auf Entbindung von der Betriebspflicht

Bezug : Meine Verfügung vom 15.6.1964

Ich bitte, mir in obiger Angelegenheit umgehend zu berichten.
Ich darf in diesem Zusammenhang darauf hinweisen, daß der
Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr mit Erlaß
vom 26.5.1964 - V/D 4-31-o5 Beu - um alsbaldige Erledigung
gebeten hat. Da inzwischen ein erheblicher Zeitraum ver-
strichen ist, halte ich es für ratsam, die Beteiligten zu
einer beschleunigten Abwicklung der aufgetretenen Schwierigkeiten
zu veranlassen.

Frist: 4 Wochen

Im Auftrage:
gez. Dr. Mirgeler

(Siegel)

Beglaubigt:
gez. Unterschrift
Regierungsangestellte

Hauptabteilung

Siegburg-Mülldorf, den 26. 1. 1965

- 1.) An der ausweislich beiliegender Vorgänge für Freitag, den 8. 1. 1965, in das Sitzungszimmer der Fa. Rheinische Schmirgelwerke GmbH. einberufenen Gründungsversammlung der Interessengemeinschaft "Kleinbahn Beuel-Großenbusch" hat für die hiesige Verwaltung der Unterzeichnete teilgenommen.
Als Vertreter der Gemeinde Holzlar war Bürgermeister Henseler anwesend.
Was die betroffenen Gemeinden (Beuel, Hangelar und Holzlar) angeht, bekundete die Versammlung ein starkes Interesse an der Stellungnahme der kommunalen Vertretungskörperschaften zur Frage der Aufbringung eines einmaligen Betriebskostenzuschusses von DM 20.000,-- (vgl. Aktennotiz des Beig. Luhmer v. 17. 11. 1964); hingegen wurde dem nach einstimmig verabschiedeten Vereinssatzung nach wie vor möglichen Vereinsbeitritt der Kommunen nur noch zweitrangige Bedeutung beigegeben (Satzungstext in verabschiedeter Fassung geht den Versammlungsteilnehmern durch die IHK Bonn in Kürze zu).
Für die Stadt Beuel erklärte Beig. Zander, daß hinsichtlich der Zahlung eines Betriebskostenzuschusses mit den Gemeinden Hangelar und Holzlar verhandelt werden müsse. Dieser Erklärung schloß sich der Unterzeichnete mit dem Hinweis darauf an, daß den Verhandlungen zwischen der Stadt Beuel einerseits und den Gemeinden Hangelar und Holzlar andererseits ein Beschluß der beiden Gemeinderäte folgen werde, und zwar frühestens in etwa 14 Tagen.

- // -

- // -

- 2.) Herrn Beig. Luhmer im Hause
zuständigkeitshalber abgegeben.

1 Heft Anl.

[Handwritten signature]

*H. Beig. Luhmer!
1) Dass Beig. ist ein Sonderbeauftragter
2) dass Beig. Zander nicht mit
diesem Beig. Luhmer, für
verabschiedet ist, dass Beig.
3) dass Beig. Luhmer nicht*

*Herrn Amtsvorstand nur zgl.
Materiellung. E 287.*

28. 1. 65

1.) An den
Herrn Oberkreisdirektor

in Siegburg

4. Februar 1965

ab 5.12.

60, Lu/St.

Betr.: Antrag der Industriebahn-Aktiengesellschaft in Frankfurt
auf Entbindung von der Betriebspflicht auf dem Strecken-
abschnitt Beuel-Großenbusch.

Bezug: Verfügung vom 19.1.1965 - 10/2 - 16 B -.

Inzwischen sind auf Veranlassung der Industrie- und Handelskammer Bonn zwischen den interessierten Industrieunternehmen sowie den Gemeinden Beuel, Hangelar und Holzlar Verhandlungen aufgenommen worden, mit dem Ziele, eine Interessengemeinschaft Kleinbahn Beuel - Großenbusch zu bilden, deren Zweck es sein soll, die Übernahme von Frachtgarantien gegenüber der Eisenbahn-Gesellschaft mbH in Frankfurt zu regeln, um auf diese Weise eine Einstellung des Bahnbetriebes auf dem Streckenabschnitt Beuel - Großenbusch zu verhindern. Ferner sind die Forderungen erhoben worden, daß die Gemeinden Beuel, Hangelar und Holzlar sich an den Kosten der Gleiserneuerung in Limperich mit einem Betrag von 20.000,-- DM anteilmäßig beteiligen.

Die Angelegenheit ist in den Gemeindevertretungen von Hangelar und Holzlar inzwischen verschiedentlich beraten worden. Die erwähnten Gemeinden haben beschlossen, der zu bildenden Interessengemeinschaft beizutreten. Über die Übernahme der Gleiserneuerungskosten in Höhe von 20.000,-- DM konnte jedoch bisher eine Einigung nicht erzielt werden. Es ist vielmehr beschlossen worden, mit der Stadt Beuel zu verhandeln.

Ich habe den Eindruck, daß bei einem günstigen Ausgang der Verhandlungen die Industriebahn-A.G. in Frankfurt ihren Antrag auf Entbindung von der Betriebspflicht auf dem Streckenabschnitt Beuel - Großenbusch zunächst zurückstellen wird.

Über den Fortgang der Angelegenheit werde ich berichten.

-/-

-/-

2.) Nach 2 Wochen.

~~sehr~~ (Termin mit H. Rander)

w. v. l. 10/2

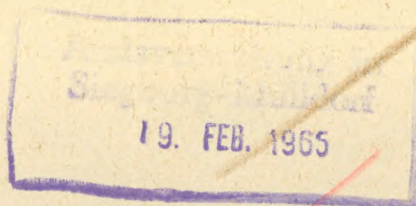
1572 G. 576.

[Handwritten signature]

[Handwritten signature]

Interessengemeinschaft
Kleinbahn Beuel-Grossenbusch

Beuel, den 16.2.1965



Sehr geehrte Herren !

Zu der für gestern, den 15.d.M., anberaumten Versammlung waren 6 Firmen erschienen. Da es sich um die konstituierende Versammlung handelte, bei welcher die rechtlichen Voraussetzungen für die Gründung des eingetragenen Vereins geschaffen werden sollten, muß angenommen werden, daß mehrere Firmen nicht mehr interessiert sind, sich an der Aufrechterhaltung des Bahnbetriebes in der gedachten Weise zu beteiligen. Herr Rübenach hatte am Morgen schriftlich mitgeteilt, daß er aus dem Vorstand ausscheiden und sich an der Gründung des Vereins nicht beteiligen wolle, aber bereit sei, freiwillig jährlich DM 5.000,-- zu zahlen. Sollten wir bis zum 22.d.M. keinen gegenteiligen Bescheid von Ihnen erhalten, nehmen wir an, daß Sie damit einverstanden sind, wenn wir die Deutsche Eisenbahn-Gesellschaft und die Industrie- und Handelskammer vom Scheitern der Bemühungen verständigen.

Hochachtungsvoll

Der Vorstand

Firma F. Kalthoff K.G., Beuel/Rhein, Koenigswinterer Str.54-82
 " A.W.Andernach K.G., Beuel/Rhein, Maarstraße 48
 " Johann & Koenen, Beuel-Limperich, Koenigswinterer Str.160
 " Franz Rübenach, Beuel/Rhein, Broichstr.78-90
 " Novaktinchemie Ges.m.b.H., Beuel/Rhein, Broichstr.76
 " Thomas-Eisenhandel G.m.b.H., Beuel/Rhein, Broichstr.74
 " B. Schwegmann K.G., Beuel/Rhein, Buchenweg 1
 " Rudolf Althoff, Beuel/Rhein,
 " Kautex-Werke, Hangelar ü/Siegburg,
 " Chamotte- und Steinindustrie Ges.m.b.H., Hangelar,
 Pützchensweg;
 " Linco G.m.b.H., Hangelar ü/Siegburg, Pützchensweg
 Stadtverwaltung Beuel, Beuel, Rathaus
 Gemeindeverwaltung Hangelar
 " " Holzlar

Firma Deutsche Vialit-Gesellschaft m.b.H., Beuel/Rhein, Maarstr.100

ab 16/2.

An die

1.) Stadtverwaltung

5302 Beuel

16. Februar 1965

60

Betr.: Antrag der Industriebahn-Aktiengesellschaft in Frankfurt auf Entbindung von der Betriebspflicht auf dem Streckenabschnitt Beuel-Grossenbusch.

Bezug: Telefonische Besprechung mit Herrn Beigeordneten Bücher.

Die Gemeinden Hangelar und Holzlar sind an der Erhaltung der Industriebahn Beuel-Grossenbusch nach wie vor interessiert. Aus diesem Grunde haben die Gemeindevertretungen dieser Gemeinden beschlossen, der Interessengemeinschaft Kleinbahn Beuel-Grossenbusch beizutreten. Eine entsprechende Erklärung ist bereits abgegeben worden. Die Entscheidung über eine finanzielle Beteiligung dieser Gemeinden an den von der Industriebahn genannten Kosten liegt jedoch noch nicht vor. Dieserhalb wünschen die angegebenen Gemeinden eine Besprechung mit der Stadt Beuel. Dabei soll das Beteiligungsverhältnis der Stadt Beuel und der Gemeinden Hangelar und Holzlar zunächst festgelegt werden. Beim Vorliegen dieses Ergebnisses werde ich den einzelnen Gemeindevertretungen erneut Vorlage machen.

-//-

-//-

2.) Herrn Beig. Luhmer zur weiteren Bearbeitung.

Ly

W. v. v. 25.2.65
1872

Interessengemeinschaft
Kleinbahn Beuel-Grossenbusch

Beuel, den 16.2.1965

Sehr geehrte Herren !

Zu der für gestern, den 15.d.M., anberaumten Versammlung waren 6 Firmen erschienen. Da es sich um die konstituierende Versammlung handelte, bei welcher die rechtlichen Voraussetzungen für die Gründung des eingetragenen Vereins geschaffen werden sollten, muß angenommen werden, daß mehrere Firmen nicht mehr interessiert sind, sich an der Aufrechterhaltung des Bahnbetriebes in der gedachten Weise zu beteiligen. Herr Rübenach hatte am Morgen schriftlich mitgeteilt, daß er aus dem Vorstand ausscheiden und sich an der Gründung des Vereins nicht beteiligen wolle, aber bereit sei, freiwillig jährlich DM 5.000,-- zu zahlen. Sollten wir bis zum 22.d.M. keinen gegenteiligen Bescheid von Ihnen erhalten, nehmen wir an, daß Sie damit einverstanden sind, wenn wir die Deutsche Eisenbahn-Gesellschaft und die Industrie- und Handelskammer vom Scheitern der Bemühungen verständigen.

Hochachtungsvoll

Der Vorstand

- Firma F. Kalthoff K.G., Beuel/Rhein, Koenigswinterer Str.54-82
- " A.W.Andernach K.G., Beuel/Rhein, Maarstraße 40
- " Johann & Koenen, Beuel-Limperich, Koenigswinterer Str.160
- " Franz Rübenach, Beuel/Rhein, Broichstr.78-90
- " Novaktinchemie Ges.m.b.H., Beuel/Rhein, Broichstr.76
- " Thomas-Eisenhandel G.m.b.H., Beuel/Rhein, Broichstr.74
- " B. Schwegmann K.G., Beuel/Rhein, Buchenweg 1
- " Rudolf Althoff, Beuel/Rhein,
- " Kautex-Werke, Hangelar ü/Siegburg,
- " Chamotte- und Steinindustrie Ges.m.b.H., Hangelar,
Pützchensweg;
- " Linco G.m.b.H., Hangelar ü/Siegburg, Pützchensweg
- Stadtverwaltung Beuel, Beuel, Rathaus
- Gemeindeverwaltung Hangelar
- " " Holzlar
- Deutsche Vialit - Gesellschaft m.b.H., Beuel/Rhein, Maarstr.100

1/ 20.000,- and 1000,-
 with 7000,- and 1000,-
 which are 20000,- and
 1000,- in 2 parts.

Reuter 73,8% 78. 390 + 1540

Stadt BEUEL a./Rhein



DER STADTDIREKTOR

5302 BEUEL, den 18. 2. 1965

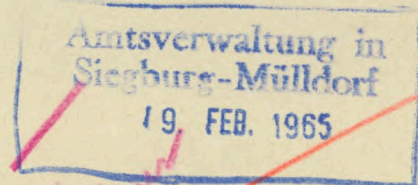
Ruf: 4 32 51 NSL. 339/340

Postfach 50

Zeichen

An die
Amtsverwaltung Menden

5201 Siegburg - Mülldorf



Betr.: Antrag der Industriebahn-Aktiengesellschaft
in Frankfurt auf Entbindung von der Betriebs-
pflicht auf dem Streckenabschnitt Beuel -
Großenbusch

Bezug: Ihr Schreiben vom 16. 2. 1965, Az: 60

Um die laufenden Verhandlungen fortführen zu können,
bedarf ich unbedingt einer konkreten Zusage, in wel-
cher Höhe die betroffenen Gemeinden des Amtes Menden
sich an den Ausbaukosten der Gleiskurve bei Pützchen
beteiligen wollen. Ich lade deshalb zu einer abschlie-
ßenden Klärung der Angelegenheit einen Vertreter der
Amtsverwaltung Menden auf Montag, den 22. ds.Mts.,
vormittags 11.00 Uhr zu mir ein.

Da der Ausbau der Kurve fast ausschließlich nur dem
Verkehr zugute kommt, der von außerhalb kommt, schlage
ich für die Stadt Beuel ein Beteiligungsverhältnis von
30 % und für die Gemeinden des Amtes Menden ein solches
von 70 % vor.

Mit vorzüglicher Hochachtung

J. Brock
(B r o c k)

1/ *teilgenommen. Beteiligungsverhältnis von 50:50
vorgeschlagen.*

4/ *vv. entl. 5.3.*

L. 22.2.

Beuel, den 22. Februar 1965

Aktenvermerk

Heute morgen suchte mich Beigeordneter Lühmer von der Amtsverwaltung Menden in Siegburg-Mühlendorf auf, um mit mir den durch die Gemeinden Hangelar und Holzlar bereitzustellenden Zuschuß zu den Ausbaurkosten der Gleiskurve in Pützchen zu besprechen. Herr L. war ursprünglich der Auffassung, daß die auszubauende Gleiskurve in der Nähe der Königswinterer Straße liege und konnte deshalb nicht verstehen, wieso in dem Schreiben des Stadtdirektors vom 18. 2. 65 ein Beteiligungsverhältnis der Gemeindegemeinschaft des Amtes Menden von 70 % vorgeschlagen wurde. Ich konnte Herrn Lühmer dahingehend unterrichten, daß nicht die Gleiskurve an der Königswinterer Straße, sondern die in der Nähe der Fahnenfabrik gelegene Gleiskurve gemeint sei. Herr L. war trotzdem der Auffassung, daß die fraglichen Gemeinden seines Amtes im Hinblick auf das anteilige Frachtaufkommen nicht bereit sein würden, sich mit 70 % an dem erbetenen Zuschuß von 20.000,--DM zu beteiligen. Er verwies darauf, daß die heute noch im Betrieb sich befindende Strecke der Industriebahn ~~längenmäßig~~ mit je 50 v.H. im Stadtgebiet von Beuel und im Amtsgebiet von Menden liege, daß es deshalb wohl gerecht sei, von einer Teilung des Zuschusses in gleicher Höhe zwischen Beuel und Menden zu sprechen. Er werde in diesem Sinne den beteiligten Gemeinderäten entsprechende Vorlagen unterbreiten. Herr Lühmer wies auch auf das Schreiben der Interessengemeinschaft vom 16.2.65 hin. Ich habe daraufhin erwidert, daß für alle Fälle die konkretisierte Absicht der beteiligten Gemeinden herausgestellt werden sollte, um mit der Zahlung des begehrten Zuschusses die Aufrechterhaltung des Industriebahnbetriebes zu sichern, auch wenn es in der Interessengemeinschaft einige Anlaufschwierigkeiten gäbe.



(B ü c h e r)
1. Beigeordneter

Herrn Beigeordneten Lühmer
Siegb.-Mühlendorf

Gen. Ag. 24/2 65

1. 1. 1830
S. 1. 1. 1830

1. 1. 1830
S. 1. 1. 1830

Stadt BEUEL a./Rhein

DER STADTDIREKTOR



11. MRZ 1965

5302 BEUEL, den 9. März 1965
Postfach 50 - Ruf: 4 32 51

An die
Amtsverwaltung Menden
in Siegburg-Mülldorf

5201 Siegburg-Mülldorf

Betr.: Antrag der Industriebahn-AG in Frankfurt auf Entbin-
dung von der Betriebspflicht auf dem Streckenabschnitt
Beuel - Großenbusch

Bezug: Schreiben vom 16. 2. 1965 - Amt 60 -

Bei der Versammlung der Interessengemeinschaft Beuel - Großenbusch am 8. März 1965 haben sich die Vertreter der Gemeinden Hangelar und Holzlar (Herr Bürgermeister Menne und Herr Bürgermeister Henseler) sowie Herr Beigeordneter Luhmer damit einverstanden erklärt, daß der von den Gemeinden aufzubringende Kostenanteil in Höhe von 20.000,-- DM zur Durchführung von Oberbauarbeiten zur Erhaltung der Betriebssicherheit der Kleinbahn zu 50 % von den Gemeinden Hangelar und Holzlar getragen wird. Die restlichen 50 % werden von der Stadt Beuel übernommen.

Die Herren erklärten mir, daß sie unverzüglich bei ihren Gemeinderäten die notwendigen Beschlüsse einholen würden.

Weiterhin wurde mit Herrn Beigeordneten Luhmer und den Herren Bürgermeister Menne und Henseler vereinbart, daß die Federführung in dieser Angelegenheit die Stadtverwaltung Beuel übernehmen soll. Zu Ihrer gefl. Kenntnis füge ich Durchschrift des Schreibens an die Deutsche Eisenbahn-Gesellschaft mbH, Frankfurt, vom heutigen Tage bei.

Anlage

(B r o c k)



STADT SANKT AUGUSTIN

BEWAHRUNGSKOMMISSION

Am 15. März 1907

Bezeichnung: ...

Am 15. März 1907
In der Sitzung der ...

Protokoll der Sitzung

Der Vorsitzende ...
Der Vorsitzende ...
Der Vorsitzende ...

Der Vorsitzende ...
Der Vorsitzende ...
Der Vorsitzende ...
Der Vorsitzende ...
Der Vorsitzende ...
Der Vorsitzende ...
Der Vorsitzende ...
Der Vorsitzende ...
Der Vorsitzende ...
Der Vorsitzende ...

Der Vorsitzende ...
Der Vorsitzende ...
Der Vorsitzende ...

Der Vorsitzende ...
Der Vorsitzende ...
Der Vorsitzende ...
Der Vorsitzende ...
Der Vorsitzende ...
Der Vorsitzende ...
Der Vorsitzende ...
Der Vorsitzende ...
Der Vorsitzende ...
Der Vorsitzende ...

Unterschied

1907

(1907)



SIEGBURG

Der Oberkreisdirektor

Kreisverwaltung 52 Siegburg - Postfach 209

Dienststelle: -10/2-

An den

Zimmer Nr.: 30

Herrn Amtsdirektor

12. MARZ 1965

504 391

in Siegburg-Mülldorf

SIEGBURG,

den 9. März 1965 /M.

Aktenzeichen:

- 10/2 - 16 B -

(Bitte bei Antwort angeben)

Betr.: Antrag der Industriebahn-Aktiengesellschaft
in Frankfurt auf Entbindung von der Be-
triebspflicht auf dem Streckenabschnitt
Beuel-Großenbusch.

Bezug: Meine Verfügungen vom 6. Juli, 1. Dezember,
31. Dezember 1964 und 19. Januar 1965
- ob. Az. -,
Ihre Berichte vom 15. Juli, 25. August,
2. Oktober 1964 - 130-11 - und 4. Februar
1965 - 60, Lu/St. -.

Unter Bezugnahme auf den vorgenannten Schrift-
wechsel bitte ich um Bericht über den Stand der
Angelegenheit.

Im Auftrage:

-10/-

10

1

in Sankt Augustin

-10/-

10. Januar 1955

10. Januar 1955

10. Januar 1955

10. Januar 1955

L. Vong

Amtsverwaltung in
Siegburg-Mülldorf

26. MRZ. 1965

26/3

An den
Herrn Amtsdirektor

in Siegburg-Mülldorf

Kreisverwaltung des Siegkreises
Siegburg

S i e g k r e i s
Der Oberkreisdirektor
- 10/2 - 16 B -

Siegburg, den 23. März 1965

Betr.: Antrag der Industriebahn-Aktiengesellschaft
in Frankfurt auf Entbindung von der Betriebs-
pflicht auf dem Streckenabschnitt Beuel-
Großenbusch.
Bezug: Verfügung vom 9. März 1965 - ob.Az. -.

Vorgenannte Verfügung blieb bisher unbeantwortet. Ich erinnere daran und bitte nunmehr um Bericht bis spätestens 31. März 1965.

Welchen Gründen die Verführung nicht rechtzeitig
 oder nicht rechtzeitig Fristver-
 längerung beantragt wurde

Im Auftrage:

Nr. 293 Siegkreis

1.) An den
Herrn Stadtdirektor

in Beuel

25. März 1965

60, Lu/St. *ab 29/3*

Betr.: Antrag der Industriebahn-A.G. in Frankfurt auf Entbindung
von der Betriebspflicht auf dem Streckenabschnitt
Beuel - Großenbusch.

Sehr geehrter Herr Stadtdirektor!

Unter Bezugnahme auf Ihr Schreiben vom 9.3.1965 darf ich Ihnen mitteilen, daß der Rat der Gemeinde Hangelar in seiner gestrigen Sitzung der Übernahme eines Kostenanteils in Höhe von 5.000,-- DM zum Ausbau der Gleiskurve bei Pützchen zugestimmt hat. Der Betrag soll entsprechend Ihrem Schreiben vom 9.3.1965 an die Deutsche Eisenbahngesellschaft in Frankfurt in Form eines zinslosen Darlehens zur Verfügung gestellt werden, wobei nach Ablauf von 2 Jahren geklärt wird, ob der Betrag als verlorener Zuschuß belassen oder eine Tilgungsvereinbarung getroffen wird.

Sobald ein entsprechender Beschluß der Gemeindevertretung von Holzlar vorliegt, werde ich Sie unterrichten.

Hochachtungsvoll
In Vertretung:

-//-

-//-

2.) Nach 2 Wochen (Beschluß Holzlar).

15.14.

1.) An den
Herrn Oberkreisdirektor

in Siegburg

26. März 1965

ab 29./3.

60, Lu/St.

Betr.: Antrag der Industriebahn-AG in Frankfurt auf Entbindung von der Betriebspflicht auf dem Streckenabschnitt Beuel-Großenbusch.

Bezug: Verfügung vom 9.3.1965/M. - 10/2 - 16 B -.

Im Nachgang zu meinem Bericht vom 4.2.1965 teile ich mit, daß inzwischen mit der Stadt Beuel Verhandlungen über die Aufgliederung des von der Industriebahn-AG geforderten Betrages von 20.000,--DM für Gleiserneuerungskosten geführt wurden. Es wurde Einigkeit dahingehend erzielt, daß die Stadt Beuel einen Betrag von 10.000,-- DM und die Gemeinden Hangelar und Holzlar je 5.000,-- DM übernehmen. Der Rat der Gemeinde Hangelar hat sich in der Sitzung am 24.3.1965 mit der Übernahme des Kostenanteiles von 5.000,-- DM einverstanden erklärt. In der Gemeinde Holzlar ist eine Entscheidung noch nicht getroffen worden. Es dürfte aber als sicher gelten, daß auch die Gemeinde Holzlar den Betrag von 5.000,-- DM übernimmt.

Die Stadt Beuel, die in dieser Angelegenheit federführend auch für die Gemeinden Hangelar und Holzlar handelt, hat im übrigen das in Ablichtung beigefügte Schreiben an die Deutsche Eisenbahngesellschaft in Frankfurt übersandt. Ich nehme an, daß die Industriebahn-AG nunmehr ihren Antrag auf Entbindung von der Betriebspflicht zumindest für die Dauer von 2 Jahren zurückstellen wird.

1 Anlage

In Vertretung:

-//-

-//-

2.) Zum Vorgang.

f. Lüfmann

A u s z u g

aus der Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Rates
der Gemeinde Hangelar am 24.3.1965.

— — —

Zu 16): Finanzielle Beteiligung an der Erhaltung der Kleinbahn
Beuel-Großenbusch.

Zur Erhaltung der Kleinbahn Beuel-Großenbusch ist die
Hergabe eines Darlehns von 20.000,-- DM erforderlich.
An diesem Darlehn sollen sich die Gemeinden Beuel mit
10.000,-- DM, Holzlar mit 5.000,-- DM und Hangelar mit
5.000,-- DM beteiligen.

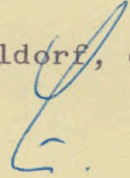
Der Rat beschloß, den vorgesehenen Anteil der Gemeinde
Hangelar darlehnsweise zu bewilligen. Nach Ablauf von
2 Jahren wird darüber entschieden, in welcher Form die
Tilgung des Darlehns erfolgt, oder ob es als verlorener
Zuschuß gelten soll.
einstimmig.

Beschluß:
A 113/1965

*B. Vg.
L. 22/x*

Zur nächsten Sitzung der Gemeindevertretung von
Holzlar.

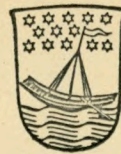
Sgb.-Mülldorf, den 23.4.1965



Durchschrift

Stadt **BEUEL** a./Rhein

DER STADTDIREKTOR



5302 BEUEL, den 9. März 1965
Postfach 50 - Ruf: 4 32 51

An die
Deutsche Eisenbahn-Gesellschaft mbH

6 Frankfurt (Main) 16
Moselstraße 2

Betr.: Kleinbahn Beuel - Großenbusch

Bezug: Ihr Antrag auf Entbindung von der Betriebspflicht vom
8. 5. 1964

Sehr geehrte Herren!

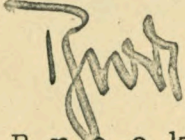
Wie Ihnen bekannt ist, hat sich der größte Teil der beteiligten Anlieger und Anlieferer Ihrer Industriebahn Beuel - Großenbusch zu einer Interessengemeinschaft zusammengeschlossen. Diese Interessengemeinschaft ist bereit, das Defizit im Frachtaufkommen Ihnen gegenüber zu decken.

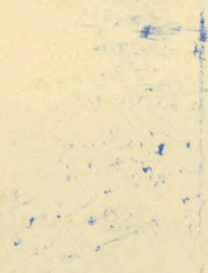
Die Stadt Beuel sowie die Gemeinden Hangelar und Holzlar sind bereit, den Kostenanteil in Höhe von 20.000,-- DM zur Durchführung von notwendigen Oberbauarbeiten zur Erhaltung der Betriebssicherheit der Kleinbahn aufzubringen. Federführend für die 3 beteiligten Gemeinden ist nach Absprache die Stadtverwaltung Beuel.

Der Betrag von 20.000,-- DM soll Ihnen in Form eines zinslosen Darlehens zur Verfügung gestellt werden in der Erwartung, daß die Industriebahn über den Zeitraum von zwei Jahren hinaus, für den zunächst die Interessengemeinschaft gegründet worden ist, in Betrieb bleibt. Nach Ablauf dieser zwei Jahre sollen erneute Verhandlungen klären, ob dieser Betrag als verlorener Zuschuß der Industriebahn belassen oder aber eine Tilgungsvereinbarung getroffen werden soll.

Ich halte es für zweckdienlich, baldmöglichst die Vertragsverhandlungen aufzunehmen. Wenn Sie mich rechtzeitig unterrichten, bin ich jederzeit in der Lage, mit Ihnen hier oder in Frankfurt die Verhandlungen aufzunehmen. Der genannte Betrag in Höhe von 20.000,-- DM steht Ihnen nach Abschluß der Vertragsverhandlungen sofort zur Verfügung.

Mit vorzüglicher Hochachtung


(B r o c k)



Sitzung der Gemeindevertretung der Gemeinde Holzlar am 26.4.1965

- 4 -

§ 4

freig. laufend

Der Gesamtbetrag der Darlehen, die, zur Bestreitung von Ausgaben des außerordentlichen Haushaltsplans bestimmt sind, wird auf 810.700,-- DM festgesetzt. Er soll nach dem Haushaltsplan für folgende Zwecke verwendet werden:

1. Ausbau des Sportplatzes	61.860,-- DM
2. Ausbau der Gemeindestraßen	154.640,-- DM
3. Ausbau der Kanalisation (II. Bauabschnitt Hauptsammler A)	174.060,-- DM
4. Ausbau der Kanalisation (III. Bauabschnitt Hauptsammler B)	371.140,-- DM
5. Ausbau von Wirtschaftswegen	28.380,-- DM
6. Neuverlegung von Wasserversorgungsleitungen	20.620,-- DM

Beschluß:
A 18/1965

Außerhalb der Tagesordnung wurde beraten und beschlossen:

a) Aufnahme eines Darlehens.

Die Gemeindevertretung beschloß einstimmig die Aufnahme eines Darlehens bei der Rheinischen-Giro-Zentrale und Provinzialbank in Düsseldorf in Höhe von 810.700,-- DM zu folgenden Bedingungen:

Auszahlung: 97 %
Zinsen: 6,75 % p.a. zahlbar halbjährlich nachträglich.
Tilgung: 1 % p.a. zuzüglich ersparter Zinsen zahlbar jährlich zum 31.12.

Bereitstellungszinsen: ab 1.8.1965 1 1/2% pro Monat, ab 1.12.1965 1/6% pro Monat auf den noch nicht in Anspruch genommenen Darlehensbetrag.

Außerplanmäßige Rückzahlungen sind unter Einhaltung einer dreimonatigen Kündigungsfrist zum 30.6. - 31.12. j.d.jrs., erstmalig zum 31.12.1969 möglich.

Beschluß:
A 20/1965

Im übrigen gelten die allgemeinen Bedingungen des abzuschließenden Darlehensvertrages.

b) Errichtung eines Feuerwehrgerätehauses.

Die Gemeindevertretung beschloß einstimmig, eine Grundstücksfläche von 1000 qm aus dem als Marktplatz in Kohlkaul vorgesehenen Gelände für die Errichtung eines Feuerwehrgerätehauses zur Verfügung zu stellen. Die Beratung über die Planung des Gebäudes soll im Planungsausschuß durchgeführt werden.

Beschluß:
A 21/1965

c) Gewährung eines Darlehens an die Deutsche Eisenbahngesellschaft mbH. in Frankfurt zur Durchführung notwendiger Oberbauarbeiten zur Erhaltung der Betriebssicherheit der Kleinbahn Beuel-Großenbusch.

Die Gemeindevertretung beschloß mit 14 Stimmen bei einer Stimmenthaltung, der Deutschen Eisenbahngesellschaft ein zinsloses Darlehen

- 5 -

Sitzung der Gemeindevertretung der Gemeinde Holzlar am 26.4.1965

- 5 -

in Höhe von 5.000,-- DM für den vorbezeichneten Zweck zur Verfügung zu stellen unter der Bedingung, daß die Bahn über den Zeitraum von 2 Jahren in Betrieb bleibt. Nach Ablauf dieser 2 Jahre sollen erneute Verhandlungen klären, ob dieser Betrag als verlorener Zuschuß der Industriebahn belassen oder aber eine Tilgungsvereinbarung getroffen werden soll.

Beschluß:
22/1965

Es wurde beschlossen, den Punkt 9) der Tagesordnung für die nicht-öffentliche Sitzung in öffentlicher Sitzung zu behandeln.

Zu 9): Umbenennung einer Straße in Kohlkaul.

nö.S. Die Alte Bonner Straße in Kohlkaul wird im Straßenabschnitt zwischen der Kreuzung Holzlarer Straße - Großenbuschweg bis zur Ortsgrenze Heidebergen in Bergstraße umbenannt. Die Hausnummerierung in diesem Straßenteil soll in Fortführung der in der Bergstraße in Heidebergen bestehenden Hausnummerierung erfolgen. In der Alten Bonner Straße in Kohlkaul wird eine Neunummerierung, beginnend an der Kreuzung Holzlarer Straße - Großenbuschweg, durchgeführt.

Der Beschluß erfolgte einstimmig.

Beschluß:
23/1965

Über die in nichtöffentlicher Sitzung gefaßten Beschlüsse liegt eine besondere Niederschrift vor.

v. g. u.

Sitzung der Gemeindevertretung der Gemeinde Holzlar am 26.4.1965

- 3 -

Drig. Drigum

Beschluß: Der Gehweg auf der Hauptstraße von Roleber bis zur Schule
A 177/1964, in Holzlar wurde noch nicht mit einer Teerdecke versehen.
Die Verwaltung hat den HUK-Verband in Köln um die Erstellung
eines Gutachtens über eine ordnungsgemäße Verkehrsbeschilderung
in der Gemeinde Holzlar gebeten. Ein Ergebnis liegt noch
nicht vor.

Beschluß: Entgegen dem gefaßten Beschluß, der Interessengemeinschaft
A 185/1964 Kleinbahn Beuel-Großenbusch beizutreten, wurde der Industrie-
und Handelskammer Bonn im Hinblick auf die entsprechende
Haltung der Gemeinden Hangelar und Beuel mitgeteilt, daß die
Gemeinde Holzlar der Interessengemeinschaft nicht beitrete.

b. V. g.

Beschluß: Der Auftrag zum Ankauf einer Normalzeituhr für die Volks-
A 4/1965 schule in Holzlar wurde erteilt. Die Uhr wird in Kürze
geliefert.

Zu 4): Erlaß der Haushaltssatzung der Gemeinde Holzlar.

Die Gemeindevertretung beschloß einstimmig folgende Haushalts-
satzung zu erlassen:

§ 1

Der Haushaltsplan für das Rechnungsjahr 1965 wird
im ordentlichen Haushaltsplan

in der Einnahme auf	1.314.530,-- DM
in der Ausgabe auf	1.314.530,-- DM

und im außerordentlichen Haushaltsplan

in der Einnahme auf	1.553.830,-- DM
in der Ausgabe auf	1.553.830,-- DM

festgesetzt.

§ 2

Die Steuersätze für die Gemeindesteuern, die für jedes Rechnungs-
jahr neu festzusetzen sind, werden wie folgt festgesetzt:

1. Grundsteuer
 - a) für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe (Grundsteuer A) 110 v.H.
 - b) für die Grundstücke (Grundsteuer B) 200 v.H.
2. Gewerbesteuer
 - a) nach dem Gewerbeertrag und Gewerbekapital 220 v.H.
 - b) Lohnsummensteuer 880 v.H.
 - c) Mindeststeuer
 - aa) Hausgewerbetreibende 6,-- DM
 - bb) sonstige Gewerbetreibende 12,-- DM.

§ 3

Kassenkredite werden nicht in Anspruch genommen.

- 4 -

7261
3377
3580

*Ablichtung an B.M.
zur nächst. Ratssitzung
mit Beschlusssammlung!*

Stadt **BEUEL a./Rhein**



DER STADTDIREKTOR

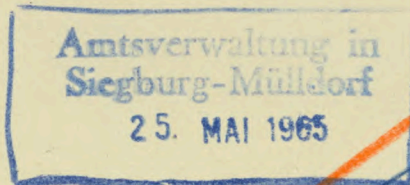
5302 BEUEL, den

21. Mai 1965

Ruf: 4 32 51 NSt.

Postfach 50

Zeichen



An die
Amtsverwaltung Menden
in Siegburg-Mülldorf

5201 Siegburg-Mülldorf

Betr.: Antrag der Industriebahn-AG in Frankfurt auf Entbin-
dung von der Betriebspflicht auf dem Streckenabschnitt
Beuel - Großenbusch

Bezug: Mein Schreiben vom 9. 3. 1965

Sehr geehrter Herr Amtsdirektor!

Mit Schreiben vom 25. 3. 1965 teilten Sie mir mit, daß der Rat der Gemeinde Hangelar beschlossen habe, einen Kostenanteil zum Ausbau der Gleiskurve bei Pützchen in Höhe von 5.000,-- DM zur Verfügung zu stellen. Am 27. 4. 1965 teilten Sie telefonisch weiter mit, daß auch die Gemeinde Holzlar die Zustimmung zur Gewährung des Darlehens von 5.000,-- DM erteilt habe.

Die Verhandlungen zum Abschluß des Darlehensvertrages mit der Deutschen Eisenbahn-Gesellschaft in Frankfurt, als Betriebsführerin der Kleinbahn Beuel - Großenbusch, wurden daraufhin von mir aufgenommen. Die Vertreter der Bahn erklärten, daß sie in keinem Falle ein Darlehen von den Gemeinden nehmen würden, sondern es sich bei der Gewährung des Betrages von 20.000,-- DM nur um einen verlorenen Zuschuß handeln könne. Sie wären auch nicht in der Lage, die restlichen 25.000,-- DM zur Finanzierung der Gleisanlagen aufzubringen. Dieserhalb wäre ein Antrag auf Gewährung eines Zuschusses beim Wirtschaftsministerium des Landes NW gestellt worden. Der Bahnbetrieb in Beuel hätte in den letzten Jahren erhebliche Zuschüsse gefordert und nur durch die Übernahme einer weiteren Frachtgarantie von 40.000,-- DM durch die Interessengemeinschaft wäre es möglich, den Betrieb,

Blatt 2 zum Schreiben an die Amtsverwaltung Menden in Siegburg-Mülldorf vom 21. Mai 1965;
betr. Antrag der Industriebahn-AG in Frankfurt

der für einige Anlieger lebensnotwendig ist, aufrecht zu erhalten. Es ist somit eine ausgeglichene Betriebsrechnung für die Rechnungsjahre 1965 und 1966 sichergestellt. Die Deutsche Eisenbahn-Gesellschaft bittet, das Darlehen in einen verlorenen Zuschuß umzuwandeln und ist bereit, falls die Gesellschaft in Liquidation gehen sollte, für die Gewährung der 20.000,-- DM ein dingliches Vorkaufsrecht an den Bahnanlagen zu bestellen.

Nach Rücksprache beim Wirtschaftsministerium hat dies am 12. 5. 1965 der Deutschen Eisenbahn-Gesellschaft für die Instandsetzung der Gleisanlagen in Aussicht gestellt, einen bedingt rückzahlbaren Zuschuß in Höhe von 25.000,-- DM unter der Voraussetzung zu bewilligen, daß sich die Stadt Beuel an einer Erneuerungsmaßnahme gleichfalls mit einem Zuschuß von 20.000,-- DM beteiligt. Der Zuschuß von 25.000,-- DM ist in voller Höhe zurückzuzahlen, wenn der Betrieb des Bahnunternehmens innerhalb eines Zeitraumes von fünf Jahren nach Erteilung des Bewilligungsbescheides eingestellt wird.

Erneut geführte Verhandlungen am 17. 5. 1965 ergaben, daß die Deutsche Eisenbahn-Gesellschaft nach wie vor ein Interesse an der Aufrechterhaltung des Bahnbetriebes hat, jedoch nur solange, als eine ausgeglichene Betriebsrechnung gelegt werden kann. Erhebliche Rationalisierungsmaßnahmen wurden vorgenommen und für die Zukunft kann der Bahnbetrieb nur dann aufrecht erhalten werden, wenn

- a) die Interessengemeinschaft die Frachtgarantie für weitere Jahre verlängert oder
- b) weitere Betriebe hinzukommen, die ein gesteigertes Frachtaufkommen garantieren.

Die Interessengemeinschaft habe ich über den Stand der Verhandlungen unterrichtet und ihren Vorsitzenden, Herrn Dr. Rathgeber, gebeten, die noch bestehenden Zweifelsfragen mit mir zu klären. Ich werde dem Rat der Stadt vorschlagen, den zugesicherten Betrag nicht als Darlehen sondern als Zuschuß unter Eintragung eines dinglichen Vorkaufsrechts zu gewähren. Da die anliegenden Gemeinden Hangelar und Holzlar für ihre Industrie ebenfalls daran interessiert sein müssen, den Bahnbetrieb auch nach 1966 sicherzustellen, darf ich Sie bitten, gleichlautende Beschlüsse auch von den Gemeinden Hangelar und Holzlar herbeizuführen.

Mit vorzüglicher Hochachtung

*zu
12.5.
rechnet*

[Signature]
(B r o c k)

1.) Beschlußvorschlag

zur Gewährung eines Darlehns an die Deutsche Eisenbahngesellschaft mbH zur Erhaltung der Betriebssicherheit der Kleinbahn Beuel - Großenbusch.

" Der Rat der Gemeinde Holzlar - Hangelar beschließt unter Abänderung des Beschlusses A 22/1965 vom 26.4.1965 und A 113/1965 vom 24.3.1965, den zugesagten Betrag von 5.000,-- DM nicht als Darlehn, sondern als Zuschuß unter Eintragung eines dinglichen Vorkaufsrechts zu gewähren."

-//-

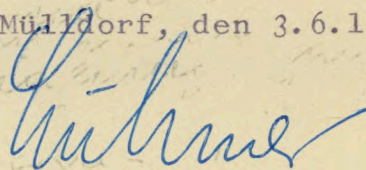
-//-

2.) Zur nächsten Sitzung der Gemeindevertretung von Hangelar
und Holzlar.

ab 16.

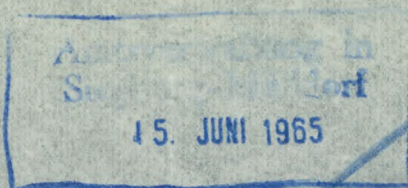
3./ VII. 10.7.65.

Siegburg-Mülldorf, den 3.6.1965.



Interessengemeinschaft
Kleinbahn
Beuel-Großenbusch e.V.

5302 Beuel, den 10. Juni 1965



Sehr geehrte Herren!

Hierdurch laden wir zu einer Versammlung

am 21. Juni 1965, um 15 Uhr

im Rathaus-Restaurant in Beuel

ein.

Die Deutsche Eisenbahn-Gesellschaft m.b.H. besteht darauf, daß der von den Gemeinden Beuel, Hangelar und Holzlar erwartete Betrag von DM 20.000.-- nicht als zinsfreies Darlehen, sondern als verlorener Zuschuß gegeben wird.

Die Regierung in Düsseldorf will den beantragten Betriebszuschuß von DM 25.000.-- nur gewähren, wenn eine mindestens fünfjährige Betriebsgarantie gegeben ist.

Es wird demnach zu besprechen sein, ob Bereitschaft besteht, die gegebene zweijährige Garantie auf 5 Jahre auszudehnen oder evtl. Erwerb oder Pachtung der ganzen Anlage in Erwägung gezogen werden kann.

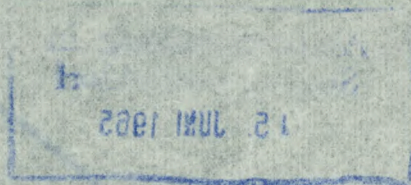
Die Wichtigkeit der Fragen erfordert die Anwesenheit eines bevollmächtigten Vertreters.

Hochachtungsvoll

Der Vorstand

A. Krumm

*Brandschaft an
beide Bürgermeister
Schreiben fert. ed.*



- 2) Die Besprechung hat stattgefunden
 mit der Stadt Auel besteht Ein-
 vernehmen, daß der Zuschuß von 20.000,- DM
 unter der Bedingung der Zusage
 der Aufrechterhaltung des Bahnhofs
 auf die Dauer von mindestens 5 Jahren
 gewährt wird und die Güter-
 stellung der Finanzierung der
 Maßnahme nachgewiesen wird.
 (Bescheid über 25.000,- DM Beihilfe
 muss vorgelegt werden.)
- 2) Vorzug hat A.D. Gyllhus für
 Güter Halbar

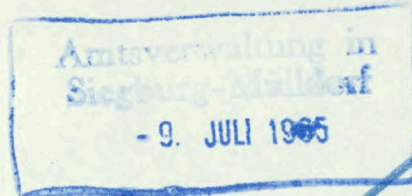
3) W. und. 25. 7.

25/6.

Interessengemeinschaft
Kleinbahn Beuel-Großenbusch e.V.

Hangelar, den 8. Juli 1965

An die
Amtsverwaltung Menden
5201 Siegburg-Mülldorf



Betrifft: Mitgliederversammlung vom 21.6.1965

Sehr geehrte Herren!

In der Anlage überreichen wir Ihnen ein Protokoll über die Mitgliederversammlung vom 21.6.1965 zu Ihrer gefl. Bedienung.

Wir gestatten uns, Sie wie im Protokoll vermerkt, darauf hinzuweisen, daß im Vorstand der Interessengemeinschaft ein Wechsel stattgefunden hat. Ihre zukünftige Korrespondenz mit uns wollen Sie bitte über die nachfolgende Anschrift abwickeln:

Interessengemeinschaft
Kleinbahn Beuel-Großenbusch e.V.
z. Hd. von Herrn Hans Linden

5204 H a n g e l a r
L i n c o - Werk

Wir begrüßen Sie

mit vorzüglicher Hochachtung

H. d. Vorstand

1 Anlage



Kleinbahn Beuel-Großenbusch e.V.
Interessengemeinschaft

P r o t o k o l l

über die Mitgliederversammlung vom 21. Juni 1965

Zu dieser Mitgliederversammlung hatte der Vorsitzende mit Schreiben vom 10.6.65 eingeladen. Sie fand im Rathaus-Restaurant in Beuel statt und wurde vom Vorsitzenden Herrn Dr. Rathgeber um 15.10 Uhr eröffnet. Außer der Firma Rudolf Althoff waren alle Mitgliedsfirmen vertreten.

1. Herr Dr. Rathgeber verlas ein Schreiben der Stadt Beuel, aus welchem hervorging, daß zwischen der Deutschen Eisenbahngesellschaft und der Stadt Beuel, sowie den Gemeinden Hangelar und Holzlar Unstimmigkeiten darüber gegeben sind, ob
 - a) die Gewährung von DM 20.000,-- seitens Stadt und Gemeinden in Form eines zinslosen Darlehns oder in Form eines Zuschusses geschehen soll und
 - b) ob bei einer evtl. Zuschußgewährung eine 5 jährige Betriebspflicht der Eisenbahn bestehen soll.

Aus diesem Schreiben ergibt sich weiter, daß die Deutsche Eisenbahngesellschaft bei der Landesregierung in Düsseldorf einen weiteren Zuschuß von DM 25.000,-- beantragt hat, die Landesregierung aber bei Bewilligung die Rückzahlung des Zuschusses für den Fall fordert, wenn die Eisenbahn innerhalb von 5 Jahren nach Bewilligung den Betrieb einstellt.

Ein am 21. Juni 1965 vormittags geführtes Telefongespräch zwischen Herrn Dr. Rathgeber und Herrn Weidner von der Deutschen Eisenbahngesellschaft ergab, daß die Deutsche Eisenbahngesellschaft die Situation nicht als in der Schwebe befindlich ansieht, vielmehr mit dem Ausbau der Kurve sofort beginnen will, wenn Stadt und Gemeinden ihren Beitrag von DM 20.000,-- geleistet haben. Es scheint somit nicht unbedingt im Sinne der Deutschen Eisenbahngesellschaft zu liegen, die Interessengemeinschaft an eine 5 jährige Vereinbarung zu binden.

2. Nunmehr stellte sich der Mitgliederversammlung die Frage, ob man zuwarten solle, welche Einigung zwischen der Deutschen Eisenbahngesellschaft und Stadt und Gemeinden erzielt werde, oder ob die Interessengemeinschaft bereits jetzt Verhandlungen führen solle, die Vereinbarungen mit der Deutschen Eisenbahngesellschaft von 2 auf 5 Jahre auszudehnen. Es ergab sich, daß ein Teil der Mitglieder den Zeitraum von 2 Jahren zunächst für ausreichend erachtet, ein anderer Teil jedoch den Standpunkt vertritt, daß eine 5 jährige Vereinbarung ein höheres Maß an Sicherheit biete, da letztenendes die Aufrechterhaltung des Bahnbetriebes ein langfristiges Anliegen ist. In dieser Frage kam die Versammlung jedoch zu keinem abschließenden Ergebnis.

afbr

afbr

afbr

afbr

afbr

afbr

afbr

afbr

afbr

afbr

afbr

3. Die Mitgliederversammlung befaßte sich alsdann mit dem Gedanken, ob es nach Lage der Sache wünschenswert oder richtig sei - vorausgesetzt die Möglichkeiten seien gegeben - den Streckenabschnitt Beuel - Hangelar von der Deutschen Eisenbahngesellschaft zu pachten oder zu kaufen. Der Vorstand wurde beauftragt, die Frage in Verhandlungen mit der Deutschen Bundesbahn und der Deutschen Eisenbahngesellschaft zu prüfen.

Da für diese Verhandlungen mit der Deutschen Bundesbahn das Gesamtfrachtaufkommen mit der Bahn in DM eine wichtige Verhandlungsgrundlage darstellt, werden alle Mitgliedsfirmen ihr Gesamtfrachtaufkommen mit der Bahn dem Vorstand bis zum 15.7.65 für das Jahr 1963 bekanntgeben.

4. Herr Dr. Rathgeber äußerte den Wunsch als Vorsitzender, wie auch als Vorstandsmitglied der Interessengemeinschaft zurückzutreten. Er schlug der Versammlung vor, Herrn Linden zum Vorsitzenden und Herrn Andernach in den Vorstand zu wählen. Die Anträge von Herrn Dr. Rathgeber wurden einstimmig angenommen. Nunmehr ist Herr Dr. Rathgeber aus dem Vorstand ausgeschieden. Herr Andernach ist in den Vorstand eingetreten, Herr Linden hat den Vorsitz übernommen.

Die Mitgliederversammlung wurde um 16.45 Uhr beendet.

Beuel, den 22. Juni 1965

gez. Linden

gez. Schulze

Agfa

Agfa

Agfa

Agfa

Agfa

Agfa

Agfa

Agfa

Agfa

Agfa

Agfa

Beig. Limmer

Niederschrift über die Sitzung der Gemeindevertretung der Gemeinde Holzlar in Heidebergen am Dienstag, dem 22. Juni 1965.

- 5 -

Kreisbeihilfe in Höhe von 20.000.- DM. Die technische Ausführung des Ausbaues ist in dieser Version nur dann durchzuführen, wenn die ausführende Firma gewährleistet, daß bis zur Oberdecke die Spielplatzfläche hergestellt werden kann.

Beschluß:
A 39/1965

einstimmig.

B) Nichtöffentliche Sitzung.

Zu 1): Genehmigung der Niederschrift über die nichtöffentliche Sitzung der Gemeindevertretung am 26.4.1965.

Die Niederschrift wurde von der Gemeindevertretung genehmigt.

Beschluß:
A 40/1965

einstimmig.

Zu 2): Bestätigung der Beschlüsse aus der Sitzung des Planungsausschusses am 17.5.1965.

Die Beschlüsse wurde von der Gemeindevertretung bestätigt.

Beschluß:
A 41/1965

einstimmig.

Zu 3): Bericht über die Ausführung von Beschlüssen aus der letzten nichtöffentlichen Sitzung der Gemeindevertretung.

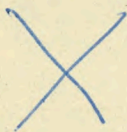
Der Gemeindedirektor gab den in der Anlage beigefügten Bericht.

Zu 3a): I. Nachtragssatzung zur Satzung über die Erhebung von Erschließungsbeiträgen nach dem Bundesbaugesetz in der Gemeinde Holzlar.

Dieser Punkt der Tagesordnung wurde in den Hapt- und Finanzausschuß verwiesen.

Zu 4): Zuschuß an die Industriebahn AG. in Frankfurt zur Aufrechterhaltung der Betriebssicherheit der Kleinbahn Beuel-Großenbusch.

Der Industriebahn AG. wird für die Ausbaumaßnahme "Gleisstrecke Limperich" von der Gemeindevertretung Holzlar ein Zuschuß von 5.000.- DM gewährt unter folgenden Voraussetzungen:



- 6 -

W. v. L. S. 9. (Hauzeijer)

- 2 -

- 1.) Die Gesamtfinanzierung muß gesichert sein.
- 2.) Der Betrieb muß 5 Jahre vom Tag der Darlehnsvergabe aufrecht erhalten werden.
- 3.) Wird innerhalb der 5 Jahre die Gleisstrecke von einem Unternehmen, an dem die Gemeinde beteiligt ist übernommen, ist der Zuschuß von dem Kaufpreis oder auf die sonstigen Bedingungen (Pauschale oder dergleichen) in Anrechnung zu bringen.

Beschluß:

A 42/1965 einstimmig.

Der Regierungspräsident

53.8 - 940

Im Antwortschreiben bitte dieses Geschäftszeichen angeben

Sprechzeiten: dienstags und donnerstags von 8.30-12.30 Uhr
Wiedergutmachungsdezernat nur dienstags von 8-17 Uhr

Köln, den 30. Juli 1965

Zeughausstraße 4

Postanschrift: 5 Köln 1 · Postfach 1448

Fernruf 2671 · Nebenstelle: 341

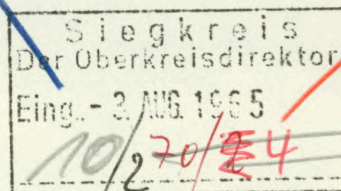
Fernschreiber 8/881 451

An den
Amtdirektor des Amtes Menden

5201 Siegburg-Mülldorf

d.d.
Oberkreisdirektor

52 Siegburg



erhalten 6/8.2.

Betrifft: Kleinbahn Beuel-Großenbusch;

hier: Entbindung der Industriebahn GmbH, Frankfurt, von der Betriebspflicht im Eisenbahnverkehr.

Bezug: Bericht vom 2.10.1964 - 130-11 - an den Oberkreisdirektor in Siegburg.

In Ihrem obigen Bericht haben Sie u.a. dargelegt, daß auf Grund des Vorhandenseins der Kleinbahn Beuel-Großenbusch ein großer Teil des Gebietes entlang dieser Bahn als Industriegebiet ausgewiesen und Industrie bereits angesiedelt ist. Darüberhinaus sind die Gemeinden Hangelar und Holzlar intensiv bemüht, weitere Möglichkeiten zur Industrieansiedlung im Einflußgebiet der genannten Kleinbahn zu schaffen.

Wie die Industriebahn GmbH in Frankfurt dem Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr des Landes NW nunmehr unter dem 16.6.1965 mitgeteilt hat, kommt bei der Bildung der Interessengemeinschaft nur die Strecke von Beuel bis Hangelar in Betracht. Die Reststrecke bis Großenbusch wird schon seit Jahren nur noch äußerst selten befahren, da ein Verkehrsbedürfnis hier schon seit langem nicht mehr gegeben ist. Demzufolge sind auch seit Jahren keine Unterhaltungsarbeiten durchgeführt worden. Die Kosten einer evtl. Instandsetzung würden in keinem Verhältnis zu den unbedeutenden Bruttoeinnahmen dieses Streckenabschnittes stehen.

Die Industriebahn GmbH hat daher beantragt, vorab zu dem Antrag vom 8.5.1964 auf Entbindung von der Betriebspflicht für den gesamten Streckenabschnitt Beuel-Großenbusch die Entbindung von der



- 2 -

Betriebspflicht für den Streckenabschnitt Hangelar-Großenbusch auszusprechen.

T. Ich bitte um Bericht bis spätestens 15.8.1965, ob die in Ihrem Bericht vom 2.10.1964 erhobenen Einwendungen sich auf die Gesamtstrecke von Beuel bis Größenbusch oder nur auf den Streckenabschnitt von Beuel bis Hangelar beziehen.

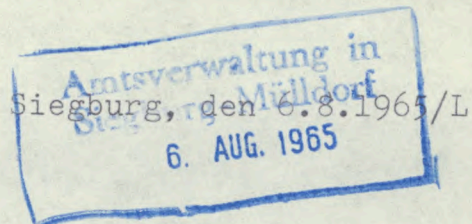
Da ich dem Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr des Landes NW umgehend zu berichten habe, wird um ~~umgehende~~ ^{sofortige} Erledigung gebeten.

Im Auftrage:

Al Krause

(Dr. Krause)

SIEGKREIS
Der Oberkreisdirektor
- 10/2 - 03 B -



Urschriftlich

an den
Herrn Amtsdirektor

EILT SEHR !

in Siegburg-Mülldorf

mit der Bitte um sofortige Stellungnahme weitergeleitet.

Im Auftrage:

[Signature]

...
...
...
...
...
...
...
...
...
...
...

Inhalt:

[Signature]
(in. 1. 1. 1962)

Leipzig, den 1. 1. 1962
A. 1. 1. 1962

St. O. K. 1. 1. 1962
der Oberkreisdirektor
- 10/2 - 03 9 -

Umschreibung

an den
Landesamt

ST. O. K. 1. 1. 1962

an die St. O. K. 1. 1. 1962

...
...
...

Inhalt:

[Signature]

SIEGKREIS
Der Oberkreisdirektor
- 10/2 -16 B -

hike 12

**Amtsverwaltung in
Siegburg-Mülldorf**
17. AUG. 1965

Siegburg, den 16.8.1965/L

An den
Herrn ~~Stadt-~~ Amts- ~~Gemeinde~~ direktor
in Siegburg-Mülldorf

~~An das~~
~~Landesstraßenbauamt~~
~~in Bonn~~

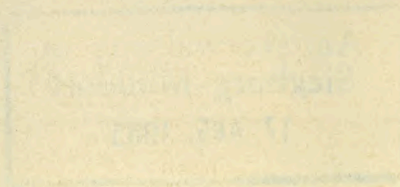
Betr.: Kleinbahn Beuel - Großenbusch;
hier: Entbindung der Industriebahn GmbH., Frankfurt, von der
Betriebspflicht im Eisenbahnverkehr.
Bezug: Meine Verfügung/~~Mein Schreiben~~ vom 6.8.1965 - ob.Az. -.

Auf meine vorbezeichnete Verfügung/~~mein vorbezeichnetes Schreiben~~
~~ben~~ habe ich bislang von Ihnen eine Mitteilung nicht erhalten.
Ich darf deshalb daran erinnern und um ~~balldige Erledigung~~
sofortigen Bericht

285

Im Auftrage:

[Handwritten signature]



-Amt für öffentliche Ordnung-

7.1
An den
Herrn Regierungspräsidenten
in K ö l n

über den
Herrn Oberkreisdirektor
in S i e g b u r g

18. Aug. 1965

-10-

Sachbearbeiter: AOI Stapperfend

Betr.: Kleinbahn Beuel-Großenbusch;
hier: Entbindung der Industriebahn GmbH, Frankfurt, von
der Betriebspflicht im Eisenbahnverkehr.

Bezug: Verfügung vom 30.7.1965 - Az.: 53.8 - 940 -

Die Gemeindevertretung der Gemeinde Hangelar ist bei ihren Bemühungen um die Aufrechterhaltung der Kleinbahn Beuel - Großenbusch davon ausgegangen, daß die gesamte Strecke bis zu ihrem Endpunkt in Großenbusch bestehen bleiben sollte, wenn auch der Hauptschwerpunkt der interessierten Industriebetriebe im Raume der Gemeinde Holzlar und der geschlossenen Ortschaft Hangelar liegt. Die Gemeindevertretung der Gemeinde Hangelar ist an der Aufrechterhaltung des gesamten Bahnbetriebes interessiert, da noch nicht feststeht, ob im Raume des Endpunktes Großenbusch in Zukunft weitere Industrie angesiedelt wird. Die derzeitig dort befindlichen Industriebetriebe legen jedoch auf ein Fortbestehen der Bahnstrecke keinen Wert.

Meine mit Bericht vom 2.10.1964 dargelegten Einwände gegen die Einstellung des Betriebes der Kleinbahn bezogen sich, wie aus dem Vorstehenden hervorgeht, auf den gesamten Abschnitt, wenn auch in erster Linie eine unabwiesbare Notwendigkeit für die Aufrechterhaltung des Streckenabschnittes Beuel - Hangelar vorliegt, wobei eine Bedienungsmöglichkeit der Bahn bis zu der in Kürze an der Einmündung der K 4 in die B 56 in Hangelar entstehenden größeren Firma erhalten bleiben muß.

Wegen der Wichtigkeit der Angelegenheit sehe ich mich jedoch gezwungen, eine Entscheidung der Gemeindevertretung über die Notwendigkeit der Aufrechterhaltung der gesamten Strecke herbeizuführen und bitte daher um Terminausstand bis 15.10.1965.

In Vertretung:

- 2.) Wvl. sofort zur Vorbereitung einer Vorlage an die Gemeindevertretung der Gemeinde Hangelar.

W. 18.8.

he

Interessengemeinschaft
Kleinbahn Beuel - Großenbusch e. V.

Hangelar, den 2.8.1965

An den
Herrn Amtsdirektor
des Amtes Menden

Amtsverwaltung in
Siegburg-Mülldorf

4. AUG. 1965

Siegburg - Mülldorf

U. v. 30. 8. mit
Amt
f

Sehr geehrter Herr Amtsdirektor!

Wir erlauben uns, Ihnen in der Anlage eine Einladung zu unserer
Mitgliederversammlung am 2. September 1965 zu überreichen. Wir
würden es sehr begrüßen, wenn Sie an dieser Mitgliederversammlung
teilnehmen könnten und begrüßen Sie

mit vorzüglicher Hochachtung

Interessengemeinschaft

Kleinbahn Beuel - Großenbusch e. V.

f. d. Vorstand

U. v. 30. 8. mit

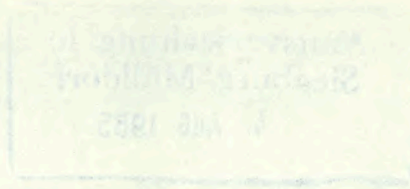
1 Anlage

1) Zusage, dass fern. Beschlüsse
vorliegen

2) Abrufen der Beschlüsse
Hangelar + Hangelar
an Stadt Beuel, da wir
das Verhandlung mit
Anbruchstahn geführt wird

3) Beschlüsse wurden von dem
Voron die Vollendung auf
5 Jahre durch Satzungsbewertung.
Damit ist die Grundlage für
den Vorworts gegeben.

Do
mit. Me



Interessengemeinschaft
Kleinbahn Beuel - Großanbusch e. V.

Beuel, den 2.8.1965

An den
Herrn Amtsdirektor
des Amtes Menden
Siegburg - Müldorf

Betrifft: Mitgliederversammlung

Sehr geehrte Herren!

Wir laden Sie hiermit zu einer Mitgliederversammlung am

2. September 1965 um 15.00 Uhr

ins Rathaus-Restaurant in Beuel

ein.

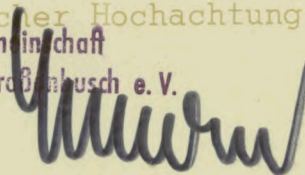
Die Tagesordnung ist folgende:

1. Beratung über eine Verlängerung der Frachtgarantie von 2 auf 5 Jahre gegenüber der Deutschen Eisenbahngesellschaft
2. Verschiedenes

Die Versammlung ist notwendig, weil die Deutsche Eisenbahngesellschaft uns mit Schreiben vom 29. Juli 1965 mitgeteilt hat, daß sowohl die Stadt Beuel und die Gemeinden Hangelar und Holzlar ihre Zuschüsse davon abhängig machen, daß der Betrieb der Kleinbahn für insgesamt 5 Jahre garantiert wird. Die Deutsche Eisenbahngesellschaft will nun mit uns über eine 5 Jahres-Frachtgarantie verhandeln, da sie ohne eine Vereinbarung mit uns den zuschußgewährenden Stellen keine Zusagen machen kann. Andererseits teilt sie uns mit, daß die Aufsichtsbehörde den Zustand der Strecke beanstandet hat und daß sie die Sperrung des Betriebes befürchtet, wenn nicht in aller Kürze die allerdringlichsten Erneuerungsarbeiten in Angriff genommen werden. Die Erneuerungsarbeiten wiederum will sie nur dann beginnen, wenn wenigstens Zuschüsse der Stadt Beuel und der Gemeinden Hangelar und Holzlar bei ihr eingegangen sind.

Wir bitten Sie höflichst um Ihr Erscheinen oder aber um die Entsendung eines bevollmächtigten Vertreters.

Mit vorzüglicher Hochachtung
Interessengemeinschaft
Kleinbahn Beuel - Großanbusch e. V.
f.d. Vorstand



Agfa

Agfa

Agfa

Agfa

Agfa

Agfa

Agfa

Dezernat III

Siegburg-Mülldorf, den 7.9.1965

V e r m e r k

- 1.) Betr.: Kleinbahn Beuel - Großenbusch
Mitgliederversammlung der Interessengemeinschaft am 2.9.65

Der Unterzeichnete nahm in Vertretung des Dezernats II an dieser Mitgliederversammlung teil.

Dabei wurde

- 1.) der Interessengemeinschaft zugesagt, dass die Gemeindebeschlüsse von Hangelar und Holzlar über Bereitstellung von je 5.000,- DM und die damit verbundenen Bedingungen vorliegen;
- 2.) dem Vertreter der Stadt Beuel zugesagt, dass Abschriften dieser Beschlüsse schnellstens der Stadt Beuel zugesandt werden, damit von dort die Verhandlungen mit der Industriebahn weitergeführt werden können und
- 3.) von der Interessengemeinschaft beschlossen, dass durch eine Satzungsänderung die Gültigkeitsdauer des Vereins und seiner Mitgliederbedingungen auf 5 Jahre erweitert werden.
Damit ist für die Gemeinden die Grundlage für die Zuschusserweiterung gegeben.

- 2.) Dezernat II, Herrn Beig. Luhmer mit der Bitte um Kenntnisnahme und Veranlassung gem. 2.) dieses Vermerks.
Anlage: Aktenvorgang

lml 7.8.

1.) An die
Stadtverwaltung

5302 Beuel

10. September 1965

60, Lu/St.

ab 13./9.

Betr.: Antrag der Industriebahn-AG in Frankfurt auf Entbindung
von der Betriebspflicht auf dem Streckenabschnitt Beuel -
Großenbusch.

Bezug: Dort. Schreiben vom 21.5.1965.

Der Rat der Gemeinde Holzlar hat inzwischen in der o.a. Angelegenheit
beraten und den abschriftlich beigelegten Beschluß A 42/1965 gefaßt.
Eine erneute Beratung im Rat der Gemeinde Hangelar war leider infolge
der Sitzungspause nicht möglich. Diese wird aber in aller Kürze
stattfinden. Den Beschluß der Gemeindevertretung von Hangelar werde
ich dann nachreichen.

1 Anlage

-//-

In Vertretung:

-//-

2.) Nach 3 Wochen.

5./10.

- Amt für öffentliche Ordnung -

1.) An den
Herrn Regierungspräsidenten
in K ö l n
über den
Herrn Oberkreisdirektor
in Siegburg.

24. Sept. 1965

ab 27./9.
10, Lu/St.

Betr.: Kleinbahn Beuel-Großenbusch;
hier: Entbindung der Industriebahn GmbH, Frankfurt, von
der Betriebspflicht im Eisenbahnverkehr.

Bezug: Verfügung vom 30.7.1965 - 53.8 - 940 -.

Die Gemeindevertretung von Hangelar hat in ihrer gestrigen Sitzung über die Stillegung des Streckenabschnittes Hangelar - Großenbusch beraten und sich hierbei mit einer Stillegung dieses Streckenabschnittes einverstanden erklärt. Die Stillegung soll sich auf den Streckenabschnitt östlich der K 4 bis zum Ende der Industriebahn in Großenbusch beziehen. Es muß gewährleistet bleiben, daß der westlich der K 4 gelegene Industriebetrieb die Bahn noch benutzen kann.

In Vertretung:

-//-

-//-

2.) Zum Vorgang.



SIEGBURG

Der Oberkreisdirektor

Amtsverwaltung in
Siegburg-Mülldorf

Kreisverwaltung 52 Siegburg - Postfach 209

28. SEP. 1965

Dienststelle: -10/2-

Zimmer Nr.: 30

An den

Herrn Amtsdirektor

☎ 504 391

in Siegburg-Mülldorf

SIEGBURG,

den 27. September 1965/M.

Aktenzeichen:

- 10/2 - 16 B -

(Bitte bei Antwort angeben)

Betr.: Kleinbahn Beuel-Großenbusch;
hier: Entbindung der Industriebahn GmbH,
Frankfurt, von der Betriebspflicht
im Eisenbahnverkehr.

Bezug: Meine Verfügungen vom 6. und 20. August
1965 - ob.Az. -,
Ihr Bericht vom 18. August 1965 - 10 -. ^{16.}

Unter Bezugnahme auf den vorgenannten Schrift-
wechsel bitte ich um Bericht über den Stand der
Angelegenheit.

Im Auftrage:

*pl. mit Bericht
vom 24. 10. fe.*

[Handwritten signature]

Postscheckkonto Köln 3818 - Girokonto Kreissparkasse Siegburg 715
Girokonto Landeszentralbank Siegburg 443/162

Fernruf der Kreisverwaltung: Sammelnummer 50 41

27.
9.

-10/1-

10

10

Herrn Amtsdirektor

in Sankt Augustin

27. November 1965

- 10/1 - 10/1 -

Betr.: Kleinbahn Bessel-Großbrunn;
Betr.: Entbindung der Industriellen AGH,
Frankfurt, von der Betriebsleitung
im Eisenbahnverkehr.
Betr.: Keine Verfügung von 8. und 12. August
1965 - ob. u. -
der Lokomotiv 100. August 1965 - 10 -

Unter Bezugnahme auf den vorgenannten Schrift-
wechsel bitte ich um Kenntnis über den Stand der
Ergänzung.

Im Auftrag:

Deutsche Eisenbahn-Gesellschaft m. b. H.

6 Frankfurt (Main) 1, Moselstraße 2

Fernruf: 331457 - Drahtwort: Bahnverbindung
Geschäftszeit: 7.45 - 17.15 Uhr
Samstag geschlossen

Postfach 16 243
Landeszentralbank 4/742 Frankfurt (Main)
Postscheckkonto: Frankfurt (Main) 17 49

Dresdner Bank AG., Frankfurt (Main), 117 110
Deutsche Bank AG., Frankfurt (Main), 92/0736
Deutsche Verkehrs-Kreditbank AG., Hannover, 6657

Deutsche Eisenbahn-Gesellschaft m. b. H., Frankfurt (M), Postfach 16 243

An die

Interessengemeinschaft
Kleinbahn Beuel-Großenbusch
z.H. Herrn Hans Linden

5204 H a n g e l a r

Linco-Werk

Ihre Zeichen

Ihre Nachricht vom

Unsere Zeichen
(Bei Rückantwort bitte angeben)
132 b 2 /Vt 3

Frankfurt (Main)

den 14. Oktober 1965

Betreff: Kleinbahn Beuel-Großenbusch;
hier: Frachtgarantie

.....Beil.

Sehr geehrte Herren!

Wir nehmen höflichst Bezug auf Ihr Schreiben vom 7.9.1965 sowie auf die in obiger Angelegenheit wiederholt geführten Besprechungen und möchten Ihnen nunmehr namens und im Auftrage der Industriebahn GmbH die getroffene Vereinbarung über die Fortführung des Bahnbetriebs bestätigen.

Die Interessengemeinschaft leistet der Industriebahn GmbH auf 5 Jahre, vom 1.1.1965 an gerechnet, Garantie dafür, daß auf der Kleinbahn Beuel-Großenbusch jährlich 37.087 t - das sind 13.500 t mehr als die Verfrachtungsmenge des Vergleichsjahres 1963 mit 23.587 t - verfrachtet werden und die Bahneigentümerin hierdurch Mehreinnahmen gegenüber dem Vergleichsjahr 1963 in Höhe von zumindest 40.000 DM/jährlich erzielt.

Die Interessengemeinschaft hat die Garantie in folgender Weise zu erfüllen:

- 1) Sie zahlt im Hinblick auf diese Frachtgarantie der Bahneigentümerin jährlich im voraus 40.000 DM, in einer Rate von 14.000 DM und in zwei Raten von 13.000 DM, und zwar jeweils am 15.2., 15.6. und 15.10. eines jeden Jahres.
- 2) Wird am Jahresende festgestellt, daß die Gesamtverfrachtungsmenge des abgelaufenen Jahres die Verfrachtungsmenge des Vergleichsjahres von 1963 übersteigt, d.h., sind in dem abgelaufenen Jahr mehr als 23.587 t verfrachtet worden, so ermäßigt sich der von der Interessengemeinschaft

PLH

im Hinblick auf die Frachtgarantie gezahlte Betrag von 40.000 DM um 3,- DM für jede Tonne, die die Menge von 23.587 t übersteigt, im Höchstfall um 40.000 DM. Der hiernach am Jahresende festgestellte Ermäßigungsbetrag wird auf die Zahlungsverpflichtung über 40.000 DM für das folgende Jahr gutgebracht; einen Anspruch auf Barauszahlung des Ermäßigungsbetrags steht der Interessengemeinschaft - mit Ausnahme des letzten Jahres - nicht zu.

Wird dagegen am Jahresende festgestellt, daß die Gesamtverfrachtungsmenge des abgelaufenen Jahres die Verfrachtungsmenge des Vergleichsjahres von 1963 nicht erreicht, d.h., sind in dem abgelaufenen Jahr weniger als 23.587 t verfrachtet worden, so hat die Interessengemeinschaft der Bahneigentümerin für jede fehlende Tonne 3,- DM zu zahlen, und zwar unabhängig von den 40.000 DM, da der letztgenannte Betrag nur die übernommene Frachtgarantie über weitere 13.500 t ausgleicht.

Sowohl der im voraus zu erbringende Pauschalbetrag von 40.000 DM als auch der Betrag von 3,- DM ändern sich im gleichen Verhältnis wie die Bezüge eines verheirateten Eisenbahnsekretärs der Besoldungsgruppe 6, Dienstaltersstufe 7, Ortsklasse S mit zwei Kindern der Bundesbesoldung (Stand 1.1.1965).

Tarifänderungen, die während der Vertragsdauer eintreten, sollen keinen Einfluß auf den Vertrag haben und die Vertragspartner nicht zur Kündigung berechtigen.

Auf die vereinbarte Mindestfrachtmenge von 37.087 t/Jahr wird jede verfrachtete Tonne (Stückgut und Wagenladungen) im Empfang und Versand von und nach Bahnhöfen der Kleinbahn Beuel-Großenbusch angerechnet.

Die Bahneigentümerin gibt der Interessengemeinschaft die Zusicherung, daß sie den Betrieb auf dem Streckenabschnitt Beuel - Hangelar der Industriebahn einschließlich Abzweigung Limperich auf die Dauer von 5 Jahren - vom 1.1.1965 an gerechnet -, als Eisenbahn des öffentlichen Verkehrs aufrechterhalten wird, sofern die Deutsche Bundesbahn während dieser Zeit die vorgenannten Strecken mit einer Kleinlokomotive zu den Ende des Jahres 1964 vereinbarten Bedingungen bedient und die Interessengemeinschaft ihren Verpflichtungen der Bahneigentümerin gegenüber nachkommt.

Unabhängig von den oben angegebenen Fälligkeitsterminen gilt für das lfd. Jahr 1965 die Vereinbarung vom 8.4.1965.

156

156

156

156

156

156

156

156

156

156

156

Blatt 3 zum Schreiben an Interessengemeinschaft Beuhl-Großenbusch vom 14.10.1965

Eine Doppelschrift erhalten Sie für Ihren Gebrauch. Die Erstschrift bitten wir zum Zeichen Ihres Einverständnisses mit Ihrer Unterschrift zu versehen und uns zurückzusenden.

1 Anlage

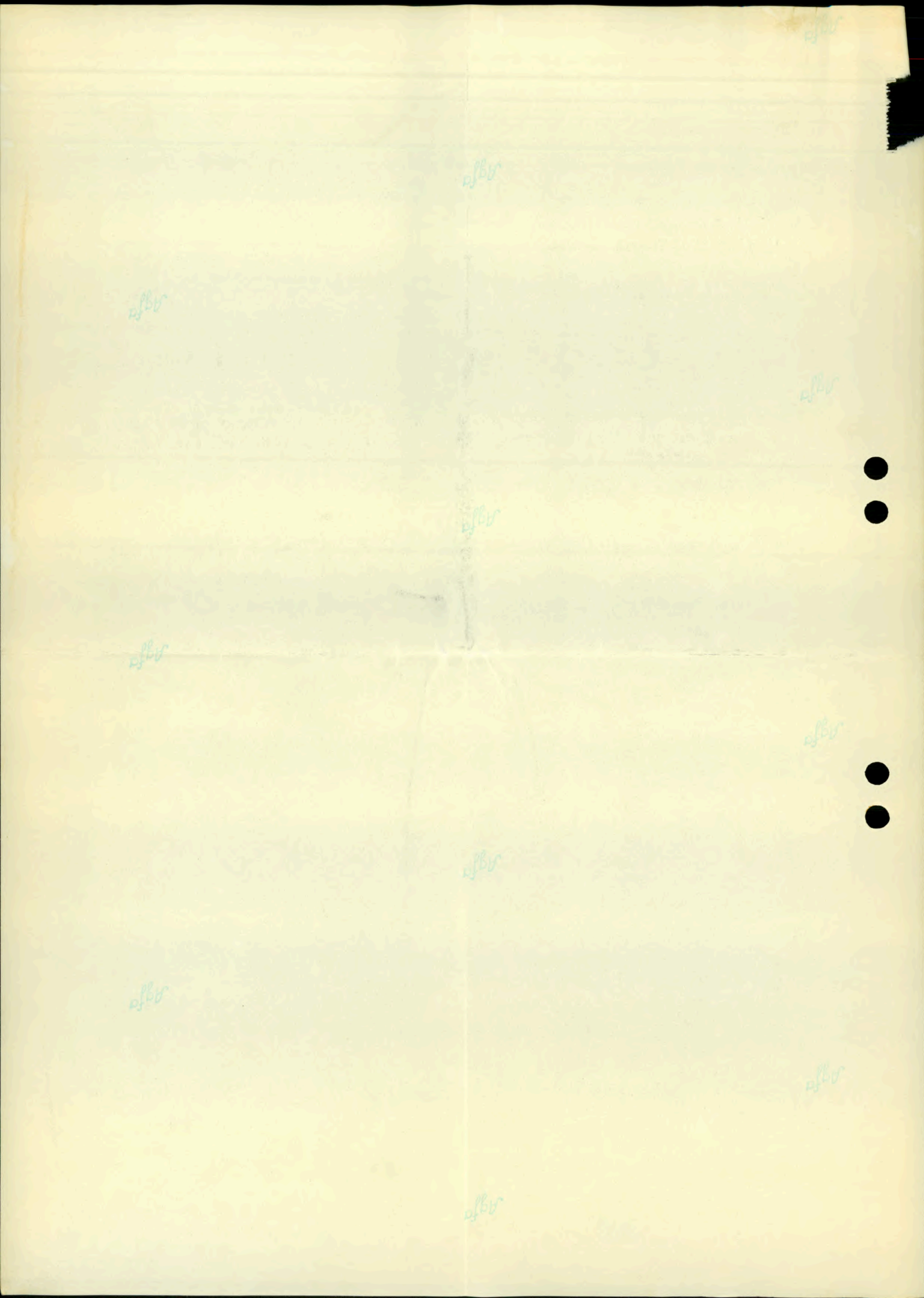
Hochachtungsvoll

Deutsche Eisenbahn-Gesellschaft
m.b.H.

K. Sommer
(Dr. Sommer)

ppa. *H. Schönjahn*
(Schönjahn)

Wei/Hg



1.) An die
Stadtverwaltung

5302 Beuel

13. Oktober 1965

ab 14./10.
60, Lu/St.

Betr.: Antrag der Industriebahn-AG in Frankfurt auf Entbindung
von der Betriebspflicht auf dem Streckenabschnitt Beuel -
Großenbusch.

Bezug: Dort. Schreiben vom 21.5.1965.

Der Rat der Gemeinde Hangelar hat in der Sitzung am 23.9.1965
in der o.a. Angelegenheit beraten und die abschriftlich beige-
fügten Beschlüsse A 203/1965 und A 204/1965 gefaßt.

1 Anlage

In Vertretung:

-//-

-//-

2.) Nach 3 Wochen.

5.11.

5/12

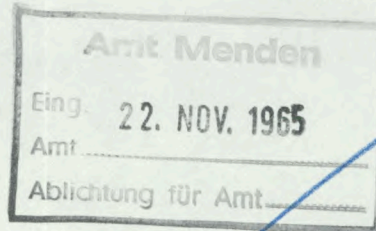
Stadt BEUEL a./Rhein

DER STADTDIREKTOR



5302 BEUEL, den 16. Nov. 1965
Postfach 50 - Ruf: ~~402317~~ 402317

An die
Amtsverwaltung Menden
5201 Siegburg-Mülldorf



Betr.: Industriebahn GmbH; Kleinbahn Beuel-Großenbusch;
Fortführung des Bahnbetriebes

ADunley
R

Sehr geehrte Herren!

Als Anlage überreiche ich Ihnen die Durchschrift eines Schreibens, daß ich heute der Deutschen Eisenbahn-Gesellschaft mbH, Frankfurt/Main, habe zugehen lassen.

Ich bitte Sie, den zugesagten Zuschuß von je 5.000,-- DM von den Gemeinden Hangelar und Holzlar an die Stadtkasse Beuel unter "Verwahrgelder" zu überweisen.

Mit vorzüglicher Hochachtung

(B r o c k)



Stadt Sankt Augustin

DER STADTDIREKTOR

Am 15. März 1962
Sankt Augustin, den 15. März 1962

15. März 1962

Sehr geehrte Damen und Herren,

Sehr geehrte Damen und Herren,

Bezug: Information über die...

Sehr geehrte Damen und Herren,

Die Anlage befindet sich...

Die Anlage befindet sich...

Mit freundlichen Grüßen

[Handwritten signature]

(H. ...)

[Handwritten signature]

Stadt **BEUEL** a./Rhein

DER STADTDIREKTOR



5302 BEUEL, den 15. Nov. 1965
Postfach 50 - Ruf: ~~13251~~ 402317

An die
Deutsche Eisenbahn-Gesellschaft mbH

6 Frankfurt/Main
Moselstraße 2

Betr.: Industriebahn GmbH; Kleinbahn Beuel-Großenbusch;
Fortführung des Bahnbetriebes
Bezug: Ihr Schreiben vom 12. Oktober 1965, 132 b 2 /Vt 3

Sehr geehrte Herren!

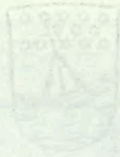
Nachdem die Verhandlungen mit den beteiligten Gemeinden zum Abschluß gekommen sind, kann ich Ihnen nunmehr folgenden Bewilligungsbescheid erteilen:

Bewilligungsbescheid

- I. 1. Gemäß Beschluß des Rates der Stadt Beuel vom 2. Juni 1965 wird der Industriebahn GmbH Frankfurt/Main seitens der Stadt Beuel zur Durchführung der in der Anlage Ihres o.g. Schreibens angegebenen Oberbauarbeiten an der Kleinbahn Beuel-Großenbusch ein einmaliger Zuschuß in Höhe von 10.000,-- DM (in Worten: Zehntausend Deutsche Mark) unter den nachstehend aufgeführten Bedingungen gewährt.
2. Federführend in dieser Sache für die Gemeinden Holzlar und Hangelar des Amtes Menden wird mitgeteilt, daß die Gemeindevertretung der Gemeinde Holzlar am 22. Juni 1965 und die Gemeindevertretung der Gemeinde Hangelar am 23. September 1965 beschlossen haben, der Industriebahn GmbH zur Durchführung der angegebenen Gleisarbeiten einen einmaligen Zuschuß von jeweils 5.000,-- DM, insgesamt 10.000,-- DM (in Worten: Zehntausend Deutsche Mark) unter den nachstehend aufgeführten Bedingungen zu gewähren.

II. Bedingungen

1. Die Gewährung der Zuschüsse hängt davon ab, daß die Finanzierung der in der Anlage zum o.g. Schreiben geschilderten Arbeiten gesichert ist.



STADT R E G U L A T I O N

DER STADTBÜRGEMEISTER

AN DER STADTBÜRGEMEISTER

AN DER STADTBÜRGEMEISTER

AN DER STADTBÜRGEMEISTER

AN DER STADTBÜRGEMEISTER

AN DER STADTBÜRGEMEISTER

AN DER STADTBÜRGEMEISTER

AN DER STADTBÜRGEMEISTER

AN DER STADTBÜRGEMEISTER

AN DER STADTBÜRGEMEISTER

AN DER STADTBÜRGEMEISTER

AN DER STADTBÜRGEMEISTER

AN DER STADTBÜRGEMEISTER

AN DER STADTBÜRGEMEISTER

AN DER STADTBÜRGEMEISTER

AN DER STADTBÜRGEMEISTER

AN DER STADTBÜRGEMEISTER

AN DER STADTBÜRGEMEISTER

AN DER STADTBÜRGEMEISTER

AN DER STADTBÜRGEMEISTER

AN DER STADTBÜRGEMEISTER

AN DER STADTBÜRGEMEISTER

AN DER STADTBÜRGEMEISTER

AN DER STADTBÜRGEMEISTER

AN DER STADTBÜRGEMEISTER

AN DER STADTBÜRGEMEISTER

AN DER STADTBÜRGEMEISTER

AN DER STADTBÜRGEMEISTER

AN DER STADTBÜRGEMEISTER

AN DER STADTBÜRGEMEISTER

Blatt 2

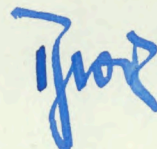
zum Bewilligungsbescheid an die Deutsche Eisenbahn-Gesellschaft mbH, 6 Frankfurt/Main, Moselstraße 2

betr.: Industriebahn GmbH; Kleinbahn Beuel-Großenbusch;
Fortführung des Bahnbetriebes

2. Der Bahnbetrieb auf der Strecke Beuel-Hangelar muß mindestens 5 Jahre - gerechnet ab 1. November 1965 - aufrechterhalten bleiben. Sie verpflichten sich zur Aufrechterhaltung des Bahnbetriebes bis Bahnhof Hangelar und zwar dergestalt, daß die in Kürze an der Einmündung der K 4 in die B 56 in Hangelar entstehende größere Firma Anschluß an die Bahnlinie erhalten kann.
3. Der Zuschuß kann erst angewiesen werden, wenn eine Verpflichtungserklärung bei der Stadtverwaltung Beuel eingeht und Ihrerseits erklärt wird, daß die Finanzierung gesichert ist. Der Entwurf einer entsprechenden Verpflichtungserklärung ist als Anlage beigelegt.
4. Bei einer etwaigen vertragswidrigen Einstellung des Bahnbetriebes vor Ablauf der unter II. 2. genannten Mindestfrist ist der Zuschuß in voller Höhe an die bewilligenden Gemeinden zurückzahlen.
5. Nach Durchführung der geplanten Oberbauarbeiten ist bei der Stadt Beuel unverzüglich eine Endabrechnung einzureichen.
6. Falls das jährliche Frachtaufkommen den Betrag des Jahres 1963 - zuzüglich ein Mehraufkommen von 13.500 t - überschreitet, ist der bewilligte Kostenzuschuß mit einem Betrag von 1,50 DM pro überschießende Tonne bis zur vollen Höhe des Zuschusses zurückzuerstatten.
7. Die Gleise auf der Strecke Hangelar-Großenbusch dürfen nicht entfernt werden. Eine entsprechende grundlegende Regelung bleibt vorbehalten.

Ich bitte, sich mit diesem Bewilligungsbescheid einverstanden zu erklären. Nach Eingang der Verpflichtungserklärung werde ich Ihnen den Betrag von 20.000,-- DM überweisen.

Hochachtungsvoll



(B r o c k)



[Faint, mostly illegible text, likely bleed-through from the reverse side of the page. The text appears to be organized into several paragraphs.]

[Handwritten signature or initials in blue ink.]

An die
Stadtverwaltung Beuel

5302 B e u e l

Verpflichtungserklärung

Die Deutsche Eisenbahn-Gesellschaft mbH in Frankfurt/Main und die Industriebahn GmbH in Frankfurt/Main verpflichten sich hiermit ausdrücklich gegenüber der Stadt Beuel, den Bahnbetrieb der Kleinbahn Beuel-Großenbusch auf der Strecke Beuel - Hangelar für einen Zeitraum von mindestens 5 Jahren - gerechnet ab 1. November 1965 - aufrechtzuerhalten und die erforderlichen Reparaturarbeiten durchzuführen.

Für die Deutsche Eisenbahn-Gesellschaft mbH

Für die Industriebahn GmbH

o. H.

5

Hangelar

Auszahlungsanordnung

---5.000--

00

Fünftausend

Stadtkasse Beuel

sowie

Zuschuß der Gemeinde Hangelar an die
Industriebahn AG in Frankfurt zur Aufrecht-
erhaltung der Betriebssicherheit der Klein-
bahn Beuel-Großenbusch, s. Beschlüsse der
Gemeindevertretung vom 24.3. und 23.9.1965.

Beigeordneter

29. November

5

I.A.

-//-

-//-

1.) Auszahlungsanordnung wurde gefertigt.

2.) Zum Vorgang.

Sgb.-Mülldorf, den 29.11.1965

[Handwritten signature]

5

o. H.

Holzlar

Auszahlungsanordnung

---5.000--

00

Fünftausend

Stadtkasse Beuel

sowie

Zuschuß der Gemeinde Holzlar an die
Industriebahn AG in Frankfurt zur Aufrecht-
erhaltung der Betriebssicherheit der Klein-
Bahn Beuel-Großenbusch, s. Beschluß der
Gemeindevertretung vom 22.6.1965.

Beigeordneter

29. November

5

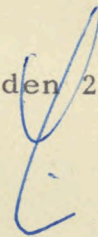
I.A.

-//-

-//-

- 1.) Auszahlungsanordnung wurde gefertigt.
- 2.) Zum Vorgang.

S.-Mülldorf, den 29.11.1965



Protokoll

über die Mitgliederversammlung vom 2. Sept. 1965

2 Vg. 
27/12

Die Mitgliederversammlung wurde vom Vorstand mit Schreiben vom 2.8.1965 einberufen, sie fand im Rathaus-Restaurant der Stadt Beuel statt und wurde vom Vorsitzenden um 15.15 Uhr eröffnet.

Folgende Mitglieder waren erschienen bzw. vertreten:

F. Kalthoff K.-G. durch Herrn Heas
A. W. Andernach K.-G. durch Herrn Andernach
Johann & Konen durch Herrn Kootz
Thomas Eisenhandel GmbH. durch die Herren Thomas und Jakobi
B. Schwegmann K.-G. durch Herrn Schwegmann
Deutsche Vialit GmbH. durch die Herren Dr. Rathgeber und Klein
Kautex-Werke durch Herrn Schulze
Linco-GmbH. durch Herrn Linden

Es wurde festgestellt, daß die Mitgliederversammlung ordnungsgemäß nach § 11 der Satzungen einberufen worden war, daß 8 von insgesamt 11 Mitgliedern erschienen oder vertreten waren und damit die Versammlung beschlußfähig sei. Nicht erschienen oder vertreten waren die Mitglieder Novaktinchemie GmbH., Rudolf Althoff und die Schamotte- und Stein-Industrie GmbH.

Die Firma Franz Rübenach, die nicht Mitglied der Interessengemeinschaft ist, sich jedoch finanziell an der Aufbringung unserer Mittel beteiligt, war durch Herrn Meidt vertreten.

Die Stadt Beuel war durch Herrn Krahé und die Amtsverwaltung Menden für die Gemeinden Hangelar und Holzlar durch Herrn Meyer-Hermann vertreten.

1.

Der Vorsitzende berichtete über die inzwischen eingetretene Situation, sowie über die geführten Besprechungen mit der Deutschen Eisenbahngesellschaft und der Stadt Beuel. Auf Grund der gegebenen Sachlage wurde der Mitgliederversammlung aufgegeben, darüber zu beraten und zu entscheiden, ob die Vereinbarungen zwischen der Deutschen Eisenbahngesellschaft und der Interessengemeinschaft auf insgesamt 5 Jahre verlängert werden sollten. Die Notwendigkeit einer solchen Entscheidung sei gegeben, weil ohne eine solche über kurz oder lang sowohl mit der Sperrung der Strecke gerechnet werden müsse, als auch sich die bisherigen Vereinbarungen als gegenstandslos erweisen würden, weil die Stadt Beuel und die Gemeinden Hangelar und Holzlar bei Nichtzustandekommen einer solchen Vereinbarung keine Zuschüsse leisten würden.

afbr

afbr

afbr

afbr

afbr

afbr

afbr

afbr

afbr

afbr

afbr

- 2 -

2.

Auf Grund dieser Sachlage entschied sich die Versammlung nach längerer Diskussion, die Vereinbarungen mit der Deutschen Eisenbahngesellschaft von 2 auf 5 Jahre zu verlängern.

3.

Eine Verlängerung der Vereinbarungen mit der Deutschen Eisenbahngesellschaft bedeutete auch eine Verlängerung der bestehenden oder die Verabschiedung einer weiteren Beitragsordnung für die weiteren 3 Jahre. Die Versammlung beriet dann über eine weitere Beitragsordnung und entschloß sich für die Jahre 1967, 1968 und 1969 eine zweite Beitragsordnung zu verabschieden.

4.

Damit die zu fassenden Beschlüsse auch alle Mitglieder auf 5 Jahre binden sollten, entschloß sich die Mitgliederversammlung weiter, die Vereinssatzung dahingehend zu ändern, daß der Austritt aus dem Verein nur erstmalig für den Schluß des 5. Vereinsjahres möglich ist, es sei denn, ein Mitglied verlege seinen Betrieb oder sei durch Erlöschen seiner Firma nicht mehr in der Lage, Güter auf der Kleinbahn Beuel-Großenbusch zu verladen.

5.

Auf Grund der vorangegangenen Beratungen wie auf Grund der Tatsache, daß die Firma Rübenach durch ihren Vertreter Herrn Meidt hatte verbindlich erklären lassen, daß sie sich für den Fall einer Verlängerung der Vereinbarungen auf 5 Jahre bereiterkläre, ihre jährlichen freiwilligen Zahlungen von DM 5.000,- ebenfalls 5 Jahre lang zu zahlen, wurden folgende Beschlüsse gefaßt:

5.1 Satzungsänderung

Die Mitgliederversammlung faßte folgenden einstimmigen Beschluß:

"Der bisherige § 5 der Satzungen betreffend den Austritt aus dem Verein wird durch folgende Neufassung ersetzt:

§ 5

Austritt aus dem Verein

(1) Der Austritt eines Mitgliedes aus dem Verein ist nur nach vorausgegangener 6-monatiger Kündigung für den Schluß eines Vereinsjahres zulässig, erstmalig zum 31. Dezember 1969.

(2) Ausgenommen von dieser Regelung sind nur solche Mitglieder, die ihren Betrieb stilllegen, auflösen oder aus dem Bereich der Bahnanlagen der Kleinbahn Beuel-Großenbusch verlagern und die aus diesem Grunde ihre Güter nicht mehr auf der Kleinbahn Beuel-Großenbusch verladen können."

Es wurde festgestellt, daß dieser Beschluß in Übereinstimmung

Agfa

Agfa

Agfa

Agfa

Agfa

Agfa

Agfa

Agfa

Agfa

Agfa

Agfa

mit den Vorschriften der Vereinssatzung erfolgte.

5.2 Beitragsordnung für die Jahre 1967, 1968 und 1969

Die Mitgliederversammlung faßte folgenden einstimmigen Beschluß:

"Für die Jahre 1967, 1968 und 1969 wird eine zweite Beitragsordnung nachfolgenden Inhaltes verabschiedet, die bereits beschlossene Beitragsordnung für die Jahre 1965 und 1966 bleibt davon unberührt:

Beitragsordnung
der Interessengemeinschaft Kleinbahn Beuel-
Großenbusch e.V.
für die Jahre 1967, 1968, 1969

§ 1

(1) Die Vereinsmitglieder zahlen folgende Jahresbeiträge:

a) Feste Jahresbeiträge:

K. Kalthoff K.-G.	DM	550,--
A. W. Andernach K.-G.	"	1.650,--
Johann & Konen	"	750,--
Novaktinchemie GmbH.	"	1.150,--
B. Schwegmann K.-G.	"	650,--
Thomas Eisenhandel GmbH.	"	2.150,--
Deutsche Vialit GmbH.	"	1.285,--
Rudolf Althoff	"	750,--
Kautex-Werke	"	4.510,--
Schamotte- u. Stein-Industrie GmbH	"	2.220,--
Linco-GmbH.	"	3.490,--
	DM	19.155,--
Freiwillige Zahlung der Firma Rübenach	"	5.000,--
	DM	24.155,--
		=====

b) Variable Jahresbeiträge:

Die variablen Jahresbeiträge in einer Gesamthöhe von DM 15.845,-- werden von den einzelnen Mitgliedern nach einem Schlüssel aufgebracht, der sich aus der Relation des tatsächlichen DM-Frachtaufkommens bei der Kleinbahn Beuel-Großenbusch für die Jahre 1967, 1968 und 1969 jedes einzelnen Mitgliedes zur Gesamthöhe von DM 15.845,-- ergibt. Die variablen Beiträge können erst nach Abschluß der Rechnungsperioden endgültig festgesetzt und abgerechnet werden. Aus

Agfa

Agfa

Agfa

Agfa

Agfa

Agfa

Agfa

- 4 -

diesem Grunde werden Vorschüsse erhoben, die auf Grund des jeweils zuletzt vorliegenden Abrechnungszeitraums berechnet werden.

(2) Der Beitrag gemäß Ziffer 1 a ist bis zum 31.1. eines jeden Jahres, gemäß Ziffer 1 b zu je 50 % bis zum 30.6. und 31.12. eines jeden Jahres der Interessengemeinschaft Kleinbahn Beuel-Großenbusch e.V. zu überweisen.

§ 2

(1) Werden in einem Geschäftsjahr größere Frachtmengen als im Referenzjahr 1963 mit der Kleinbahn Beuel-Großenbusch verladen, erhalten die Vereinsmitglieder, die hieran beteiligt sind, eine anteilige Vergütung aus dem Betrag, der von der Bahn für Mehrverladung gezahlt wird. Dieser Betrag ist pro Tonne DM 1,11.

(2) Werden geringere Frachtmengen als im Referenzjahr 1963 mit der Kleinbahn Beuel-Großenbusch verladen, so wird das Minderfrachtaufkommen, welches mit DM 3,-- je Tonne Minderverladung ermittelt wird, wie folgt von den Mitgliedern bezahlt:

K. Kalthoff K.-G.	2 %
A. W. Andernach K.-G.	9 %
Johann & Koenen	8 %
Novaktinchemie GmbH.	4 %
B. Schwegmann K.-G.	4 %
Thomas Eisenhandel GmbH.	20 %
Deutsche Vialit GmbH.	10 %
Rudolf Althoff	2 %
Kautex-Werke	20 %
Schamotte- u. Stein-Industrie GmbH.	4 %
Linco-GmbH.	17 %
	100 %
	=====

Die Verrechnung des Minderfrachtaufkommens erfolgt mit der 1. Halbjahresrate des Jahresbeitrages gemäß Ziffer 1 b des folgenden Jahres.

§ 3

Die Beiträge gemäß § 1 sowie die Gutschriften und Belastungen gemäß § 2 ändern sich im gleichen Verhältnis wie die Bezüge eines Eisenbahnsekretärs (Bundesbesoldung: Gehaltsgruppe A 6, Stufe 7, Ortsklasse S mit 2 Kindern über 6 Jahre) nach dem Stand vom 1.1.1965.

§ 4

Tritt ein Gewerbebetrieb dem Verein als Mitglied bei, der 1963 noch nicht mit der Kleinbahn Beuel-Großen-

offen

offen

offen

offen

offen

offen

offen

offen

busch verladen hat, ist der Vorstand beauftragt, für diesen im beiderseitigen Einvernehmen einen angemessenen festen Jahresbeitrag für das erste Jahr der Vereinszugehörigkeit festzusetzen. Die Beitragsleistung des neuen Mitgliedes wird den Vereinsmitgliedern auf den festen Jahresbeitrag des folgenden Vereinsjahres prozentual angerechnet. Durch die Güterverladungen des neuen Mitgliedes werden zunächst evtl. Minderverladungen im jeweiligen Vereinsjahr im Vergleich zu 1963 ausgeglichen bzw. den Vereinsmitgliedern prozentual gutgeschrieben, die hieran beteiligt sind. Darüber hinaus gehende Gütermengen werden in die anteilige Vergütung der Vereinsmitglieder einbezogen.

§ 5

Diese Beitragsordnung gilt für die Vereinsjahre 1967, 1968 und 1969. Sie bleibt auch für die dann folgenden Jahre in Kraft, solange sie nicht durch eine von der ordentlichen Mitgliederversammlung beschlossene neue Beitragsordnung ersetzt wird."

Es wurde festgestellt, daß dieser Beschluß in Übereinstimmung mit den Vorschriften der Vereinssatzung erfolgte.

6.

Die Mitgliederversammlung beauftragte sodann den Vorstand, mit der Deutschen Eisenbahngesellschaft über endgültige Vereinbarungen, die nunmehr über einen Zeitraum von 5 Jahren Geltung haben sollen, zu verhandeln und vor Abschluß dieser Vereinbarungen diese der Mitgliederversammlung nochmals vorzutragen.

7.

Die Deutsche Eisenbahngesellschaft hat sich bereit erklärt in Übereinstimmung mit der Interessengemeinschaft eine Erhöhung der Zustellungssätze durchzuführen mit dem Ziel, diese erhöhten Sätze den Mitgliedern der Interessengemeinschaft in einem Bonusverfahren wieder zu erstatten, nicht aber solchen Verladern, die nicht Mitglied der Interessengemeinschaft sind. Dieses Verfahren soll eine monetäre Besserstellung der Mitglieder gegenüber den Nichtmitgliedern bewirken. Die Mitgliederversammlung nahm dieses Angebot zur Kenntnis, faßte jedoch hierzu keinen Beschluß. Zu einem späteren Zeitpunkt wird darüber evtl. nochmals beraten werden.

- - - - -

Die Mitgliederversammlung wurde um 18.30 Uhr beendet.

Beuel, den 3. September 1965

Handwritten signatures:
 [Signature] [Signature] [Signature]

offen

offen

offen

offen

offen

offen

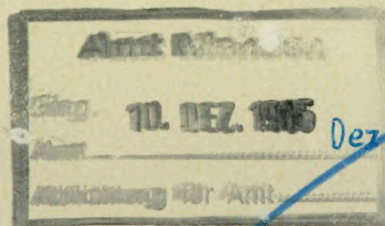
offen

Interessengemeinschaft
Kleinbahn Beuel - Großenbusch e.V.

Beuel, den 8. 12. 1965

Herrn
Amtdirektor
des Amtes Menden

5201 Siegburg-Mülldorf



A. Dornberger

K. H. B. m.

Taschler

E. H. J. H.

Betrifft: Mitgliederversammlung

Sehr geehrte Herren!

Wir laden Sie hiermit zu einer Mitgliederversammlung am

17. Dezember 1965 um 15.00 Uhr
ins Rathaus-Restaurant in Beuel

ein.

Die Tagesordnung ist folgende:

1. Erörterung und Beratung über die mit der Deutschen Eisenbahngesellschaft zu treffenden schriftlichen Vereinbarungen.
2. Verschiedenes.

Zu Ihrer Information überreichen wir Ihnen beiliegend eine Fotokopie eines Schreibens der Deutschen Eisenbahn-Gesellschaft vom 14.10.1965. Dieses Schreiben ist noch nicht erledigt worden, die Verzögerung der Beratung über diesen Gegenstand ergab sich aus Terminschwierigkeiten, was wir zu entschuldigen bitten.

Mit vorzüglicher Hochachtung
Interessengemeinschaft
Kleinbahn Beuel - Großenbusch e.V.

i. V. Vorstand
H. H. H.

1 Anlage

after

after

after

after

after

after

after

after

after

after

after

7

1.) Beschlußvorschlag

Zur Gewährung eines Darlehns an die Deutsche Eisenbahngesellschaft mbH zur Erhaltung der Betriebssicherheit der Kleinbahn Beuel - Großenbusch.

" Der Rat der Gemeinde Holzlar - Hangelar beschließt unter Abänderung des Beschlusses A 22/1965 vom 26.4.1965 und A 113/1965 vom 24.3.1965, den zugesagten Betrag von 5.000,-- DM nicht als Darlehn, sondern als Zuschuß unter Eintragung eines dinglichen Vorkaufsrechts zu gewähren."

-//-

-//-

2.) Zur nächsten Sitzung der Gemeindevertretung von Hangelar und Holzlar.

Sgb.-Mülldorf, den 3.6.1965.

Antenne

1.) Beschlußvorschlag

zur Gewährung eines Darlehns an die Deutsche Eisenbahngesellschaft mbH zur Erhaltung der Betriebssicherheit der Kleinbahn Beuel - Großenbusch.

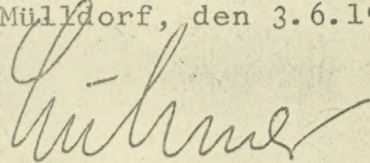
"Der Rat der Gemeinde Holzlar - Hangelar beschließt unter Abänderung des Beschlusses A 22/1965 vom 26.4.1965 und A 113/1965 vom 24.3.1965, den zugesagten Betrag von 5.000,-- DM nicht als Darlehn, sondern als Zuschuß unter Eintragung eines dinglichen Vorkaufsrechts zu gewähren."

-//-

-//-

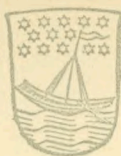
2.) Zur nächsten Sitzung der Gemeindevertretung von Hangelar und Holzlar.

Siegburg-Mülldorf, den 3.6.1965.





Stadt BEUEL a./Rhein



DER STADTDIREKTOR

5302 BEUEL, den

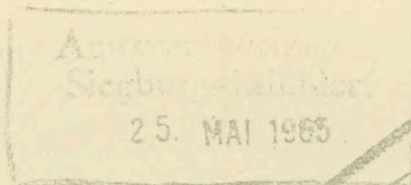
21. Mai 1965

Ruf: 43251 NSt.

Postfach 50

Zeichen

An die
Amtsverwaltung Menden
in Siegburg-Mülldorf



5201 Siegburg-Mülldorf

Betr.: Antrag der Industriebahn-AG in Frankfurt auf Entbin-
dung von der Betriebspflicht auf dem Streckenabschnitt
Beuel - Großenbusch

Bezug: Mein Schreiben vom 9. 3. 1965

Sehr geehrter Herr Amtsdirektor!

Mit Schreiben vom 25. 3. 1965 teilten Sie mir mit, daß der Rat der Gemeinde Hangelar beschlossen habe, einen Kostenanteil zum Ausbau der Gleiskurve bei Pützchen in Höhe von 5.000,-- DM zur Verfügung zu stellen. Am 27. 4. 1965 teilten Sie telefonisch weiter mit, daß auch die Gemeinde Holzlar die Zustimmung zur Gewährung des Darlehens von 5.000,-- DM erteilt habe.

Die Verhandlungen zum Abschluß des Darlehensvertrages mit der Deutschen Eisenbahn-Gesellschaft in Frankfurt, als Betriebsführerin der Kleinbahn Beuel - Großenbusch, wurden daraufhin von mir aufgenommen. Die Vertreter der Bahn erklärten, daß sie in keinem Falle ein Darlehen von den Gemeinden nehmen würden, sondern es sich bei der Gewährung des Betrages von 20.000,-- DM nur um einen verlorenen Zuschuß handeln könne. Sie wären auch nicht in der Lage, die restlichen 25.000,-- DM zur Finanzierung der Gleisanlagen aufzubringen. Dieserhalb wäre ein Antrag auf Gewährung eines Zuschusses beim Wirtschaftsministerium des Landes NW gestellt worden. Der Bahnbetrieb in Beuel hätte in den letzten Jahren erhebliche Zuschüsse gefordert und nur durch die Übernahme einer weiteren Frachtgarantie von 40.000,-- DM durch die Interessengemeinschaft wäre es möglich, den Betrieb,



Blatt 2 zum Schreiben an die Amtsverwaltung Menden in Siegburg-Mülldorf vom 21. Mai 1965;
betr.: Antrag der Industriebahn-AG in Frankfurt

der für einige Anlieger lebensnotwendig ist, aufrecht zu erhalten. Es ist somit eine ausgeglichene Betriebsrechnung für die Rechnungsjahre 1965 und 1966 sichergestellt. Die Deutsche Eisenbahn-Gesellschaft bittet, das Darlehen in einen verlorenen Zuschuß umzuwandeln und ist bereit, falls die Gesellschaft in Liquidation gehen sollte, für die Gewährung der 20.000,-- DM ein dingliches Vorkaufsrecht an den Bahnanlagen zu bestellen.

Nach Rücksprache beim Wirtschaftsministerium hat dies am 12. 5. 1965 der Deutschen Eisenbahn-Gesellschaft für die Instandsetzung der Gleisanlagen in Aussicht gestellt, einen bedingt rückzahlbaren Zuschuß in Höhe von 25.000,-- DM unter der Voraussetzung zu bewilligen, daß sich die Stadt Beuel an einer Erneuerungsmaßnahme gleichfalls mit einem Zuschuß von 20.000,-- DM beteiligt. Der Zuschuß von 25.000,-- DM ist in voller Höhe zurückzuzahlen, wenn der Betrieb des Bahnunternehmens innerhalb eines Zeitraumes von fünf Jahren nach Erteilung des Bewilligungsbescheides eingestellt wird.

Erneut geführte Verhandlungen am 17. 5. 1965 ergaben, daß die Deutsche Eisenbahn-Gesellschaft nach wie vor ein Interesse an der Aufrechterhaltung des Bahnbetriebes hat, jedoch nur solange, als eine ausgeglichene Betriebsrechnung gelegt werden kann. Erhebliche Rationalisierungsmaßnahmen wurden vorgenommen und für die Zukunft kann der Bahnbetrieb nur dann aufrecht erhalten werden, wenn

- a) die Interessengemeinschaft die Frachtgarantie für weitere Jahre verlängert oder
- b) weitere Betriebe hinzukommen, die ein gesteigertes Frachtaufkommen garantieren.

Die Interessengemeinschaft habe ich über den Stand der Verhandlungen unterrichtet und ihren Vorsitzenden, Herrn Dr. Rathgeber, gebeten, die noch bestehenden Zweifelsfragen mit mir zu klären. Ich werde dem Rat der Stadt vorschlagen, den zugesicherten Betrag nicht als Darlehen sondern als Zuschuß unter Eintragung eines dinglichen Vorkaufsrechts zu gewähren. Da die anliegenden Gemeinden Hangelar und Holzlar für ihre Industrie ebenfalls daran interessiert sein müssen, den Bahnbetrieb auch nach 1966 sicherzustellen, darf ich Sie bitten, gleichlautende Beschlüsse auch von den Gemeinden Hangelar und Holzlar herbeizuführen.

Mit vorzüglicher Hochachtung

*zu
m. B.
nachrichtlich*

[Signature]
(B r ö c k)

Ordnungsamt

Siegburg-Mülldorf, den 23.8.1965

- 1.) Der Herr Regierungspräsident hat mit Verfügung vom 30.7.1965 mitgeteilt, daß die Industriebahn GmbH beantragt habe, bevor deren Antrag vom 8.5.1964 auf Entbindung der Betriebspflicht für den gesamten Streckenabschnitt Bonn - Großenbusch entschieden werde, die Entbindung von der Betriebspflicht für den Streckenabschnitt Hangelar - Großenbusch auszusprechen.

Es ist eine Entscheidung der Gemeindevertretung erforderlich, ob dem Antrag der Industriebahn GmbH entsprochen werden kann. Ablichtung der Verfügung des Herrn Regierungspräsidenten vom 30.7.1965 und des nach Rücksprache mit dem Bürgermeister der Gemeinde Hangelar ergangenen Zwischenberichtes ist beigelegt.

- 2.) Beschlußvorschlag: Die Gemeindevertretung ist mit der Entbindung der Industriebahn GmbH von der Betriebspflicht für den Streckenabschnitt Hangelar - Großenbusch einverstanden. Die Aufrechterhaltung des Bahnbetriebes bis zum Bahnhof Hangelar muß jedoch sichergestellt sein und zwar dergestalt, daß die in Kürze an der Einmündung der K 4 in die B 56 entstehende größere Firma Anschluß an die Kleinbahn erhält.

- 3.) Zur nächsten Sitzung der Gemeindevertretung der Gemeinde Hangelar.

- 4.) Wiedervorlage nach Vorliegen eines Beschlusses.


Amtsoberrinspektor

Anlage 6

Ordnungsamt

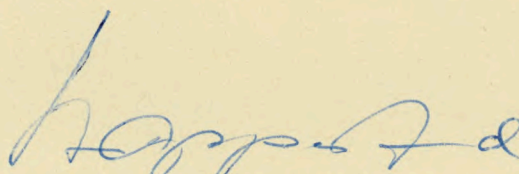
Siegburg-Mülldorf, den 23.8.1965

- 1.) Der Herr Regierungspräsident hat mit Verfügung vom 30.7.1965 mitgeteilt, daß die Industriebahn GmbH beantragt habe, bevor deren Antrag vom 8.5.1964 auf Entbindung^{vor} der Betriebspflicht für den gesamten Streckenabschnitt ~~Bonn~~ - Großenbusch entschieden werde, die Entbindung von der Betriebspflicht für den Streckenabschnitt Hangelar - Großenbusch auszusprechen.

Es ist eine Entscheidung der Gemeindevertretung erforderlich, ob dem Antrag der Industriebahn GmbH entsprochen werden kann. Ablichtung der Verfügung des Herrn Regierungspräsidenten vom 30.7.1965 und des nach Rücksprache mit dem Bürgermeister der Gemeinde Hangelar ergangenen Zwischenberichtes ist beigelegt.

- 2.) Beschlußvorschlag: Die Gemeindevertretung ist mit der Entbindung der Industriebahn GmbH von der Betriebspflicht für den Streckenabschnitt Hangelar - Großenbusch einverstanden. Die Aufrechterhaltung des Bahnbetriebes bis zum Bahnhof Hangelar muß jedoch sichergestellt sein und zwar dergestalt, daß die in Kürze an der Einmündung der K 4 in die B 56 entstehende größere Firma Anschluß an die Kleinbahn erhält.

- 3.) Zur nächsten Sitzung der Gemeindevertretung der Gemeinde Hangelar.


Amtsoberinspektor

II

Öffentl. Sitzung der Gemeindevertretung der Gemeinde Hangelar am 23.9.1965

- 8 -

Zu 14): Kleinbahn Beuel-Großenbusch:

a) Entbindung der Industriebahn G.m.b.H. Frankfurt von der Betriebspflicht im Eisenbahnverkehr.

X

Die Gemeindevertretung war mit der Entbindung der Industriebahn GmbH von der Betriebspflicht für den Streckenabschnitt Hangelar-Großenbusch einverstanden. Die Aufrechterhaltung des Bahnbetriebes bis zum Bahnhof Hangelar müßte jedoch sichergestellt sein und zwar dergestalt, daß die in Kürze an der Einmündung der K 4 in die B 56 entstehende größere Firma Anschluß an die Kleinbahn erhält.

Beschluß:
A 203/1965

einstimmig.

b) Gewährung eines Darlehns an die Deutsche Eisenbahngesellschaft m.b.H.

1. Die Gesamtfinanzierung muß gesichert sein.
2. Der Betrieb muß 5 Jahre vom Tage der Darlehensvergabe aufrecht erhalten werden.
3. Wird innerhalb der 5 Jahre die Gleisstrecke von einem Unternehmen, an dem die Gemeinde beteiligt ist, übernommen, ist der Zuschuß von dem Kaufpreis oder auf die sonstigen Bedingungen (Pauschale oder dergleichen) in Anrechnung zu bringen.

einstimmig.

Beschluß:
A 204/1965

Zu 15): Beteiligung der Gemeinde Hangelar an den Kosten des Aufenthaltes der volksschulpflichtigen Kinder im Schullandheim des Siebkreises in Gemünd/Eifel.

Von dem Inhalt der Verfügung des OKD vom 7.9.1965 nahmen die Mitglieder Kenntnis. Der Rat beschloß, daß die Gemeinde Hangelar einen Zuschuß von 2,50 DM pro Tag und Kind zu den Bewirtschaftungs- und Verpflegungskosten im Schullandheim des Siebkreises in Gemünd/Eifel zahlt.

Bezüglich der Mittelgewährung eines Zuschusses aus dem Landesjugendplan ist mit dem Kreis hinsichtlich der Aufteilung zwischen Kreis, Land und Gemeinde zu verhandeln.

Beschluß:
A 205/1965

einstimmig.

Außerhalb der Tagesordnung wurde beraten und beschlossen:

Die Gemeindevertretung von Hangelar fordert das Amt auf, eine Wasserleitung mit Wasseruhr zu der Müllhalde zu legen, die ein Löschen der auftretenden Brände garantiert.

Beschluß:
A 206/1965

einstimmig.

Über die in nichtöffentlicher Sitzung gefaßten Beschlüsse liegt eine besondere Niederschrift vor.

v. g. u.

Protokollführerin

Öffentl. Sitzung der Gemeindevertretung der Gemeinde Hangelar am 23.9.1965

- 8 -

Zu 14): Kleinbahn Beuel-Großenbusch:

a) Entbindung der Industriebahn G.m.b.H. Frankfurt von der Betriebspflicht im Eisenbahnverkehr.

Die Gemeindevertretung war mit der Entbindung der Industriebahn GmbH von der Betriebspflicht für den Streckenabschnitt Hangelar-Großenbusch einverstanden. Die Aufrechterhaltung des Bahnbetriebes bis zum Bahnhof Hangelar müßte jedoch sichergestellt sein und zwar dergestalt, daß die in Kürze an der Einmündung der K 4 in die B 56 entstehende größere Firma Anschluß an die Kleinbahn erhält.

Beschluß:
A 203/1965

einstimmig.

b) Gewährung eines Darlehns an die Deutsche Eisenbahngesellschaft m.b.H.

1. Die Gesamtfinanzierung muß gesichert sein.
2. Der Betrieb muß 5 Jahre vom Tage der Darlehensvergabe aufrecht erhalten werden.
3. Wird innerhalb der 5 Jahre die Gleisstrecke von einem Unternehmen, an dem die Gemeinde beteiligt ist, übernommen, ist der Zuschuß von dem Kaufpreis oder auf die sonstigen Bedingungen (Pauschale oder dergleichen) in Anrechnung zu bringen.

einstimmig.

Beschluß:
A 204/1965

Zu 15): Beteiligung der Gemeinde Hangelar an den Kosten des Aufenthaltes der volksschulpflichtigen Kinder im Schullandheim des Siegkreises in Gemünd/Eifel.

Von dem Inhalt der Verfügung des OKD vom 7.9.1965 nahmen die Mitglieder Kenntnis. Der Rat beschloß, daß die Gemeinde Hangelar einen Zuschuß von 2,50 DM pro Tag und Kind zu den Bewirtschaftungs- und Verpflegungskosten im Schullandheim des Siegkreises in Gemünd/Eifel zahlt.

Bezüglich der Mittelgewährung eines Zuschusses aus dem Landesjugendplan ist mit dem Kreis hinsichtlich der Aufteilung zwischen Kreis, Land und Gemeinde zu verhandeln.

Beschluß:
A 205/1965

einstimmig.

Außerhalb der Tagesordnung wurde beraten und beschlossen:

Die Gemeindevertretung von Hangelar fordert das Amt auf, eine Wasserleitung mit Wasseruhr zu der Müllhalde zu legen, die ein Löschen der auftretenden Brände garantiert.

Beschluß:
A 206/1965

Über die in nichtöffentlicher Sitzung gefaßten Beschlüsse liegt eine besondere Niederschrift vor.

v. g. u.

Protokollführerin

*a. Hangelar
Beuel
Schreiber LG 640*

1.) Beschlußvorschlag

zur Gewährung eines Darlehns an die Deutsche Eisenbahngesellschaft mbH zur Erhaltung der Betriebssicherheit der Kleinbahn Beuel - Großenbusch.

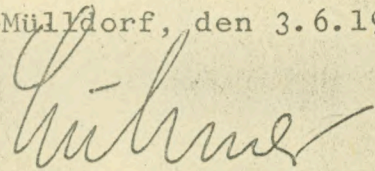
"Der Rat der Gemeinde Holzlar - Hangelar beschließt unter Abänderung des Beschlusses A 22/1965 vom 26.4.1965 und A 113/1965 vom 24.3.1965, den zugesagten Betrag von 5.000,-- DM nicht als Darlehn, sondern als Zuschuß unter Eintragung eines dinglichen Vorkaufsrechts zu gewähren."

-//-

-//-

2.) Zur nächsten Sitzung der Gemeindevertretung von Hangelar und Holzlar.

Siegburg-Mülldorf, den 3.6.1965.

A handwritten signature in dark ink, appearing to be 'Kühne', is written over the typed name 'Siegburg-Mülldorf'.

Stadt BEUEL a./Rhein



DER STADTDIREKTOR

5302 BEUEL, den

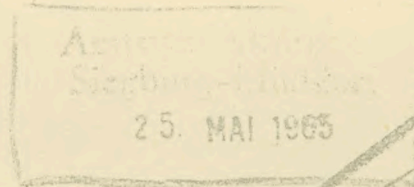
21. Mai 1965

Ruf: 4 32 51 NSt.

Postfach 50

Zeichen

An die
Amtsverwaltung Menden
in Siegburg-Mülldorf



5201 Siegburg-Mülldorf

Betr.: Antrag der Industriebahn-AG in Frankfurt auf Entbin-
dung von der Betriebspflicht auf dem Streckenabschnitt
Beuel - Großenbusch

Bezug: Mein Schreiben vom 9. 3. 1965

Sehr geehrter Herr Amtsdirektor!

Mit Schreiben vom 25. 3. 1965 teilten Sie mir mit, daß der Rat der Gemeinde Hangelar beschlossen habe, einen Kostenanteil zum Ausbau der Gleiskurve bei Pützchen in Höhe von 5.000,-- DM zur Verfügung zu stellen. Am 27. 4. 1965 teilten Sie telefonisch weiter mit, daß auch die Gemeinde Holzlar die Zustimmung zur Gewährung des Darlehens von 5.000,-- DM erteilt habe.

Die Verhandlungen zum Abschluß des Darlehensvertrages mit der Deutschen Eisenbahn-Gesellschaft in Frankfurt, als Betriebsführerin der Kleinbahn Beuel - Großenbusch, wurden daraufhin von mir aufgenommen. Die Vertreter der Bahn erklärten, daß sie in keinem Falle ein Darlehen von den Gemeinden nehmen würden, sondern es sich bei der Gewährung des Betrages von 20.000,-- DM nur um einen verlorenen Zuschuß handeln könne. Sie wären auch nicht in der Lage, die restlichen 25.000,-- DM zur Finanzierung der Gleisanlagen aufzubringen. Dieserhalb wäre ein Antrag auf Gewährung eines Zuschusses beim Wirtschaftsministerium des Landes NW gestellt worden. Der Bahnbetrieb in Beuel hätte in den letzten Jahren erhebliche Zuschüsse gefordert und nur durch die Übernahme einer weiteren Frachtgarantie von 40.000,-- DM durch die Interessengemeinschaft wäre es möglich, den Betrieb,

Blatt 2 zum Schreiben an die Amtsverwaltung Menden in Siegburg-Mülldorf vom 21. Mai 1965;
betr. Antrag der Industriebahn-AG in Frankfurt

der für einige Anlieger lebensnotwendig ist, aufrecht zu erhalten. Es ist somit eine ausgeglichene Betriebsrechnung für die Rechnungsjahre 1965 und 1966 sichergestellt. Die Deutsche Eisenbahn-Gesellschaft bittet, das Darlehen in einen verlorenen Zuschuß umzuwandeln und ist bereit, falls die Gesellschaft in Liquidation gehen sollte, für die Gewährung der 20.000,-- DM ein dingliches Vorkaufsrecht an den Bahnanlagen zu bestellen.

Nach Rücksprache beim Wirtschaftsministerium hat dies am 12. 5. 1965 der Deutschen Eisenbahn-Gesellschaft für die Instandsetzung der Gleisanlagen in Aussicht gestellt, einen bedingt rückzahlbaren Zuschuß in Höhe von 25.000,-- DM unter der Voraussetzung zu bewilligen, daß sich die Stadt Beuel an einer Erneuerungsmaßnahme gleichfalls mit einem Zuschuß von 20.000,-- DM beteiligt. Der Zuschuß von 25.000,-- DM ist in voller Höhe zurückzuzahlen, wenn der Betrieb des Bahnunternehmens innerhalb eines Zeitraumes von fünf Jahren nach Erteilung des Bewilligungsbescheides eingestellt wird.

Erneut geführte Verhandlungen am 17. 5. 1965 ergaben, daß die Deutsche Eisenbahn-Gesellschaft nach wie vor ein Interesse an der Aufrechterhaltung des Bahnbetriebes hat, jedoch nur solange, als eine ausgeglichene Betriebsrechnung gelegt werden kann. Erhebliche Rationalisierungsmaßnahmen wurden vorgenommen und für die Zukunft kann der Bahnbetrieb nur dann aufrecht erhalten werden, wenn

- a) die Interessengemeinschaft die Frachtgarantie für weitere Jahre verlängert oder
- b) weitere Betriebe hinzukommen, die ein gesteigertes Frachtaufkommen garantieren.

Die Interessengemeinschaft habe ich über den Stand der Verhandlungen unterrichtet und ihren Vorsitzenden, Herrn Dr. Rathgeber, gebeten, die noch bestehenden Zweifelsfragen mit mir zu klären. Ich werde dem Rat der Stadt vorschlagen, den zugesicherten Betrag nicht als Darlehen sondern als Zuschuß unter Eintragung eines dinglichen Vorkaufsrechts zu gewähren. Da die anliegenden Gemeinden Hangelar und Holzlar für ihre Industrie ebenfalls daran interessiert sein müssen, den Bahnbetrieb auch nach 1966 sicherzustellen, darf ich Sie bitten, gleichlautende Beschlüsse auch von den Gemeinden Hangelar und Holzlar herbeizuführen.

Mit vorzüglicher Hochachtung

*zu
v. B.
nachrichtlich*

[Signature]
(B r ö c k)

Stadt BEUEL a./Rhein



DER STADTDIREKTOR

Amt 20

Zeichen

An die
Amtsverwaltung Menden

5201 Siegburg-Mülldorf

Sehr geehrte Herren!

Als Anlage überreiche ich die Durchschrift eines Schreibens, welches ich heute an die Deutsche Eisenbahn Gesellschaft mbH in Frankfurt/Main gesandt habe, zur gefl. Kenntnis.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Brock
(B r o c k)

5302 BEUEL, den 28. Dezember 1965

Ruf: ~~43251~~ ~~XXXX~~ 402317

Postfach 50

Amt Menden	
Eing.	30. DEZ. 1965 <i>Dez. 11</i>
Amt	
Ablichtung für Amt	

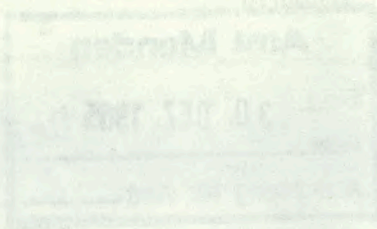
b.v.g.

Stadtkommunalverwaltung Sankt Augustin



Stadtkommunalverwaltung Sankt Augustin

Postfach 10 15 15



Stadtkommunalverwaltung Sankt Augustin

Stadtkommunalverwaltung Sankt Augustin

Stadtkommunalverwaltung Sankt Augustin

Stadtkommunalverwaltung Sankt Augustin

Stadtkommunalverwaltung Sankt Augustin

Stadtkommunalverwaltung Sankt Augustin

Stadtkommunalverwaltung Sankt Augustin

(10.1.1986)

Stadt BEUEL a./Rhein

DER STADTDIREKTOR



5302 BEUEL, den 28. Dez. 1965
Postfach 50 - Ruf: ~~11251~~ 402317

An die
Deutsche Eisenbahn-Gesellschaft mbH

6 Frankfurt/Main
Moselstraße 2

Betr.: Industriebahn GmbH; Kleinbahn Beuel-Großenbusch;
Fortführung des Bahnbetriebes;
hier: Zuschuß der Stadt Beuel sowie der Gemeinden
Hangelar und Holzlar für Reparaturarbeiten
Bezug: Ihr Schreiben vom 6. Dezember 1965, 132 b 2 / Vt 3

*von Beuel
aufgefordert*

Sehr geehrte Herren!

Aufgrund Ihres Schreibens vom 6. Dezember 1965 habe ich die Bedingungen für die Bewilligung des Zuschusses nochmals überprüft. Leider bin ich nicht in der Lage, Ihren Änderungswünschen in vollem Umfange zu entsprechen. Im einzelnen sei zu den streitigen Punkten folgendes bemerkt:

Zu II. 2.

Dieser Punkt der Bedingungen kann, wie von Ihnen gewünscht, insoweit abgeändert werden, daß anstelle des 1. November 1965 der 1. Januar 1965 gesetzt wird. Im übrigen muß ich darauf bestehen, daß Sie die Verpflichtungserklärung ohne jede Vorbedingung abgeben und die Gültigkeit dieser Erklärung nicht von Umständen abhängig machen, die von mir nicht beeinflußt werden können. Die den Zuschuß gebenden Gemeinden müssen die Gewähr haben, daß der Bahnbetrieb für mindestens 5 Jahre gesichert ist, andernfalls kann ein Zuschuß in Höhe von 20.000,-- DM nicht gerechtfertigt werden. Ich bitte Sie daher, die Verpflichtungserklärung in der von mir vorgeschlagenen Form abzugeben.

Zu II. 4.

Wie bereits zu Punkt II. 2. dargelegt, ist ein Zuschuß in Höhe von 20.000,-- DM nur dann vertretbar, wenn die Aufrechterhaltung des Bahnbetriebes für mindestens 5 Jahre garantiert wird. Sollte wider Erwarten diese Mindestfrist nicht eingehalten werden, muß der Zuschuß zurückgezahlt werden. Ich kann es vor dem Steuerzahler nicht verantworten, Ihnen einen Zuschuß zu gewähren, der selbst dann nicht rückzahlbar sein soll, wenn der Bahnbetrieb vertragswidrig eingestellt wird und der Zuschuß somit seinen Sinn und Zweck verfehlt hat. Für diesen Fall muß ich auf einer Rückzahlung bestehen. Mit einer anteilmäßigen Anrechnung auf den Kaufpreis bei einer evtl. Ausübung des Vorkaufsrechts ist den zuschußgewährenden Gemeinden nicht geholfen, da es sehr fraglich ist, ob ein Vorkaufsrecht überhaupt ausgeübt wird.

Blatt 2 zum Schreiben an die Deutsche Eisenbahn-Gesellschaft mbH,
Frankfurt/Main, Moselstraße 2
vom 28. Dezember 1965

Betr.: Industriebahn GmbH; Kleinbahn Beuel-Großenbusch;
Fortführung des Bahnbetriebes;

Zu II. 6.

Mit einigem Erstaunen habe ich zur Kenntnis genommen, daß auch diese Bedingung von Ihnen nicht akzeptiert werden kann. Ich war bisher der festen Überzeugung, daß über diesen Punkt Einstimmigkeit herrschte und hatte dementsprechend auch den Rat der Stadt und seine Ausschüsse unterrichtet. Bei einer mündlichen Besprechung am 29. April 1965 in Frankfurt war mir Ihrerseits ausdrücklich zugesichert worden, daß Ihre Gesellschaft bereit ist, falls das jährliche Frachtaufkommen 40.000,-- DM überschreiten sollte, den bewilligten Zuschuß mit einem Betrag von 1,50 DM pro überschießende Tonne bis zur vollen Höhe des Zuschusses zurückzuerstatten. Ich hatte daher keine Bedenken, diese Vereinbarung in die Bedingungen aufzunehmen. Ich vermag nicht einzusehen, inwieweit die von Ihnen mit der Interessengemeinschaft getroffenen Vereinbarungen die Situation so grundlegend geändert haben, daß Sie jetzt nicht mehr zu Ihrer ursprünglichen Zusage stehen können. Ich muß auf diese Bedingung nach wie vor bestehen, da diese vom Rat der Stadt beschlossen wurde.

Zu II. 7.

Mit dem Wegfall dieser Bedingung erkläre ich mich einverstanden.

Für eine baldige Antwort wäre ich Ihnen dankbar, damit die Angelegenheit in Kürze zur beiderseitigen Zufriedenheit abgeschlossen werden kann.

Mit vorzüglicher Hochachtung


(B r o c k)

1.) An die
Stadtverwaltung

5302 Beuel

3. Januar 1966

ab 4.1.7.
60, Lu/St.

Betr.: Industriebahn GmbH; Kleinbahn Beuel - Großenbusch;
Fortführung des Bahnbetriebes.

Bezug: Dort. Schreiben vom 28.12.1965 - Amt 20 -.

Mit o.a. Schreiben übersandten Sie mir Durchschrift Ihres Schreibens an die Deutsche Eisenbahngesellschaft in Frankfurt zur gefl. Kenntnis. Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie mir auch eine Kopie des Schreibens der Deutschen Eisenbahngesellschaft vom 6.12.1965 übersenden würden.

Hochachtungsvoll
In Vertretung:

-//-

-//-

2.) Nach 1 Woche.

10/11.

1972.

Doppelstück

An die
Interessengemeinschaft
Kleinbahn Beuel-Großenbusch
a.H. Herrn Hans Linden
5204 H a n s l i n d e
Linco-Werk

132 b 2 /Vt 3

14. Oktober 1965

Kleinbahn Beuel-Großenbusch;
hier: Frachtgarantie

Sehr geehrte Herren!

Wir nehmen höflichst Bezug auf Ihr Schreiben vom 7.9.1965 sowie auf die in obiger Angelegenheit wiederholt geführten Besprechungen und möchten Ihnen nunmehr namens und im Auftrage der Industriebahn GmbH die getroffene Vereinbarung über die Fortführung des Bahnbetriebs bestätigen.

Die Interessengemeinschaft leistet der Industriebahn GmbH auf 5 Jahre, vom 1.1.1965 an gerechnet, Garantie dafür, daß auf der Kleinbahn Beuel-Großenbusch jährlich 37.067 t - das sind 13.500 t mehr als die Verfrachtungsmenge des Vergleichsjahres 1963 mit 23.567 t - verfrachtet werden und die Bahneigentümerin hierdurch Mehreinnahmen gegenüber dem Vergleichsjahr 1963 in Höhe von zumindest 40.000 DM/jährlich erzielt.

Die Interessengemeinschaft hat die Garantie in folgender Weise zu erfüllen:

- 1) Sie zahlt im Hinblick auf diese Frachtgarantie der Bahneigentümerin jährlich im voraus 40.000 DM, in einer Rate von 14.000 DM und in zwei Raten von 13.000 DM, und zwar jeweils am 15.2., 15.6. und 15.10. eines jeden Jahres.
- 2) Wird am Jahresende festgestellt, daß die Gesamtverfrachtungsmenge des abgelaufenen Jahres die Verfrachtungsmenge des Vergleichsjahres von 1963 übersteigt, d.h., sind in dem abgelaufenen Jahr mehr als 23.567 t verfrachtet worden, so ermäßigt sich der von der Interessengemeinschaft

im Hinblick auf die Frachtgarantie gezahlte Betrag von 40.000 DM um 3,- DM für jede Tonne, die die Menge von 23.587 t übersteigt, im Höchstfall um 40.000 DM. Der hiernach am Jahresende festgestellte Ermäßigungsbetrag wird auf die Zahlungsverpflichtung über 40.000 DM für das folgende Jahr gutgebracht; einen Anspruch auf Barauszahlung des Ermäßigungsbetrags steht der Interessengemeinschaft - mit Ausnahme des letzten Jahres - nicht zu.

Wird dagegen am Jahresende festgestellt, daß die Gesamtverfrachtungsmenge des abgelaufenen Jahres die Verfrachtungsmenge des Vergleichsjahres von 1963 nicht erreicht, d.h., sind in dem abgelaufenen Jahr weniger als 23.587 t verfrachtet worden, so hat die Interessengemeinschaft der Bahneigentümerin für jede fehlende Tonne 3,- DM zu zahlen, und zwar unabhängig von den 40.000 DM, da der letztgenannte Betrag nur die übernommene Frachtgarantie über weitere 13.500 t ausgleicht.

Sowohl der im voraus zu erbringende Pauschalbetrag von 40.000 DM als auch der Betrag von 3,- DM ändern sich im gleichen Verhältnis wie die Bezüge eines verheirateten Eisenbahnsekretärs der Besoldungsgruppe 6, Dienstaltersstufe 7, Ortsklasse S mit zwei Kindern der Bundesbesoldung (Stand 1.1.1965).

Tarifänderungen, die während der Vertragsdauer eintreten, sollen keinen Einfluß auf den Vertrag haben und die Vertragspartner nicht zur Kündigung berechtigen.

Auf die vereinbarte Mindestfrachtmenge von 37.087 t/Jahr wird jede verfrachtete Tonne (Stückgut und Wagenladungen) im Empfang und Versand von und nach Bahnhöfen der Kleinbahn Beuel-Großenbusch angerechnet.

Die Bahneigentümerin gibt der Interessengemeinschaft die Zusicherung, daß sie den Betrieb auf dem Streckenabschnitt Beuel - Mangelar der Industriebahn einschließlich Abzweigung Lämperich auf die Dauer von 5 Jahren - vom 1.1.1965 an gerechnet -, als Eisenbahn des öffentlichen Verkehrs aufrechterhalten wird, sofern die Deutsche Bundesbahn während dieser Zeit die vorgenannten Strecken mit einer Kleinlokomotive zu den Ende des Jahres 1964 vereinbarten Bedingungen bedient und die Interessengemeinschaft ihren Verpflichtungen der Bahneigentümerin gegenüber nachkommt.

Unabhängig von den oben angegebenen Fälligkeitsterminen gilt für das lfd. Jahr 1965 die Vereinbarung vom 8.4.1965.

3

Interessengemeinschaft Beuhl-Großenbusch

14.10.1965

Eine Doppelschrift erhalten Sie für Ihren Gebrauch. Die Erstschrift bitten wir zum Zeichen Ihres Einverständnisses mit Ihrer Unterschrift zu versehen und uns zurückzusenden.

1. Anlage

Hochachtungsvoll

Deutsche Eisenbahn-Gesellschaft
m.b.H.

(Dr. Sommer)

ppa.

(Schönjahn)

Wei/ag

Gesellschaft mit beschränkter Haftung
Industriebahn-Aktiengesellschaft
Frankfurt (Main), Moselstraße 2

Deutsche Bank AG., Frankfurt (Main)
Telefon: 331457/58
Telegramm-Adresse: Bahnenring

Frankfurt/Main, den 6. Dezember 1965
Moselstraße 2 · Postschließfach 16027

Industriebahn-Aktiengesellschaft, Frankfurt/Main, Moselstraße 2

An die
Stadtverwaltung Beuel
5302 Beuel

E n t w u r f

Tgb. Nr. Betr.: Kleinbahn Beuel - Großenbusch;
hier: Fortführung des Bahnbetriebes

Verpflichtungserklärung

Die Industriebahn G.m.b.H. gibt der Stadt Beuel die Zusicherung, daß sie den Betrieb auf dem Streckenabschnitt Beuel - Hangelar bis km 4,750 einschließlich Abzweigung Limperich auf die Dauer von 5 Jahren - gerechnet ab 1. Januar 1965 - aufrechterhalten wird, sofern die Deutsche Bundesbahn während dieser Zeit die vorgenannten Strecken mit einer Kleinlokomotive zu den Ende des Jahres 1964 vereinbarten Bedingungen bedient und die Interessengemeinschaft ihren Verpflichtungen uns gegenüber nachkommt.

Industriebahn GmbH

Deutsche Eisenbahn-Gesellschaft m. b. H.

6 Frankfurt (Main) 1, Moselstraße 2

Fernruf: 331457 - Drahtwort: Bahnverbindung
Geschäftszeit: 7.45 - 17.15 Uhr
Samstag geschlossen

Postfach 16 243
Landeszentralbank 4/742 Frankfurt (Main)
Postscheckkonto: Frankfurt (Main) 1749

Dresdner Bank AG., Frankfurt (Main), 117110
Deutsche Bank AG., Frankfurt (Main), 92/0736
Deutsche Verkehrs-Kreditbank AG., Hannover, 6657

Deutsche Eisenbahn-Gesellschaft m. b. H., Frankfurt (M), Postfach 16243

An den
Herrn Stadtdirektor
der Stadt Beuel am Rhein

5302 Beuel
Postfach 50

Stadt Beuel a. Rh.

Eing.: 15. DEZ/1965

Ihre Zeichen

Ihre Nachricht vom
15.11.1956

Unsere Zeichen
(Bei Rückantwort bitte angeben)

132 b 2 / Vt 3

Frankfurt (Main)

den 6. 12. 1965

Betreff:

Kleinbahn Beuel - Großenbusch;
Fortführung des Bahnbetriebes

Beil.

hier: Zuschuß der Stadt Beuel sowie der Gemeinden Hangelar
und Holzlar in Höhe von 20.000,-- DM für die not-
wendigen Oberbauarbeiten

Sehr geehrte Herren !

Wir bestätigen den Eingang Ihres Bewilligungsbescheides vom 15.11.1965.
Zu den in Abschnitt II genannten Bedingungen erlauben wir uns namens
und im Auftrage der Industriebahn G.m.b.H. zu bemerken:

Zu II. 1.

Die Finanzierung der Oberbauarbeiten ist, wie im Schreiben vom 12.10.1965
im einzelnen erläutert, sichergestellt, vorbehaltlich dem Eingang des Be-
willigungsbescheides des Landes Nordrhein-Westfalen über einen Zuschuß von
Zu II. 2. 25.000,-- DM.

Mit der Interessengemeinschaft Kleinbahn Beuel-Großenbusch e.V. soll
die in Durchschrift beigefügte Vereinbarung getroffen werden. Danach
gibt die Industriebahn G.m.b.H. der Interessengemeinschaft die Zu-
sicherung, daß sie den Betrieb auf dem Streckenabschnitt Beuel - Hangelar
bis km 4,750 einschließlich Abzweigung Limperich auf die Dauer von
5 Jahren - vom 1.1.1965 an gerechnet - als Eisenbahn des öffentlichen
Verkehrs aufrechterhalten wird, sofern die Deutsche Bundesbahn während
dieser Zeit die genannten Strecken mit einer Kleinlokomotive zu den
Ende des Jahres 1964 vereinbarten Bedingungen bedient und die Interessen-
gemeinschaft ihren Verpflichtungen gegenüber der Industriebahn G.m.b.H.
nachkommt.

Die Industriebahn G.m.b.H. kann demzufolge gegenüber der Stadt Beuel nur
eine Verpflichtungserklärung gleichen Inhalts abgeben; d.h. also Auf-
rechterhaltung des Bahnbetriebes auf dem Streckenabschnitt Beuel - Hangelar
bis 4,750 einschl. Abzweigung Limperich auf die Dauer von 5 Jahren
- vom 1.1.1965 an gerechnet - sofern die DB die Kleinlok zu den verein-
barten Bedingungen zur Verfügung stellt und die Interessengemeinschaft
ihre Verpflichtungen einhält.

Blatt 2 zum Schreiben an den Stadtdirektor der Stadt Beuel vom 6.12.1965

Da die Bahn bis km 4,750 weiterbetrieben wird, ist sichergestellt, daß für die in Hangelar sich ansiedelnde Firma ein Gleisanschluß hergestellt werden kann.

Zu II. 3.

Entwurf der Verpflichtungserklärung mit dem unter II. 2. erläuterten Wortlaut ist beigelegt.

Zu II. 4.

Wie Ihnen schon wiederholt dargelegt, ist der Industriebahn G.m.b.H. mit einem bedingt rückzahlbaren Zuschuß nicht geholfen. Wir sehen nur die einzige Möglichkeit, falls wider Erwarten der Bahnbetrieb vor Ablauf der unter II. 2. genannten Frist eingestellt würde und die Gemeinden von dem Vorkaufsrecht an den Bahnanlagen - siehe unser Schreiben vom 14.5.1965 - 132 b 2/Vt 3 - Gebrauch machen sollten, daß der Zuschuß anteilmäßig am Kaufpreis aufgerechnet wird; z.B. würden den Gemeinden nach Ablauf von 3 Jahren noch 8.000,-- DM auf den Kaufpreis angerechnet (für jedes an der Frist von 5 Jahren fehlende Jahr = 4.000,-- DM).

Zu II. 5.

Nach Durchführung der Oberbauarbeiten werden wir Ihnen einen Verwendungsnachweis übersenden.

Zu II. 6.

Die Möglichkeit der Rückerstattung des Zuschusses über die verladene Menge mit 1,50 DM/t, falls das von der Interessengemeinschaft garantierte jährliche Mehraufkommen von 13.500 t überschritten wird, wurde seinerzeit in den Verhandlungen mit der Industrie- und Handelskammer Bonn erwähnt. Damals wurde u.a. auch vorausgesetzt, daß die Gemeinden sich der Interessengemeinschaft anschließen. Unter Berücksichtigung der mit der Interessengemeinschaft zu treffenden Vereinbarung kann die Industriebahn G.m.b.H. den Zuschuß auch bei einem evtl. Verkehrszuwachs nicht zurückerstatten.

Zu II. 7.

Der Herr Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen hat mit Schreiben vom 30.11.1965 - V/C 3 - 31 - 05 Beu - die Industriebahn G.m.b.H. von der Betriebspflicht für den Streckenabschnitt von km 4,750 bis Großenbusch (b Beuel) entbunden. Die Übernahme dieser Bahnanlagen durch andere Interessenten müßte besonders geregelt werden und kann u.E. keinesfalls Bedingung für die Hergabe des Zuschusses der Gemeinden sein.

Wir bitten um entsprechende Änderung dieser Bedingungen. Für eine baldgefl. Rückäußerung wären wir dankbar.

2 Anlagen

Hochachtungsvoll

Deutsche Eisenbahn-Gesellschaft
m.b.H.

(Dr. Sommer)

ppa. *[Signature]*
(Schönijahn)

Wei/G

Stadt BEUEL a./Rhein



DER STADTDIREKTOR

Amt 20

Zeichen

An die
Amtsverwaltung Menden

5201 Siegburg-Mülldorf

Betr.: Industriebahn GmbH; Kleinbahn Beuel-Großenbusch;
Fortführung des Bahnbetriebes

Bezug: Schreiben vom 3. Januar 1966

Sehr geehrte Herren!

Als Anlage übersende ich Ihnen die gewünschte Fotokopie des Schreibens
der Deutschen Eisenbahn-Gesellschaft mbH vom 6. Dezember 1965 zur
gefl. Kenntnis.

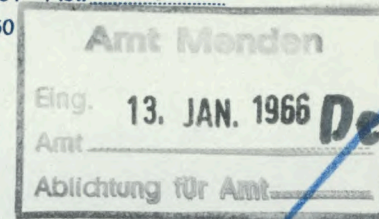
Mit vorzüglicher Hochachtung
Im Auftrage

Krahe
(K r a h e)
Stadtamtmann

5302 BEUEL, den 12. Januar 1966

Ruf: 43254-11 St. 402382

Postfach 50



STADT SANKT AUGUSTIN



DER STADTDIREKTOR

STADT SANKT AUGUSTIN

VERKEHR

VERKEHR

13 JAN 1966

VERKEHR

VERKEHR

VERKEHR

VERKEHR

VERKEHR

VERKEHR

VERKEHR

VERKEHR

VERKEHR

VERKEHR

VERKEHR

VERKEHR

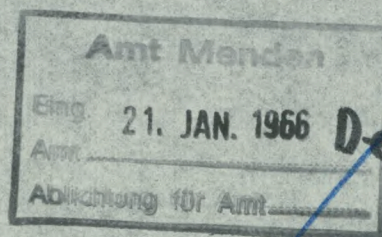
VERKEHR

Interessengemeinschaft
Kleinbahn Beuel - Großenbusch e. V.

Beuel, den 20.1.1966

An die
Amtsverwaltung
Menden

5201 Siegburg-Müldorf



Sehr geehrte Herren!

In der Anlage überreichen wir Ihnen eine Fotokopie des Protokolls unserer letzten Mitgliederversammlung. Mittlerweile haben wir der Deutschen Eisenbahngesellschaft einen Vertrag, der von den Mitgliedern unseres Vorstandes unterschrieben wurde, zugeleitet. In diesem Vertrag haben wir alle die Punkte berücksichtigt, die in der Mitgliederversammlung am 17.12.1965 erörtert wurden.

Die Deutsche Eisenbahngesellschaft hat in einem Schreiben vom 11.1.1966 mitgeteilt, daß die Bezüge des für die Wertsicherung beispielhaft herangezogenen Eisenbahnsekretärs sich mehrmals erhöht hätten und zwar sowohl im Jahr 1965 wie auch im Jahre 1966. Nach der Berechnung der Deutschen Eisenbahngesellschaft erhöht sich demnach die Frachtgarantie im Jahre 1965 auf insgesamt DM 41.615,30 und im Jahre 1966 auf insgesamt DM 42.502,90. Ebenfalls ändern sich im gleichen Verhältnis auch die Beträge von DM 3,--. Wir haben uns sofort an die Bundesbahndirektion in Köln mit der Bitte gewandt, uns genaue Auskünfte über die Bezüge des bezeichneten Beamten zu erteilen.

Wir hoffen, Ihnen mit dieser Unterrichtung gedient zu haben und verbleiben mit freundlichen Grüßen

Interessengemeinschaft
Kleinbahn Beuel - Großenbusch e. V.

Der Vorstand

[Handwritten signature]

Anlage

W. vml. c. 20.3.66

Interessengemeinschaft
Kleinbahn Beuel - Großenbusch e. V.

P r o t o k o l l

über die Mitgliederversammlung vom 17.12.65

Die Mitgliederversammlung wurde mit Schreiben vom 8.12.65 einberufen, sie fand im Rathaus-Restaurant der Stadt Beuel statt.

Die Versammlung beriet nach der Tagesordnung die mit der Deutschen Eisenbahngesellschaft mbH zu treffenden Vereinbarungen. Allen Mitgliedern lag ein schriftlicher Vorschlag der Eisenbahngesellschaft vor.

Es wurde folgendes erörtert:

1. Die Vereinbarungen sollten nicht in Briefform, sondern in Vertragsform getroffen werden.
2. Die Zahlungsterminvorschläge der Eisenbahn in Absatz (3) müssen so geändert werden, daß sie den Terminen der Beitragsordnung zugeordnet sind.
3. Der Absatz(4) sollte dahingehend erweitert werden, daß die Interessengemeinschaft eine Rückvergütung dann erhält, wenn insgesamt mehr als 37.087 Tonnen verladen werden.
4. Im Absatz (5) fehlt die Angabe eines Zahlungstermines.
5. Der Absatz (7) sollte noch dahingehend ergänzt werden, daß klar zum Ausdruck kommt, daß Tarifänderungen die vereinbarten Beträge nicht verändern können.
6. Der Absatz (8) sollte ebenfalls eine Erweiterung erfahren, indem ausdrücklich zum Ausdruck kommt, daß alle verfrachteten Tonnen angerechnet werden, ohne Rücksicht darauf, ob Verlader oder Empfänger Mitglieder der Interessengemeinschaft sind oder nicht.
7. Der Absatz (9) müßte geändert werden. Die Eisenbahn müßte ihre Verpflichtung zur Aufrechterhaltung des Bahnbetriebes ohne Einschränkung eingehen, es sei denn, die Interessengemeinschaft komme ihrerseits ihren vertraglichen Verpflichtungen nicht nach.
8. Die Eisenbahn sollte verpflichtet werden der Interessengemeinschaft jährlich die Verfrachtungszahlen bekannt zu geben und zwar für die Mitglieder einzeln, für alle anderen Verlader pauschal.

Es wurde ferner erörtert, ob man die Verpflichtung zwischen Eisenbahn einerseits und der Stadt Beuel und der Amtsverwaltung Menden andererseits nicht ebenfalls zum Gegenstand dieses Vertrages machen sollte, diese Anregung wurde dann aber fallengelassen. Ebenfalls wurde es nicht als notwendig erachtet einen Rechtsanwalt mit der Vertragssache zu beauftragen.

Der Vorstand wurde angewiesen nunmehr im obigen Sinne einen Vertrag zu entwerfen und den Vertrag mit der Deutschen Eisenbahngesellschaft abzuschließen.

Beuel, den 3. Januar 1965

gez. Linden gez. Schulze gez. Andernach

Stadt BEUEL a./Rhein



DER STADTDIREKTOR

5302 BEUEL, den 7. Februar 1966

Amt: 20

Fernruf:

Sammelnummer 4021 / Durchwahl 402 382

Aktenzeichen:

Postfach 50

An die
Deutsche Eisenbahn-Gesellschaft mbH

6 Frankfurt/Main
Moselstraße 2

Betr.: Industriebahn GmbH; Kleinbahn Beuel-Großenbusch;
Fortführung des Bahnbetriebes;
hier: Zuschuß der Stadt Beuel sowie der Gemeinden
Hangelar und Holzlar für Reparaturarbeiten

Bezug: Ihr Schreiben vom 14. Januar 1966, 132 b 2 / Vt 3

Sehr geehrte Herren!

Aufgrund Ihres o.g. Schreibens habe ich die Bedingungen für die Bewilligung des Zuschusses in Höhe von 20.000,-- DM abermals überprüft. Leider ist es mir nicht möglich, Ihren Änderungswünschen über das schon zugesagte Maß hinaus zu entsprechen.

Zu den strittigen Punkten möchte ich noch folgendes bemerken:

1. Zur Rückerstattung des Zuschusses mit 1,50 DM/t, falls das von der Interessengemeinschaft garantierte jährliche Mehraufkommen gegenüber 1963 von 13.500 t überschritten wird.

Ich verweise hier auf meine Stellungnahme im Schreiben vom 29.12.1965. Sie haben mir bei einer mündlichen Besprechung am 29.4.1965 in Frankfurt ausdrücklich zugesichert, den bewilligten Zuschuß bei Überschreitung des jährlichen Frachtaufkommens von 40.000 t mit einem Betrag von 1,50 DM/t zurückzuerstatten. Wenn Sie sich demgegenüber heute darauf berufen, diese Regelung sei durch ihre Verpflichtung, den Bahnbetrieb mindestens 5 Jahre aufrechtzuerhalten, überholt, so vermag ich den Grund hierfür nicht einzusehen. Für diese 5 Jahre ist Ihnen seitens der Interessengemeinschaft Kleinbahn Beuel-Großenbusch e.V. vertraglich eine Frachtgarantie zugesichert worden, durch die - wie ich das den bisherigen Verhandlungen entnehmen mußte - die Rentabilität der Strecke gewährleistet ist. Inwiefern Ihrer Gesellschaft durch die 5jährige Betriebsverpflichtung höhere Kosten für die Instandsetzung und die laufende Unterhaltung des Oberbaues gegenüber den gewöhnlichen Kosten erwachsen sollen, kann ich aus Ihrem Schreiben nicht ersehen. Da Sie nähere Erläuterungen zu diesem Punkt nicht gegeben haben, muß ich davon ausgehen, daß die Grundlegung für die seinerzeit von Ihnen

STADT BEZUGS-AMT



DES STADTBEZUGS-AMTS

UND BEZUGS-AMT

STADT BEZUGS-AMT

STADT

STADT

STADT BEZUGS-AMT

STADT

STADT

STADT

STADT BEZUGS-AMT

STADT BEZUGS-AMT

STADT

STADT BEZUGS-AMT

STADT BEZUGS-AMT

STADT BEZUGS-AMT

STADT BEZUGS-AMT

STADT BEZUGS-AMT

STADT BEZUGS-AMT

STADT BEZUGS-AMT

STADT BEZUGS-AMT

STADT BEZUGS-AMT

STADT BEZUGS-AMT

STADT BEZUGS-AMT

STADT BEZUGS-AMT

STADT BEZUGS-AMT

STADT BEZUGS-AMT

STADT BEZUGS-AMT

STADT BEZUGS-AMT

STADT BEZUGS-AMT

STADT BEZUGS-AMT

STADT BEZUGS-AMT

STADT BEZUGS-AMT

STADT BEZUGS-AMT

STADT BEZUGS-AMT

STADT BEZUGS-AMT

STADT BEZUGS-AMT

STADT BEZUGS-AMT

STADT BEZUGS-AMT

STADT BEZUGS-AMT

STADT BEZUGS-AMT

STADT BEZUGS-AMT

STADT BEZUGS-AMT

STADT BEZUGS-AMT

STADT BEZUGS-AMT

STADT BEZUGS-AMT

Blatt 2 zum Schreiben an die Deutsche Eisenbahn-Gesellschaft mbH,
6 Frankfurt/Main, Moselstraße 2

Betr.: Industriebahn GmbH; Kleinbahn Beuel-Großenbusch;
Fortführung des Bahnbetriebes;
hier: Zuschuß der Stadt Beuel sowie der Gemeinden
Hangelar und Holzlar für Reparaturarbeiten

gegebene Zusage sich nicht soweit geändert hat, daß ein Wegfall dieser Bedingung gerechtfertigt wäre, zumal der Rat Ihnen in anderen Punkten schon weitgehend entgegengekommen ist.

2. Zu der erbetenen unbedingten Verpflichtungserklärung.

Auch hierzu möchte ich auf meine Stellungnahme vom 29. 12. 1965 verweisen. Beweggrund des Rates der Stadt, Ihnen den Zuschuß zu gewähren, ist das Interesse an der Aufrechterhaltung des Bahnbetriebes für mindestens 5 Jahre. Die von Ihnen vorgeschlagene Verpflichtungserklärung würde aber keinerlei Sicherheit für die Einhaltung dieser 5-Jahresfrist geben, vielmehr die Stadt einseitig mit dem Risiko abredewidrigen Verhaltens Ihres Vertragspartners - Bundesbahn/Interessengemeinschaft - belasten, auf das diesseits kein Einfluß besteht. Ich bin der Meinung, daß es primär Ihre Aufgabe ist, auf die Einhaltung der Verpflichtung Ihrer Vertragspartner (Bundesbahn, Interessengemeinschaft) hinzuwirken und sich gegebenenfalls an diese zu halten.

Ich muß deshalb auf eine unbedingte Verpflichtungserklärung bestehen, wobei ich noch einmal darauf hinweise, daß ich Ihnen schon in-soweit entgegengekommen bin, als ich mich bereit erklärt habe, anstelle des 1. November 1965 den 1. Januar 1965 als Stichtag anzusehen.

Ich bitte Sie, im Interesse eines raschen Abschlusses der Verhandlungen um baldige Unterzeichnung der Verpflichtungserklärung.

Mit vorzüglicher Hochachtung

gez.: B r o c k

Durchschrift mit Anlage

2. An die
Amtsverwaltung Menden

5201 Siegburg-Mülldorf

zur gefl. Kenntnis überreicht.

Amt Menden	
Eing.	10. FEB. 1966
Amt	
Ablichtung für Amt	

Handwritten signature: J. R. R.

Handwritten signature: z. l. g.



[Faint, mostly illegible text at the top of the page, possibly a header or introductory paragraph.]

[Faint, mostly illegible text in the upper middle section.]

[Faint, mostly illegible text in the middle section, appearing to be several paragraphs.]

[Faint, mostly illegible text in the lower middle section.]

[Faint, mostly illegible text in the lower section.]

[Faint, mostly illegible text in the lower section.]

[Faint, mostly illegible text in the lower section.]

[Faint, mostly illegible text in the lower section.]

[Faint, mostly illegible text in the lower section.]

[Faint, mostly illegible text in the lower section.]

[Faint, mostly illegible text in the lower section.]

[Faint, mostly illegible text in the lower section.]

[Faint, mostly illegible text in the lower section.]

[Faint, mostly illegible text in the lower section.]



[Handwritten signature or initials, possibly 'T. H. R.'].]

[Faint rectangular stamp or box containing illegible text.]

Deutsche Eisenbahn-Gesellschaft m. b. H.

6 Frankfurt (Main) 1, Moselstraße 2

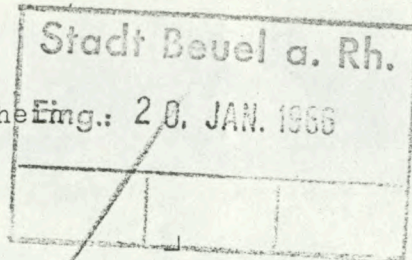
Fernruf: 331457 — Drahtwort: Bahnverbindung
Geschäftszeit: 7.45 — 17.15 Uhr
Samstag geschlossen

Postfach 16 243
Landeszentralbank 4/742 Frankfurt (Main)
Postscheckkonto: Frankfurt (Main) 1749

Dresdner Bank AG., Frankfurt (Main), 117110
Deutsche Bank AG., Frankfurt (Main), 92/0736
Deutsche Verkehrs-Kreditbank AG., Hannover, 6657

Deutsche Eisenbahn-Gesellschaft m. b. H., Frankfurt (M), Postfach 16243

An den
Herrn Stadtdirektor
der Stadt Beuel am Rhein
5302 Beuel
Postfach 50



Handwritten:
b 2
26/1

Ihre Zeichen

Ihre Nachricht vom

28.12.1965

Unsere Zeichen
(Bei Rückantwort bitte angeben)

132 b 2 / Vt 3

Frankfurt (Main)

den 14. Januar 1966

Betreff: Kleinbahn Beuel-Großenbusch;
Fortführung des Bahnbetriebes
hier: Zuschuß der Stadt Beuel sowie der Gemeinden Hangelar
und Holzlar in Höhe von 20.000,— DM für die
notwendigen Oberbauarbeiten

Sehr geehrte Herren !

Der Herr Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen in Düsseldorf hat inzwischen der Industriebahn GmbH zur Finanzierung dringender Oberbauarbeiten bei der Kleinbahn Beuel-Großenbusch einen bedingt rückzahlbaren Zuschuß in Höhe von 25.000 DM gewährt unter der Voraussetzung, daß der Betrieb der Kleinbahn Beuel-Großenbusch auf die Dauer von 5 Jahren, vom 1.1.1965 an gerechnet, weitergeführt wird. Sofern vor Ablauf dieser Frist der Betrieb der Bahn eingestellt wird, sind für jedes an der Verpflichtung von 5 Jahren fehlende Kalenderjahr 5.000 DM zurückzuzahlen.

In den mit Ihnen in der gleichen Angelegenheit -Gewährung eines Zuschusses für die Oberbauinstandsetzung- mehrfach geführten Besprechungen bestand Übereinstimmung, daß der Zuschuß von der Stadt Beuel und den Gemeinden Hangelar und Holzlar analog den vom Land Nordrhein-Westfalen gestellten Bedingungen bewilligt werden sollte.

Die ursprünglich in den Verhandlungen mit der Interessengemeinschaft in Aussicht genommenen Rückzahlung des Zuschusses über die verladene Menge -mindestens mit 1,— DM/t, höchstens mit 1,50 DM/t- war an die Voraussetzung von entsprechenden Mehrverfrachtungen geknüpft, d.h. für die die Jahresverfrachtungen von 37.087 t überschreitenden Mengen sollte

- 2 -

mindestens 1,-- DM/t, höchstens 1,50 DM/t bis zu einem Gesamtbetrag von 20.000 DM rückvergütet werden. Diese Regelung war als Anreiz zur Steigerung der Verirachtungen gedacht. Sie ist durch die Verpflichtung der Industriebahn GmbH, den Bahnbetrieb mindestens 5 Jahre aufrechtzuerhalten, überholt, denn durch die vorerwähnte Verpflichtung erwachsen der Bahn höhere Kosten für die Instandsetzung und die laufende Unterhaltung des Oberbaues.

Die Einschränkungen in der Verpflichtungserklärung vom 6.12.1965 - sofern die DB während dieser Zeit die vorgenannten Strecken mit einer Kleinlokomotive zu den Ende des Jahres 1964 vereinbarten Bedingungen bedient und die Interessengemeinschaft ihren Verpflichtungen uns gegenüber nachkommt - sind notwendig, weil einmal die DB die für die Zuführung und Abholung der Güter erforderliche Kleinlok der Bahn gegen Widerruf vermietet hat und zum anderen die Interessengemeinschaft von der Vereinbarung (Leistung einer Frachtgarantie) zurücktreten könnte. Es kann aber unterstellt werden, daß die DB mit Rücksicht auf ihr Frachtinteresse von jährlich rd 550.000 bis 600.000 DM von diesem Widerruf nicht ohne weiteres Gebrauch machen wird.

Wir wären Ihnen dankbar, wenn Sie sich entschließen könnten, den Zuschuß von 20.000 DM unter den vom Land Nordrhein-Westfalen gewünschten und von der Industriebahn GmbH. anerkannten Bedingungen bewilligen würden.

Hochachtungsvoll

Deutsche Eisenbahn-Gesellschaft

m.b.H.

Wei/W

(Dr. Sommer)

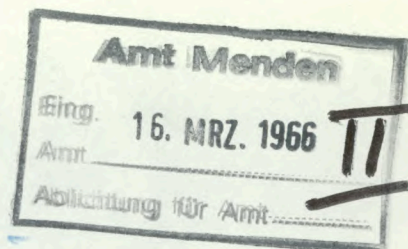
ppa.

(Schönjahn)

Interessengemeinschaft
Kleinbahn Beuel - Großenbusch e. V.

Beuel, den 14. März 1966

An die
Amtsverwaltung Menden
5201 Siegburg-Mülldorf



Teil weiter
1) pl.
2) z. Vg. Vorl. 29./4.

W. L. L.

Sehr geehrte Herren!

In der Anlage überreichen wir Ihnen eine Einladung zu unserer diesjährigen Mitgliederversammlung.

Wir würden uns sehr freuen, wenn Sie an dieser Mitgliederversammlung teilnehmen würden und begrüßen Sie

mit vorzüglicher Hochachtung

Interessengemeinschaft
Kleinbahn Beuel - Großenbusch e. V.

f. d. Vorstand

1 Anlage

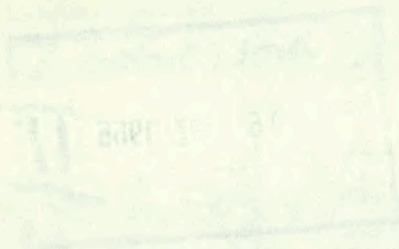
1) Nicht teilgenommen

*2) w. vorl. bei Eingangs
der Niederschrift soll a*

26.

1.7.

L. 11/5.



Handwritten signature or mark in the lower center.

Interessengemeinschaft
Kleinbahn Beuel - Großenbusch e. V.

Beuel, den 14. März 1966

Herrn
Amtdirektor des Amtes
Menden

5201 Siegburg-Mülldorf

Betrifft: Mitgliederversammlung

Sehr geehrte Herren!

Wir laden Sie hiermit gem. § 12 der Satzungen zu unserer ordentlichen Mitgliederversammlung am

29. April 1966 um 15.00 Uhr

ins Rathaus-Restaurant in Beuel

ein.

Aus Termingründen war es uns leider nicht möglich, die ordentliche Mitgliederversammlung bis Ende März einzuberufen. Wir hoffen nämlich noch bis zur Mitgliederversammlung Ihnen die Vereinbarungen mit der Deutschen Eisenbahngesellschaft vorlegen zu können, die bis heute noch nicht abgeschlossen werden konnten.

Die Tagesordnung für die ordentliche Mitgliederversammlung ist folgende:

- 1) Bericht des Vorstandes über die Verhandlungen zum Abschluß eines Vertrages mit der Deutschen Eisenbahngesellschaft.
- 2) Beratung und Beschlußfassung über die Kosten der Geschäftsführung gem. § 6 der Satzungen.
- 3) Austritt der Schamotte- und Stein-Industrie G.m.b.H. aus der Interessengemeinschaft.
- 4) Geschäftsbericht des Vorstandes über das abgelaufene Geschäftsjahr.
- 5) Entlastung des Vorstandes.
- 6) Neuwahl des Vorstandes.
- 7) Verschiedenes.

Inzwischen begrüßen wir Sie

mit vorzüglicher Hochachtung

Interessengemeinschaft
Kleinbahn Beuel - Großenbusch e. V.
i. d. V. Vorstand

Agfa

Agfa

Agfa

Agfa

Agfa

Agfa

Agfa

Agfa

Agfa

Agfa

Agfa

Agfa

Interessengemeinschaft
Kleinbahn Beuel - Großenbusch e. V.

Beuel, den 1. Juni 1966

p.A.: Dipl.-Kfm. Hans Linden
5204 Hangelar - Linco-Werk

Amt Menden

Eing.-6. JUNI 1966

Dec. III
Amt Ablichtung für Amt

An die
Amtsverwaltung Menden
5201 Siegburg-Mülldorf

z. Vg.

Betrifft: Mitgliederversammlung vom 29. April 1966

Sehr geehrte Herren!

In der Anlage überreichen wir Ihnen zu Ihrer gefälligen Unterrichtung eine Fotokopie des Protokolls über unsere Mitgliederversammlung vom 29. April 1966 im Rathausrestaurant in Beuel.

Wir hoffen gerne, Ihnen hiermit gedient zu haben und begrüßen Sie

mit vorzüglicher Hochachtung

Interessengemeinschaft
Kleinbahn Beuel - Großenbusch e. V.
f. d. Vorstand

1 Anlage

Am 1. August 1955

3001 MUL 3-100

10.000
10.000

10.000

10.000

10.000

10.000

10.000

10.000

10.000

10.000

10.000

10.000

10.000

10.000

P r o t o k o l l

Über die Mitgliederversammlung vom 29. April 1966

Zu dieser ordentlichen Mitgliederversammlung waren alle Vereinsmitglieder, die Firma Rübenach, die Stadt Beuel und die Amtsverwaltung Menden für die Gemeinden Hangelar und Holzlar mit Schreiben vom 14. März 1966 eingeladen worden. Die Mitgliederversammlung fand im Rathausrestaurant der Stadt Beuel statt, sie wurde um 15.15 vom Vorstandsvorsitzenden eröffnet.

Der Vorsitzende stellte zunächst fest, daß diese Versammlung gemäß § 11 der Satzungen ordnungsgemäß einberufen worden sei, wenn diese Versammlung nicht bis zum 31.3.1966 hatte durchgeführt werden können, so lag das an Terminschwierigkeiten auf Seiten des Vorstandes in Bezug auf die Verhandlungen mit der Deutschen Eisenbahngesellschaft.

Sodann stellte der Vorsitzende fest, daß von den elf eingeladenen Mitgliedern drei nicht erschienen waren, die assoziierte Firma Rübenach war vertreten, die Stadt Beuel und die Amtsverwaltung Menden hatten den Vorstand vorher von ihrem Fernbleiben von dieser Versammlung unterrichtet. Es wurde ferner festgestellt, daß die Mitgliederversammlung im Sinne der Satzung voll beschlußfähig sei.

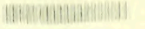
Punkt 1 der Tagesordnung

Der Vorsitzende berichtete über den augenblicklichen Stand der Verhandlungen mit der Deutschen Eisenbahngesellschaft zum Abschluß eines Fünfjahresvertrages. Er trug ferner die Abrechnung für das Geschäftsjahr 1965 mit der Deutschen Eisenbahngesellschaft vor, da auf Grund des vereinbarten Garantieindex die Frachtgarantie sich erhöht hat und auf Grund von Mehrverladungen eine Rückvergütung bzw. Gutschrift erfolgt.

Die Mitgliederversammlung nahm den Bericht über die Verhandlungen entgegen und diskutierte kurz über einige Verhandlungspunkte, billigte aber im übrigen ohne Abstimmung die bisherige Verhandlungsführung des Vorstandes.

Die vom Vorstand vorgelegte Jahresabrechnung mit der Deutschen Eisenbahngesellschaft für das Geschäftsjahr 1965 wurde zur Abstimmung vorgelegt, die Abrechnung wurde einstimmig, bei einer Stimme Enthaltung angenommen und bestätigt, der Vorstand zugleich beauftragt, die noch ausstehenden Beträge einzufordern und den für die Mehrverladung in Frage kommenden Mitgliedern die entsprechenden Gutschriften zu erteilen.

Demnach ergibt sich bei Anwendung des Garantieindex, daß die Frachtgarantie sich im Jahre 1965 auf insgesamt DM 41.615,30 erhöht hat, der Betrag ist von den einzelnen Mitgliedern wie folgt aufzubringen:



COPYRAPID

COPYRAPID

COPYR

COPYRAPID

COPYRAPID

COPYR

COPYRAPID

COPYRAPID

COPYR

COPYRAPID

COPYRAPID

COPYR

COPYRAPID

- 2 -

Kalthoff K.-G.	DM	33,--
Andernach K.-G.	"	151,--
Johann & Koenen	"	54,--
Novaktinchemie GmbH.	"	69,--
Schwegmann K.-G.	"	40,--
Thomas Eisenhandel GmbH.	"	259,--
Deutsche Vialit GmbH.	"	226,--
Althoff	"	45,--
Kautex-Werke	"	314,--
Schamotte- u. Stein-Ind.	"	180,--
Linco GmbH.	"	244,30
	DM	1.615,30
	=====	

Auf Grund der im Jahre 1965 erfolgten Mehrverladungen erhält die Interessengemeinschaft eine Rückvergütung von DM 5.842,51, dieser Betrag wird den Mitgliedern, die an der Mehrverladung beteiligt sind, gutgeschrieben. Der Umlageschlüssel ist der DM-Betrag, der sich aus der Gegenüberstellung der DM-Frachten 1963 und 1965 ergibt. Gutschriften erhalten demnach die nachfolgenden Mitglieder wie folgt:

	Mehrverladung			Gutschrift	
Kalthoff K.-G.	DM	354,65	1,5 %	DM	87,64
Andernach K.-G.	"	6.558,26	27,4 %	"	1.600,85
Schwegmann K.-G.	"	154,62	0,6 %	"	35,06
Thomas Eisenhandel	"	10.387,79	43,4 %	"	2.535,65
Kautex-Werke	"	2.067,07	8,6 %	"	502,46
Linco GmbH.	"	4.425,05	18,5 %	"	1.080,85
	DM	23.947,44	100,0 %	DM	5.842,51
	=====				

Punkt 2 der Tagesordnung

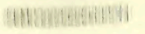
Nachdem der Vorsitzende der Mitgliederversammlung darüber berichtet hatte, daß außer Gerichts- und Notarkosten keine Kosten der Geschäftsführung angefallen seien, wurde mitgeteilt, daß diese Kosten aber außerhalb der an die Deutsche Eisenbahngesellschaft zu leistenden Beträge eingefordert werden müssen. Der Vorstand schlage deshalb vor, zunächst für die Kosten der Geschäftsführung gemäß § 6 der Satzungen einen festen Jahresbetrag von DM 20,-- pro Mitglied zu erheben.

Über diesen Vorschlag des Vorstandes wurde abgestimmt, und er wurde von der Mitgliederversammlung einstimmig angenommen.

Punkt 3 der Tagesordnung

Der Vorsitzende berichtete über den Austritt der Schamotte- und Stein-Industrie GmbH. aus der Interessengemeinschaft, weil sie ihren Betrieb in Hangelar an die Kautex-Werke verkauft hat und aus diesem Grunde keine Verfrachtungen mehr vornehme. Die Schamotte- und Stein-Industrie GmbH. hatte mit Schreiben vom 15.2.1966 ihren Austritt erklärt.

COPYRAPID



COPYRA

COPYRAPID

COPYRAPID

COPYRA

COPYRAPID

COPYRAPID

COPYRA

COPYRAPID

COPYRAPID

COPYRA

COPYRAPID

COPYRAPID

COPYRA

Die erste Frage, zu welchem Termin der Austritt bzw. die Kündigung wirksam werde, entschied die Mitgliederversammlung einstimmig dahingehend, daß der Austritt der Schamotte- und Stein-Industrie GmbH. mit dem Ausspruch des Austritts, also am 15. Februar 1966 wirksam werde, die Schamotte- und Stein-Industrie also nur bis 15. Februar 1966 ihren Beitragsverpflichtungen gegenüber der Interessengemeinschaft nachzukommen habe. Der anwesende Vertreter der Schamotte- und Stein-Industrie GmbH. billigte dankend diese Entscheidung.

Die zweite Frage beschäftigte sich mit der Verteilung der bisher bzw. bis zum 15.2.1966 von der Schamotte- und Stein-Industrie GmbH. gezahlten Mitgliederbeiträge von jährlich DM 3.900,--. Der Vorstand machte der Mitgliederversammlung nach zuvor erfolgter Abstimmung mit den Kautex-Werken folgenden Vorschlag:

Die Kautex-Werke übernehmen 70 % des Betrages unter der Voraussetzung, daß Beiträge von neu hinzukommenden Mitgliedern zunächst bis zur Höhe der von ihr übernommenen Beträge voll auf die neuen Beitragsverpflichtungen der Kautex-Werke angerechnet werden. Die restlichen 30 % des Betrages sollen dann im Verhältnis der bisher gezahlten Beiträge von allen anderen Mitgliedern übernommen werden.

Die Mitgliederversammlung entschied sich dann in der nachfolgenden Abstimmung einstimmig für die Annahme des Vorschlages des Vorstandes.

Ohne Berücksichtigung der durch Erhöhung der Frachtgarantie gestiegenen Beiträge ergibt dies folgende Abrechnungen:

Für das Jahr 1966:

Schamotte- u. Stein-Ind.GmbH.	
für 1 1/2 Monate	DM 487,50
Kautex-Werke 70 % des Restbetrages	" 2.388,75
Verteilung auf Mitglieder 30 %	
des Restbetrages	" 1.023,75
	DM 3.900,--
	=====

Für die weiteren Jahre:

Kautex-Werke 70 % von DM 3.900,--	DM 2.730,--
Verteilung auf Mitglieder 30 %	
von DM 3.900,--	" 1.170,--
	DM 3.900,--
	=====

Der Vorstand wird den Verteilerschlüssel für die zu verteilenden Beträge ermitteln und die Kautex-Werke und die übrigen Mitglieder dann unterrichten.

Punkt 4 der Tagesordnung

Der Vorsitzende verlas den Geschäftsbericht des Vorstandes über das Geschäftsjahr 1965.

COPYRAPID

COPYRAPID

COPYRAPID

COPYRAPID

COPYRAPID

COPYRAPID

COPYRAPID

COPYRAPID

COPYRAPID

COPYRAPID

COPYRAPID

COPYRAPID

COPYRAPID

Punkt 5 der Tagesordnung

Der Vorstand, der mit der Vorlage des Geschäftsberichtes seine Tätigkeit beendet hatte, übertrug dann die Leitung der Mitgliederversammlung Herrn Dr. Rathgeber. Herr Dr. Rathgeber dankte im eigenen wie auch Namen aller Mitglieder dem Vorstand für die bisher geleistete Arbeit und für die Erstellung des Geschäftsberichtes. Er schlug vor, den Vorstand für das Geschäftsjahr 1965 zu entlasten.

Die Mitgliederversammlung entlastete sodann einstimmig den Vorstand für das Geschäftsjahr 1965 und genehmigte den vorgelegten Geschäftsbericht.

Punkt 6 der Tagesordnung

Herr Dr. Rathgeber bat dann die Mitgliederversammlung, den Vorstand in seiner bisherigen Zusammensetzung erneut zu wählen. In der dann folgenden Wahl wurde der Vorstand in seiner bisherigen Zusammensetzung erneut einstimmig gewählt.

Der alte und neue Vorstand übernahm dann wieder die Geschäfte der Interessengemeinschaft.

Punkt 7 der Tagesordnung

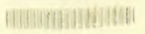
Der Vorsitzende berichtete zunächst über die inzwischen erfolgte Eintragung der am 2.9.1965 beschlossenen Satzungsänderung in das Vereinsregister des Amtsgerichtes Bonn.

Des weiteren berichtete der Vorsitzende über die Möglichkeit der Aufnahme der Firma Goldberg in Siegburg in die Interessengemeinschaft. Die Mitgliederversammlung billigte einstimmig ohne Abstimmung den Vorschlag des Vorstandes, die Firma Goldberg als Mitglied der Interessengemeinschaft anzuwerben, allerdings soll die Firma Goldberg erst dann zur Zahlung von Beiträgen herangezogen werden, wenn sie Verfrachtungen vornimmt, bis dahin ist ihre Mitgliedschaft beitragsfrei. Der Vorstand wurde dann von der Mitgliederversammlung einstimmig ermächtigt die Verhandlungen mit der Firma Goldberg in dem vorgeschlagenen Sinne weiterzuführen.

Anschließend berichtete der Vorstand über die inzwischen mit der Firma Hertie aufgenommenen Verhandlungen und den geführten Briefwechsel. Der Briefwechsel wie auch die bisher (telefonisch) geführten Verhandlungen haben zum Ergebnis, daß die Firma Hertie nicht Mitglied der Interessengemeinschaft zu werden gedenkt, weil sie einmal der Ansicht ist, daß ein Bahnanschluß wegen der damit verbundenen Kosten nicht, wenigstens nicht für die kommenden Jahre, in Frage kommt und weil sie andererseits darüber informiert sei, daß auch ohne ihre Beteiligung der Fortbestand der Bahnstrecke gesichert sei. Der Vorstand hatte über diese Verhandlungen auch Herrn Oberstadtdirektor Brock von der Stadt Beuel unterrichtet und das unterrichtende Schreiben auch per Durchschlag an Hertie gesandt. Daraufhin schien die Firma Hertie bereit, ihren Standpunkt betreffend Mitgliedschaft erneut zu überprüfen, denn wir wurden unterrichtet, daß man doch wohl die Dinge etwas anders sehen müsse und erbat etwa 3 Wochen Bedenkzeit.

Diese Verhandlungsführung wie auch die bereits dem Vorstand bei seiner Verhandlung mit der Deutschen Eisenbahngesellschaft am 5.4.1966 be-

COPYRAPID



COPYRAPID

COPYRAPID

COPYRAPID

COPYRAPID

COPYRAPID

COPYRAPID

COPYRAPID

COPYRAPID

COPYRAPID

COPYRAPID

COPYRAPID

COPYRAPID

COPYRAPID

- 5 -

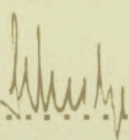
kannt gewordenen Umstände und Denkweisen ließ die Vermutung heranreifen, daß zwischen der Bahn und der Firma Hertie u. U. Abmachungen oder Gespräche stattgefunden haben, die nicht gerade im Sinne unserer Interessengemeinschaft liegen. Das würde aber zutreffendfalls bedeuten, daß die Firma Hertie, obwohl sie einen Bahnanschluß im großen plant, nicht Mitglied unserer Interessengemeinschaft wird. Unsere Bedenken begründen sich weiter auf dem Umstand, daß eine Firma von der Größe und Bedeutung wie Hertie doch keinesfalls eine Mitgliedschaft nur deshalb verweigert, weil sie u. U. einen für sie lächerlichen Jahresbeitrag zahlen muß. Weiter vermag der Vorstand nicht einzusehen, daß die Mitglieder unter zum Teil beachtlichen finanziellen Leistungen den Bahnbetrieb auf fünf Jahre sicherstellen und andererseits die Möglichkeit besteht, daß ein Bahnanlieger von der Größe der Firma Hertie ohne geringste zusätzliche finanzielle Leistungen in die gleichen Vorteile gelangt.

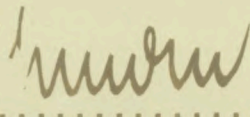
Die Mitgliederversammlung billigte voll und ganz den Standpunkt des Vorstandes und ermächtigte den Vorstand einstimmig der jeweiligen Sachlage entsprechend weitere Verhandlungen sowohl mit der Firma Hertie als auch mit der Deutschen Eisenbahngesellschaft bezüglich des vorstehenden Vertragsabschlusses zu führen. Der Vorstand wurde beauftragt nach eigenem Gutdünken in der Vertragssache zu handeln.

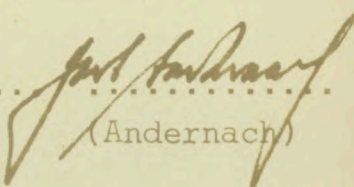
Die Mitgliederversammlung billigte einstimmig den Vorschlag des Vorstandes Mitgliedsbeiträge in evtl. Abänderung der Beitragsordnung nur in der Höhe anzufordern, wie sie zur Abführung an die Deutsche Eisenbahngesellschaft jeweils benötigt werden.

Die Mitgliederversammlung wurde um 17.15 Uhr beendet.

Beuel, den 3. Mai 1966


.....
(Schulze)


.....
(Linden)


.....
(Andernach)



COPYRAPID

COPYRAPID

COPYRAPID

COPYRAPID

COPYRAPID

COPYRAPID

COPYRAPID

COPYRAPID

COPYRAPID

COPYRAPID

COPYRAPID

COPYRAPID

COPYRAPID

Stadt BEUEL a./Rhein



DER STADTDIREKTOR

Amt: 20/1

Aktenzeichen:

5302 BEUEL, den 3. Oktober 1966

Fernruf:

Sammelnummer 4021 / Durchwahl 402 382

Postfach 50

Amt Menden

Eing.-6. OKT 1966

Amt Abt. für Amt

An die
Amtsverwaltung Menden

5201 Siegburg-Mülldorf

Betr.: Industriebahn GmbH.; Kleinbahn Beuel-Großenbusch;
Fortführung des Bahnbetriebes;
hier: Zuschuß der Stadt Beuel sowie der Gemeinden
Hangelar und Holzlar in Höhe von 20.000,-- DM
für die notwendigen Oberbauarbeiten

Sehr geehrte Herren !

Als Anlage überreiche ich die Durchschrift des Schreibens
an die Deutsche Eisenbahngesellschaft m.b.H. in Frankfurt/
Main, mit der Bitte um Kenntnisnahme.

Hochachtungsvoll

Krahe

(Krahe)
Stadtoberamtmann

W. vsl.

15.11.67

15.3.

E-17/m

29. September 1966

20/1

382

An die
Deutsche Eisenbahngesellschaft m.b.H.

6 Frankfurt/M. 1

Moselstraße 2

Betr.: Industriebahn GmbH; Kleinbahn-Beuel-Großenbusch;
Fortführung des Bahnbetriebes;

hier: Zuschuß der Stadt Beuel sowie der Gemeinden
Hangelar und Holzlar in Höhe von 20.000,--DM
für die notwendigen Oberbauarbeiten

Bezug: Ihr Schreiben vom 8. September 1966 - 132 b 2/Vt 3 -

Sehr geehrte Herren !

Mit Schreiben vom 15.11.1965 hatte ich Ihnen bereits einen
Bewilligungsbescheid zugehen lassen, der jedoch nicht Ihre
volle Zustimmung gefunden hat. Nach mehreren Verhandlungen,
die mit der Interessengemeinschaft und Ihnen geführt worden
sind, kann ich Ihnen nunmehr folgenden Bewilligungsbescheid
erteilen:

Bewilligungsbescheid

- I. 1. Gemäß Beschluß des Rates der Stadt Beuel vom 2. Juni
1965 wird der Industriebahn GmbH Frankfurt/Main sei-
tens der Stadt Beuel zur Durchführung der in der An-
lage Ihres o.g. Schreibens angegebenen Oberbauarbeiten
an der Kleinbahn Beuel-Großenbusch ein einmaliger Zu-
schuß in Höhe von 10.000,-- DM (in Worten: Zehntau-
send Deutsche Mark) unter den nachstehend aufgeführ-
ten Bedingungen gewährt.
2. Federführend in dieser Sache für die Gemeinden Holz-
lar und Hangelar des Amtes Menden wird mitgeteilt,
daß die Gemeindevertretung der Gemeinde Holzlar am

Handwritten text at the top of the page, possibly a header or title, which is mostly illegible due to fading.

First main paragraph of handwritten text, located in the upper left section of the page.

Second main paragraph of handwritten text, located in the middle left section of the page.

Third main paragraph of handwritten text, located in the lower left section of the page.

Fourth main paragraph of handwritten text, located in the lower left section of the page.

Fifth main paragraph of handwritten text, located in the lower left section of the page.

Sixth main paragraph of handwritten text, located in the lower left section of the page.

Seventh main paragraph of handwritten text, located in the lower left section of the page.

Eighth main paragraph of handwritten text, located in the lower left section of the page.



Blatt 2 zum Bewilligungsbescheid an die Deutsche Eisenbahngesellschaft mbH.; 6 Frankfurt/Main, Moselstraße 2
betr.: Industriebahn GmbH; Kleinbahn Beuel-Großenbusch;
Fortführung des Bahnbetriebes

22. Juni 1965 und die Gemeindevertretung der Gemeinde Hanglar am 23. September 1965 beschlossen haben, der Industriebahn GmbH zur Durchführung der angegebenen Gleisarbeiten einen einmaligen Zuschuß von jeweils 5.000,-- DM, insgesamt 10.000,-- DM (in Worten: Zehntausend Deutsche Mark) unter den nachstehend aufgeführten Bedingungen zu gewähren.

II. Bedingungen

1. Der gewährte Zuschuß von 20.000,-- DM ist zurückzuzahlen, wenn innerhalb eines Zeitraumes von 5 Jahren, vom 1.1.1965 an gerechnet, der Betrieb der Kleinbahn Beuel-Großenbusch eingestellt wird. Die bedingte Rückzahlungsverpflichtung ermäßigt sich für jedes angefangene Kalenderjahr - ab 1.1.1965 - um je 4.000,-- DM.
2. Die Mittel sind zweckgebunden zur Finanzierung der Kosten für die Durchführung dringender Oberbauarbeiten auf verschiedenen Streckenabschnitten der Kleinbahn Beuel-Großenbusch.
3. Das Land Nordrhein-Westfalen und der Landesrechnungshof sind berechtigt, die Verwendung der Mittel durch Einsicht in die Bücher, Belege und andere Unterlagen sowie durch örtliche Besichtigung selbst zu prüfen oder durch Beauftragte prüfen zu lassen und die erforderlichen Auskünfte zu verlangen.
4. Im übrigen gelten die im Bewilligungsbescheid des Landes Nordrhein-Westfalen vom 16.12.1965 gestellten Bedingungen.

Ich bitte Sie, sich mit diesem Bewilligungsbescheid einverstanden zu erklären. Die Stadtkasse ist angewiesen, nach Eingang Ihrer Anerkennung des Bewilligungsbescheides, den Betrag von 20.000,-- DM umgehend auf Ihr Konto 92/0736 bei der Deutschen Bank AG., Frankfurt/Main, zu überweisen.

Hochachtungsvoll

gez. Brock

(B r o c k)

29. September 1966

20/1

382

An die
Deutsche Eisenbahngesellschaft m.b.H.

6 Frankfurt/M. 1

Moselstraße 2

Betr.: Industriebahn GmbH; Kleinbahn-Beuel-Großenbusch;
Fortführung des Bahnbetriebes;
hier: Zuschuß der Stadt Beuel sowie der Gemeinden
Hangelar und Holzlar in Höhe von 20.000,--DM
für die notwendigen Oberbauarbeiten

Bezug: Ihr Schreiben vom 8. September 1966 - 132 b 2/Vt 3 -

Sehr geehrte Herren !

Mit Schreiben vom 15.11.1965 hatte ich Ihnen bereits einen Bewilligungsbescheid zugehen lassen, der jedoch nicht Ihre volle Zustimmung gefunden hat. Nach mehreren Verhandlungen, die mit der Interessengemeinschaft und Ihnen geführt worden sind, kann ich Ihnen nunmehr folgenden Bewilligungsbescheid erteilen:

Bewilligungsbescheid

- I. 1. Gemäß Beschluß des Rates der Stadt Beuel vom 2. Juni 1965 wird der Industriebahn GmbH Frankfurt/Main seitens der Stadt Beuel zur Durchführung der in der Anlage Ihres o.g. Schreibens angegebenen Oberbauarbeiten an der Kleinbahn Beuel-Großenbusch ein einmaliger Zuschuß in Höhe von 10.000,-- DM (in Worten: Zehntausend Deutsche Mark) unter den nachstehend aufgeführten Bedingungen gewährt.
2. Federführend in dieser Sache für die Gemeinden Holzlar und Hangelar des Amtes Menden wird mitgeteilt, daß die Gemeindevertretung der Gemeinde Holzlar am

Blatt 2 zum Bewilligungsbescheid an die Deutsche Eisenbahngesellschaft mbH.; 6 Frankfurt/Main, Moselstraße 2

betr.: Industriebahn GmbH; Kleinbahn Beuel-Großenbusch;
Fortführung des Bahnbetriebes

22. Juni 1965 und die Gemeindevertretung der Gemeinde Hanglar am 23. September 1965 beschlossen haben, der Industriebahn GmbH zur Durchführung der angegebenen Gleisarbeiten einen einmaligen Zuschuß von jeweils 5.000,-- DM, insgesamt 10.000,-- DM (in Worten: Zehntausend Deutsche Mark) unter den nachstehend aufgeführten Bedingungen zu gewähren.

II. Bedingungen

1. Der gewährte Zuschuß von 20.000,-- DM ist zurückzuzahlen, wenn innerhalb eines Zeitraumes von 5 Jahren, vom 1.1.1965 an gerechnet, der Betrieb der Kleinbahn Beuel-Großenbusch eingestellt wird. Die bedingte Rückzahlungsverpflichtung ermäßigt sich für jedes angefangene Kalenderjahr - ab 1.1.1965 - um je 4.000,-- DM.
2. Die Mittel sind zweckgebunden zur Finanzierung der Kosten für die Durchführung dringender Oberbauarbeiten auf verschiedenen Streckenabschnitten der Kleinbahn Beuel-Großenbusch.
3. Das Land Nordrhein-Westfalen und der Landesrechnungshof sind berechtigt, die Verwendung der Mittel durch Einsicht in die Bücher, Belege und andere Unterlagen sowie durch örtliche Besichtigung selbst zu prüfen oder durch Beauftragte prüfen zu lassen und die erforderlichen Auskünfte zu verlangen.
4. Im übrigen gelten die im Bewilligungsbescheid des Landes Nordrhein-Westfalen vom 16.12.1965 gestellten Bedingungen.

Ich bitte Sie, sich mit diesem Bewilligungsbescheid einverstanden zu erklären. Die Stadtkasse ist angewiesen, nach Eingang Ihrer Anerkennung des Bewilligungsbescheides, den Betrag von 20.000,-- DM umgehend auf Ihr Konto 92/0736 bei der Deutschen Bank AG., Frankfurt/Main, zu überweisen.

Hochachtungsvoll

gez. Brock

(B r o c k)

beuel, den 14.2.1967

An die
Amtsverwaltung Siegburg-
Mülldorf

5201 Siegburg-Mülldorf

betrifft: mitgliederversammlung

sehr geehrte herren

laut unseren statuten hat die ordentliche mitgliederversammlung innerhalb der ersten drei monate eines jahres stattzufinden da uns wahrscheinlich die abrechnung der eisenbahngesellschaft nicht rechtzeitig vorliegt und ein mitglied des vorstandes im maerz in urlaub ist, bitten wir um ihr einverstaendnis, wenn die mitglieder-versammlung im april 1967 einberufen wird. den termin werden wir ihnen noch rechtzeitig bekanntgeben.

mit vorzueglicher hochachtung

Interessengemeinschaft
Kleinbahn Beuel - Großenbusch e.V.

Z. Lang. C. 18/2

Interessengemeinschaft
Kleinbahn Beuel - Großenbusch e.V.

Amt Menden

Eing. 14. FEB 1967

Amt
Ablichtung für Amt:

Amtsverwaltung Siegburg-
Mülldorf

5201 Siegburg-Mülldorf

beuel, den 17. april 1967

Amt Menden

Eing 18 APR 1967

Amt
Ablichtung für Amt

betrifft: mitgliederversammlung

sehr geehrte herren.

wir laden sie hiermit gem. paragraph 12 der satzungen zu unserer
ordentlichen mitgliederversammlung am

26. april 1967 um 15.00 uhr

im rathaus-restaurant in beuel

ein.

die tagesordnung ist folgende:

- 1.) abrechnung mit der deutschen eisenbahngesellschaft fuer das
jahr 1966
- 2.) geschaeftsbericht des vorstandes ueber das abgelaufene ge-
schaeftsjahr
- 3.) entlastung des vorstandes
- 4.) austrittsbegehren der firma althoff
- 5.) verschiedenes

wir begruessen sie

mit vorzueglicher hochachtung

Interessengemeinschaft
Kleinbahn Beuel - Großbousch e. V.

30

Wiederholungs über die Signung bereits
bei Herrn Linden angefordert.

16.1.68

2/168

III



Fotokopie für

Amtsverwaltung Menden
Siegburg-Müldorf

Herrn Gülden

Beuel, den 30.5.1968

- Interessengemeinschaft -
- Kleinbahn Beuel - Großenbusch e.V. -

LINCO-GMBH · FEUERFESTE B

Protokoll

über die Mitgliederversammlung vom 26.4.1967

Alle Mitglieder, die Firma Rübenach, die Stadt Beuel und die Gemeinden Hangelar und Holzlar, waren mit Schreiben vom 17.4.1967 zu dieser ordentlichen Mitgliederversammlung eingeladen worden. Sie fand im Rathausrestaurant Beuel statt.

Der Vorstandsvorsitzende eröffnete die Versammlung um 15.15 Uhr. Er stellte zuvor fest, daß auch diesmal wegen Terminschwierigkeiten die Versammlung bis zum 31.3. nicht hätte stattfinden können. Außerdem wurde festgestellt, daß diesmal keine Neuwahl des Vorstandes anstände, weil der Vorstand laut § 7 Abs. 2 der Satzungen für jeweils 2 Jahre gewählt und bestellt werde.

Folgende Mitglieder waren vertreten:

Firma A.W. Andernach, Beuel
Firma Kautex-Werke, Hangelar
Firma Thomas, Eisenhandel GmbH, Beuel
Firma Deutsche Vialit GmbH, Beuel
Firma Rübenach, Beuel
Firma Johann & Konen, Beuel
Firma Linco GmbH, Hangelar

Nach getroffener Feststellung über die Beschlußfähigkeit der Mitgliederversammlung wurde die Tagesordnung wie folgt abgehandelt:

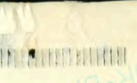
Punkt 1 der Tagesordnung

Abrechnung mit der Deutschen Eisenbahngesellschaft für das Jahr 1966.

Die Deutsche Eisenbahngesellschaft hat mit Schreiben vom 3.1.1967 die Abrechnung für das Jahr 1966 nur teilweise vorgelegt. Die Abrechnung für die DM-Frachtbeträge wurde nicht erstellt. Sie wurde bis zum Tage dieser Versammlung angemahnt, ist aber noch nicht eingetroffen.

Die Tonnen-Abrechnung hatte ergeben, daß aufgrund der Index-Berechnung die Frachtgarantie sich zunächst auf DM 4.177,05 erhöht hat.

Der Erhöhungsbetrag von DM 4.177,05 ist von den Mitgliedern anteilmäßig nach Beitragszahlung aufzubringen.



DR-DR-DR

DR-DR-DR

DR-DR-DR

DR-DR-DR

DR-DR-DR

DR-DR-DR

DR-DR-DR

DR-DR-DR

DR-DR-DR

DR-DR-DR

DR-DR-DR

DR-DR-DR

DR-DR-DR



Die Firma Rübenach als assoziiertes Mitglied partizipiert nicht an dieser Mehraufbringung.

Der Erhöhungsbetrag von DM 4.177,05 ist gleich 10,44 % der Gesamtbeitragssumme. Er ist gleich 11,93 % der daran partizipierenden Beitragssumme:

Gesamtbeitrag	DM 40.000,--	10,44 % = DM 4.177,05
Firma Rübenach	DM 5.000,--	
Part.-Beiträge	DM 35.000,--	11,93 % = DM 4.177,05
plus Erhöhungsbetrag	DM 4.177,05	
	DM 39.177,05	
	=====	

Bevor man den Erhöhungsbetrag anteilig der Beiträge unlegen kann, müssen vorher die Beiträge für das Jahr 1966 festgelegt werden, da durch den Austritt der Firma Schamotte- und Steinindustrie GmbH zum 15.2.1966 eine gegenüber dem Vorjahr veränderte Beitrags-erhöhung festgesetzt werden muß.

Für die im Jahr 1966 erfolgten Mehrverladungen, erfolgt eine Rückvergütung der Deutschen Eisenbahngesellschaft, in Höhe von DM 6.707,05, die an die Firmen gemäß ihrem anteiligen DM-Fracht-aufkommen aufgeteilt wird, die diese Frachterhöhung möglich gemacht haben.

Punkt 2 der Tagesordnung

Geschäftsbericht des Vorstandes.

Der Geschäftsbericht wurde verlesen.

Punkt 3 der Tagesordnung

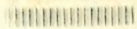
Entlastung des Vorstandes.

Die Mitgliederversammlung entlastete sofort einstimmig den Vorstand für das Jahr 1966 und genehmigte den vorgelegten Geschäftsbericht.

Punkt 4 der Tagesordnung

Austrittsbegehren der Firma Althoff.

Die Firma Althoff hatte mit Schreiben vom 29.9.1966 ihren Austritt aus dem Verein erklärt. Die Interessengemeinschaft hatte der Firma Althoff mit Schreiben vom 3.10.1966 bekanntgegeben, daß der Austritt aus dem Verein erstmalig laut Satzung am 31.12.1969 möglich werde. Ein früherer Austritt sei nur dann möglich, wenn der Betrieb stillgelegt, aufgelöst oder aus dem



DR-DR-DR

R-DR-DR

DR-DR-DR

DR-DR-DR

R-DR-DR

DR-DR-DR

DR-DR-DR

R-DR-DR

DR-DR-DR

DR-DR-DR

R-DR-DR

DR-DR-DR

Bereich der Bahnanlagen verlegt werde.

Die Mitgliederversammlung hat das Vorstehende zur Kenntnis genommen.

Punkt 5 der Tagesordnung

Auch die Firma Johann & Konen hat bekanntgegeben, daß sie ihre Betriebsräume zu verlegen gedenkt und daß sie evtl. ab 1.7.1967 dieserhalb nicht mehr ihre Güter über die Kleinbahn verladen werde.

Die Mitgliederversammlung hat dies zur Kenntnis genommen.

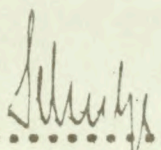
Der Vorstehende unterrichtete danach die Mitgliederversammlung über das Bestätigungsschreiben, welches die Interessengemeinschaft am 26.9.1966 der Stadt Beuel gegen hatte.

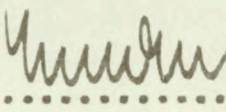
Die Mitgliederversammlung genehmigte die mit Schreiben vom 26.9.1966 der Stadt Beuel gegenüber abgegebene Erklärung.

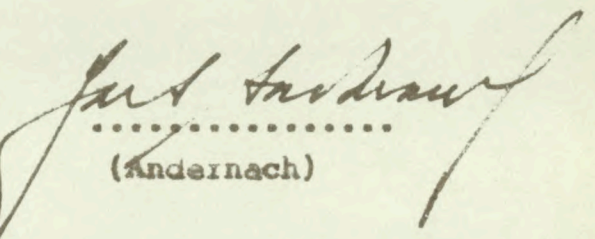
Sodann diskutierte die Mitgliederversammlung den noch ausstehenden Vertragsabschluss mit der Deutschen Eisenbahngesellschaft. Es herrschte Einigkeit darüber, daß zunächst solange kein Vertrag abgeschlossen werden soll, wie noch Unsicherheit darüber bestehe, ob neu hinzukommende Firmen im Bereich der Kleinbahn Mitglieder der Interessengemeinschaft werden oder nicht. Das trifft besonders auf die noch immer nicht zu einem Ergebnis gekommenen Verhandlungen mit der Firma Hertie zu.

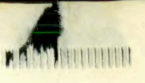
Die Mitgliederversammlung wurde gegen 16.30 Uhr beendet.

Beuel, den 28.12.1967


.....
(Schulze)


.....
(Linden)


.....
(Andernach)



DR-DR-DR

R-DR-DR

DR-DR-DR

DR-DR-DR

R-DR-DR

DR-DR-DR

DR-DR-DR

R-DR-DR

DR-DR-DR

DR-DR-DR

R-DR-DR

DR-DR-DR

DR-DR-DR

Amtsverwaltung
Menden

Inhaltsverzeichnis
Geschäftsbericht

der

Interessengemeinschaft Kleinbahn Beuel-Großenbusch e.V.

für das

Geschäftsjahr 1967

2. Tätigkeitsbericht

3. Kassenbericht

4. Abschließende Bemerkungen

DR-DR-DR
Menden

DR-DR-DR

Geschäftsbericht

der

DR-DR-DR

Interessengemeinschaft Kleinbahn Bessel-Großenbrach e.V.

für das

Geschäftsjahr 1967

DR-DR-DR

DR-DR-DR

DR-DR-DR

DR-DR-DR

DR-DR-DR

DR-DR-DR

- (1) Der Vorstand legt hiermit gemäß § 10, Absatz 2 der Vereins-satzungen den nachfolgenden Geschäftsbericht für das 3. Vereins-jahr für die Zeit vom 1.1.1967 bis 31.12.1967 vor.

Inhaltsangabe

1. Rechtliche und organisatorische Grundlagen

- (1) Soweit die Berichterstattung des vorhergehenden Geschäftsberichtes zu dem 1. Rechtliche und organisatorische Grundlagen, Interessengemeinschaft auch für das Geschäftsjahr 1967 betreffend ist, wird auf die 2. Tätigkeitsbericht ausdrücklich verwiesen, ein solches wird also nicht wiederholt berichtet.

3. Kassenbericht

- (2) Der von der Mitgliederversammlung am 29.4.1966 bestellte Vorstand blieb 4. Abschließende Bemerkungen fest, da er jeweils für zwei Jahre bestellt wird.

- (4) Der Mitgliederbestand der Interessengemeinschaft hat sich in Be-richtsjahr nicht verändert, er war am 31.12.1967 folgender:

F. Kalthoff K.-G., Beuel

A.W. Andersen K.-G., Beuel

Johann & Konen, Beuel-Langerich

Kovaktschenko Ges. mbH, Beuel

Thomas Eigenhandel GmbH, Beuel

B. Schwermann K.-G., Beuel

Deutsche Violini G.m.b.H., Beuel

Rudolf Althoff, Beuel-Pützchen

Kautex-Werke, Hangelar

LINCO- GmbH, Hangelar

- (5) Im Berichtsjahr hat eine Mitgliederversammlung stattgefunden, nämlich am 26.4.1967. Die Mitgliederversammlung hat Beschluss über das Geschäftsjahr 1966 gefasst und gleichzeitig den 2. Ge-schäftsbericht der Interessengemeinschaft verabschiedet. Der Vorstand wurde ebenfalls einstimmig für das Geschäftsjahr 1966 entlastet.

DR-DR-DR

DR-DR-DR

DR-DR-DR

DR-DR-DR

DR-DR-DR

1. Beschäftigte Gemeinderäte

2. DR-DR-DR

3. DR-DR-DR

4. DR-DR-DR

DR-DR-DR

DR-DR-DR

DR-DR-DR

- 3 -

- (1) Der Vorstand legt hiermit gemäß § 10, Absatz 2 der Vereinssatzungen den nachfolgenden Geschäftsbericht für das 3. Vereinsjahr für die Zeit vom 1.1.1967 bis 31.12.1967 vor.

1. Rechtliche und organisatorische Grundlagen

- (2) Soweit die Berichterstattung des vorhergehenden Geschäftsberichtes zu den rechtlichen und organisatorischen Grundlagen der Interessengemeinschaft auch für das Geschäftsjahr 1967 zutreffend ist, wird auf diese Vorberichterstattung ausdrücklich verwiesen, ein solches wird also nicht wiederholt berichtet.

- (3) Der von der Mitgliederversammlung am 29.4.1966 bestellte Vorstand blieb auch für die Berichtsperiode im Amt, da er jeweils für zwei Jahre bestellt wird.

- (4) Der Mitgliederbestand der Interessengemeinschaft hat sich im Berichtsjahr nicht verändert, er war am 31.12.1967 folgender:

F. Kalthoff K.-G., Beuel
A.W. Andernach K.-G., Beuel
Johann & Konen, Beuel-Limperich
Novaktinchemie Ges. mbH, Beuel
Thomas Eisenhandel GmbH, Beuel
B. Schwegmann K.-G., Beuel
Deutsche Vialit G.m.b.H., Beuel
Rudolf Althoff, Beuel-Pützchen
Kautex-Werke, Hangelar
LINCO- GmbH, Hangelar

- (5) Im Berichtsjahr hat eine Mitgliederversammlung stattgefunden, nämlich am 26.4.1967. Die Mitgliederversammlung hat Beschluß über das Geschäftsjahr 1966 gefaßt und gleichzeitig den 2. Geschäftsbericht der Interessengemeinschaft verabschiedet. Der Vorstand wurde ebenfalls einstimmig für das Geschäftsjahr 1966 entlastet.

- 4 -

- 1 -

enthalten:

1. Die in der Anlage 1 aufgeführten Personen sind als Mitglieder der Gemeindeverwaltung zu bezeichnen.
2. Die in der Anlage 2 aufgeführten Personen sind als Mitglieder der Gemeindeverwaltung zu bezeichnen.

- 1. Die in der Anlage 1 aufgeführten Personen sind als Mitglieder der Gemeindeverwaltung zu bezeichnen.
- 2. Die in der Anlage 2 aufgeführten Personen sind als Mitglieder der Gemeindeverwaltung zu bezeichnen.
- 3. Die in der Anlage 3 aufgeführten Personen sind als Mitglieder der Gemeindeverwaltung zu bezeichnen.
- 4. Die in der Anlage 4 aufgeführten Personen sind als Mitglieder der Gemeindeverwaltung zu bezeichnen.
- 5. Die in der Anlage 5 aufgeführten Personen sind als Mitglieder der Gemeindeverwaltung zu bezeichnen.
- 6. Die in der Anlage 6 aufgeführten Personen sind als Mitglieder der Gemeindeverwaltung zu bezeichnen.
- 7. Die in der Anlage 7 aufgeführten Personen sind als Mitglieder der Gemeindeverwaltung zu bezeichnen.
- 8. Die in der Anlage 8 aufgeführten Personen sind als Mitglieder der Gemeindeverwaltung zu bezeichnen.
- 9. Die in der Anlage 9 aufgeführten Personen sind als Mitglieder der Gemeindeverwaltung zu bezeichnen.
- 10. Die in der Anlage 10 aufgeführten Personen sind als Mitglieder der Gemeindeverwaltung zu bezeichnen.

Die in der Anlage 1 aufgeführten Personen sind als Mitglieder der Gemeindeverwaltung zu bezeichnen.

Die in der Anlage 2 aufgeführten Personen sind als Mitglieder der Gemeindeverwaltung zu bezeichnen.

Die in der Anlage 3 aufgeführten Personen sind als Mitglieder der Gemeindeverwaltung zu bezeichnen.

Die in der Anlage 4 aufgeführten Personen sind als Mitglieder der Gemeindeverwaltung zu bezeichnen.

Die in der Anlage 5 aufgeführten Personen sind als Mitglieder der Gemeindeverwaltung zu bezeichnen.

2. Tätigkeitsbericht

- (6) Gegenüber der Berichterstattung für das Geschäftsjahr 1966 haben sich keine Veränderungen ergeben. Mit der Deutschen Eisenbahngesellschaft haben keine weiteren Verhandlungen mehr stattgefunden, weil sich keine neuen Tatbestände ergeben haben, die weitere Verhandlungen ermöglicht oder zweckmäßig gemacht hätten.
- (7) Der mit der Deutschen Eisenbahngesellschaft in Aussicht genommene Vertrag ist gemäß dem Beschluß der Mitgliederversammlung noch nicht abgeschlossen worden. Der Deutschen Eisenbahngesellschaft ist bekannt, daß die Interessengemeinschaft einen Vertrag erst dann abzuschließen gedenkt, wenn feststeht, daß auch andere Verlader sich am Beitragsaufkommen beteiligen müssen, das trifft besonders auf den Fall der Firma Hertie zu.

3. Kassenbericht

- (8) Die Zahlungspflicht der Interessengemeinschaft gegenüber der Deutschen Eisenbahngesellschaft bestand auch für das Geschäftsjahr 1967, obwohl berechnete Wünsche der Mitglieder der Gemeinschaft hinsichtlich der Beteiligung neuer Betriebe bestanden.
- (9) Der vereinbarte Basisbetrag für die Frachtgarantie von DM 40.000,-- zuzüglich der Indexklausel (Steigerung der Bezüge eines verheirateten Eisenbahn-Sekretärs) ist geblieben. Da diese Bezüge 1967 sich nicht änderten, blieb die modifizierte Frachtgarantie bei DM 44.177,05.
- (10) In Übereinstimmung mit dem Protokoll der Mitgliederversammlung vom 29. April 1966 waren für das vergangene Jahr zu erheben:
- der Grundbetrag
 - + Indexzuschlag nach den Gehältern von 1966
 - + Beiträge für Verwaltungsspesen
 - ./. Gutschrift für Mehrverladungen 1966

DR-DR-DR

DR-DR-DR

DR-DR-DR

DR-DR-DR

DR-DR-DR

DR-DR-DR

DR-DR-DR

DR-DR-DR

DR-DR-DR

- 5 -

Dementsprechend sind allen Mitgliedsfirmen die Beitragsrechnungen zugestellt worden.

(11) Einnahmen

Unter Einschluß der Erfüllung einer schon 1966 entstandenen Zahlungsverpflichtung gingen für das Jahr 1967 ab 11.4. v.J. (Abschlußtermin der letzten Kassenabrechnung) an Beiträgen ein: DM 29.318,50
Der Kassenbestand betrug am 11.4.1967 " 1.958,39
An Zinsen abzüglich Bankspesen kamen hinzu " 24,54
DM 31.301,43

(12) Ausgaben

An die Deutsche Eisenbahn-Gesellschaft wurden gezahlt: für 1966: DM 4.948,59
für 1967: " 23.000,00 DM 27.948,59
Das ergibt einen Kassenbestand am Jahres-
schluß von DM 3.252,84
=====

(13) Zwangsläufig nach Beendigung des Geschäftsjahres ist die Abrechnung der Deutschen Eisenbahn-Gesellschaft für das Jahr 1967 eingegangen. Darin wird die Höhe der Frachtgarantie unter Berücksichtigung der Gleitklausel bestätigt auf DM 44.177,05
angewiesen ist:

(14) Anzurechnen sind:

die Frachtvergütung für 1966 von DM 6.707,05
die à-conto-Zahlung von " 23.000,00 DM 29.707,05
mithin Grundforderung DM 14.470,00

(15) In der Auswirkung des konjunkturell ungewöhnlich ungünstigen Jahres nach § 4 des Vertrages für eine Minderverfrachtung von 2.652,3 to
à DM 3,31/to DM 8.779,11
Mithin sind insgesamt für 1967 noch zu zahlen DM 23.249,11
=====

- 8 -

DR-DR-DR

DR 32°34'17"
DR 3°11'37"

...
(12) ...

DR-DR-DR

DR 79°43'00"
DR 78°30'02"

...
(12) ...

DR-DR-DR

DR 3°22'56"
DR 31°34'22"

DR-DR-DR

...
(12) ...

DR-DR-DR

DR 31°30'43"
38°24'
1°22'32"
DR 33°39'20"

DR-DR-DR

...
(12) ...

DR-DR-DR

DR-DR-DR

- 2 -

- 6 -

4. Abschließende Bemerkungen

- (16) Der Vorstand dankt hiermit allen Mitgliedern und der Firma Rübenach für das ihm entgegen gebrachte Vertrauen. Er bittet, diesen Geschäftsbericht zu genehmigen und ihn für das Geschäftsjahr 1967 zu entlasten.

Beuel, den 31. Mai 1968

Der Vorstand

gez. Schulze

gez. Linden

gez. Andernach

DR-DR-DR

4. Abschlusssatzung der Mitglieder

DR-DR-DR

(15) Der Vorstand dankt hiermit allen Mitgliedern und der Firma Kuhnrich für das ihm entgegen gebrachte Vertrauen. Er bittet, diesen Geschäftsbericht zu genehmigen und ihn für das Geschäftsjahr 1967 zu entlasten.

DR-DR-DR

DR-DR-DR

Besult, den 31. Mai 1968

Der Vorstand

DR-DR-DR

gez. Kuhnrich

gez. Linden

DR-DR-DR

gez. Schmalz

DR-DR-DR

DR-DR-DR

DR-DR-DR

DR-DR-DR

DR-DR-DR

DR-DR-DR

DR-DR-DR

Interessengemeinschaft
Kleinbahn Beuel - Großenbusch e. V.

Frei-Landsby:
F. Woyatz

Beuel, den 25.6.1968

An die
Amtsverwaltung Menden

5201 Siegburg-Mülldorf

Amt Menden
Eing 27. JUNI 1968
30
Amt
Abtichtung für Amt

Betrifft: Protokoll der Mitgliederversammlung vom 31.5.1968
Geschäftsbericht 1967

Sehr geehrte Herren!

In der Anlage überreichen wir Ihnen ein Protokoll der Mitgliederversammlung vom 31.5.1968 und einen Geschäftsbericht für das Jahr 1967.

Mit freundlichen Grüßen

Interessengemeinschaft
Kleinbahn Beuel - Großenbusch e. V.
[Signature]

Anlagen

P r o t o k o l l

über die Mitgliederversammlung der Interessengemeinschaft Beuel-Großenbusch am 31. Mai 1968

 Aller Vereinsmitglieder, die Stadtverwaltung Beuel und die Amtsverwaltung Menden, sowie die Firma Rübenach waren schriftlich am 6.5.1968 zu dieser ordentlichen Mitgliederversammlung eingeladen worden. Sie fand im Rathausrestaurant in Beuel statt und wurde um 15.15 Uhr vom Vorstandsvorsitzenden eröffnet.

Der Vorsitzende stellte fest, daß die Mitgliederversammlung verspätet stattfand, weil die Abrechnungsarbeiten mit der Deutschen Eisenbahngesellschaft nicht bis zum 31.31.1968 hatten abgeschlossen werden können und außerdem Terminschwierigkeiten gegen eine frühere Einberufung bestanden haben.

Sodann wurde die Beschlußfähigkeit der Versammlung festgestellt, von insgesamt 10 Mitgliedern waren 6 Mitglieder vertreten. Außerdem war die Amtsverwaltung Menden durch Herrn Beigeordneten Menke vertreten. Die Stadtverwaltung Beuel und die Firma Rübenach waren nicht vertreten, es fehlten die Firmen Kalthoff, Johann & Konen, Novaktinchemie GmbH und Althoff.

Die Tagesordnung wurde wie folgt erledigt:

Punkt 1 : Abrechnung mit der Deutschen Eisenbahngesellschaft

Der Vorstand berichtete über die Abrechnung der Deutschen Eisenbahngesellschaft und legte zugleich der Mitgliederversammlung die sich aus dieser Abrechnung ergebenden Beitragszahlungen vor. Es ergibt sich, daß außer dem im Jahre 1966 hinzugekommenen Indexbeträge für das Jahr 1967 außerdem noch Minderverfrachtungsbeträge zu leisten sind. Das Beitragsaufkommen ergibt sich demnach wie folgt:

Grundbeitrag:	DM 40.000,--
Indexbetrag:	" 4.177,05
Mindermengen:	" 8.799,11
	<u>DM 52.956.16</u>
	=====

Dieser Betrag wird gemäß den Vorschriften der für das Jahr 1967 geltenden Beitragsordnung aufgebracht. Die den Mitgliedern übergebene Abrechnung unterrichtet über die Verteilerschlüssel und über die von den Mitgliedern aufzubringenden Einzelbeträge.

Es wurde festgestellt, daß die im Mai ausgestellten Zahlungsforderungen als Vorschußforderungen anzusehen sind, weil die endgültige Abrechnung erst durch ein am 31.5.1968 eingegangenes Schreiben der Deutschen Eisenbahngesellschaft über das tatsächliche DM-Frachtaufkommen möglich wurde.

Die Mitgliederversammlung stellte einstimmig fest, daß zwischen der Deutschen Eisenbahngesellschaft und der Interessengemeinschaft z.Zt. kein Vertragsverhältnis besteht, alle Zahlungen also für das Jahr 1967 ohne Anerkennung einer Rechtspflicht geleistet werden. Die seinerzeit getroffenen mündlichen Vertragsvereinbarungen betrafen lediglich die Jahre 1965 und 1966.

DR-DR-DR

DR-DR-DR

DR-DR-DR

DR-DR-DR

DR-DR-DR

DR-DR-DR

DR-DR-DR

DR-DR-DR

DR-DR-DR

DR-DR-DR

DR-DR-DR

DR-DR-DR

DR-DR-DR

DR-DR-DR

Die Mitgliederversammlung lehnt auch weiterhin und solange einen Vertragsabschluß ab, bis sicher gestellt ist, daß dritte, auf der Bahn verladende Firmen, die Nichtmitglied sind, sich entweder am Beitragsaufkommen beteiligen müssen, oder Mitglied werden müssen.

In Anbetracht der Beitragslasten und der Tatsache, daß möglicherweise für das Jahr 1968 eine neue Indexerhöhung kommt, diskutierte die Mitgliederversammlung erneut das Verhältnis zur Deutschen Eisenbahngesellschaft. Der Vorstand soll mit der Deutschen Eisenbahngesellschaft erneut über die Höhe der Zuschüsse verhandeln, Herr Andernach hat sich erboten, diese Verhandlungen demnächst in die Wege zu leiten.

Punkt 5 : Verschiedenes

Mit Rücksicht darauf, daß der alte Vorstand mit Bestellung eines neuen Vorstandes außer Amt ist, aber noch Fragen des alten Geschäftsjahres sowie Abwicklungsfragen zur Debatte standen, wurde durch einstimmigen Beschluß die Tagesordnung dahingehend geändert, daß Punkt 5 der Tagesordnung vorgezogen wurde.

Firma Johann & Konen : Die Firma hatte der Interessengemeinschaft mit Schreiben vom 23.2.1967 mitgeteilt, daß sie beabsichtige ihre Betriebsräume zu verlegen und bis zum 30.6.1967 umgezogen sein werde. Für die neuen Betriebsräume - die auch im Bereich der Bahnanlagen liegen - sei vorerst kein Gleisanschluß vorgesehen. Sie teilte mit, daß sie die Interessengemeinschaft noch davon unterrichten werde, wenn sie die Dienste der Bahn nicht mehr in Anspruch nehme. In einem zweiten Schreiben vom 15.11.1967 teilte sie mit, daß sie ab 1.7.1967 die Dienste der Bahn nicht mehr haben nehmen können, weil sie ihre Betriebsräume verlegt habe. Auf die schriftliche Einladung zur Mitgliederversammlung antwortete die Firma mit der Mitteilung, daß sie nicht teilnehme, weil sie nicht mehr Mitglied der Interessengemeinschaft sei.

Die Interessengemeinschaft teilte der Firma mit Schreiben vom 27.5.1968 mit, daß sie die Firma nach wie vor als Mitglied betrachte, eine Austrittserklärung liege nicht vor, ob ein Austrittsgrund im Sinne der Satzungen vorliege, müsse geprüft werden.

Die Mitgliederversammlung faßte dazu folgenden einstimmigen Beschluß: " Die Firma Johann & Konen hat ihren Betrieb nicht aus dem Bereich der Bahnanlagen verlegt, sie kann auf der Kleinbahn Beuel-Großenbusch verladen. Ein Austritt gem. § 5 der Satzungen ist nicht möglich. Darüber hinaus hat sie bis heute ihren Austritt nicht erklärt. Aber selbst wenn sie eine solche Erklärung noch abgeben würde, müßte die Interessengemeinschaft auf Grund der Satzungen den Austritt zurückweisen. Der Vorstand wurde beauftragt, die Entscheidung der Mitgliederversammlung der Firma Johann & Konen bekanntzugeben."

Beitragszahlungen : Die Beitragszahlungen wurden mit Rücksicht auf die Mitglieder wurden in bisheriger Übung nur immer insoweit eingezogen, als dieses im Hinblick auf die Zahlungen an die Deutsche Eisenbahngesellschaft erforderlich erschien. Durch den

DR-DR-DR

DR-DR-DR

DR-DR-DR

DR-DR-DR

DR-DR-DR

DR-DR-DR

DR-DR-DR

DR-DR-DR

DR-DR-DR

DR-DR-DR

DR-DR-DR

DR-DR-DR

DR-DR-DR

DR-DR-DR

- 3 -

Umstand der verspätet erst möglich gewordenen Endabrechnung muß der Vorstand auf Grund der Bestimmungen der Beitragsordnung die Beiträge nunmehr gemäß dieser Bestimmungen einfordern, d.h., daß in Kürze die Festbeiträge für das Jahr 1968 eingefordert werden.

Beitragsordnung : Wie sich aus der den Mitgliedern vorliegenden Abrechnung für das Jahr 1967 ergibt, ist die Abrechnung gemäß der bestehenden Beitragsordnung schwierig und die die einzelnen Mitglieder betreffenden Belastungen sind unterschiedlich. Die Beitragsordnung bedarf der Überarbeitung. Es wurde anregt, einem Dreimann-Ausschuß die Aufgabe zu übertragen, eine neue Beitragsordnung auszuarbeiten.

Leber-Plan : Ein Schreiben der Deutschen Eisenbahngesellschaft vom 14.5.1968 wurde verlesen. Die Mitgliederversammlung diskutierte die mögliche Auswirkung des Leber-Planes auf die Industriebahn.

Punkt 2 : Geschäftsbericht des Vorstandes für das Jahr 1967

Der Vorstand erstattete nunmehr Bericht über das Geschäftsjahr 1967. Der Geschäftsbericht wurde dann von der Mitgliederversammlung in der beiliegenden Fassung einstimmig genehmigt. Diesem Protokoll liegt die genehmigte Fassung des Geschäftsberichtes bei.

Punkt 3 : Entlastung des Vorstandes

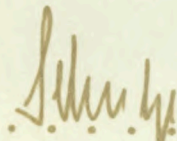
Auf Antrag von Herrn Klein, Vertreter der Firma Deutsche Vialit GmbH, faßte die Mitgliederversammlung folgenden einstimmigen Beschluß : "Der Vorstand der Interessengemeinschaft wird für das Jahr 1967 entlastet."

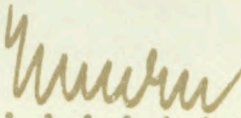
Punkt 4 : Neuwahl des Vorstandes

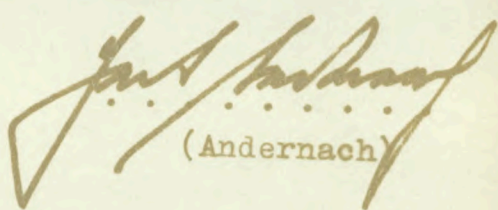
Die Mitgliederversammlung wählte sodann einstimmig Herrn Andernach zum Vorstandsvorsitzenden, Herrn Lucas und Herrn Linden zu weiteren Vorstandsmitgliedern.

Die Mitgliederversammlung wurde um 16.20 Uhr geschlossen.

Beuel, den 4. Juni 1968

...  ...
(Schulze)

...  ...
(Linden)


(Andernach)

DR-DR-DR

DR-DR-DR

DR-DR-DR

DR-DR-DR

DR-DR-DR

DR-DR-DR

DR-DR-DR

DR-DR-DR

DR-DR-DR

DR-DR-DR

DR-DR-DR

DR-DR-DR

DR-DR-DR

DR-DR-DR

Geschäftsbericht

der

Interessengemeinschaft Kleinbahn Beuel-Großenbusch e.V.

für das

Geschäftsjahr 1967

Inhaltsangabe

1. Rechtliche und organisatorische Grundlagen
2. Tätigkeitsbericht
3. Kassenbericht
4. Abschließende Bemerkungen

- 3 -

- (1) Der Vorstand legt hiermit gemäß § 10, Absatz 2 der Vereinssatzungen den nachfolgenden Geschäftsbericht für das 3. Vereinsjahr für die Zeit vom 1.1.1967 bis 31.12.1967 vor.

1. Rechtliche und organisatorische Grundlagen

- (2) Soweit die Berichterstattung des vorhergehenden Geschäftsberichtes zu den rechtlichen und organisatorischen Grundlagen der Interessengemeinschaft auch für das Geschäftsjahr 1967 zutreffend ist, wird auf diese Vorberichterstattung ausdrücklich verwiesen, ein solches wird also nicht wiederholt berichtet.
- (3) Der von der Mitgliederversammlung am 29.4.1966 bestellte Vorstand blieb auch für die Berichtsperiode im Amt, da er jeweils für zwei Jahre bestellt wird.
- (4) Der Mitgliederbestand der Interessengemeinschaft hat sich im Berichtsjahr nicht verändert, er war am 31.12.1967 folgender:

F. Kalthoff KG., Beuel
 A.W. Andernach KG., Beuel
 Hohann & Koenen, Beuel
 Novaktinchemie GmbH, Beuel
 Thomas Eisenhandel GmbH, Beuel
 B. Schwegmann KG., Beuel
 Deutsche Vialit GmbH., Beuel
 Rudolf Althoff, Beuel-Pützchen
 Kautex-Werke Hangelar
 Linco GmbH, Hangelar

- (5) Im Berichtsjahr hat eine Mitgliederversammlung stattgefunden, nämlich am 26.4.1967. Die Mitgliederversammlung hat Beschluß über das Geschäftsjahr 1966 gefaßt und gleichzeitig den 2. Geschäftsbericht der Interessengemeinschaft verabschiedet. Der Vorstand wurde ebenfalls einstimmig für das Geschäftsjahr 1966 entlastet.

- 4 -

- 4 -

2. Tätigkeitsbericht

- (6) Gegenüber der Berichterstattung für das Geschäftsjahr 1966 haben sich keine Veränderungen ergeben. Mit der Deutschen Eisenbahngesellschaft haben keine weiteren Verhandlungen mehr stattgefunden, weil sich keine neuen Tatbestände ergeben haben, die weitere Verhandlungen ermöglicht oder Zweckmässig gemacht hätten.
- (7) Der mit der Deutschen Eisenbahngesellschaft in Aussicht genommene Vertrag ist gemäß dem Beschluß der Mitgliederversammlung noch nicht abgeschlossen worden. Der Deutschen Eisenbahngesellschaft ist bekannt, daß die Interessengemeinschaft einen Vertrag erst dann abzuschließen gedenkt, wenn feststeht, daß auch andere Verloader sich am Beitragsaufkommen beteiligen müssen, das trifft besonders auf den Fall der Firma Hertie zu.

3. Kassenbericht

- (8) Die Interessengemeinschaft war auch für das Geschäftsjahr 1967 bereit, gegenüber der Deutschen Eisenbahngesellschaft ohne Anerkennung einer Rechtspflicht die Bestimmungen des Vertragsentwurfes vom 25.1.1966 anzuwenden, obwohl berechnete Wünsche der Mitglieder hinsichtlich der Beteiligung neuer Betriebe und Bedenken gegen die Verfrachtungsmöglichkeiten von Nichtmitgliedern bestehen.
- (9) Der Basisbetrag für die Frachtgarantie von DM 40.000,-- zuzüglich der Indexklausel (Steigerung der Bezüge eines verheirateten Eisenbahn-Sekretärs) ist geblieben. Da diese Bezüge 1967 sich nicht änderten, bleibt die modifizierte Frachtgarantie bei DM 44.177.05.
- (10) In Übereinstimmung mit dem Protokoll der Mitgliederversammlung vom 29. April 1966 waren für das vergangene Jahr zu erheben:

der Grundbetrag
 + Indexzuschlag nach den Gehältern von 1966
 + Beiträge für Verwaltungsspesen
 ./.. Gutschrift für Mehrverladungen 1966

- 5 -

- 5 -

Dementsprechend sind allen Mitgliedsfirmen die Beitragsrechnungen zugestellt worden.

(11) Einnahmen

Unter Einschluß der Erfüllung einer schon 1966 entstandenen Zahlungsanforderung gingen für das Jahr 1967 ab 11.4. v.J. (Abschlußtermin für letzten Kassenabrechnung) an Beiträgen ein: DM 29.318,50
 Der Kassenbestand betrug am 11.4.1967 " 1.958,39
 An Zinsen abzgl. Bankspesen kamen hinzu " 24,54
 DM 31.301,43

(12) Ausgaben

An die Deutsche Eisenbahngesellschaft wurden gezahlt: für 1966 DM 4.948,59
 für 1967 " 23.000,-- " 27.948,59
 Das ergibt einen Kassenbestand am Jahresschluß: DM 3.252,84
 =====

(13) Zwangsläufig nach Beendigung des Geschäftsjahres ist die Abrechnung der Deutschen Eisenbahngesellschaft für das Jahr 1967 eingegangen. Darin wird die Höhe der Frachtgarantie unter Berücksichtigung der Gleitklausel angenommen mit

DM 44.177,05

(14) Anzurechnen sind:

die Frachtvergütung für 1966: DM 6.707,05
 die à-compto-Zahlung: " 23.000,-- " 29.707,05
 mithin Grundbetrag: DM 14.470,--

(15) In der Auswirkung des konjunkturrell ungewöhnlich ungünstigen Jahres nach § 4 des Vertragsentwurfes für eine Minderverfrachtung von 2.652,3 to à DM 3,31 / to
 mithin Gesamtbetrag für 1967 :

" 8.779,11
 DM 23.249,11
 =====

- 6 -

4. Abschließende Bemerkungen

- (16) Der Vorstand dankt hiermit allen Mitgliedern und der Firma Rübenach für das ihm entgegen gebrachte Vertrauen. Er bittet, diesen Geschäftsbericht zu genehmigen und ihn für das Geschäftsjahr 1967 zu entlasten.

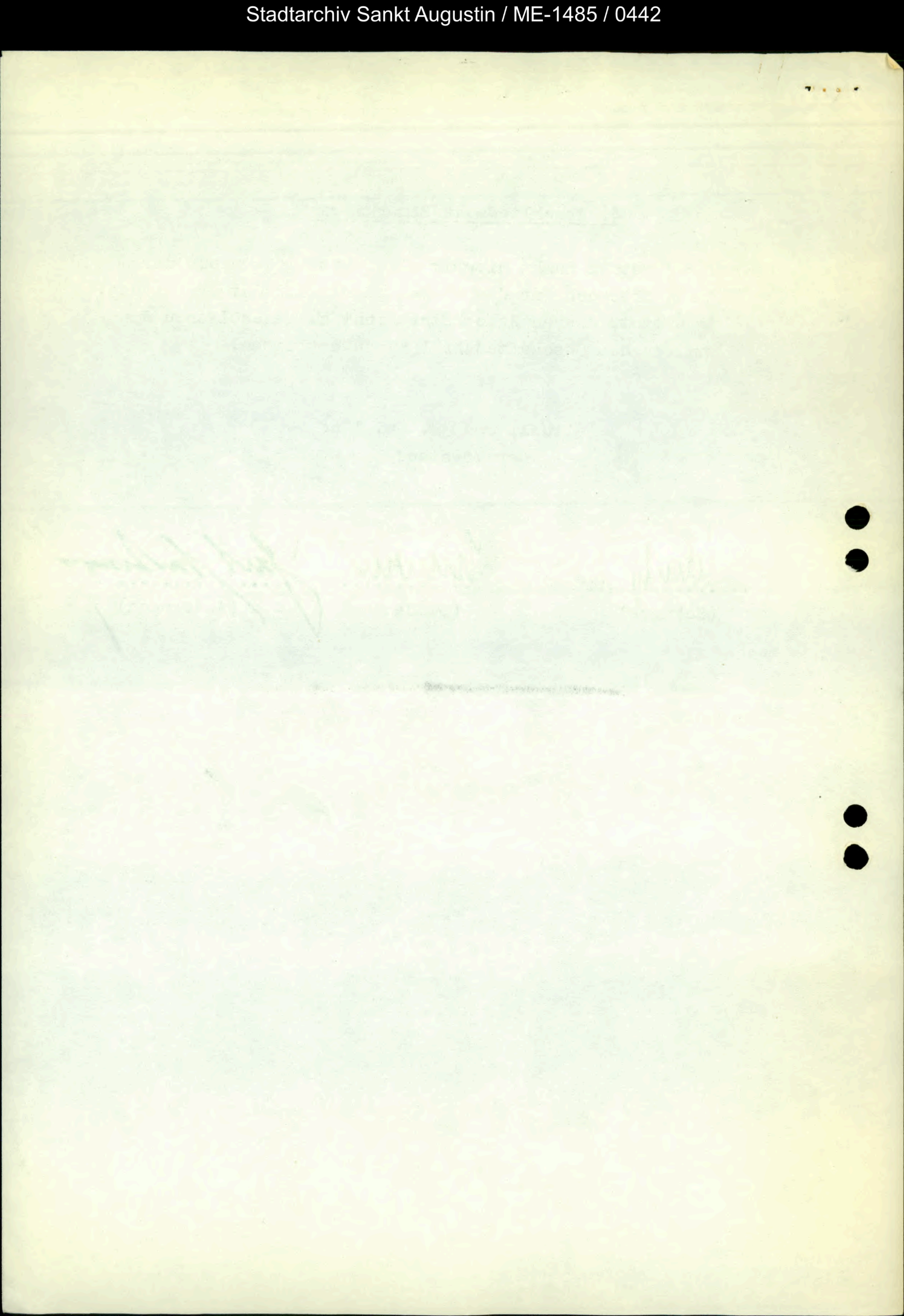
Beuel, den 31. Mai 1968

Der Vorstand

.....
(Schulze)

.....
(Linden)

.....
(Andernach)



Interessengemeinschaft
Kleinbahn Beuel - Großenbusch e. V.

Beuel, den 6.5.1968

An die
Amtsverwaltung
Menden

5201 Siegburg-Mülldorf

Herrn bitten:
1) bitte nochmals die Amt Menden
Niederlegung anfordern
2) Wk 7-T.
(Termin hof u. h.
von Ihnen wahrgenommen werden).

8. MAI 1968
Amt Menden
Ablichtung für Amt

Betrifft: Mitgliederversammlung

6. Mai
(in Wk)

Sehr geehrte Herren !

Gemäß § 12 unserer Satzungen laden wir Sie hiermit zu
der ordentlichen Mitgliederversammlung ein. Sie findet
statt am

31. Mai 1968 um 15.00 Uhr
im Rathaus-Restaurant Beuel.

Die Tagesordnung geben wir wie folgt bekannt:

- 1.) Abrechnung mit der Deutschen Eisenbahngesellschaft
für das Jahr 1967
- 2.) Geschäftsbericht des Vorstandes für das Jahr 1967
- 3.) Entlastung des Vorstandes
- 4.) Neuwahl des Vorstandes
- 5.) Verschiedenes

Wir bitten um Terminvormerkung und Ihr Erscheinen.

Mit freundlichen Grüßen !

Interessengemeinschaft
Kleinbahn Beuel - Großenbusch e. V.

[Handwritten signature]

A u s s c h n i t t

aus dem

Gen.-Anzeiger

vom

7.1.77

BR

Vorgang Stadt-Holzlar!

„Prioritäten-Katalog“ für Beueler Osten

CDU fordert Straßenbahn bis Ettenhausen

Verwaltung soll Standort für ein neues Krankenhaus prüfen

-zr- Eine Straßenbahn bis Ettenhausen und ein neues Krankenhaus über dessen Standort noch keine näheren Aussagen gemacht wurden, sind die beiden Schwerpunkte eines Investitionsprogramms bis 1974, das vom CDU-Ortsverband Beuel-Ost/Holzlar/Hoholz und eines Arbeitskreises in

Hoholz unter Leitung von Paul Geich-Gimbel erarbeitet wurde. Diesem Arbeitskreis gehörten unter anderem Mitglieder der CDU-Fraktion im ehemaligen Rat der Gemeinde Holzlar an. Das Investitionsprogramm soll als Arbeitsgrundlage für die nächsten Jahre dienen.

Wesentlich und entscheidend für alle geplanten Bauvorhaben im Hoch- und Tiefbau ist nach Auffassung des CDU-Ortsverbandes die Aufstellung eines Flächennutzungsplanes für den gesamten Stadtbereich. Aus diesem heraus könnten dann die einzelnen Bebauungspläne entwickelt werden. Die Politiker gehen davon aus, daß im Bonner Rathaus wegen Arbeitsüberlastung nicht die notwendigen Kapazitäten für die Erstellung der Bebauungspläne frei sind. Aus diesem Grunde soll die Arbeit auch an freischaffende Architekten und Planungsgruppen vergeben werden, damit in den nächsten vier Jahren eine eindeutige Absicht für die Entwicklung in den einzelnen Planungsräumen zu erkennen ist. Die Verwaltung wird gebeten, zur Verwirklichung dieser Maßnahme die erforderlichen Mittel bereitzustellen.

Interessant ist der Vorschlag des Holzlarer Arbeitskreises zum Bau einer Straßenbahn. Diese könnte von der Linie S (Bonn-Siegburg) zwischen Vilich-Müldorf und Hangelar abzweigen und etwa an der jetzigen Stadtgrenze vorbei bis Hoholz-Ettenhausen geführt werden. In der zweiten Ausbaustufe müßte die Möglichkeit eines Ringverkehrs über die im Neubau befindliche Südbrücke offengelassen werden. Vorstandsmitglied Ulrich Raschke erläuterte, zur Zeit könnte diese Straßenbahnlinie noch im „jungfräulichen Gelände“ ohne Behinderung der Wohngebiete gebaut wer-

den. Bei der Planung der Linienführung sei von der späteren Bebauungsdichte im Bereich Holzlar-Ost Berg auszugehen. Eine Weiterführung dieser Straßenbahn über Niederholtorf in Richtung Ramersdorf sei sehr sinnvoll.

Raschke begründete den Vorschlag des Holzlarer CDU-Arbeitskreises mit der Feststellung, daß mit einem erheblichen Bevölkerungszuwachs in diesem Raume zu rechnen sei. Der Personenverkehr könne also auf die Dauer mit Autobussen nicht bewältigt werden, zumal die Busse heute schon in den Spitzenzeiten überfüllt seien. Eine Verbesserung der Situation sei in absehbarer Zeit wegen des chronischen Personalmangels in den Stadtwerken kaum zu erwarten.

Außerdem war eine Prüfung des Standortes für ein neues Krankenhaus im Beueler Osten vom CDU-Verband Beuel-Ost vorgeschlagen worden. Vorsitzender Josef Westering von der Überlegung aus, daß das Beueler Krankenhaus St. Josef auf die Dauer nicht ausreiche. Da auch die Krankenhäuser in der Umgebung unter Raumnot zu leiden hätten und im Beueler Osten, besonders im Holzlarer Raum, noch Tausende von Menschen angesiedelt würden, müsse frühzeitig mit der Planung für ein solches Objekt begonnen werden. Über den Standort konnte Westering keine näheren Angaben machen. Dieser müsse von der Verwaltung ermittelt werden.

